

Cornelia Hildebrandt, Michael Brie (Hrsg.)

**Die Linke in Regierungsverantwortung
Analysen, Erfahrungen, Kontroversen**

Gesellschaftspolitisches Forum am 4. Februar 2006
in der Rosa Luxemburg Stiftung

Inhaltsverzeichnis

Vorwort: Lernen in Konflikten – Kontroversen zur Frage der Regierungsbeteiligung	4
Michael Brie: Ist sozialistische Politik aus der Regierung heraus möglich? Fünf Einwände von Rosa Luxemburg und fünf Angebote zur Diskussion	8
Joachim Bischoff: Regierungsbeteiligung der politischen Linken – Erfahrungen in Frankreich	27
Dag Seierstad: Die jüngsten Entwicklungen der norwegischen Linken: Herausforderungen und Perspektiven	33
Peter Ritter: Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS in Mecklenburg-Vorpommern Maßstäbe, praktische Ansätze, Ergebnisse	45
Edeltraut Felfe: Warum? Für Wen? Wohin? 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern in der Regierung	52
Wolfgang Dietrich: Linke Politik konkret – Potentiale und Grenzen: Soziale Entwicklungen und Rechtsextremismus	59
Birgit Schwebs: Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern – Maßstäbe, praktische Ansätze, Ergebnisse	62
Marko Ferst: Umweltpolitik in Mecklenburg-Vorpommern seit 1998	65
Erwin Kischel: Zum Einfluss der PDS -Regierungsbeteiligung auf die Kommunalpolitik in Mecklenburg-Vorpommern	74
Michael Brie/Rolf Reißig: Restriktionen und Optionen linkssozialistischer Politik in Regierungsverantwortung. Das Beispiel Berlin	77
Wolfgang Albers: Linke Regierungen – Folgen für die Sozialpolitik	86
Klaus Lederer: Außerparlamentarische Bewegungen und linke Akteure in der Regierung: Ist Kooperation möglich?	89
Christine Buchholz: Außerparlamentarische Opposition und linke Akteure in der Regierung. Ist Kooperation möglich?	100
Dieter Klein: Schlussbemerkung zum Forum	103
Tom Strohschneider: Selbstbewusste Modernisierer und der Optimismus der Straße. Was bringen Regierungsbeteiligungen der Linken? Auf jeden Fall viel Diskussionsstoff	1
Gilberto López y Rivas: Linke Regierungen und Bürgerbeteiligung in Mexiko-Stadt, Stadtbezirk Tlapan, 2001-2003	113
Gilberto Maringoni und João Sicsú: Woher kamen wir, wo stehen wir? Eine Bewertung der Leistungen der PT und der Regierung Lula	124
Alvaro J. Portillo: Die Frente Amplio in Uruguay	139
Autorenverzeichnis	146

Vorwort

Lernen in Konflikten – Kontroversen zur Frage der Regierungsbeteiligung

Ausgangsfragen

Kaum ein anderes Thema wird von den Linken in Lateinamerika, in Asien, in Europa und hier vor allem in Frankreich, Italien, Tschechien, Schweden, Norwegen und auch in Deutschland so heftig und kontrovers diskutiert wie die Frage nach dem „ob“ und dem „wie“ Linker in Regierungsverantwortung. Ist unter neoliberalen Bedingungen genuin linke Politik auf landes-, regionaler oder nationaler Ebene gestalt- und durchsetzbar? Kann sie zur Herausbildung von Voraussetzungen für einen Politikwechsel beitragen oder behindert sie diesen? Worin besteht die Funktion und worin die Attraktivität eines linken Projektes, auch in Regierungsverantwortung? Was ist der Kern notwendiger und zugleich mitreißender Politikangebote zwischen radikaler Kritik der extremen Linken, die Gesellschaftsgestaltung als System stabilisierend nicht zulässt und einer angepassten linken sozialdemokratischen Variante eines sozial abgefederten Neoliberalismus? Wie kann sich die Linke in rot-roten Koalitionen dem Druck parlamentarischer Anpassung entziehen? Wann ist linke Politik in Regierungsverantwortung erfolgreich? Was sind hierfür ihre Maßstäbe? Gibt es gestaltbare Räume und was sind Voraussetzungen für Gestaltung und was heißt es, Prozesse zu gestalten?

Alle diese Fragen lassen sich nicht auf ein „ja“ oder „nein“ zur Übernahme von Regierungsverantwortung reduzieren, zumal hinter dieser Frage die Grundprobleme linker Programmatik und Strategieentwicklung stehen. Das schließt die Einschätzung von Potentialen und Entwicklungsszenarien kapitalistischer Gesellschaften und sich daraus ableitender Optionen der Durchsetzbarkeit von Transformationsprozessen ein. Was kann die Linke unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus tun? Was kann sie als Opposition und was als Partei in Regierungsverantwortung durchsetzen? Ohne Analyse der konkreten Kräfteverhältnisse und differenzierten Gestaltungspotentiale

auf den unterschiedlichen Ebenen und Politikfeldern wird diese Frage nicht beantwortet werden können.

Der Fall Berlin, der Fall Mecklenburg-Vorpommern – Anlass zur Diskussion

In Berlin wird diese Diskussion zwischen der Linkspartei, deren Mitglieder mehrheitlich hinter der Regierungsarbeit ihrer Fraktion stehen, aber nicht unkritisch mit ihr umgehen und einer WASG, die sich als Korrektiv zur Linkspartei.PDS und politischer Vertreter sozialer Bewegungen versteht und deren Landesvorstand mehrheitlich Regierungshandeln unter neoliberalen Bedingungen ablehnt, mit besonderer Schärfe geführt. Auch in Mecklenburg-Vorpommern stehen sich Kritiker und Befürworter einer Weiterführung der seit 1998 agierenden rot-roten Koalition im heftigen Streit gegenüber. Unterschiedliche Sichten, Erfahrungen, Lernprozesse, Betroffenheiten treffen aufeinander. Es geht um das Abrücken von erarbeiteten Positionen wie z. B. der Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft GSW in Berlin und die Gemeindegebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern, um Geringschätzung von Erreichtem, auch erkämpften Kompromissen, um Essentials linker Politik, um Kompromisse und die Möglichkeiten eines Ausstiegs, um Fragen des Politikstils.

Dass es sich hierbei auch um Lernprozesse handelt, bei denen alle Beteiligten Lernende, auf der Suche nach durchsetzbaren Alternativen zu neoliberaler Politik sind, wird selten reflektiert. Rolf Reißig spricht deshalb von einem „strategischen Lernprojekt!“¹ nicht nur für die Parteien, ihre Gliederungen, Mandats- und Amtsträger, sondern darüber

¹ Rolf Reißig: Linksozialistische Politik in Regierungsverantwortung. Erfahrungswerte und Anregungspotentiale. In: Utopie Kreativ, Heft 172 (02/2005), S. 126.

hinaus auch für die gesamte politische, soziale und kulturelle Linke².

Dabei stehen die bundespolitisch in der Rolle der „Opposition“ Agierenden gleichermaßen in der Pflicht, sich den konkreten (Berliner) Verhältnissen zu stellen, wie die Berliner bzw. die „Regierenden“ in Mecklenburg-Vorpommern in der Pflicht stehen, die programmatischen Aussagen ihrer Partei auf die ihrigen Verhältnisse herunter zu brechen und ihr Regierungshandeln als ein Wirken zur Schaffung von Voraussetzungen für einen politischen Richtungswechsel zu verstehen.³

Ziel der Diskussion

Das Ziel des gesellschaftspolitischen Forums zur Frage der Regierungsbeteiligung der Linken der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit WISSENTTransfer, der Redaktion der Zeitschrift »Sozialismus«, Landesstiftungen der RLS und weiteren regionalen Partnern war es zunächst, für diese offenen und kontrovers diskutierten Fragen einen offenen Raum gemeinsamen Lernens zu schaffen.

Es geht dabei um Lernprozesse *innerhalb* von Parteien, Verbänden, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, die Reflektion dieser Prozesse, um Lernprozesse *zwischen* den verschiedenen politischen und sozialen Organisationen – also auch Lernprozesse zwischen den Parteien, zwischen Parteien und sozialen Bewegungen unter Einbeziehung der europäischen und internationalen Erfahrungen.

Der vorliegende Reader möchte die Diskussion des Forums, die vorliegenden Beiträge über den Teilnehmerkreis der Veranstaltung hinaus öffentlich machen und zugleich um weitere Beiträge aus Lateinamerika (Uruguay, Mexiko und Brasilien) erweitern. Diese Beiträge wurden im Rahmen eines Parteienseminars 2005 in Sao Paulo diskutiert.

² Rolf Reißig: Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2005, S. 73 – 83.

³ Vgl. Michael Benjamin: "Heute und in der überschaubaren Zukunft sind nur kleine Schritte des gesellschaftlichen Fortschritts möglich. Um aber die Richtung dieser Schritte bestimmen zu können, brauchen wir den Sozialismus, nicht als unverbindliche Vision, sondern als Maßstab politischen Handelns". In: ND vom 23. März 2000.

Schwerpunkte der Diskussion

Das Forum begann zunächst nach den strategischen Aufgaben und Herausforderungen der Linken zu fragen und bezog hierbei die Erfahrungen von Norwegen und Frankreich ein. In Frankreich gingen die Linken in die Regierung „ohne zu verstehen, in welchem Kampffeld sie sich befanden“, erklärte Joachim Bischoff. Aber ohne Analysen darüber, in welcher Konstellation kapitalistischer Entwicklung man sich befindet, lassen sich keine realen Optionen, Strategien und Maßstäbe für Regierungshandeln der Linken ableiten. Dabei muss die Linke die verschiedenen Ebenen und Aufgaben politischen Handelns gleichermaßen im Blick haben. Michael Brie spricht deshalb von der Dreifachstrategie der Linken: (1.) Kampf gegen jede wirtschaftsliberale autoritäre und imperiale Politik, (2.) die kritische Unterstützung sozialdemokratischer Formen der Bearbeitung der Konflikte des Finanzmarktkapitalismus und (3.) praktische Versuche, die damit verbundenen Widersprüche zum Tanzen zu bringen. Was heißt das konkret? Linke Regierungspolitik kann nur im Bündnis von Linkspartei, Sozialdemokratie und vor allem auch den Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen wie der Friedens-, Umwelt- und Frauenbewegung durchsetzbar und erkennbar sein, erklärte Dag Seierstad zur norwegischen Situation. Nur so ließ sich der Truppenabzug im Irak und Afghanistan, der Erhöhung des Entwicklungshilfebeitrages Norwegens auf 1 % des BIP, die Ablehnung von GATS, die Wiedereinführung der Steuern auf Aktiendividenden durchsetzen.

Anders die Situation in Deutschland. „Manchmal sind sie einfach nicht da“ – die sozialen Bewegungen – wie bei der Einführung der Fallpauschalen im Gesundheitsbereich, erklärte Heidi Knake-Werner, die immer wieder Verbündete sucht im Kampf gegen die Sparpläne des SPD-Finanzsenators, auch im Kampf gegen die Privatisierung von Vivantes und dem filetierten Outsourcen „medizinischer“ Einrichtungen auch der Charité. Beide Einrichtungen müssen als öffentliche Einrichtungen für alle zugänglich bleiben, beide müssen aber auch wirtschaftlich effizient arbeiten, gerade weil sie Eigentum der Stadt sind. Hier wird ein offenes Problem der Linken nur andiskutiert – die Frage Definition von Effizienz öffentlichen Eigentums, die eben nicht Marktanpassung zugrunde liegt.

Umweltminister Wolfgang Methling hat es scheinbar einfacher. Er vermag es, seine Umweltpolitik mit konkreten Visionen – wie: 100 Prozent erneuerbare Energie bis 2050 – zu verbinden und mit den Anliegen der ortsansässigen Umweltbewegungen. Dies u.a. auch erfolgreich, wie sein kritischer Begleiter Marko Ferst feststellt – ein Moment linker Kultur: die souveräne (fachkompetente) Kritik an der Regierungspolitik auf der einen und der gleichermaßen souveräne Umgang des Ministers mit Kritik und Kritikern auf der anderen Seite. Dennoch haben sich die politischen Aushandlungsprozesse im Landesverband der Linkspartei von Mecklenburg-Vorpommern verändert, ebenso der Politikstil, der in kritischen Beiträgen aus der Linkspartei selbst hinterfragt wird. Peter Ritter antwortet, stellt richtig – auch Kritik muss bei den Fakten bleiben – hört zu. Das Problem sind nicht nur mangelnde Selbstreflektion und unzureichende Vermittlung, sondern die Widersprüche der Regierungsbeteiligung selbst. Und diese werden sehr unterschiedlich gewichtet und bewertet, auch in der Publikation von Edeltraut Felte u. a.: "Warum? Für wen? Wohin? 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern in der Regierung". Einig ist man sich, dass ein breiter gesellschaftlicher Dialog, gesellschaftliche Bündnisse notwendig sind und dass diese nicht spannungsfrei sein können. Entscheidend für die Linke ist, wie sie mit diesen Spannungsfeldern umgeht – und das gilt gleichermaßen für Kritiker von Regierungspolitik wie für jene, die in Regierungsverantwortung stehen. Und offensichtlich ist es gar nicht so leicht, sich auf die konkrete Situation *des anderen*, seine Potentiale und Grenzen einzulassen wie das Panel mit Christine Buchholz und Klaus Lederer deutlich werden ließ. Gerade auch deshalb sind Gespräche und Foren wie dieses immer wieder wichtig, denn Linke in Regierungsverantwortung ist und bleibt ein strategisches Lernprojekt der gesamten Linken.

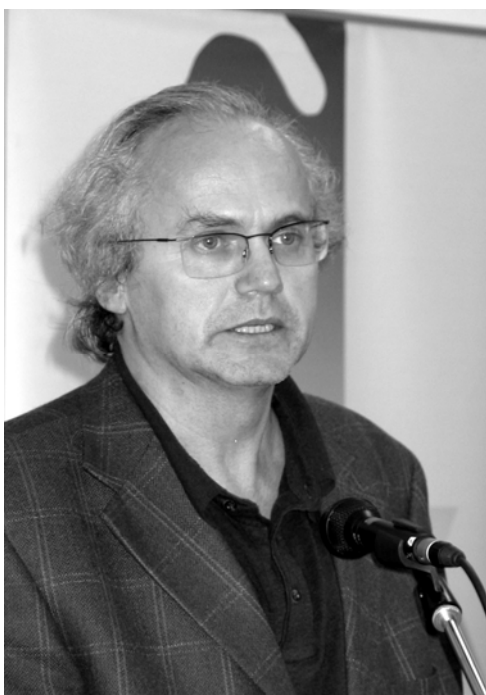
Ziel des Forums war es nicht alle Fragen des Regierungshandelns der Linken zu beantworten, auch nicht deren endgültige Bewertung. Ziel war es zunächst einen Raum für sachliche Diskussionen unterschiedlicher Sichten verschiedener Akteure zu schaffen und die Vermittlung unterschiedlicher Politikansätze, Erfahrungen und die Reflektion von Handeln in den realen Widersprüchen.

Ziel des Forums war ebenso, ein Angebot zu unterbreiten zu Selbstbefähigung differenzierter Aneignung komplexer Prozesse, als Voraussetzung für politische Kooperationen und neue Allianzen. Denn eine Linke, die den Anspruch erhebt, emanzipativ zu sein, muss zur soziologischen, politischen und kulturellen Selbstreflexion fähig sein. Und dabei gilt auch gerade für sie der Satz Rosa Luxemburgs: Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenken

Cornelia Hildebrandt

Michael Brie

Ist sozialistische Politik aus der Regierung heraus möglich? Fünf Einwände von Rosa Luxemburg und fünf Angebote zur Diskussion



Das Problem der Beteiligung von Sozialisten und Kommunisten, also jener, deren Ziel die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft ist, an bürgerlichen Regierungen geht anders, als viele meinen, nicht auf das Jahr 1899 zurück, als der französische Sozialist Étienne-Alexandre Millerand der bürgerlichen Regierung in Frankreich unter Waldeck-Rousseau beitrug, sondern auf das Jahr 1848, als Louis Blanc in die Provisorische Regierung eintrat, die in der Februarrevolution gebildet wurde. Seine Versuche der Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse (Aufkauf von Bergwerken und Eisenbahnen, Zentralisierung des Versicherungswesens, Gründung von Genossenschaften, Abschaffung freier Preise, Nationalwerkstätten zur Arbeitslosenversorgung und Recht auf Arbeit¹) blieben weitgehend erfolglos. Sein

Balanceakt zwischen der deutlichen Vertretung der Arbeiterforderungen und dem Versuch, die „Ordnung“ im Sinne der Regierung aufrechtzuerhalten, kostete ihn die Unterstützung der Massen. Schon im Mai 1848 musste er sein Amt verlassen. Mit der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes vom Juni 1848 wurde auch die Durchsetzung seiner letztlich über den Kapitalismus hinauszielenden Reformen unmöglich.²

elender, frommer Wunsch, aber hinter dem Rechte auf Arbeit steht die Gewalt über das Kapital, hinter der Gewalt über das Kapital die Aneignung der Produktionsmittel, ihre Unterwerfung unter die assoziierte Arbeiterklasse, also die Aufhebung der Lohnarbeit, des Kapitals und ihres Wechselverhältnisses.“ Karl Marx: Klassenkämpfe in Frankreich. 1848 bis 1850. In: MEW, Bd. 7, S. 42.

² Marvin F. Cox bemerkt über Louis Blanc: „From late February until the decisive decline of his influence in April his standing within the Parisian working class gave him a means for intimidating the moderate majority in the provisional government. Yet rather than use this advantage to force the majority's hand he acquiesced in half-measures which maintained the government's credit among the workers but ultimately worked against the establishment of any kind of social democracy. He thus renounced his demands for a ministry of progress, which would have given him a budget and put functionaries at his disposal, and accepted the presidency of the Luxembourg Commission, which had the circumscribed mission of preparing social legislation for the future constituent assembly. More gravely, he continued to serve in the provisional government even after it created 'national workshops' whose make-work jobs parodied his plans and discredited his idea of state-fostered industrial employment. After the assembly convened Blanc failed equally significantly to use his remaining credit with the workers to moderate their militancy and save them, and the republic, from the reprisals which he realized would follow defiance of the conservative majority.“
<http://www.ohiou.edu/~Chastain/ac/blanc.htm>.

¹ Karl Marx schrieb 1850 dazu: „Das Recht auf Arbeit ist im bürgerlichen Sinn ein Widersinn, ein

Beteiligungen der Linken an Regierungen, die von anderen Kräften dominiert werden, sind immer umstritten gewesen. Es wurden vor allem fünf Einwände gegen die Regierungsbeteiligung der Linken formuliert – (1) der Kapitalismus könne nicht wesentlich verändert werden; (2) nur eine Revolution könne die grundlegenden Probleme lösen, (3) der Staat sei nur das politische Herrschaftsinstrument der ökonomisch herrschenden Klasse; (4) Regierungsbeteiligung schwäche zwangsläufig die Linke und (5) die Linke mache durch ihre Regierungsbeteiligung erst die Fortsetzung rechter Politik möglich.

1. Einwand: Der Kapitalismus kann im Wesen nicht verändert werden

Der *erste Einwand* gegen Beteiligungen der Linken an Regierungen ist der, dass sie bisher in keinem Falle zu einer dauerhaften progressiven Überwindung des Kapitalismus geführt haben. Dies aber gilt auch für alle anderen Formen linker Politik, selbst jene, die von den sozialistischen oder kommunistischen Parteien kontrolliert wurden – zumindest, wenn man, wie der Autor, davon ausgeht, dass die im Gefolge der Oktoberrevolution erfolgten Umwälzungen nicht in der Lage waren, eine sozialistische Ordnung hervorzubringen, die den demokratischenemanzipatorischen Idealen auch nur annähernd gerecht wurde, die Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft bewahrte und ausbaute und dauerhaft eine gegenüber dem Kapitalismus überlegene Entwicklungsweise erzeugte.³ Die bei Engels sehr ausdrücklich formulierte Vorstellung, man müsse – von Wahlerfolg zu Wahlerfolg fortschreitend – die Reihe fest geschlossen halten, dürfe keine wesentlichen Kompromisse machen, sich nicht mit dem „System“

³ Michael Brie: Der sowjetische Staatspartei-Sozialismus im Lichte der Marxschen Theorie „progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation“. In: Kalbe, Ernstgert; Geier, Wolfgang; Politt, Holger (Hrsg.): Aufstieg und Fall des Staatssozialismus: Ursachen und Wirkungen. III. Rosa-Luxemburg-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig, 19.9 – 20.9.2003. Leipziger Jahrbücher: Osteuropa in Tradition und Wandel, Bd. 6, Leipzig 2004, S. 197-233. Dies gilt m. E. – ungeachtet vieler Erfolge – auch für die VR China, Vietnam oder Kuba.

einlassen und, entweder über die Erzielung einer parlamentarischen Mehrheit dann den Sozialismus einführen („Reformisten“) oder auf der Basis einer derart geeinten „revolutionären“ Arbeiterklasse einen Umsturz durchführen, nach dessen Erfolg die Grundlagen für einen demokratischen Sozialismus gelegt werden („revolutionäre Sozialdemokraten“)⁴, hat nicht funktioniert.⁵ Die Behauptung, dass Regierungsbeteiligungen die Ursache des Scheiterns der sozialistischen und kommunistischen Bewegungen bei der progressiven Überwindung des Kapitalismus gewesen seien, ist deshalb nicht zu halten.

Die internationale Linke in ihren verschiedenen Gruppen stellt vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen mehr und mehr eine *Strategie der Transformation* in den Vordergrund, um konkrete Reformveränderungen innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft mit einer fundamentalen Veränderung der

⁴ Leitfaden einer evolutionären Strategie der SPD waren die Bemerkungen des alten Engels in seiner Einleitung zu Marxens Schrift „Klassenkämpfe in Frankreich“, die er 1895 schrieb: „Was aber auch in anderen Ländern geschehen möge, die deutsche Sozialdemokratie hat eine besondere Stellung und damit wenigstens zunächst auch eine besondere Aufgabe. Die zwei Millionen Wähler, die sie an die Urnen schickt, nebst den jungen Männern und den Frauen, die als Nichtwähler hinter ihnen stehen, bilden die zahlreichste, kompakteste Masse, den entscheidenden ‚Gewalthaufen‘ der internationalen proletarischen Armee. Diese Masse ... nimmt ... unablässig zu. Ihr Wachstum geht so spontan, so stetig, so unauffhaltsam und gleichzeitig so ruhig vor sich wie ein Naturprozeß. Alle Regierungseingriffe haben sich ohnmächtig dagegen erwiesen... Geht das so voran, so erobern wir bis Ende des Jahrhunderts den größeren Teil der Mittelschichten der Gesellschaft, Kleinbürger wie Kleinbauern, und wachsen aus zu der entscheidenden Macht im Lande, vor der alle andern Mächte sich beugen müssen, sie mögen wollen oder nicht. Dies Wachstum ununterbrochen in Gang zu halten, bis es dem gegenwärtigen Regierungssystem von selbst über den Kopf wächst, <diesen sich täglich verstärkenden Gewalthaufen nicht in Vorhutkämpfen aufreiben, sondern ihn intakt zu halten bis zum Tag der Entscheidung,> das ist unsere Hauptaufgabe.“ Friedrich Engels: Einleitung zu „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ von Karl Marx (Ausgabe 1895). In: MEW, Bd. 7, S. 511-527, hier S. 524 f.

⁵ Es gehört zu den unerledigten Aufgaben der neuen Linken, die mit dem Scheitern dieser beiden Ansätze verbundenen strategischen Diskussion seit den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts neu zu analysieren.

Eigentums- und Machtverhältnisse zu verbinden. Die offene Frage ist, was dies für die außerparlamentarische und parlamentarische Arbeit bedeutet und welche Rolle dabei Regierungsbeteiligungen zukommen kann oder auch nicht.

Dies wirft vor allem die alte Frage wieder auf, was überhaupt Veränderung des Kapitalismus heißt. Viele Linke beklagen zwar ständig die Rücknahme von zivilisatorischen Errungenschaften in den heutigen Gesellschaften unter dem Angriff des Neoliberalismus und der Durchsetzung des Finanzmarkt-Kapitalismus⁶, erklären zugleich aber den Kapitalismus für reformunfähig. Schlimmer noch, der Weg der Reformen wird als Ursache des Sieges des Faschismus in Deutschland gesehen.⁷

Die klassische Auseinandersetzung mit dem Reformismus geht auf die Debatte zu Bernsteins Artikelserie „Probleme des Sozialismus“ (1896-1898) und seine Schrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ (1899) zurück. Rosa Luxemburgs Antwort „Sozialreform oder Revolution“, die zuerst in der *Leipziger Volkszeitung* veröffentlicht wurde, geriet zur herausragenden marxistischen Antwort. Zugleich offenbarte diese Antwort auch Grundprobleme des orthodoxen Marxismus.

Bernstein hatte in starken Gewerkschaften, der Durchsetzung sozialer Reformen und politischer Demokratisierung Bedingungen für eine Veränderung der Qualität der Gesellschaft gesehen, die über den Kapitalismus hinausweist. Rosa Luxemburg verwies nun darauf, dass die Gewerkschaften nichts anderes tun könnten, als das „kapitalistische Lohngesetz“ durchzusetzen. Die Gewerkschaften könnten „...deshalb das

Lohngesetz nicht umstürzen; sie können im besten Falle die kapitalistische Ausbeutung in die jeweilig ‚normalen‘ Schranken weisen, keineswegs aber die Ausbeutung selbst stufenweise aufheben“⁸. Gleich danach führt sie aus: „Jede technische Umwälzung widerstreitet den Interessen der direkt dadurch berührten Arbeiter und verschlechtert ihre unmittelbare Lage, indem sie die Arbeitskraft entwertet.“⁹ Dort wo sich Unternehmer und Gewerkschaften zusammenschließen, um Umfang und Preise der Warenproduktion zu regulieren, sieht sie nichts als den „...solidarische[n] Kampf des Kapitals und der Arbeitskraft gegen die konsumierende Gesellschaft“¹⁰.

Die Fabrikgesetze werden durch Rosa Luxemburg nicht als ein Stück gesellschaftlicher Kontrolle und damit „ein Stück Sozialismus“ angesehen, wie es bei Bernstein und Konrad Schmidt geschieht, sondern nur als „...Kontrolle der Klassenorganisation des Kapitals über den Produktionsprozess des Kapitals“¹¹. Begründung ist, dass der Staat „...keine ‚Gesellschaft‘ im Sinne der ‚aufstrebenden Arbeiterklasse‘, sondern Vertreter der kapitalistischen Gesellschaft, d. h. Klassenstaat“¹² sei. Wo Konrad Schmidt eine Trennung von „Obereigentum“ und konkreten Nutznießrechten für möglich hält, wobei ersteres in den Händen der Gesellschaft, letzteres auch in den Händen der Unternehmer ist, nimmt sie an, dass es im Kapitalismus nichts als ein unteilbares Privateigentum gäbe.

Das hinter solchen Positionen stehende Modell einer kapitalistischen Gesellschaft unterstellt implizit, dass in diesen Wirtschaften und in den von ihnen geprägten Gesellschaften und vor allem Staaten ausschließlich kapitalistische Tendenzen wirken (abgesehen von nichtkapitalistischen Sektoren der Kleinproduktion) – natürlich bis auf den Fall einer politisch organisierten Arbeiterbewegung, die das ganze System selbst

⁶ Vgl. dazu: Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen? In: Supplement zu *Sozialismus*, Heft 3/2006.

⁷ So heißt es bei Theodor Bergmann: „1918 hatte die SPD statt des unnützen Blutvergießens der Revolution ein ‚friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus‘ versprochen. Die blutige Herrschaft des deutschen Faschismus stand am Ende des friedlichen Weges der schrittweisen Reformen.“ Theodor Bergmann: Friedliches Hineinwachsen in die Kapitulation. In: *junge welt*, 14./15. Januar 2006, S. 11.

⁸ Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution?. In: *Werke*, Bd. 1.1., S. 389.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Ebenda, S. 390.

¹¹ Ebenda, S. 392.

¹² Ebenda.

in Frage stellt. Der gewerkschaftliche Kampf bringt nach einer solchen Vorstellung nur das kapitalistische Lohngesetz zur vollen Wirkung, die sozialstaatlichen Regulierungen sichern nichts anderes als die ordentliche Kapitalverwertung, der Staat ist nichts als das Machtinstrument der Kapitalistenklasse, jeder Kampf um Verbesserung auf der Grundlage des Gegebenen wird zur Hilfeleistung gegenüber den Herrschenden.¹³

Karl Marx hatte bezogen auf den von ihm im Ersten Band des „Kapital“ dargestellten Kampf um die gesellschaftliche Regulation und Verkürzung des Arbeitstages eine Auffassung entwickelt, die die oben genannten Positionen in Frage stellt:

„Und dennoch war die Periode von 1848 bis 1864 nicht ohne ihre Lichtseite. Hier seien nur zwei große Ereignisse erwähnt.

Nach einem dreißigjährigen Kampf, der mit bewunderungswürdiger Ausdauer geführt ward, gelang es der englischen Arbeiterklasse durch Benutzung eines augenblicklichen Zwiespalts zwischen Landlords und Geldlords, die *Zehnstundenbill* durchzusetzen. Die großen physischen, moralischen und geistigen Vorteile, die den Fabrikarbeitern aus dieser Maßregel erwachsen und die man in den Berichten der Fabrikinspektoren halbjährig verzeichnet findet, sind jetzt von allen Seiten anerkannt. Die

meisten kontinentalen Regierungen nehmen das englische Fabrikgesetz in mehr oder minder veränderter Form an, und in England selbst wird seine Wirkungssphäre jährlich vom Parlament ausgedehnt. Aber von der praktischen Wichtigkeit abgesehen, hatte der Erfolg dieser Arbeitermaßregel eine andre große Bedeutung. Die Mittelklasse hatte durch die notorischsten Organe ihrer Wissenschaft, durch Dr. Ure, Professor Senior und andre Weisen von diesem Schlag, vorhergesagt und nach Herzenslust demonstriert, dass jede gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit die Totenglocke der englischen Industrie läuten müsse, einer Industrie, die vampirmäßig Menschenblut saugen müsse, vor allem Kinderblut. In alten Zeiten war der Kindermord ein mysteriöser Ritus der Religion des Moloch, aber er ward nur bei besonders feierlichen Gelegenheiten praktiziert, vielleicht einmal im Jahr, und zudem hatte Moloch keine besondere Liebhaberei für die Kinder der Armen.

Der Kampf über die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit wütete um so heftiger, je mehr er, abgesehen von aufgeschreckter Habsucht, in der Tat die große Streitfrage traf, die Streitfrage zwischen der blinden Herrschaft der Gesetze von Nachfrage und Zufuhr, welche die politische Ökonomie der Mittelklasse bildet, und der Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht, welche die politische Ökonomie der Arbeiterklasse bildet. Die Zehnstundenbill war daher nicht bloß eine große praktische Errungenschaft, sie war der Sieg eines Prinzips. Zum ersten Mal erlag die politische Ökonomie der Mittelklasse in hellem Tageslicht vor der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse.“¹⁴

Als zweite große Lichtseite der Entwicklung seit 1848 nennt Marx die Kooperativbewegung, die bewiesen habe, „daß Produktion auf großer Stufenleiter und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wissenschaft vorgehen kann ohne die Existenz einer Klasse von *Meistern* (masters), die eine Klasse von *‘Händen’* anwendet; daß, um Früchte zu tragen, die Mittel der Arbeit nicht monopolisiert zu werden brauchen als Mittel der Herrschaft über und Mittel der Ausbeu-

¹³ Marx selber hat solchen Vorstellungen in vielen seiner Werke Vorschub geleistet. So heißt es über Forderungen reformerischer Veränderung des Kapitalismus im „Manifest“, diese seien nichts als Bourgeoisozialismus: „Eine zweite, weniger systematische, nur mehr praktische Form dieses Sozialismus suchte der Arbeiterklasse jede revolutionäre Bewegung zu verleiden durch den Nachweis, wie nicht diese oder jene politische Veränderung, sondern nur eine Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse, der ökonomischen Verhältnisse ihr von Nutzen sein könne. Unter Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse versteht dieser Sozialismus aber keineswegs Abschaffung der bürgerlichen Produktionsverhältnisse, die nur auf revolutionärem Wege möglich ist, sondern administrative Verbesserungen, die auf dem Boden dieser Produktionsverhältnisse vor sich gehen, also an dem Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit nichts ändern, sondern im besten Fall der Bourgeoisie die Kosten ihrer Herrschaft vermindern und ihren Staatshaushalt vereinfachen.“ Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW, Bd. 4, S. 489.

¹⁴ Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation. In: Werke, Bd. 16, S. 10 f.

tung gegen den Arbeiter selbst, und daß wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenenarbeit so *Lohnarbeit* nur eine vorübergehende und untergeordnete gesellschaftliche Form ist, bestimmt zu verschwinden vor der *assoziierten Arbeit*, die ihr Werk mit williger Hand, rüstigem Geist und fröhlichen Herzens verrichtet“.¹⁵

Karl Marx hielt es also für möglich, dass mitten in der Blütezeit des Kapitalismus der freien Konkurrenz Elemente einer „politischen Ökonomie der Arbeiterklasse“ – einer Ökonomie der „Kontrolle durch soziale Ein- und Vorsicht“ – sowie Ansätze einer alternativen Wirtschaftsweise zur Geltung gebracht werden können, wie eingeschränkt dies auch immer sein möge. Gerade während des fordistisch-wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus wurden diese Tendenzen weit ausgebaut, als Resultat von harten sozialen und politischen Kämpfen, vor dem Hintergrund der Großen Krise und zweier Weltkriege sowie des Faschismus, im Wettbewerb mit dem Staatssozialismus nicht zuletzt auf dem Gebiet der sozialen Frage.¹⁶ Gerade die Rücknahme dieser Errungenschaften stellt das Problem, ob sie mehr oder etwas anderes waren als nur ein Erfolg, den Kapitalismus in seine „normalen“ Schranken zu weisen.

In dem Augenblick, wo sozialstaatliche Maßnahmen, tarifliche Vereinbarungen, gesetzliche Regelungen über die elementare Absicherung existenzieller Nöte hinausgehen, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse auch unter den Aspekten von sozialer Gerechtigkeit, Verminderung sozialer Ungleichheit und der Stärkung der Macht von abhängig Beschäftigten gestaltet werden, langfristige gesellschaftliche Reproduktionsinteressen auch gegen Interessen kurzfristiger Kapitalverwertung durchgesetzt werden, in diesem Augenblick werden Tendenzen zur Geltung gebracht, die im Widerspruch zur „Kapitallogik“ stehen.¹⁷ Diese Tendenzen

seien im Folgenden generalisierend als „Soziallogik“ bezeichnet. In ihnen werden Interessen der allgemeinen Realisierung der sozialen, kulturellen und politischen Menschenrechte durchgesetzt.

Die implizite Annahme einer solchen Auffassung ist, dass durch die sozialen und politischen Kämpfe, durch die erzwungenen Kompromisse, durch die zeitweilige Einsicht auch von Herrschenden nach ungeheuren Katastrophen Elemente, Strukturen, Tendenzen und Formen des Sozialismus im Schoße der alten Ordnung, d.h. des Kapitalismus, entstehen kann; und dies nicht nur als „antisystemische politische Bewegungen“. Es wird Zeit, endgültig mit dem Widerspruch zwischen der theoriegeleiteten Verachtung gegenüber diesen Elementen und Strukturen im Bestehenden und der gleichzeitigen praktischen Verteidigung derselben zu brechen.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges, gerade noch dem Völkermord entkommen und ganz geprägt durch die Erfahrungen „des Intellektuellen in der Emigration“¹⁸, schrieb Theodor W. Adorno: „Unser Leben haben wir der Differenz zwischen dem ökonomischen Gerüst, dem späten Industriekapitalismus, und der politischen Fassade zu verdanken. Der theoretischen Kritik ist der Unterschied geringfügig; allerorten lässt sich der Scheincharakter etwa der angeblichen öffentlichen Meinung, der Primat der Ökonomie in den eigentlichen Entscheidungen dartun. Für ungezählte Einzelne aber ist die dünne und ephemere Hülle der Grund ihrer ganzen Existenz. Gerade die, von deren Denken und Handeln die Änderung, das einzig Wesentliche abhängt, schulden ihr Dasein dem Unwesentlichen, dem Schein, ja dem, was nach dem Maß der großen historischen Entwicklungsgesetze als bloßer Zufall zutage kommen mag. Wird aber dadurch nicht die gesamte Konstruktion von Wesen und Erscheinung berührt? Gemessen am Begriff ist das Individuelle in der Tat ganz so nichtig geworden, wie die Hegelsche Philosophie es vorwegnahm; *sub specie individuationis*“¹⁹

¹⁵ Ebenda, S. 11 f.

¹⁶ Vgl.: Christoph Butterwegge: *Krise und Zukunft des Sozialstaates*. Wiesbaden 2005.

¹⁷ Unter *Kapitallogik* seien alle die Tendenzen verstanden, die aus der ungehinderten Wirkung der Kapitalverwertungsinteressen und der vollständigen Unterordnung von Arbeit und Gesellschaft unter das Kapital folgen.

¹⁸ Theodor W. Adorno: *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt am Main 2001, S. 13.

¹⁹ D. i.: unter dem Gesichtspunkt der „Selbstwerdung des Menschen, in dessen Verlauf sich das

aber ist ... das geduldete, gleichsam abnorme Weiterleben selbst das Essentielle. Die Welt ist ein System des Grauens, aber darum tut ihr noch zuviel Ehre an, wer sie als System denkt, denn ihr einigendes Prinzip ist die Entzweiung, und sie versöhnt, indem sie die Unversöhnlichkeit von Allgemeinem und Besonderem rein durchsetzt. Ihr Wesen ist das Unwesen; ihr Schein aber, die Lüge, kraft derer sie fortbesteht, der Platzhalter der Wahrheit.“²⁰

Jede emanzipative Gesellschaftstheorie sollte diese Wendung der Kritischen Theorie ernst nehmen. Einerseits wird von Adorno die Auffassung aufgenommen, dass die Gesellschaft unter dem kapitalistischen Primat der Ökonomie ein geschlossenes System ist und das Individuelle durch völlige Unterwerfung verschwindet.²¹ Das allgemeine Wesen kann dann aber nicht einmal mehr das bloße Überleben von Menschen erklären. Dieses verdankt sich dem Schein, auf den „Demokratie“ als bloße Fassade reduziert wird. Andererseits: Wenn vom Gesichtspunkt der Einzelnen ihr Überleben das eigentlich Wesentliche ist, dann ist auch die Demokratie nicht nur der „Platzhalter der Wahrheit“, sondern in die Wesensbestimmung der Gesellschaft hineinzunehmen. Eine emanzipatorische Theorie sollte die reale und erlebte Widersprüchlichkeit von Kapitallogik

Bewusstsein der eigenen Individualität bzw. der Unterschiedenheit von anderen zunehmend verfestigt“. Duden. Das Fremdwörterbuch, Mannheim 1997, S. 355.

²⁰ Theodor W. Adorno: *Minima Moralia*. A .a.O., S. 205 f.

²¹ In Herbert Marcuses Werk „Der eindimensionale Mensch“ wird diese Theorie auf den Begriff gebracht – selbst das Individuellste erscheint nur noch als Bewegungsform einer kapitalistischen Totalität, die völlige Freiheit als die absolute und zugleich lustvolle Unterwerfung: „Die Reichweite gesellschaftlich statthafter und wünschenswerter Befriedigung nimmt erheblich zu; aber auf dem Wege dieser Befriedigung wird das Lustprinzip reduziert – seiner Ansprüche beraubt, die mit der bestehenden Gesellschaft unvereinbar sind. Derart angepasst, erzeugt Lust Unterwerfung.“ Herbert Marcuse: *Der eindimensionale Mensch*. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Darmstadt und Neuwied 1982, S. 95. Nur von den Geächteten und Außenseitern, den Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen, sei noch „revolutionäre Opposition“ zu erwarten (ebenda, S. 267).

und Soziallogik in Wirtschaft und Politik auch begrifflich ernst nehmen und weder unter der Terminologie vom „Kapitalismus“ oder der von der „sozialen Marktwirtschaft“ in der einen oder anderen Weise zum Verschwinden bringen. Dies aber würde das Verständnis nicht nur von Kapitalismus, sondern auch von Sozialismus gegenüber dem orthodoxen Marxismus verändern.

Eine solche Herangehensweise bräche endgültig mit der Vorstellung vom Sozialismus als der Gesellschaft eines Monosubjekts, in dem ein einziger gesamtgesellschaftlicher Eigentümer auf der Basis eines zentralisierten gesamtgesellschaftlichen Willensbildungsprozesses über alle produktiven Ressourcen verfügt. Der qualitative Sprung vom Kapitalismus zum Sozialismus wäre der von einer Ordnung, in der die Kapitalverwertung (Kapitallogik) dominiert, hin zu einer gesellschaftlichen Entwicklungsweise, in der die umfassende Verwirklichung der Menschenrechte zum primären Ziel von Wirtschaft und Politik geworden ist (Soziallogik).

Die freie Enzyklopädie *Wikipedia* führt ihren Artikel zum Stichwort *Sozialismus* mit dem Satz ein: „*Sozialismus* bezeichnet politische und ökonomische Theorien, die die Produktion und Verteilung von Leistungen unter gemeinschaftlicher oder staatlicher Lenkung befürworten.“²² In dieser Begriffsbestimmung wird unkritisch das gesamte zentralistische Erbe der staatssozialistischen Tradition, wie sie im 19. Jahrhundert vornehmlich in Deutschland entstand, fortgeführt. Sozialismus wird nicht über seine Ziele, sondern über die Dominanz eines – umstrittenen – Mittels, der „gemeinschaftlichen oder staatlichen Lenkung“, definiert. Von hier ist es nur ein Schritt, Sozialismus als eine Ordnung zu bezeichnen, die durch die umfassende zentralisierte Verfügung über das gesamte produktive Vermögen der Gesellschaft („gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln“) bestimmt wird. So sehr der Staatssozialismus in die Geschichte des Sozialismus gehört, so sehr wäre es falsch, Sozialismus für immer mit dieser besonderen Form zu identifizieren.

²² <http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialismus>. Damit rückt der Sozialismus zwangsläufig in die Nähe aller autoritären Ordnungen.

Ohne hier die historischen Diskussionen um Sozialismus und Kommunismus zu rekonstruieren,²³ sei zumindest auf die innere Widersprüchlichkeit der ursprünglichen Ansätze verwiesen. Sie zielten immer auf die Einlösung der Freiheitsansprüche der Großen Französischen Revolution, auf die für jedermann (also auch für die untersten Schichten, die über kein Eigentum verfügten, den „vierten Stand“ der Gesellschaft) einlösbaren Menschenrechte. Sie verband die Freiheitsrechte mit der sozialen Frage, die formale Gleichheit mit der realen Gleichheit, die Selbstverwirklichung mit der Solidarität. Und um dies zu erreichen, wurden sehr verschiedene Mittel vorgeschlagen, wobei sich von Anfang an der kommunistische Ansatz einer auf dem universellen Gemeineigentum beruhenden Zentralverwaltungswirtschaft und der sozialistische Ansatz solidarisch kooperierender freier Assoziationen gegenüberstanden.²⁴ Der Marxismus ver-

band beide Ansätze in Form unaufgelöster Antinomien und konnte so zugleich für eine bolschewistische Diktatur wie für einen demokratischen Sozialismus als Bezugspunkt dienen. Die Frage, inwieweit eine zentralistische Verfügung über das Eigentum, eine gesamtgesellschaftliche Planwirtschaft tatsächlich dazu führen könnte, dass „die freie Entwicklung jedes einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller“ werde, wurde gerade in der kommunistischen Tradition nicht ernsthaft untersucht.

Für Marx war die „kommunistische Gesellschaft“ (auf den Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus bei Marx sei hier nicht eingegangen) die einzige, „...worin die originelle und freie Entwicklung der Individuen keine Phrase ist“. Eine solche Gesellschaft brauche (1) bestimmte „ökonomische Voraussetzungen“, (2) die „notwendige Solidarität der freien Entwicklung Aller“ und (3) die „universelle Betätigungsweise der Individuen auf der Basis der vorhandenen Produktivkräfte“.²⁵ Dazu müssten, so schreibt Marx anderthalb Jahrzehnte später, die gesellschaftlichen Produktionsbedingungen in den „organischen gesellschaftlichen Leib“ verwandelt werden, „worin die Individuen sich reproduzieren als Einzelne, aber als gesellschaftlich Einzelne“.²⁶

Sozialismus kann unter diesen Prämissen nicht als die Auflösung der Spannung von Individualität und Gesellschaftlichkeit (zugunsten zentralisierter Gesellschaftlichkeit in der staatssozialistischen oder zugunsten der Individualität in der anarchistischen Tradition) gedacht werden. *Sozialismus ist, so sei behauptet, der Prozess der Vermittlung, in der die freie Entwicklung jeder und jedes einzelnen Ausgangs- und Zielpunkt ist, die solidarische Entwicklung aller das Mittel, ein Mittel mit hohem Eigenwert. Wenn dem so ist, dann muss gefragt werden, welcher praktische Prozess nach dem Scheitern des Staatssozialismus die beiden folgenden Zielpunkte sozialistischer Emanzipationsbe-*

tät war Ausgangspunkt, ihre solidarische Entfaltung Mittel der freien Entwicklung aller.

²⁵ Karl Marx und Friedrich Engels: Die Deutsche Ideologie. In: MEW, Bd. 3, S. 424 f.

²⁶ Karl Marx: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW, Bd. 42, S. 723.

²³ Vergleiche dazu den systematischen Beitrag: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997.

²⁴ So heißt es bei Babeuf: „Es gibt keine wichtigere Wahrheit als die von uns schon angeführte, die ein Philosoph (Morelly – M. B.) mit folgenden Worten verkündete: *Schwätzt soviel ihr wollt über die beste Regierungsform, ihr werdet nichts ausrichten, solange ihr nicht die Keime der Habsucht und des Ehrgeizes zerstört habt.* Deshalb müssen die gesellschaftlichen Institutionen es zuwege bringen, jedem einzelnen die Hoffnung zu nehmen, jemals durch seine Bildung reicher, mächtiger oder vornehmer als seinesgleichen zu werden... Das einzige Mittel, um zu diesem Ziel zu kommen, besteht darin, eine *gemeinschaftliche Verwaltung* einzurichten; das Privateigentum abzuschaffen; jeden Menschen die Fähigkeit und Fertigkeit ausüben zu lassen, auf die er sich versteht; ihn verpflichten, die Frucht seiner Arbeit im gemeinsamen Vorratsspeicher in natura abzuliefern; und eine einfache Verwaltung der Verteilung einzurichten, die über alle Personen und alle Sachen Buch führt und letztere in peinlichster Gleichheit verteilen und in der Wohnung jedes Mitbürgers abgeben lässt.“ Gracchus Babeuf: Maifest der Plebejer. In: Joachim Höppner, Waltraud Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui. Bd. II: Texte, Leipzig 1975, S. 79 f. Die Saint-Simonisten dagegen, um eine der sozialistischen Strömungen zu nennen, strebten nach einer „*universellen Assoziation*“, nach Verhältnissen, „in denen alle menschlichen Kräfte harmonisch miteinander verbunden sind“. Die saint-simonistische Lehre. In: Ebenda, S. 153. Ein Zentralbanksystem, das Prinzip der Verteilung der Arbeit nach den Fähigkeiten und der Ergebnisse nach den Leistungen gehörten dazu. Die Diversi-

wegungen einlösen kann: (1) „Der moderne universelle Prozess kann nicht anders unter die Individuen subsumiert werden, als dadurch, dass er unter Alle subsumiert wird.“²⁷ (2) „Mit der Aneignung der totalen Produktivkräfte durch die vereinigten Individuen hört das Privateigentum auf.“²⁸

Eine Rekonstruktion der Marxschen Auffassung vom sozialistischen Eigentum hatte den Autor Mitte der achtziger Jahre zu der Erkenntnis geführt: „Individuelles Eigentum auf der Grundlage höchster Vergesellschaftung, individuelle Aneignung vermittelt durch kollektive und gesellschaftliche Formen des Besitzes an den gemeinschaftlichen Produktionsbedingungen, individuelle Freiheit, deren Bedingung bewusste gesellschaftliche Beherrschung des Produktionsprozesses ist – mit diesen Worten könnte man wesentliche Eckpfeiler des Marxschen Sozialismus-/Kommunismusverständnisses kennzeichnen.“²⁹ Was aber ist der Inhalt des individuellen Eigentums unter den Bedingungen gesellschaftlicher Produktion, welche Besitzformen können es garantieren und wie kann der gesellschaftliche Produktionsprozess so bewusst beherrscht werden, dass es zur solidarischen Entwicklung aller kommt?

Im Zusammenhang mit der Programmdiskussion der PDS wurde durch den Autor gemeinsam mit Dieter Klein, André Brie, Michael Chrapa, Rainer Land, Judith Dellheim u. a. die Auffassung entwickelt, dass das Ziel des Sozialismus und damit das Ziel seiner Eigentumsverhältnisse die freie Entwicklung der Einzelnen ist. Der gesellschaftliche Produktions- und Verteilungsprozess, seine Akkumulations- und Regulationsweise, die Gesamtheit seiner Besitz- und Verfügungsverhältnisse ist entsprechend dieser These dann sozialistisch gestaltet, wenn sie auf die Produktion, und Reproduktion jener Güter („Freiheitsgüter“) gerichtet sind, die diese freie Entwicklung ermöglichen, und sie

sich jede und jeder frei aneignen kann (was einen aktiven Prozess verlangt).³⁰

Unter individuellem Eigentum als zentralem Zielpunkt sozialistischer Produktion und Reproduktion könnte die freie und selbstbestimmte Aneignung dieser Grundgüter durch jede und jeden einzelnen verstanden werden, die ohne eine bewusste Gestaltung der Gesamtheit der Produktions- und Verteilungsverhältnisse unmöglich ist. Wenn die grundlegende Bewegungsform des Kapitals die Bewegung G (Geld) – W (Ware) – P (Produktion) – W' (um den Mehrwert bereicherte neue Waren) – G' (um den Profit erweitertes Geldvermögen) ist, dann wäre die allgemeine Formel sozialistischer Reproduktion jene, die von den Individuen ausgeht und bei weiter entwickelten Individuen, bereichert um neue Bedürfnisse, Genüsse, Beziehungen usw., ankommt. Für eine nicht durch den Profit, sondern durch das Ziel freier individueller Entwicklung einer und eines jeden dominierte Produktion und Reproduktion sind öffentliche Güter und Dienstleistungen zumindest nicht weniger wichtig als die Erzeugung von Waren. Es wäre die Bewegung: I (Individuen) – FG (Freiheitsgüter) und für ihre Produktion notwendige andere Güter (nur teilweise in Warenform) – P (Produktion) – FG' (erweiterte Reproduktion der Freiheitsgüter und für ihre Reproduktion notwendiger anderer Güter) – I' (weiter entwickelte Individuen).

Was aber bedeutet dies für die Neuformulierung der Eigentumsfrage? Im Parteiprogramm der Linkspartei.PDS wurde 2003 folgende Position beschlossen: „Die Alternative zu kapitalistischem Eigentum besteht deshalb nicht im allumfassenden Staatseigentum, sondern in der demokratischen Entscheidung über gesellschaftliche Grundprozesse und über die Förderung jener Eigentumsformen, die es am ehesten erlauben, die menschlichen Grundgüter effizient bereitzustellen und gerecht zu verteilen. Alle Eigentumsformen – genossenschaftliche, kommunale, private, staatliche und andere –

²⁷ Karl Marx und Friedrich Engels: Die Deutsche Ideologie. A. a. O., S. 68.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Michael Brie: Wer ist Eigentümer im Sozialismus, Berlin 1989, S. 106.

³⁰ Michael Brie: Sozialismus und Eigentum. In: ders. (Hg.): Mit Marx ins 21. Jahrhundert. Kritik des Neoliberalismus und Alternativen. Beiträge zum Symposium der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 1. Juni 2005, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2006, S. 77-102.

, die die natürlichen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen entwickeln und den Zugang zu den Grundbedingungen menschlichen Lebens erleichtern, sollten gefördert, andere, die Lebensgrundlagen untergraben, vernichten und diesen Zugang erschweren oder verhindern, sollten zurückgedrängt und überwunden werden.“ Beim Kampf um den Sozialismus geht es um eine ökonomische und politische Ordnung, die die materiellen und institutionellen Bedingungen für die umfassende Einlösung der Menschenrechte garantiert. Sozialismus ist seinem Kern nach die universelle Menschenrechtsbewegung der Moderne.³¹

Eine solche Position hat eine Reihe von Folgerungen: Sie präferiert Produktions- und Besitzformen, die reale individuelle und kollektive Einflussnahme ermöglichen, soweit sie ihre Lebenssituation betreffen; sie sieht die gemeinsame gesellschaftliche Verfügung vor allem in der solidarischen Rahmensetzung für individuelles und kollektives wirtschaftliches Handeln, in der Privilegierung bestimmter Ausrichtungen (sozial-ökologischer Umbau) und der Zurückdrängung und/oder Unterdrückung anderer Ausrichtungen. Die „Einbettung“ der Märkte in dieser Rahmensetzung, die Ausrichtung von unternehmerischen Handeln an diesen Zielen mit den Mitteln von Struktur- und Regionalpolitik, Kreditvergabe, Mitbestimmung u.a., die Förderung von Innovationen, die diesen Zwecken dienen, die Verwandlung von Mitbestimmung und Miteigentum der Beschäftigten in Mittel der Gestaltung der Produktionsprozesse in Entwicklungsprozesse der Beschäftigten sind die primären Mittel. Nicht die zentralistische Ordnung einer Top-Down-Kooperation, sondern die dezentrale Selbstorganisation in autonomen

³¹ „Der politische Anspruch des Sozialismus besteht in einer solchen Gestaltung moderner Gesellschaften mit ihren Institutionen und Machtstrukturen, dass die Durchsetzung der Menschenrechte in der Einheit von politischen, sozialen und individuellen Rechten und ihre Unteilbarkeit für jeden einzelnen und für alle garantiert werden. In diesem Sinne kann Sozialismus auch als Menschenrechtsideologie moderner Gesellschaften bezeichnet werden.“ Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus, a. a. O., S. 49. Vgl. zur theoretischen Begründung auch: Michael Brie, Michael Chrapa und Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe, Berlin 2002.

Netzwerken innerhalb demokratisch gesetzter Rahmenbedingungen solidarischen Wirtschaftens ist die strukturierende Leitidee. Staatliches und suprastaatliches Handeln zielt dann vor allem auf die Durchsetzung dieser Rahmenbedingungen.³²

Wie Bischoff et al. schreiben: „Dabei kann es nicht darum gehen, dirigistisch eine permanente Organisation und Intervention des Staates oder der öffentlichen Institutionen anzustreben, sondern durch Demokratisierung, indirekte Steuerung und ein neues System sozialer Sicherheit Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Selbsttätigkeit der Subjekte zu schaffen.“³³ Damit wird das etatistische Sozialismusverständnis durch eine libertäre Sozialismusvision abgelöst.³⁴ Auf den unterschiedlichen Feldern werden geregelte Märkte, Selbstverwaltung, demokratische Partizipation, kollektive Selbstversorgung insbesondere mit humanorientierten Dienstleistungen et al. zu den wesentlichen Vergesellschaftungsformen eines solchen Sozialismus.

2. Einwand: Nur eine Revolution kann die grundlegenden Probleme lösen

Da nun aber gegenüber dem orthodoxen Marxismus die Vorstellungen von Kapitalismus wie Sozialismus zu verändern sind, so sind auch diejenigen über den Übergang von dem einen zum anderen zu befragen. Die marxistische Revolutionsauffassung wie auch die der marxistischen Reformer ist durch die Leitidee der Zentralisation und Konzentration geprägt worden. Vom „Manifest“ über „Das Kapital“ bis hin zur „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur

³² International gibt es sehr verschiedene Ansätze, einen neuen Sozialismus als überzeugende Alternative zum neoliberalen Hightechkapitalismus zu formulieren. Zu den wenigen, die dies mit einer bestimmten Ausstrahlung versuchten, gehört István Mészáros: Beyond Capital. London 1995.

³³ Joachim Bischoff, Hasko Hüning, Christoph Lieber: Von der neoliberalen zur sozialistischen Gouvernamentalität. Anforderungen an eine Rifondazione der Linken, Ms., S. 15.

³⁴ In der Konsequenz verlangt dies die Aufhebung des libertären Erbes durch den Sozialismus – von den US-amerikanischen „Verfassungsvätern“ und Mill bis hin zu den Theorien von Hayek oder des Neoinstitutionalismus.

Wissenschaft“, Bebel's „Die Frau und der Sozialismus“ oder Lenins „Die drohende Katastrophe“ und „Staat und Revolution“ steht immer der Gedanke im Vordergrund, dass es die Tendenz des Kapitalismus sei, Produktion wie Arbeiterklasse in immer größeren Einheiten zu konzentrieren, so dass der betriebswirtschaftliche Anarchismus, der aus dem Privateigentum hervorgehe, in einen unlösbaren Widerspruch zur gesellschaftlichen Betriebsweise tritt. Die sozialistische Revolution, in deren Gefolge alle Produktionsmittel in einer Hand konzentriert werden würden, schien dann nichts anderes als die Vollstreckerin dieser Tendenz zur Zentralisation zu sein. Im Idealfall sei die gesamte Wirtschaft wie die damalige deutsche Post (Lenin) als ein einheitliches Unternehmen oder Fabrik zu regulieren. Die Differenz war nur, ob dies auf dem Wege der Revolution oder dem der Reform zu geschehen habe.

Es ist an der Zeit, die Revolutionsmechanik des dogmatisierten Marxismus endgültig in die lebendige Transformationsdynamik eines libertären Sozialismus zurückzuverwandeln, der seine Kraft aus der Befreiung von Menschen aus Verhältnissen gewinnt, die ihnen zur Fessel ihrer eigenen Entwicklung geworden sind. Dazu sind gesellschaftliche Produktivkräfte wie Produktionsverhältnisse zugleich als Kräfte und Verhältnisse menschlicher Entwicklung und Anerkennung zu begreifen oder, wie Marx schreibt: „Das Verhältnis der Produktionskräfte zur Verkehrsform ist das Verhältnis der Verkehrsform zur Tätigkeit oder Bestätigung der Individuen.“³⁵

Dies verlangt aber nicht mehr und nicht weniger als eine völlige Revision der orthodoxen marxistischen Geschichtsphilosophie, die dazu tendierte, im Kapitalismus die höchste und schärfste Form von Unterdrückung zu sehen, in ihrer entfremdet sachlichen Grausamkeit alle vorkapitalistischen Formationen noch übersteigend. Wie an anderer Stelle ausgeführt, sind aber die „großen Epochen ökonomischer Gesellschaftsformation“ (Marx) der Tendenz nach Stufen sukzessiver Befreiung, so beschränkt

auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen diese auch war, so sehr sie Hand in Hand mit neuer Ausbeutung gingen. Die jeweils höhere Form der Reichtumsproduktion, auf der sich bestimmte Gesellschaften gegenüber anderen durchsetzen, erzeugt zugleich eine höhere Produktivität wie Individualitätsentwicklung, so ungleich diese auch sozial verteilt wurde. Sie sind deshalb nicht nur ökonomisch stärker, sondern haben auch eine höhere kulturelle Ausstrahlung. Es sind Stufen weltgeschichtlicher Emanzipation.

Von Marx ausgehend lässt sich zusammenfassend *das formationstheoretische Kriterium* des Fortschritts so bestimmen: Fortschrittlich sind Gesellschaften, die gegenüber anderen eine höhere Produktivität ermöglichen und/oder erzwingen, indem sie eine höhere Freiheit individueller Entwicklung und ein höheres Maß ihrer Verwandlung in gesellschaftliche Produktivkraftentwicklung herbeiführen. Dies ist *erstens* von den Eigentums- und Machtverhältnissen abhängig, die die Verteilung der gesellschaftlichen Funktionen der Produktion des menschlichen Reichtums definieren.³⁶ *Zweitens* ist dies durch die *Vergesellschaftungsformen* bedingt, die die Austauschform des Reichtums bestimmen. Bedingung ist *drittens* jeweils, dass weder Vergesellschaftungs- noch Macht- und Eigentumsstrukturen die „Springquellen allen Reichtums ...: die Erde und den Arbeiter“³⁷, untergraben.³⁸

³⁵ Karl Marx und Friedrich Engels: Die Deutsche Ideologie, a. a. O., S. 71.

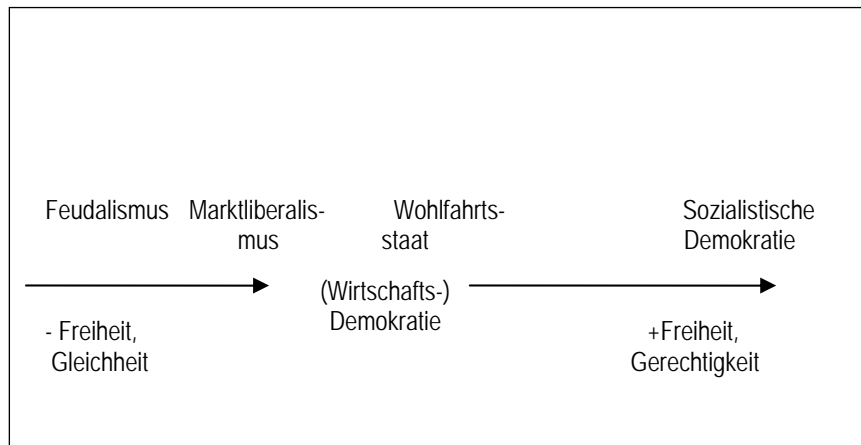
³⁶ Produktionsverhältnisse als Eigentumsverhältnisse sind Verhältnisse der Verteilung der gesellschaftlich erzeugten Produktionsmittel. Wie Marx bezogen auf antagonistische Formationen schreibt: „Jene Verteilungsverhältnisse sind ... die Grundlagen besonderer gesellschaftlicher Funktionen, welche innerhalb des Produktionsprozesses selbst bestimmten Agenten desselben zufallen im Gegensatz zu den unmittelbaren Produzenten.“ Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band. In: MEW, Bd. 25, S. 886.

³⁷ Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. In: MEW, Bd. 23, S. 530.

³⁸ Vgl. Michael Brie: Der sowjetische Staatspartei-Sozialismus im Lichte der Marxschen Theorie „progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation“. In: Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier, Holger Politt (Hrsg.): Aufstieg und Fall des Staatssozialismus: Ursachen und Wirkungen. III. Rosa-Luxemburg-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig, 19.9.-20.9.2003. Leipziger Jahrbücher: Osteuro-

Eine sozialistische Transformation muss diese welthistorische Tendenz der Emanzipation vorantreiben und darf nicht, wie der sowjetische Staatspartei-Sozialismus, hinter den schon erreichten Potentialen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften zurückbleiben. Magnus Marsdal verdeutlicht diese Position im folgenden Schema:

Grafik 1: Das Schema des Sozialismus³⁹



Eine solche Vorstellung von der realen Potenz des historischen Fortschritts lässt bewusst werden, dass Sozialismus Teil eines umfassenden historischen Prozesses des Kampfes um Emanzipation ist, wie er im 15. und 16. Jahrhundert ansetzt, in den großen bürgerlichen Revolutionen und Reformbewegungen sowie den Kämpfen von Arbeiterbewegung, Frauenbewegung, Antisklaverei- und Antirassismusbewegung, von Friedens- und Ökologiebewegung wichtige Etappen hatte. Es ist ein Prozess, der sich positiv an wachsender Freiheit und Gleichheit misst. Sozialistische Dimensionen nimmt er an, wo er durch die bewusste Gestaltung der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsbedingungen die Profitdominanz und repressive Staatlichkeit zurückdrängt und auf die Überwindung von deren Vorherrschaft über das Leben der Menschen zielt. Sozialistische Politik sucht einen Prozess von Transformation zu gestalten, der sich gleichermaßen von traditio-

pa in Tradition und Wandel, Bd. 6, Leipzig 2004, S. 197-233.

³⁹ Magnus Marsdal: Sozialistischer Individualismus. In: Utopie kreativ, Heft 2/2005. (http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Marsdal_SozialistischerIndividualismus_d.pdf).

neller Reformpolitik wie orthodoxem Revolutionsverständnis unterscheidet (Tabelle 3).

Rosa Luxemburg hatte den Gegensatz von Revolution und Reform so auf den Punkt gebracht: „Und der Sozialismus selbst ist für die einen das Resultat der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und einer völligen sozialen Umwälzung, für die anderen das Ergebnis unmerklicher Verschiebungen im Schoße der kapitalistischen Unternehmung und des bürgerlichen Ministeriums.“⁴⁰ Eine Transformationsstrategie nimmt nun vom Gedanken sozialistischer Reformpolitik wesentliche Elemente einer aktiven Politik der Gestaltung der gegenwärtigen Gesellschaften und des Ausbaus der emanzipatorischen Errungen-

enschaften auf, von einem revolutionären Ansatz den Gedanken eines unvermeidlichen Bruchs mit der Dominanz des kapitalistischen Privateigentums und der Umwälzung der damit verbundenen Machtverhältnisse.

Dieses Transformationsverständnis der neuen Linken wird in sehr unterschiedlichen Zusammenhängen entwickelt. Beispielhaft seien dafür vor allem das Weltsozialforum, die im Sao-Paulo-Forum vereinigten lateinamerikanischen Linksparteien oder die Europäische Linkspartei genannt. Bei letzterer ist der Begriff der Transformation zum Leitbegriff einer grundlegenden, über den Kapitalismus hinausgehenden Veränderung geworden.⁴¹ In der deutschen Diskussion wurde die damit verbundene Position systematisch an anderer Stelle entwickelt.⁴²

⁴⁰ Rosa Luxemburg: Zum französischen Einigungskongress. In: Werke, Bd. 1.2, S. 91.

⁴¹ Vgl. dazu das programmatische Gründungsdokument der EL: <http://www.european-left.org/about/introduction/extendeddocument.2005-06-30.0350004084> oder die Prinzipien des Weltsozialforums: <http://weltsozialforum.org/prinzipien/index.html>.

⁴² Michael Brie, Michael Chrapa und Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe. A. a. O.

Tabelle 1: Reform, Revolution, Transformation – ein kategorialer Vergleich

	Reform	altes Revolutionsverständnis	Transformation
<i>Grundbegriff gegenwärtiger Gesellschaft</i>	Marktwirtschaft	Kapitalismus	kapitaldominierte Gesellschaft G-W-P-W'-G'
<i>Veränderungsbegriff</i>	Veränderte Regulation des Gegebenen	Totaler Bruch	umfassende Demokratisierung und Ausbau nichtkapitalistischer Elemente, Tendenzen und Bereiche sowie nichtkapitalistische Gesamtregulation
<i>übergreifendes Veränderungsziel</i>	Zivilisierung der gegenwärtigen Gesellschaften bei Erhalt der Kapitaldominanz	radikaler gesellschaftlicher Bruch mit der Gesamtheit der Verhältnisse gegenwärtiger Gesellschaften und Errichtung einer Gesellschaft des Gemeineigentums	demokratische Selbstverwaltung und freie Entwicklung einer und eines jeden einzelnen als Bedingung der freien Entwicklung aller
<i>ökonomisches Veränderungsziel</i>	soziale Marktwirtschaft	Sozial orientierte Staatswirtschaft	Entwicklung und Ausbau der Bereiche einer solidarischen Ökonomie und Unterordnung der Kapitalverwertung unter sozialökologische Ziele I-FG-P-FG'-I'
<i>angestrebte Regulationsweise</i>	Marktdominanz und sozialstaatliche Regulation	Zentralistische Planwirtschaft	Dominanz sozialer Vorgaben (Rahmensetzung), Primat sozialer Grundrechte, Präferenz für lokale und regionale Ökonomien (Deglobalisierung)
<i>Hauptvorzug gegenüber dem reinen Kapitalismus</i>	höheres Maß an Gleichheit, Demokratie und Zivilisierung	zentralistische Kontrolle aller Lebensbereiche und dadurch Verhinderung von Krisen und Katastrophen	höheres Maß an individueller Selbstbestimmung und Verwandlung derselben in solidarische Entwicklung aller durch bewusste Rahmensetzung
<i>Verhältnis zum Eigentum</i>	Sozialpflichtigkeit des Privateigentums	Verstaatlichung des Eigentums	Entkommodifizierung der Freiheitsgüter einschließlich der Arbeitskraft; Ausbau genossenschaftlicher Formen insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge; Unterwerfung des Privateigentums an Produktionsmittel unter soziale Zielkriterien
<i>soziale Kraft der Veränderung</i>	Bündnis der organisierten Erwerbstätigen und reformorientierter Kräfte des Kapitals	Arbeiter (und Bauern)	Mitte-Unten-Bündnis
<i>wichtigste politische Handlungsform</i>	Verhandlungen auf der Grundlage einer eigenen gewerkschaftlichen und Parteimacht (Korporatismus)	Vorbereitung der eigenen Organisation und der Massen auf Revolution	Aufbau eines breiten Netzwerks (wirtschaftlich, sozial, politisch, kulturell) als Grundlage von Widerstand, eigener Gestaltung und von Verhandlungen
<i>Demokratieverständnis</i>	repräsentative Demokratie	Volksherrschaft, ausgeübt durch eine Avantgarde	partizipative Demokratie und des Grundrechts auf ein selbstbestimmtes Leben
<i>Verhältnis zur Globalisierung</i>	Global Governance	Sozialistischer Internationalismus auf der Basis der Interessenübereinstimmung aller Ausgebeuteten	Verbindung von Deglobalisierung und alternativen Regeln globaler solidarischer Kooperation
<i>Friedenspolitik</i>	Zivilisierung der Großmächte und Durchsetzung einer von ihnen kontrollierten völkerrechtlichen Ordnung	Beseitigung der Ursachen von Kriegen durch Abschaffung des Kapitalismus	Entmilitarisierung, Überwindung von Armut, Ausgrenzung, Fremdbestimmung im Rahmen einer Transformationsstrategie

3. Einwand: Der Staat – nur Herrschaftsinstrument der ökonomisch herrschenden Klasse

Der *dritte Einwand* gegen die Beteiligung sozialistischer und kommunistischer Parteien an Regierungen wurde von Rosa Luxemburg so formuliert: „Während das Parlament ein Organ der Klassen- und Fraktionskämpfe innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, deshalb das geeignetste Terrain für den systematischen Widerstand der Sozialisten gegen die Herrschaft der Bourgeoisie bildet, ist diese Rolle der Arbeitervertreter im Schoße der Regierung von vornherein ausgeschlossen.“¹ Dafür gibt sie folgende Begründung: „Berufen, das fertige Ergebnis der im Parlament und im Lande ausgefochtenen Parteikämpfe in die Tat umzusetzen, ist die Zentralgewalt vor allem ein Organ der Aktion, dessen Lebensfähigkeit auf innerer Homogenität beruht.“² Die Regierung eines Nationalstaats stellt für sie ein Ganzes dar, das „nur die politische Organisation der kapitalistischen Wirtschaft“ sei und zwischen dessen „einzelnen Funktionen volle Harmonie“ bestehe.³ Da die einzelnen Funktionen der Regierung innerlich untrennbar zusammenhängen, gäbe es eine „solidarische Verantwortlichkeit ihrer einzelnen Mitglieder“⁴ und es sei ein „vollkommen utopischer Plan ... zu denken, ein Ressort der Regierung könne bürgerliche, ein anderes sozialistische Politik betreiben, und die Zentralgewalt könne somit stückweise, nach einzelnen

Ressorts, für die Arbeiterklasse erobert werden“.⁵

Rosa Luxemburg relativiert diese Auffassung zumindest insofern, als sie die Beteiligung der Sozialisten an Organen der kommunalen Selbstverwaltung anders behandelt wissen will: „Während die Regierung die zentralisierte Staatsgewalt verkörpert, wächst die Munizipalität aus der lokalen Selbstverwaltung *auf Kosten* der Zentralgewalt, als *Befreiung* von der Zentralgewalt, heraus. Während für die Regierung die spezifischen Mittel der bürgerlichen Klassenherrschaft: der Militarismus, der Kultus, die Handelspolitik, die auswärtige Politik, das eigentliche Wesen ausmachen, ist die Munizipalität speziell zu *kulturellen* und *wirtschaftlichen* Aufgaben berufen, also zu denselben, die dem administrativen Mechanismus der sozialistischen, keine Klassenspaltungen kennenden Gesellschaft entsprechen. Zentralregierung und Gemeinde sind deshalb historisch zwei entgegengesetzte Pole in der heutigen Gesellschaft. Der ständige Kampf zwischen der Munizipalität und der Regierung, zwischen dem Bürgermeister und dem Präfekten in Frankreich sind der konkrete Ausdruck dieses geschichtlichen Gegensatzes.“⁶

Aber es gibt nicht nur den Widerspruch zwischen Zentralregierung und Gemeinden (die ja unmittelbar an der Umsetzung der Gesetze und Weisungen der Zentralregierung beteiligt sind), sondern innerhalb *aller* besonderen Organe der Staatsmacht. Die Ursache dafür liegt schon im Charakter der kapitalistischen Ökonomie selbst. Wie oben dargestellt, ist es m. E. ein Fehlschluss, wenn von einer homogenen Ökonomie ausgegangen wird, die nichts anderes als kapitalistisch sei. Es ist die Dominanz der Kapitalverwertung über alle anderen Formen, die eine kapitalistische Ökonomie ausmacht. Dies ist jedoch keinesfalls damit identisch, dass diese Ökonomie nichts anderes ist als Kapitalverwertung. Sie ist, wie Marx im „Kapital“ brillant in den Vordergrund gestellt hat, ein Schlachtfeld zwischen Kapital und Arbeit in ihren verschiedenen Fraktionen und Gruppierungen. Ständig werden dem dominanten Interesse an

¹ Rosa Luxemburg: Die sozialistische Krise in Frankreich. In: Werke, Bd. 1.2, S. 58.

² Ebenda.

³ Ebenda, S. 59. Sie führt dazu weiter aus: „Somit stellt die Zentralregierung eines modernen Staates ein Räderwerk dar, dessen einzelne Teile von allen Seiten ineinandergreifen und gegenseitig ihre Bewegungen bestimmen und regulieren. Der unmittelbare Transmissionsmechanismus, der das ganze Räderwerk in Gang bringt, ist das bürgerliche Parlament, aber die treibende Kraft sind dabei zunächst die Klassen- und Parteiverhältnisse im Lande und in letzter Linie – die Produktions- und Austauschverhältnisse der gesellschaftlichen Wirtschaft. Der kapitalistischen Einheitlichkeit der Ökonomie hier entspricht die bürgerliche Einheitlichkeit der Regierungspolitik dort.“ Ebenda.

⁴ Ebenda.

⁵ Ebenda, S. 60.

⁶ Ebenda, S. 62.

Kapitalverwertung andere Interessen entgegengestellt und verfochten – die an besseren Arbeitsbedingungen genauso wie an höheren Löhnen, an Umweltschutz, regionaler Entwicklung usw. usf. Die Kapitalverwertung setzt sich in der Reproduktion einer kapitalistischen Wirtschaft gegen andere Tendenzen und zugleich auf das engste mit ihnen verbunden als dominante Tendenz durch. Der Standortwettbewerb der Kommunen um Investoren ist nur ein Beispiel dafür, wie gerade dort, wo die geringsten gesamtgesellschaftlichen Steuerungsmöglichkeiten sind, die Dominanz der Kapitalverwertung besonders direkt durchschlägt und jede kommunale Selbstverwaltung in ihrem Handeln wesentlich bestimmt.

Die innere Widersprüchlichkeit der kapitalistisch strukturierten Ökonomie findet ihre politische Bewegungsform in der Struktur des kapitalistisch geprägten Staates. Ganz anders als Rosa Luxemburg behauptet Nicos Poulantzas, dass die Widersprüche zwischen den Fraktionen der dominanten Klassen „im Innern des Staates die Form von internen Widersprüchen zwischen den verschiedenen Zweigen und Apparaten“ annehmen.⁷ Da der Staat Klassenkompromisse bearbeitet, um Kohäsion einer in Klassengegensätze gespaltenen Gesellschaft zu ermöglichen,⁸ ist er auch im Wirken seiner Exekutive ein Feld von sozialen Kämpfen.

Es ist keinesfalls zufällig, dass in Mitte-Links-Regierungen oft das Finanzministerium und die Zentralbank von Personen besetzt werden, die Teil des Establishments des neoliberalen Blocks sind, während für andere Sektoren der Exekutive auch Akteure eingesetzt werden, die Gewerkschaften oder sozialen Bewegungen nahe stehen. Dies wäre gar nicht notwendig, wenn die Exekutive zwangsläufig homogen wäre. Die Verdrängung von Lafontaine aus der Schröder-Regierung war deshalb ein notwendiger Zug, um die Verschärfung neoliberaler Politik in Deutschland unter Rot-Grün erst zu ermöglichen. Der Staat selbst ist zugleich Kristalli-

sationsraum wie Terrain sozialer Konflikte und Kämpfe.⁹

Die Linke steht dem Staat deshalb auch nicht als Belagerungsarmee gegenüber, die keinerlei Einfluss auf die Besetzung der belagerten Burg hat. Zwangsläufig werden ihre Kämpfe durch den Staat, seine legale, institutionelle, kulturelle Form enorm beeinflusst, wie jeder Beobachter verschiedener nationaler linker Kulturen erkennen kann. Dies bedeutet auch, dass der Kampf immer wieder neu aufgenommen werden muss, den Staat selbst zu demokratisieren und zu sozialisieren. Joachim Hirsch benennt fünf grundlegende Tendenzen des bürgerlichen Staates, die seiner Funktion der Konservierung der Profitdominanz in der Wirtschaft und der Gesellschaft adäquat sind: (1) Die Präferenz von sozialen „Praktiken (Bürokratie, Parteien, Wahlmodus, Repräsentation, Rechtssystem), die *Isolations- und Vereinzelungseffekte* der kapitalistischen Vergesellschaftung bestätigen und festschreiben“¹⁰; (2) Behinderung der Überwindung der Spaltungen in den beherrschten und Schaffung von Einheit in den herrschenden Klassen insbesondere durch die relative Autonomie und widersprüchliche Einheit des Systems der Staatsapparate und die begrenzte Abschottung gegenüber gesellschaftlichen Einflüssen; (3) der Verzicht auf Instrumente, um die Profitdominanz ernsthaft in Frage zu stellen; (4) die Herausbildung des Staatsapparats als besonderer Schicht und (5) die systemisch bedingte Abhängigkeit der Handlungsfähigkeit des Staates von Steuern, deren Aufbringung vom relativ störungsfreien Verlauf der Kapitalverwertung abhängig ist. In jedem dieser Felder ist die Linke gefordert, Alternativen zu formulieren und in die Reform des Staates, seiner ökonomischen, politischen, rechtlichen und kulturellen Grundlagen, zu überführen.

Die Linke muss deshalb um eine Veränderung der Staatsform kämpfen, durch die die genannten und andere herrschaftssichernde

⁷ Nicos Poulantzas: Staatstheorie. Hamburg 1978, S. 123.

⁸ Ders.: Klassen im Kapitalismus. Berlin (West) 1975, S. 138.

⁹ Ders.: Staatstheorie. A. a. O., S. 117 ff.

¹⁰ Joachim Hirsch: Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Geschichtstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute. Hamburg 1990, S. 45.

und die Dominanz der Kapitalverwertung bewachende Strukturen emanzipatorisch überwunden werden, ohne dabei die Errungenschaften moderner Wirtschaft und Politik zu zerstören. Der Neoliberalismus hat bewiesen, wie entscheidend der Kampf um die öffentlichen Dienstleistungen, die Art und Menge der Erhebung von Steuern, die Verfasstheit der Staatsbank usw. ist, um einen Richtungswechsel von Politik zu erzwingen. Ein zentrales Projekt der Linken, das in Brasilien geboren wurde, ist der Übergang vom Monopol des Parlaments auf den Haushalt zum Bürgerhaushalt.¹¹ Auch die grundlegende Reform der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen als Teil der Herstellung lokaler partizipativer und solidarischer Räume muss einen zentralen Platz auf der Tagesordnung der Linken einnehmen.

Transformationspolitik, die bei den gegenwärtigen Widersprüchen ansetzt und über sie hinaus führt, hat diesen Kampf auch in den Staat selbst hineinzutragen. Damit wird der Staat nicht zum einzigen, ja, nicht einmal zum wesentlichsten Ort – dieser ist und bleibt die Zivilgesellschaft und der Kampf um die Hegemonie in ihr –, aber wer ihn links liegen lässt, wird die Macht dieses Staates zu spüren bekommen, ohne die vorhandenen Möglichkeiten genutzt zu haben, ihn zu verändern.

4. Einwand: Die Regierungsbeteiligung schwächt die Linke

Ein vierter Einwand behauptet, nur außerhalb der Regierung sei etwas zu bewegen, Regierungsbeteiligung schwäche zwangsläufig. Wie Rosa Luxemburg schreibt: „Allein, weit entfernt, praktische, handgreifliche Erfolge, unmittelbare Reformen fortschrittlichen Charakters unmöglich zu machen, ist die grundsätzliche Opposition vielmehr für jede Minderheitspartei im allgemeinen, ganz besonders aber für die sozialistische, das einzige wirksame Mittel, praktische Erfolge zu erzielen.“¹² Konzessionen könne man der bürgerlichen Mehrheit

nur auf drei Wegen entreißen: „...indem sie mit ihren am weitesten gehenden Forderungen den bürgerlichen Parteien eine gefährliche Konkurrenz bereiten und sie durch den Druck der Wählermassen vorwärts drängen; dann, indem sie die Regierung vor dem Lande bloßstellen und sie durch die öffentliche Meinung beeinflussen; endlich, indem sie durch ihre Kritik in und außerhalb der Kammer immer mehr die Volksmassen um sich gruppieren und so zu einer Achtung gebietenden Macht anwachsen, mit der Regierung und Bourgeoisie rechnen müssen“¹³.

Regierungsbeteiligung, so Rosa Luxemburg, mache Kritik der Regierung und damit Aufklärung der Massen unmöglich, führe dazu, dass Kompromisse um jeden Preis gemacht werden würden und liefere so die Linke an die bürgerliche Mehrheit aus und schwäche die außerparlamentarische Kraft derselben, so dass nicht etwa mehr, sondern viel weniger erreicht würde als aus der Opposition.

Richtig an Rosa Luxemburgs Darstellung ist sicherlich, dass eine Art von Regierungsbeteiligung, die die autonome Kraft der Linken ganz auf die Regierung fixiert und alle anderen Handlungsformen unterdrückt, die auf öffentliche Darstellung der Widersprüche dieser Beteiligung und die Analyse der vorhandenen Rahmenbedingungen und Schranken verzichtet, die den Stachel weitertreibenden Handelns erstickt anstatt ihn zu entfachen, in die Falle der Vereinnahmung geht. Aber ist dies unvermeidlich?

Die wichtigste Bedingung, um dieser Falle jeder Regierungsbeteiligung zu entgehen, ist die Stärke der Linken außerhalb staatlicher Einrichtungen, ihrer Macht als soziale Bewegungen und emanzipatorische Organisationen sozialer Interessen der subalternen gesellschaftlichen Klassen sowie solidarisch

¹¹ Vgl. dazu die sehr informative Website, die viele weiterführende Texte enthält und auch theoretische einführt: <http://www.brangsch.de/partizipation/haushalt.htm>.

¹² Rosa Luxemburg: Die sozialistische Krise in Frankreich. A. a. O., S. 32.

¹³ Ebenda, S. 33. Hans Heinz Holz formuliert dies so: Die Linkspartei „ist der institutionelle Kanal, in den die gärende Unruhe der sozialen Bewegungen abgeleitet werden soll. Sie dient als Bremse der außerparlamentarischen Aktivitäten, denn die herrschende Klasse weiß sehr wohl, dass Veränderungen der politischen Macht nicht in Parlamenten, sondern auf der Straße erstritten werden.“ Hans Heinz Holz: Linke in Deutschland, <http://www.kominform.at/article.php?story=20051110200041369>.

orientierter Mittelschichten. Parteien können letztlich nur innerhalb einer solchen Linken und nicht als deren monopolistische Repräsentanten wirklich starke linke Kräfte sein.¹⁴

Karl Liebknecht fasst dies 1918 so: „Wenn der Eintritt in die parlamentarische Opposition der einzige Stein ist, den eine Partei – z.B. die Regierungssozialisten – im Bretter hat, so kann man begreifen, dass sie ihn zurückhalten möchte, denn mit seinem Ausspielen ist sie sofort – matt gesetzt. Nur schade, dass dies auch der Regierung und jedem nicht auf den Kopf Gefallenen bekannt ist. Woraus folgt, dass sich mit der Drohung des Übergangs zur parlamentarischen Opposition nichts Rechtes erreichen lässt, ja dass alle Versuche dazu regelmäßig damit enden, dass die Mächte-gerne-Wucherer – geprellt werden. Will man auch nur parlamentarische Erfolge erzielen so kommt alles darauf an, dass die parlamentarische Opposition nicht das letzte, sondern nur der erste, nicht der stärkste, sondern der schwächste Trumpf, nicht der Schluss, sondern der Anfang ist, dass die Partei eine außerparlamentarische Macht hinter sich hat, die sie, aller Niederlagen ungeachtet, in unerschöpflicher Mannigfaltigkeit und Schlagfertigkeit der Methoden mit stets zunehmender Energie in den Kampf einzuwerfen fähig und entschlossen ist, und dass dies dem Gegner durch die Tat ... demonstriert wird. Anders wird in der politischen - auch parlamentarischen! - Arena weder Respekt erworben noch Erfolg erzielt. Jene Taktik aber führt bestenfalls einen Scheidemann zum Posten des Johann auf dem Reichskutschbock.“¹⁵

Die Stärke oder Schwäche der außerparlamentarischen Linken ist nicht direkt von linken politischen Parteien abhängig,¹⁶ aber

sie können dazu beitragen. Sie können (1) die direkte, solidarische, wenn auch keinesfalls unkritische Kooperation auf der Basis eines intensiven Dialogs zu einem zentralen Schwerpunkt ihrer Strategie machen, (2) gemeinsame Projekte entwickeln, sich in den außer- wie innerparlamentarischen Auseinandersetzungen bis hin zu Gesetzesvorhaben wechselseitig zu unterstützen, (3) Formen der personellen Integration finden (vor allem bei Wahllisten der Linken), (4) Ressourcen einsetzen, um gemeinsam die außerparlamentarischen Kräfte zu stärken, die gegenüber Parteien immer diskriminiert sind. (5) Wichtig ist auch der gemeinsame Kampf gegen gewerkschaftsfeindliche Politik und Gesetzgebung sowie umgekehrt für neue gesetzliche Regelungen, die zivilgesellschaftliche Kräfte und Organisationen insbesondere der subalternen Klassen stärken, um so das Handlungsungleichgewicht zu verringern.¹⁷ Die parteipolitische Linke in Regierung darf sich deshalb keinesfalls auf diese eine Rolle beschränken¹⁸ und die außerparlamentarische Linke sich nicht der Logik von Repräsentation unterordnen.

tionen in ihrer Mobilisierung nach, weil sie auf linke Regierungen vertrauen und den Weg des Konsenses hinter verschlossenen Türen suchen, um ihre Regierungspartner nicht zusätzlich zu der Auseinandersetzung mit den Rechten weiteren öffentlichen Konflikten auszusetzen.

¹⁴ „Linke Parteien müssen ... ihrem Machtvorsprung gegenüber anderen Formationen (der Linken – M. B.) systematisch entgegenwirken. Sie müssen Macht teilen. Ein Zusammenwirken mit Bewegungen und parteinahem Umfeld ist eine Einbahnstraße, wenn diesen nicht Einfluss auf Entscheidungen verschafft wird, zu denen die Partei aufgrund ihrer Privilegierung Zugang hat. Bewegungen und Umfeld werden linke Parteien nicht stützen, wenn sie keinerlei Garantien dafür erhalten, dass betreffende Partei auch nach der Wahl Rücksicht auf die Positionen der Bewegung nimmt.“ Christoph Spehr: *Bewegung, Strömung, Partei. Formen des Politischen heute*. In: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): *Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch*, Berlin 2005, S. 59.

¹⁴ Vgl. zu Bedeutung der Gewerkschaften für eine linke Regierungsbeteiligung Dag Seierstad in diesem Buch.

¹⁵ Karl Liebknecht: *Gesammelte Reden und Schriften*. Band IX, Berlin 1982, S. 462.

¹⁶ Kritiker von Regierungsbeteiligung unterstellen oft, außerparlamentarische Kräfte seien jederzeit stark und zu mobilisieren und würden primär durch die Parteien in Regierung behindert. Oft aber fallen hohe Wahlergebnisse linker Parteien mit einer geringen Mobilisierungsfähigkeit linker Akteure und vor allem der Bürgerinnen und Bürger zusammen oder lassen auch linke Organisa-

¹⁷ Die PDS-Führung in Berlin musste es zum Beispiel erst lernen, dass Regierungsbeteiligung auf regionaler Ebene keinesfalls den Verzicht der Landesminister auf Teilnahme an Demonstrationen gegen einen Regierungsbesuchs von George W. Bush verlangen müsse. Bei den Aktionen gegen die Hartz-IV-Gesetze waren sie dann auf der Straße.

Dies hat Konsequenzen für den Charakter linker Politik, wie Joachim Hirsch schon 1990 gegen Rot-Grün einwandte: „Sozialdemokratischer' wie ‚grüner' Staatsreformismus bleibt notwendiger Bestandteil eines ‚radikalen Reformismus', insoweit er Spielräume und Bedingungen gesellschaftlicher Veränderungen sichert und deren Auswirkung, d.h. die Verschiebung sozialer Kräfteverhältnisse, im staatlichen Machtapparat zum Ausdruck bringt. Aber sie *schafft* diese Veränderungen nicht. Politik, die sich auf Partei und Staat reduziert, hat sich sozialrevolutionärer Ansprüche von vornherein begeben. Den *praktischen* Ansätzen und Formen eines alternativen, gegenüber den Institutionen der kapitalistischen Herrschaftsapparate autonomen sozialen und politischen Handelns kommt daher eine entscheidende Bedeutung zu.“¹⁹ Nur sind auch 15 Jahre später die realen Erfolge gering.

Die entscheidende Frage ist zweifelsohne, wie die Linke als Ganze zu einer hegemonialen Kraft entwickelt werden kann, die in der Lage ist, ihre eigenen parteipolitischen Formationen (innerhalb oder außerhalb von Regierungen) zu integrieren und der Gesamtstrategie unterzuordnen. Linke Parteien müssen dabei vor allem ihre privilegierte Stellung und den Integrationssog, der vom parlamentarischen System ausgeht, reflektieren und eigene Strategien entwickeln, dem aktiv entgegenzuwirken – nach innen wie nach außen. Die Kultur einer kritisch-solidarischen Kooperation ist dafür die *sine qua non*.²⁰

5. Einwand: Die Linke macht durch ihre Regierungsbeteiligung erst die Fortsetzung rechter Politik möglich

Rosa Luxemburg hatte um die Wende zum 20. Jahrhundert einen fünften Einwand gegen jede Regierungsbeteiligung der Linken erhoben: „Die Ministerschaft Mille-rands bedeutet ..., weit entfernt, eine neue Ära der Sozialreformen in Frankreich zu inaugurierten, das Aufhören des Kampfes der Arbeiterklasse um sozialen Reformen, bevor

er noch begonnen hatte, das heißt die Erstickung desjenigen Elements, das einzig der verknöcherten französischen Sozialpolitik ein gesundes modernes Leben einflößen könnte.“²¹ Und über hundert Jahre später heißt es mit Blick auf die Regierung Lula in Brasilien: „Alle volkswirtschaftlichen Interventionsinstrumente waren längst aus der Hand gegeben – doch die ökonomische Krise zwang dazu, einen größeren gesellschaftlichen Konsens zu suchen. Mit einer von der traditionellen Rechten Brasiliens geführten Regierung war das ausgeschlossen. Es drohten Aufruhr und Unregierbarkeit wie in Argentinien oder Bolivien. Da kam das in Jahrzehnten erworbene Vertrauenskapital der Arbeiterpartei und ihres Kandidaten gerade recht, um neoliberale Politiken zu recyceln.“²²

Linke Kräfte kommen zumeist in zwei Fällen an die Regierungsmacht: Erstens kann es zu Konstellationen kommen, in denen ein De-facto-Bündnis (Mitte-Links-Bündnis) zwischen einer dominanten sozialdemokratischen Gruppierung und linken Kräften entsteht, das das Ziel hat, einen rechten Neoliberalismus (oft in besonders parasitären Formen) zu besiegen oder zu verhindern. In einer solchen Konstellation ist die Tendenz sehr stark, dass wirtschaftspolitisch das Programm des Neoliberalismus weiterverfolgt wird und es zu Modifikationen vor allem auf den Gebieten der Demokratie, der internationalen Zusammenarbeit, der Achtung der Menschenrechte und – sehr partiell – der Sozialpolitik kommt. Zweitens kann es nach einer Delegation auch des gemäßigten sozialdemokratischen Neoliberalismus (reale oder absehbare Wahlniederlage als Signal) dazu kommen, dass breite Schichten der Bevölkerung aus der Mitte und dem Unten der Gesellschaft eine deutlich linke Option präferieren und politische Kräfte in der Repräsentation (und Umsetzung) der damit verbundenen Erwartungen an einen Richtungswechsel ihre

¹⁹ Joachim Hirsch: Kapitalismus ohne Alternative? Hamburg 1990, S. 193.

²⁰ Vgl.: Michael Brie: Die Linke im Konflikt. In: Neues Deutschland vom 25. Februar 2006.

²¹ Rosa Luxemburg: Die sozialistische Krise in Frankreich. A. a. O., S. 57.

²² Luis Fernando Novoa: Lulas Brief an die Banken. In: Freitag vom 6.1.2006 <http://www.freitag.de/2006/01/06010301.php>.

langfristige strategische Chance erkennen.²³ Wie der Fall Venezuela zeigt, kann ein Mitte-Links-Bündnis in Krisen zerbrechen und den Weg frei machen für eine konsequentere antineoliberale Politik.²⁴

In beiden Fällen gilt: Linke Regierungspolitik hat es in vielfacher Hinsicht mit Tatsachen und Rahmenbedingungen zu tun, die der Neoliberalismus auf Dauer gestellt hat.²⁵ Schnelle Veränderungen insbesondere in den Kernbereichen von Wirtschafts- und Sozialpolitik sind deshalb unmöglich. Linke Regierungspolitik, will sie den Rahmen des Neoliberalismus verlassen, muss ausgehend von diesen Rahmenbedingungen und durch ihre schrittweise Veränderung die regionalen, nationalen und internationalen Voraussetzungen einer solidarischen demokratischen Politik erst schaffen. Die Bedingungen

²³ Darauf hofft offensichtlich auch Wolfgang Fritz Haug, wenn er von der neuen Linkspartei schreibt: „Im Zusammenspiel mit – und vor allem angetrieben von – der ‚sozialen Bewegung der Bewegungen‘ könnte sie die Kräfteverhältnisse in einer Weise ändern, die auch die Sozialdemokratie wieder auf einen Kurs zöge, der ihrem Namen entspricht.“ Wolfgang Fritz Haug: Untergang der deutschen Linksregierung – Aufstieg der Linkspartei. A. a. O., S. 451.

²⁴ Aber selbst in diesem Fall, wo an der klaren Absicht des venezuelanischen Präsidenten Chavez, eine umfassendere gesellschaftliche antineoliberale Transformation einzuleiten, nicht gezweifelt werden kann, sind die positiven Konturen einer anderen Wirtschaft und Politik erst in Ansätzen erkennbar, von tiefen Ambivalenzen gekennzeichnet und basieren auf der Nutzung stark gestiegener Erdöleinkommen. Vgl. dazu im Detail: Dorothea Melcher: Venezuelas Erdöl-Sozialismus. In: Das Argument 262 (47. Jg.) Heft 4/2005, S. 506-520. Dabei wird sich auch zeigen, ob die Versuche, sich auf Basisbewegungen und Produktionsgenossenschaften als Grundlage einer neuen Ökonomie zu stützen, wie sie von I. Mézáros, als Alternative zum Kapitalismus und alten Sozialismus gesehen werden, Erfolg haben werden.

²⁵ So wird für Brasilien festgestellt: „Neoliberalismus ist weder nur eine Ideologie oder ein Standpunkt neben anderen in einer demokratischen Debatte. Die ‚Reformen‘ haben durch die Transformationen, mit der sie die brasilianische Wirtschaft und Gesellschaft umgeschmiedet haben, eine *materielle* Basis für die Reproduktion des Neoliberalismus geschaffen.“ Lecio Morais, Alfredo Saad-Filho: Lula and the Continuity of Neoliberalism in Brazil: Strategic Choice, Economic Imperative or Political Schizophrenia? In: Historical Materialism, vol. 13:1, S. 11 (engl.).

eine Krise des Neoliberalismus sind nicht identisch mit den unmittelbaren Voraussetzungen für einen Einstieg in eine soziale und demokratische Transformation. Es gibt nicht zuletzt einen Widerspruch zwischen wachsenden sozialen Kräften, die den Neoliberalismus von seinen Zielen und Mitteln her ablehnen (auch größere Teile der Bevölkerungen) und der Unfähigkeit, in einer Krise oder bei Regierungsübernahme über einen sozialdemokratischen Neoliberalismus hinauszugehen.

Diese hier vertretene These geht von der Annahme aus, dass ein direkter Bruch mit dem Neoliberalismus unmöglich ist, da er enorme Ressourcen verlangen oder die gesellschaftliche Ordnung zerstören würde in einem bürgerkriegsähnlichen Kampf. In der Mehrheit der Fälle muss linke Regierungspolitik deshalb zunächst die wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität sichern bzw. wieder herstellen. Ein Teil der linken Regierungen stellt deshalb (zunächst?) Regierungsfähigkeit vor Veränderungsfähigkeit und wählt zunächst vor allem die folgende Strategie: Politiken der Einbindung von zumindest einem Teil der herrschenden Gruppen, der Haushaltssanierung, Inflationsbekämpfung (Hochzinspolitik und hohe Bewertung der eigenen Währung), Exportorientierung, Gewinnung von ausländischem Kapital. Zugleich werden Maßnahmen der aktiven Linderung besonderer sozialer Problemlagen (Versorgung mit Grundgütern, Bekämpfung von Hunger, Elend, Armut, Arbeitslosigkeit, Kriminalität) in Angriff genommen und Programme entwickelt oder gefördert, die zwar nicht den grundsätzlichen Charakter der Wirtschaft berühren, aber die Lage der Betroffenen verbessern.

Die Frage steht, ob es dazu eine grundsätzliche Alternative gibt, die nicht zu Destabilisierung, Einbruch des Bruttosozialprodukts, Möglichkeiten der offenen US-Intervention in Ländern der Dritten Welt führt. Es ist erst noch zu beweisen, dass ein Einstieg in den Ausstieg aus dem Neoliberalismus völlig der neoliberalen Mittel entsagen kann. Die bisherigen Erfahrungen scheinen nahe zu legen, dass dieser Einstieg eine Strategie zu verlangen scheint, die zumindest fünf Elemente enthält: *Erstens* wäre dies der Bruch mit besonders parasitären Formen des bisherigen Regimes (Apartheid, Berlus-

conis parasitärer Finanzkapitalismus usw.), eine dosierte Abschüttelung neoliberaler Fesseln (siehe Argentinien: starke Abwertung der Auslandsschulden, aber auch evtl. von Binnenverschuldung), soweit dies zu keiner destabilisierenden Konfrontation führt. *Zweitens* wäre dies die Erschließung endogener Ressourcen wirtschaftlicher Entwicklung mit hohem Wachstumspotential, die relativ kurzfristig Arbeitslosigkeit senkt, Einkommen zumindest bei Teilen der Mittelschichten und der Arbeiter im formellen Sektor erhöht, die staatlichen Einnahmen steigert usw. *Drittens* gehört zu einer solchen Strategie das Ergreifen von Maßnahmen, um den vom Neoliberalismus am stärksten negativ betroffenen Gruppen zu helfen: Unterstützung von solidarischer Ökonomie (Landreform, Kooperativen, Selfmanagement usw.), Sanierung bzw. Stärkung der Systeme öffentlicher Daseinsvorsorge, Elemente von Grundsicherung. *Viertens* bedarf es des systematischen Aufbaus einer handlungsfähigen Zivilgesellschaft, der Schaffung von Rahmenbedingungen, die solidarisch-emanzipative Akteure eines Mitte-Unten-Bündnisses fördern und ihnen eine zentrale Rolle bei der Gestaltung des demokratischen Prozesses einräumen. *Fünftens* wäre mit der Verallgemeinerung von Einstiegsprojekten in eine andere Ökonomie und soziale Entwicklung, in eine neue Gestalt von Demokratie, die breite Partizipation und das gesellschaftliche Primat des Sozialen über die Kapitalverwertung sichert, in ein kooperatives solidarisches internationales System zu beginnen. Erst die Erfüllung dieser Aufgaben würde dann die Bedingungen schaffen, um den Rahmen des Neoliberalismus dauerhaft zu verlassen.

Die Linke kann und muss danach streben, auch (aber nicht nur) aus der Regierung Wege einer grundlegenden Transformation einzuleiten. Wie an anderer Stelle dargelegt,²⁶ muss sie sich jedoch mit drei Konflikten zugleich auseinandersetzen: Sie ist mit Tendenzen einer offenen Barbarisierung konfrontiert, steht im grundsätzlichen Widerspruch zu wirtschaftsliberalen, autoritären und imperialen Politikansätzen und in Aus-

einandersetzung mit einer sozialdemokratischen oder sozialliberalen Politik auf der Basis des gegenwärtigen Finanzmarkt-Kapitalismus. Die heutige Sozialdemokratie ist zugleich Bündnispartner im Kampf gegen die beiden ersten Ansätze und Gegner, insoweit sie die Grundlagen der gegenwärtigen Krisen nicht zu überwinden sucht.

Wie ambivalent die Ergebnisse der jüngsten Regierungsbeteiligungen sind, zeigt der Anhang, der sich auf lateinamerikanische, indische und südafrikanische Erfahrungen bezieht.²⁷ Aber auch in Europa wird deutlich: Positiven Einzelergebnissen steht bisher zumeist die Unfähigkeit gegenüber, eine stabile gegenhegemoniale Formation zu schaffen, die den Neoliberalismus in seinen Grundelementen herauszufordern und einen stabilen Pfad der Transformation einzuschlagen vermag. Dies aber ist die nächste Aufgabe. Rosa Luxemburg schrieb 1900: „So kehrt das Schiff des dogmenfreien Sozialismus aus seiner ersten Probefahrt auf den Gewässern der praktischen Politik mit zerbrochenen Masten, zertrümmertem Steuer und Leichen an Bord in den Hafen zurück.“²⁸ Heute ist eine Linke in Neugründung dabei, das neue Schiff einer transformatorischen sozialistischen Linken zu bauen. Das Studium der Schiffbrüche der Vergangenheit ist dabei genauso wichtig wie die Analyse der neuen Bedingungen.

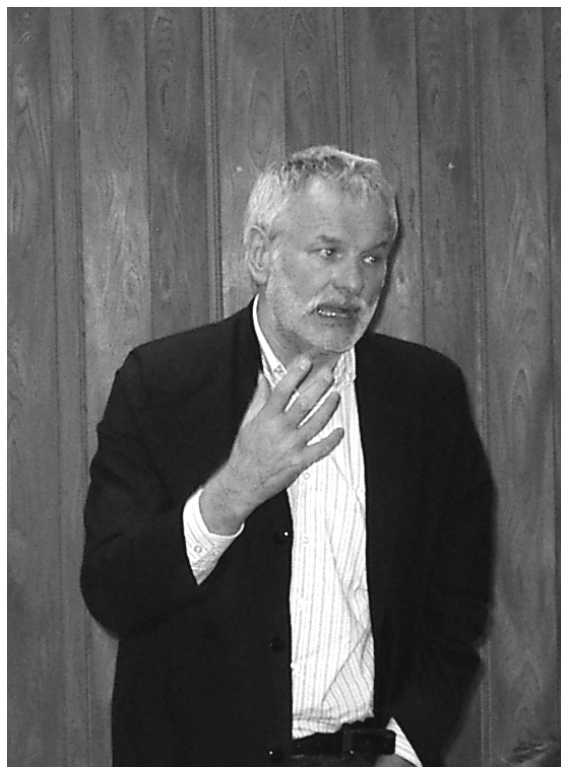
²⁶ Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen? A. a. O.

²⁷ Vgl. für Deutschland auch die Studien, die durch Rolf Reißig und unter Leitung von Edeltraud Felte entstanden.

²⁸ Rosa Luxemburg: Der Abschluss der sozialistischen Krise in Frankreich. In: Werke, Bd. 1.2, S. 179.

Joachim Bischoff

Regierungsbeteiligung der politischen Linken – Erfahrungen in Frankreich



Gegenwärtig suchen die französischen Linksparteien nach einer Grundlage für einen gemeinsamen Auftritt bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2007. Vor dem Hintergrund ihres Erfolgs im Referendum gegen den Verfassungsvertrag – die französische Bevölkerung hat das Projekt mit deutlicher Mehrheit abgelehnt – setzen sich führende linke PolitikerInnen zusammen, um eine gemeinsame Linie für die anstehenden politischen Auseinandersetzungen zu finden. Sozialisten, Kommunisten, die beiden trotzkistischen Parteien, Grüne, die linksliberale MRG, die Linksnationalisten um Chevenement und verschiedene Bürgerbewegungen aus dem Komitee gegen den Verfassungsentwurf wollen ein erneutes Debakel verhindern. Die zersplitterte Linke war 2002 bei den Präsidentschaftswahlen im ersten Wahlgang gescheitert. Der Kandidat des rechtsradikalen Front National,

Le Pen, rückte gegen den Konservativen Chirac in die Stichwahl und viele Linke stimmten daraufhin zähneknirschend für den Kandidaten des bürgerlichen Lagers.

Bei der Frage, ob man einen gemeinsamen oder doch abgestimmten Auftritt in den Wahlen vereinbaren kann, spielt auch die Debatte über die Ergebnisse der bisherigen Regierungsbeteiligungen der Linken eine herausragende Rolle.

Bei den regierungserfahrenen Sozialisten gibt es gegenwärtig erneut eine Spaltung in mehrere Strömungen, strategische Optionen und KandidatInnen. Die französischen Kommunisten haben durch die Beteiligung an einer Regierung mit einem sozialistischen Ministerpräsidenten ihre organisatorisch-politische Krise nicht überwinden können. Die starken Trotzlisten, deren Parteien bei den Präsidentschaftswahlen auf zusammen zehn Prozent Stimmenanteil kamen, hadern wegen der Gefahren eines Einbaus in eine Regierungsformel, noch mit der Frage, ob sie sich überhaupt am politischen Projekt eines abgestimmten Wahlantritts beteiligen sollen.

Erfahrungen

Der französische Sozialist Millerand beteiligte sich 1899 als erster linker Politiker an einer bürgerlichen Regierung. Die Frage, ob Sozialisten im kapitalistischen Staat Minister sein sollen und dürfen, ist also mittlerweile 107 Jahre alt und immer wieder kontrovers diskutiert worden. Rosa Luxemburg wollten bereits 1900 keinerlei Argumente für eine opportunistische Taktik der Sozialisten gelten lassen. Immerhin begründete die sozialistische Parteiführung unter Jaures die Regierungsbeteiligung mit der kritischen Situation in Frankreich: »durch die Notwendigkeit, die Republik zu verteidigen, durch die Möglichkeit, soziale Reformen zum

Wohle der Arbeiterklasse durchzuführen, endlich durch die allgemeine Auffassung, wonach die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zum Sozialismus ein Übergangstadium erzeugen muss, in dem die politische Herrschaft von der Bourgeoisie und dem Proletariat gemeinsam ausgeübt wird« (Rosa Luxemburg, 1900, S.12). Es könne nicht sein, dass die sozialistische Partei zu einem Anhängsel der republikanischen Bourgeoisie degradiert werde.

Wir sollten heute in Ansehung der großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts erheblicher vorsichtiger mit dem Urteil über die »Taktik des Opportunismus« sein. Gleichwohl hat auch heute das Argument noch Geltung, dass durch eine solche Regierungsbeteiligung die politische Glaubwürdigkeit für eine grundlegende gesellschaftliche Alternative beschädigt werden kann. Ein zentrale These – nicht nur in Frankreich – für die Gegenwart lautet: Die Regierungsbeteiligung von Linken sei der entscheidende Schritt zur Integration der oppositionellen Bewegungen in der Gesellschaft, Auftakt oder Zwischenetappe zur Kapitulation und Entmachtung des gesellschaftlichen Widerstands. In der Regel wird diese Überlegung durch einen historischen Schnelldurchgang belegt, bei dem die diversen historischen Konstellationen keine Beachtung finden.

Daher soll hier eine Gegenthese vertreten werden: Der Rückgriff auf frühere Regierungsbeteiligungen von Sozialisten bringt wenig Aufschluss. Nicht die Regierungsbeteiligung ist das Problem, sondern gefragt werden muss:

- a) In welcher Konstellation befindet sich die kapitalistische Gesellschaft, welches Kräfteverhältnis existiert und welche historischen Anforderungen bestehen?
- b) Welche strategischen Optionen hat die politische zur Beeinflussung der gesellschaftlichen Entwicklung und der Kräfteverhältnisse?

Was mit dieser Sichtweise angesprochen ist, soll durch die Kernüberlegung verdeutlicht werden, die Marx in der Kritik der politischen Ökonomie skizziert hat:

Der Kapitalismus oder die kapitalistische Gesellschaft ist kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im

Prozess der Umwandlung begriffener Organismus. Es gilt diesem Formwandel, diesen beständigen Veränderungen auf die Spur zu kommen.

Der Anspruch an die sozialistisch-kommunistische Linke sollte sein: Aufklärung über den sich vor unseren Augen abspielenden Klassenkampf, die Veränderungen der Formen begreifen und in diese Veränderung eingreifen. Man kann diese Entwicklungsphasen und Krisen weder überspringen noch wegdekretieren. Allerdings können wir in diesen Entwicklungsprozess verändern, ihn als einen rationellen und humanen Transformationsprozess gestalten und insofern Geburtswehen abkürzen und mildern. Die Aufhebung der »Entfremdung«, die Rücknahme der verselbständigten sozialen Macht, ist an eine große Steigerung der Produktivkräfte sozialer Arbeit gebunden. Kommunisten/Sozialisten sollten weder bei einer Politik der Mängelverwaltung stehen bleiben, noch sich einer strategischen Konzeption ausliefern, die bloß auf eine Verallgemeinerung des Mangels zielt. Dieser hohe Entwicklungsstand unterstellt also eine Universalität, die aus dem Austausch (Nachfrage und Zufuhr) und der unterliegenden gesellschaftlichen Produktion hervorgeht. In diesem Zusammenhang war in den verschiedenen Stufen der Kritik der politischen Ökonomie oder Kritik der bürgerlichen Epoche immer eine Veränderung von Kräfteverhältnissen und gesellschaftlichen Zuständen unterstellt: „Der Communismus ist für uns nicht eine Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten habe. Wir nennen Communismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.“

Von dem Fall des Sozialisten Millerand (1899) bis den Regierungsbeteiligungen im zurückliegenden Jahrzehnt hat der Kapitalismus mehrere dramatische Formwechsel durchlaufen. Mit Blick auf Frankreich gilt also: Um welche Veränderung geht es, und hat die politische Linke in der Regierung diese teils krisenhaften Veränderungen durch die Regierungspraxis beeinflusst?

These 1

Die Regierungsbeteiligungen oder Tolerierung sozialdemokratisch-sozialistischer Regierungen in den 1970er Jahren ist im Zusammenhang des krisenhaften Übergangs aus dem sozialstaatlich regulierten Kapitalismus zu sehen. Es geht dabei keineswegs nur um die Aufkündigung von Sozialpartnerschaft, sondern um eine tiefe Umwälzung der gesellschaftlichen Betriebsweise, die Ablösung der fordistischen Arbeitsorganisation und den radikalen Umbau der Unternehmenslandschaft. Von einer Konzeption der politischen Gestaltung dieser Umbruchsituation waren die europäischen sozialistischen und kommunistischen Parteien weit entfernt. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in den europäischen Nachbarländern waren die politischen und parteipolitischen Verhältnisse durch die Systemkonfrontation geprägt. In Absetzung zur Politik der Militärintervention der UdSSR, in kritischer Verarbeitung der eigenständigen politischen Konzeption der chinesischen Kommunisten und der konfliktreichen gesellschaftlichen Umwälzungen in Portugal und Chile entwickelte sich der »Eurokommunismus«. Für die schwierige politische Entwicklung der Linksparteien in den 1970er Jahren waren die unzureichend aufgearbeiteten Probleme der kommunistischen Parteien mindestens gleichermaßen verantwortlich. Der PCI in Italien oder die PCF in Frankreich waren auf die Umbruchsituation in den kapitalistischen Hauptländern und die Frage einer Beteiligung an der Regierung überhaupt nicht vorbereitet oder auch nur eingestellt.

Die entscheidenden Punkte:

- 1976 verabschiedet sich die französisch kommunistische Partei unter großen internen Auseinandersetzungen von der Formel der »Diktatur des Proletariats«, was die entscheidende Vorbedingung für ein Engagement in den gesellschaftlichen Institutionen war.
- 1977 scheidet die Debatte über ein „Programm Commun“ mit den Sozialisten; die Frage, wie mit den Machtverhältnissen in der Ökonomie umzugehen ist, wird zum entscheidenden Stolperstein eines angestrebten

gemeinsamen Regierungsprogramms.

Trotz dieser durch massive Widersprüche und unzureichender Aneignung der gesellschaftlichen Entwicklungstrends geprägten innerparteilichen Situation entsteht eine gemeinsame Regierungskoalition.

- 1977 Die PCF beteiligt sich an der Regierung. Diese Regierung bleibt problematisch, weil eine tragfähige Konzeption für die Gestaltung des Umwandlungsprozesses des »Rheinischen Kapitalismus« nicht existiert. Die französische Linke verpflichtet sich zwar im gemeinsamen Regierungsprogramm auf die Idee der Verstaatlichung des Finanzsektors und der bedeutenden Unternehmen im produzierenden Bereich. Allerdings ist von dieser Konzeption vor allem die Stärkung der Großunternehmen im öffentlichen Eigentum übrig geblieben, ohne die unverzichtbar Regulation der Finanzsphäre und die Stärkung der Massenkaukraft.

Den Kernpunkt des Globalisierungsprozesses bildet die über die Liberalisierung des Kapitalverkehrs Ende der 1970er Jahre herausgebildete neue Qualität der Finanzmärkte. Das vergrößerte Gewicht der international vernetzten Finanz- und Kapitalmärkte erlaubt eine striktere Renditeorientierung und führt in der Konsequenz zu einer Verschärfung der Überakkumulation. In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich so ein gegenüber dem »goldenen Zeitalter des Fordismus« radikal verändertes Finanzregime herausgebildet. Dem entspricht ein Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik. Und der Rückschlag des neuen Finanzregimes und der Deregulierungspolitik auf den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess hat eine Reihe weiterer Entwicklungen ausgelöst und beschleunigt.

Angesicht der schweren weltwirtschaftlichen Rezession von Anfang der 1980er Jahre gehen alle europäischen Mitte-Links-Regierungen zu einer Politik linker Austeritätspolitik über. In Frankreich führt dieses Ausrichtung zum Bruch der Regierungskoalition. 1984 scheidet die PCF aus der Regierung.

Die konzeptionelle Schwäche und Unfähigkeit der politischen Linken auf die Krise der Nachkriegskonstellation im Laufe der 1970er Jahre zu reagieren, nutzten die Kräfte des Kapitals dazu, die nach dem Krieg durchgesetzten Reformen des Kapitalismus anzugreifen und eine umfassende wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Gegenreform einzuleiten. Die internationale kapitalistische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Währungsordnung (Bretton-Woods-System) wurde Anfang der 1970er Jahre politisch aufgekündigt. An ihre Stelle trat die zunehmend schärfere Konkurrenz. Die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wurde zur Richtschnur der Politik. Die Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs verschaffte den großen Finanzkonzernen erweiterte Möglichkeiten, auf Unternehmen und Regierungen Druck auszuüben und ihre Interessen durchzusetzen. Marktöffnungen, Deregulierung und Privatisierungen erweiterten die Handlungsspielräume des Kapitals und übten starken Druck auf die Gewerkschaften aus.

Die politischen Akteure verständigten sich nach der Zerstörung der Finanz- und Währungsregimes der Nachkriegsperiode nicht auf ein neues Regulationsmodell, sondern setzten den politischen Prozess der Deregulierung und Entfesselung des kapitalistischen Akkumulations- und Reproduktionsregimes fort – und waren bestenfalls um eine soziale Abfederung bemüht.

These 2

Im Laufe der 1990er Jahre übernehmen in den meisten europäischen Ländern Mitte-Linksparteien die Regierungsverantwortung. 1997 wird in Frankreich eine breite Koalition der *gauche plurielle* aus Sozialisten, Kommunisten, linken Grünen und linken Nationalisten gebildet. Die Sozialisten verweisen – auch in Frankreich – darauf, dass bei gedrückten Zuwachsraten des Wirtschaftswachstums das bisherige Niveau der Sozialleistungen nicht mehr finanziert werden kann. Die Linke bleibt zu defensiv bei ihren wirtschaftspolitischen Alternativen, kann aber gegenüber den neoliberalen Systemveränderern geltend machen, dass durch die Kürzungen von Sozialleistungen keine Dynamisierung der Akkumulation herauskommt, sondern neue Kürzungen programmiert wer-

den. Konsequenz der neoliberalen Wirtschaftskonzeption ist die Verschärfung der Fiskalkrise. Die Erosion der finanziellen Fundamente bei öffentlichen und Sozialkassen wird durch eine Steuersenkungs- und -verlagerungspolitik zugunsten der Kapital- und Vermögenseinkommen verschärft. Das abflachende Wirtschaftswachstum, die Auflösung der Normalarbeitsverhältnisse, das Anwachsen von krisenbedingten Unterstützungszahlungen und die Ausbreitung des informellen Sektors haben entsprechende Rückwirkungen auf die öffentlichen Finanzen. Die Reaktion auf diese Zuspitzung ist zum einen eine Verschärfung des Konsolidierungskurses, was durch weiter zurückgefahrenere Sozialausgaben und eine Beschränkung der Krisenintervention selbst wiederum zu einer Verfestigung der Akkumulations- und Wachstumsschwäche führt. Zum anderen verringern die herrschenden Eliten durch Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen und die Verminderung der öffentlichen Investitionen die Rahmenbedingungen für eine Steuerung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Faktisch ist unter diesen Bedingungen eine Rückführung der Schuldenlast auch unmöglich; für die Eigentümer der entsprechenden Vermögenstitel ist zentral, dass die Bedingungen für ihre Ansprüche auf den gesellschaftlichen Reichtum nicht gefährdet werden. Faktisch bündelt sich diese Entwicklung in einem politisch angeleiteten Zerstörungsprozess der Zivilisation in den entwickelten kapitalistischen Hauptländern.

Vor allem die Verschlechterung der Finanzausstattung führt auch in Frankreich zu einer Sparpolitik bei den öffentlichen Unternehmen, die für die Leistungserbringung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zuständig waren. Die radikale Tendenz zur Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und Gütern ergibt sich aus der Gemengelage von Finanzkrise, Verschlechterung der Dienste infolge schlechterer Finanzausstattung, veränderter Bedeutung der allgemeinen Bedingungen der Produktion und einem chronischen Überangebot von Kapital infolge zurückbleibender Möglichkeiten zur Kapitalanlage.

In Frankreich – wie in anderen Ländern – scheitert dieses Regierungsprogramm wegen innerer Widersprüche, ungenügender

Kommunikation und mangelnder Vermittlung von gesellschaftlichen Zukunftsperspektiven. Die Mitte-Links-Parteien – auch die Regierung in Frankreich – leisten einen wesentlichen Beitrag zur Zerstörung des Rheinischen Kapitalismus bzw. zur Auflösung des europäischen sozialstaatlich regulierten Kapitalismus.

Resultat: Mitte-Links-Regierungen haben wesentliche Schranken des noch regulierten Kapitalismus ausgeräumt. Sie haben ihren Anhängerinnen und Wählerinnen weder Aufklärung über die gesellschaftlichen Konflikte geboten noch Perspektiven vermittelt. Es hat keine Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse des Großteils der Bevölkerung gegeben.

Im Resultat sind die politischen Parteien der Linken durch die Mitte-Links-Regierungen geschwächt worden; sie haben erheblich an gesellschaftlichem Einfluss und WählerInnenzustimmung verloren. Hinzu kommt ein deutlicher Rückgang an Mitgliedern. Der wesentliche Grund für diese negative Entwicklung liegt aus meiner Sicht allerdings nicht in der Regierungsbeteiligung, sondern in der konzeptionell-politische Ratlosigkeit der Linksparteien mit den veränderten Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaften umzugehen, die ideologische Herausforderung von neoliberaler Politik aufzugreifen und in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung eine glaubwürdige Alternative zu vertreten.

These 3

Für entsprechende Regierungsexperimente im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts kann m. E. festgehalten werden: »Nirgends wurde dadurch die Tür zur sozialistischen Transformation der kapitalistischen Gesellschaft auch nur einen Spalt breit geöffnet. Sie haben aber meist einen hohen Preis, ihre Identität und Glaubwürdigkeit als die vorwärtstreibende Kraft einer gesellschaftlichen Umgestaltung, gezahlt. ...Selbst in Schweden, lange Zeit das Vorzeigeobjekt eines ›demokratischen Sozialismus unter kapitalistischen Bedingungen‹, ... setzten sich ...neoliberale Grundtendenzen mehr und mehr durch.« (Felfe 2005: 296)

Die linken Parteien, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus Protest gegen die

Ausbeutung und Erniedrigung der arbeitenden Klassen entstanden, haben in fast allen Ländern Europas bis in die 1970er Jahre einen eindrucksvollen Weg beständiger Zunahme ihrer Anhänger und Wähler, des zunehmenden Einflusses ihrer politischen Programme auf Staat und Gesellschaft und der kulturellen Ausstrahlungskraft ihrer Leitideen zurückgelegt. Diese Rolle basierte auf einer Vergesellschaftung der Politik (Einbruch der Massen in das politische Feld) und dem Willen zur Entwicklung der politischen und sozialen Emanzipation der abhängig Beschäftigten oder mehr noch – der subalternen sozialen Schichten. Die wachsende Bedeutung dieser Parteien ergab sich aus der Fähigkeit, auf der Ebene gesellschaftlicher Massen Synthesen zu formulieren. "Synthesen auch, die eine Integration nicht auf der Ebene der aufgeklärten Avantgarde oder eines erlauchten Kreises zu Wege bringen, sondern bei den breiten geschichtsmächtigen Massen."(Ingrao 1979: 38)

Die linken Parteien in Europa stecken alle in einer organisatorischen und politisch-strategischen Krise. Die Zeiten des Einbruchs der Massen in die Politik oder die sogenannte Partizipationsrevolution im Zusammenhang der fordistischen Prosperitätskonstellation sind endgültig vorbei. (vgl. dazu Ingrao 1979)

Die Debatte geht nur vordergründig um die Frage der Beteiligung kapitalismuskritischer oder antikapitalistischen Parteien an einer Regierungskoalition mit der Sozialdemokratie. Unter den Bedingungen der Hegemonie des Neoliberalismus ist selbst eine systemimmanente reformpolitische Strategie der Sozialdemokratie fragwürdig geworden. „Die weltweite Dominanz des Neoliberalismus (in Ideologie und Politik) hat alle Voraussetzungen zerstört, auf denen zurückliegende Reformenfolge der oppositionellen SPD nach 1918, nach 1945 (und kurzzeitig einer SPD-Regierung unter Willy Brandt) beruht hatten. Ein Regierungsbündnis mit dieser Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts bedeutet nun, an der neoliberalen Politik weg vom ›rheinischen Kapitalismus‹ – mit seiner durch die Systemkonkurrenz und starke Gewerkschaften modellierten sozialen Marktwirtschaft – hin zum globalisierten ›Raubtierkapitalismus‹ mitzuwirken. Dies als sozialistische Partei in Rechnung

zustellen bedeutet deshalb, Bündnis- und Koalitionsoptionen nicht zuletzt unter dem Aspekt des progressiven Einwirkens auf den potentiellen Partner anzustreben. (Felfe 2005: 299)

Die Unterstellung, eine im Kern antikapitalistische Partei (sozialistisch-kommunistischer Provenienz) geht mit einer reformorientierten sozialdemokratischen Partei eine Regierungskoalition ein, mit dem Ziel einer mehr oder minder begrenzten Interessenvertretung der Lohnabhängigen oder unteren sozialen Schichten, trägt mit dem Übergang zum globalisierten Finanzmarktkapitalismus nicht mehr. Das strategische Schlüsselproblem besteht darin, dass die neoliberale Ideologie selbst tief in die Reihen der Gewerkschaften, der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Sozialdemokratie eingedrungen ist.

Der Neoliberalismus ist in allen hoch entwickelten kapitalistischen Ländern in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zur herrschenden Ideologie geworden. Die Ideologie bestimmt das Handeln mächtiger zivilgesellschaftlicher Akteure wie der wirtschaftlichen Elite, Wirtschafts- und Interessenverbände, Parteien etc. Neoliberale Politik zielt auf eine politisch gewollte Veränderung der Einkommensverteilung. Mit jedem Schritt in diese Richtung verstärkt sich der Verdrängungswettbewerb des Kapitals, der Versuch der Behauptung und Erweiterung ihrer individuellen Raumanteile. Durch die einsetzende Abwärtsspirale radikalieren sich die Vertreter neoliberaler Politik. Dies gilt zum einen für die Parteien

des bürgerlichen Lagers, zum anderen ist unübersehbar, dass die Mitte-Links-Parteien auch zu den Akteuren einer Transformation des „Rheinischen Kapitalismus“ gehören. Der Übergang der Sozialdemokratie von einer Sozialstaatspartei hin zu einer modernisierten Formation der Neuen Mitte, die letztlich auf eine verdeckte oder offene Abspaltung der Interessenvertretung der unteren sozialen Schichten hinausläuft, bestimmt die politische Agenda zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Literatur

Bischoff, J. (2005): Die SPD und die Zerstörung des »Rheinischen Kapitalismus«. Vom organisierten zum entfesselten Kapitalismus, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7/0005.

Felfe, E. u. a. (2005): Warum? Für Wen? Wohin?, 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern in der Regierung, Schkeuditz

Luxemburg, R. (1900), Die sozialistische Krise in Frankreich, in : Gesammelte Werke Bd 1. 2., Berlin 1970 , S. 12

Ingrao, P. (1979), Massenbewegung und politische Macht, Hamburg

Die jüngsten Entwicklungen der norwegischen Linken: Herausforderungen und Perspektiven

Die Wahlen von 2001 und 2005

2001: Die überraschende Niederlage der Arbeiterpartei

Die Parlamentswahlen fanden am 10. September 2001 statt – am Tag vor den terroristischen Angriffen gegen das World Trade Center und das Pentagon.

Die wichtigsten Ergebnisse waren eine historische Niederlage der regierenden **Table 1**

Arbeiterpartei und eine Verdoppelung der Zahl der Stimmen für die Sozialistische Linkspartei im Rahmen eines allgemeinen Rechtsrucks: Die Arbeiterpartei hatte fast zwei Mal soviel Stimmen verloren, wie die Sozialistische Linkspartei gewonnen hatte.

In Tabelle 1 wurden die Parteien in die traditionellen Kategorien von Links, Zentrum und Mitte gruppiert.

	Stimmen			Abgeordnete		
	1997	2001	2005	1997	2001	2005
<i>Die Linke:</i>	42,7	38,0	41,5	74	66	76
Die Arbeiterpartei	35,0	24,3	32,7	65	43	61
Die Sozialistische Linkspartei	6,0	12,5	8,8	9	23	15
Die Rote Wahlallianz	1,7	1,2	1,2	-	-	-
<i>Das Zentrum:</i>	26,1	21,9	19,2	42	34	32
Die Zentrumspartei	7,9	5,6	6,5	11	10	11
Die Christliche Volkspartei	13,7	12,4	6,8	25	22	11
„Die Linke“ (liberale Partei)	4,5	3,9	5,9	6	2	10
<i>Die Rechte:</i>	29,6	35,8	36,2	48	64	61
„Die Rechte“ (die Konservative Partei)	14,3	21,2	14,1	23	38	23
Die Progressive Partei (Populistische Rechte)	15,3	14,6	22,1	25	26	38
Splitterparteien:	1,6	4,3	3,1	1	1	0
Summe				165	165	169

Während des Wahlkampfes befürwortete die Sozialistische Linkspartei eine engere und

stabile politische Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterpartei, der Sozialistischen Links-

partei und der Zentrums- und der Rechten Partei im neuen Parlament – in der Hoffnung, so die Basis einer Mehrheit für eine neue Regierung zu schaffen, entweder durch eine politische Übereinkunft zwischen den drei Parteien oder durch die Bildung einer gemeinsamen Regierung. Bis 2001 hatten diese drei Parteien stets eine bequeme Mehrheit im norwegischen Parlament gehabt. Eine der Hauptveränderungen bei den Wahlen in 2001 war, dass diese Mehrheit wegen des schwachen Ergebnisses der Arbeiterpartei verloren ging.

Als Folge der Wahlen im Jahre 2001 wurde eine Minderheitenregierung aus dem Zentrum und der Rechten gebildet. Die parlamentarische Basis der Partei war extrem schwach, 44 von 165 Sitzen.

Die Zentrum-Rechtsregierung hatte eine Mehrheit von Ministern der „Rechten“ (der konservativen Partei), der Ministerpräsident jedoch war Kjell Magne Bondevik von der Christlichen Volkspartei. „Die Linke“ (die liberale Partei) war die dritte Partei in der Regierung mit nur zwei Sitzen im Parlament.

Die neue Regierung war auch schwach, weil sie von großen internen Spannungen heimgesucht war. Die Rechte (die konservative Partei) war in der Lage, große Steuer-senkungen durchzusetzen, gegen den Willen der beiden Parteien der Mitte der Norwegischen Politik. Diese hätten der Regierung gerne ein soziales Profil gegeben und sich somit den Forderungen der Sozialistischen Linkspartei genähert.

Die neue Zentrum-Rechtsregierung konnte nur mit der Unterstützung der unberechenbaren und gemäßigt fremdenfeindlichen „Fortschrittspartei“ gebildet werden. Diese Partei rückt Probleme von Recht und Ordnung in das Zentrum der Aufmerksamkeit und mobilisiert fremdenfeindliche und gegen Migranten gerichtete Ressentiments in Teilen der Wählerschaft; die meisten Wähler erhält sie jedoch durch ihr populistisches soziales Profil: Sie macht großspurige Versprechungen, die Leistungen für alle Bedürftigen zu verbessern, insbesondere für ältere und kranke Menschen.

Konfliktdimensionen im Parteienspektrum Norwegens

Die Hauptkonfliktdimensionen in der norwegischen Parteistruktur scheiden die Parteien auf eine Art und Weise voneinander, die viele ausländische Beobachter – und viele norwegische WählerInnen – eher verwirrt.

- In *Umweltfragen* und Fragen der *internationalen Solidarität* (Entwicklungshilfe, Flüchtlingspolitik) finden wir die drei Zentrums- und die Sozialistische Linkspartei auf einer Seite: Sie kämpfen für eine grünere Politik und mehr Solidarität mit Menschen außerhalb Norwegens. Diese vier Parteien sind auch gegen die norwegische Mitgliedschaft in der *Europäischen Union*.
- In *sozialen Fragen*, zum Beispiel Fragen der Steuerpolitik, der Sozial- und Gesundheitsfürsorge, dem Arbeitsrecht etc., dominiert die übliche rechte Dimension. Aber die Parteien der Mitte kommen oft den Parteien der Linken nahe, und auch die Fortschrittspartei unterstützt von Zeit zu Zeit „linke“ Sichtweisen.
- In Fragen der *Strukturveränderungen* in der Wirtschaft (Privatisierung, Begünstigung von Marktlösungen in sektoraler und Regionalpolitik, Mitgliedschaft in der EU) umfasste der neoliberale Pol der norwegischen Politik, zusätzlich zu den beiden Parteien der Rechten, auch die dominierenden Strukturen der Arbeiterpartei. Die Arbeiterpartei hat versucht, ihr Abgleiten Richtung neoliberale Lösungen so gut zu verbergen, wie sie konnte. Ihre Führer sind in dieser Hinsicht Jospin näher als Schröder oder Blair. Die Zentrums- und die Sozialistische Linkspartei hat im letzten Jahrzehnt in vielen Politikbereichen Positionen entwickelt, die denen der Sozialistischen Linkspartei sehr nahe sind, und hat sich definitiv links von der Arbeiterpartei platziert. Die beiden anderen Parteien der politischen Mitte sind, ähnlich wie die Arbeiterpartei, Richtung neoliberale Positionen gedriftet.

In den 90er Jahren war es das strategische Ziel der Sozialistischen Linkspartei, in Bezug auf spezifische Fragen der Strukturpolitik, Umwelt und Solidarität politische Allianzen

mit den Parteien der Mitte zu schließen. Die Idee war, Druck auf die Arbeiterpartei auszuüben, um die Partei daran zu hindern, weiter Richtung neoliberale Positionen abzugleiten – und auch, um die zwei Parteien der Rechten zu isolieren.

Die Strategie war nur teilweise erfolgreich und gelang hauptsächlich, was die politische Entwicklung der Zentrums-Partei betraf, der traditionellen Partei der Bauern Norwegens. Die Zentrums-Partei wurde allmählich eine verlässliche Unterstützerin des öffentlichen Sektors, die sich gegen Privatisierung und Marktösungen auf lokaler/städtischer Ebene wandte.

Wichtiger war jedoch die politische Umorientierung in der Gewerkschaftsbewegung. In der Vergangenheit hat die Hauptgewerkschaftsbewegung (LO) traditionell enge Bindungen mit der Arbeiterpartei gepflegt, so enge, dass sie wie „siamesische Zwillinge“ angesehen wurden.

Während der 90er Jahre mussten viele Branchengewerkschaften, ebenso wie die zentrale Gewerkschaftsleitung feststellen, dass der Arbeiterpartei in vielen Fragen von großer Bedeutung für die Gewerkschaften – wie die Marktorientierung und Privatisierung von Telekommunikation, Post, Eisenbahn und anderen öffentlichen Dienstleistungen – kein Vertrauen mehr geschenkt werden konnte. Mehreren Zweiggewerkschaften gelang es nur durch Verhandlungsführer der Sozialistischen Linkspartei, dass die Gruppe der Arbeiterpartei im Parlament den Klagen und Vorschlägen der Gewerkschaften überhaupt Gehör schenkte.

Diese Veränderung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Sozialistischer Linkspartei wurde besonders während der letzten Monate vor der Wahl 2001 deutlich erkennbar. So wurde im Mai 2001 erstmals der Chef der Sozialistischen Linkspartei zu einem Gewerkschaftskongress eingeladen. Derselbe Kongress stimmte auch, gegen den Rat der Führungsgremien, dafür, der Sozialistischen Linkspartei einen Teil des Geldes zu geben, das als Beitrag zum Wahlkampf der Arbeiterpartei geplant war. Dies erhöhte das Wahlkampfbudget der Sozialistischen Linkspartei um 25%. Und, was am Wichtigsten war: Die Zentrale Gewerkschaft und viele Branchengewerkschaften erklärten

öffentlich, dass die WählerInnen ihre Interessen vertreten sollten, indem sie entweder die Arbeiterpartei oder die Sozialistische Linkspartei wählen sollten.

Die Wahlen von 2005

Die katastrophalen Ergebnisse der Wahlen von 2001 und der Druck verschiedener Teile der Gewerkschaftsbewegung zwangen die Führung der Arbeiter zur Änderung ihrer Wahlstrategie. Die zentrale Gewerkschaft (LO) begann bereits im Herbst 2004 den sogenannten „langen Wahlkampf“ mit dem Ziel, nach den Wahlen im September 2005 eine linke Mehrheitsregierung einzusetzen.

Der Führer der Arbeiterpartei, Jens Stoltenberg, erklärte öffentlich, dass die Arbeiterpartei bereit sei, zum ersten Mal in ihrer Geschichte in eine Koalitionsregierung mit anderen Parteien einzutreten, wenn möglich mit der Sozialistischen Linkspartei und der Zentrums-Partei. Parteikongresse der drei Parteien billigten das Ziel im Frühjahr 2005, und die drei Parteien kämpften im Wahlkampf mit der gleichen Hauptbotschaft an die WählerInnen: Wenn wir eine Mehrheit im Parlament bekommen, dann besteht unser Ziel darin, eine gemeinsame Regierung zu bilden.

Die drei Parteien der Zentrums-Linksallianz bestritten den Wahlkampf mit verschiedenen politischen Programmen, aber mit einer gemeinsamen, weithin publik gemachten Absicht, eine gemeinsame Regierung zu bilden, sollte es ihnen gelingen, eine Mehrheit im Parlament zu erzielen.

Die Mitte-Links-Allianz aus Arbeiterpartei (den Sozialdemokraten), Sozialistischer Linkspartei (SV) und Zentrums-Partei (der früheren Bauernpartei), die sich „Rot-Grüne Allianz“ nannte, ging siegreich aus den Parlamentswahlen am Montag, den 12. September hervor.

Der Sieg war knapp (87 zu 82 im gegenwärtigen Parlament). Nur wenige Tausend WählerInnen hätten gereicht, um die mühsam errungene Mehrheit in eine Minderheit zurück zu verwandeln.

In Tabelle 2 haben wir die Parteien nach den beiden Wahlalternativen bei den Wahlen in 2005 angeordnet.

Tabelle 2

	2001	2005	Mandate
Mitte-Links-Bündnis	42,4	48,0	87
Arbeiterpartei	24,3	32,7	61
Sozialistische Linkspartei (SV)	12,5	8,8	15
Zentrumspartei	5,6	6,5	11
Parteien der vormaligen Regierung	37,5	26,8	44
Die Rechte (vergleichbar den EPP-Parteien)	21,2	14,1	23
Christliche Volkspartei	12,4	6,8	11
„Die Linke“ (eine liberale Partei)	3,9	5,9	10
„Fortschrittspartei“ (populistische Rechte)	14,7	22,1	38
„Rote Wahlallianz“ (links von der SV)	1,2	1,2	0

Die Sozialistische Linkspartei (SV) verlor schwer im Vergleich zu den Wahlen 2001 – und sogar mehr noch im Vergleich zu den Meinungsumfragen. Im Zeitraum 2001 bis August 2005 lag die Sozialistische Linkspartei bei Meinungsumfragen meist zwischen 14 und 18%. Die Hauptregierungsparteien verloren sogar noch mehr, da viele ihrer WählerInnen zur populistischen Rechten überwechselten.

Für den Verlust an Wählerstimmen für die Sozialistische Linkspartei gibt es unterschiedliche Gründe. Hier sind drei von ihnen:

1. Zusammen mit den Gewerkschaften vermochte es die Sozialistische Linke in den letzten Jahren, die Arbeiterpartei zu einer radikaleren Politik zu zwingen und etwa ihrer vorherigen Politik der Privatisierung und der

Einführung von Marktelementen im Gesundheits- und Sozialdienstsektor eine Absage zu erteilen. Das ließ die Führer der Arbeiterpartei im Wahlkampf wie Linkssozialisten klingen. Die Situation verschärfte sich dadurch, dass unsere prominentesten Wahlkämpfer sich zu den strategisch wichtigen und bleibenden politischen Unterschieden zwischen der Sozialistischen Linken und der Arbeiterpartei insbesondere auf dem Gebiet der Außenpolitik und in Fragen der Wirtschaftsstrukturpolitik nicht klar äußern wollten.

2. Unsere Opponenten auf der Rechten griffen die Arbeiterpartei hauptsächlich an, indem sie die Sozialistische Linkspartei angriffen. Sie versuchten, die WählerInnen durch eine wilde Kampagne gegen die „rote Gefahr“ zu schrecken, in der sie alle möglichen wahren und unwahren Anschuldigungen erhoben, die uns zu sehr in die Defensive drängten. Zwar gelang es dieser Horrorkampagne nicht, den Wahlsieg von Mitte-Links zu verhindern, aber ein Teil unserer WählerInnen wählte doch die Arbeiterpartei.

3. Viele WählerInnen wollten zunächst einmal die augenblickliche Regierung loswerden und wählten die Arbeiterpartei, um dieses Ziel zu erreichen.

4. Gewisse Teile der Wahlkampagne der Partei trugen zu dem Rückschlag bei, indem sie die Aufmerksamkeit auf Fragen von – sowohl für die Wähler als auch für die Partei selbst – geringer Wichtigkeit lenkten und dadurch Angriffe unserer politischen Opponenten und der Medien auf uns zogen, die uns in Rückzugsgefechte und erfolglose Versuche zur Selbstrechtfertigung verwickelten.

Die Verhandlungen und die Bildung der Mitte-Links-Regierung

Die Verhandlungen zwischen den drei Parteien dauerten drei Wochen und waren so schwierig, wie sie nur sein konnten. Die Wahlen hatten der Arbeiterpartei mehr als doppelt so viele WählerInnen verschafft wie den beiden kleineren Parteien zusammen (32,7% gegenüber 15,3%) – und daher eine starke Verhandlungsposition.

Die Resultate der Verhandlungen waren in vieler Hinsicht überraschend.

1. Die Regierungsvereinbarung (Plattform) ist ein 74 Seiten langes, ausführliches und zu vielen Fragen überraschend konkretes Dokument – weit entfernt von der kurzen, allgemeinen Erklärung, die den Interessen des dominierenden Partners in der Regierung genügt hätte.

2. Die 19 Ministerposten sind so verteilt: 10 für die Arbeiterpartei, 5 für die Sozialistische Linkspartei und 4 für die Zentrumsparterie; auf diese Weise hat die Arbeiterpartei die kleinstmögliche Mehrheit in der Regierung.

3. Die Sozialistische Linkspartei erhielt das Finanzministerium, das Bildungsministerium, das Umweltministerium, das Ministerium zur Modernisierung der öffentlichen Dienstleistungen und das Ministerium für Entwicklungshilfe und Konfliktvorbeugung.

4. Die Plattform ist in vieler Hinsicht definitiv links vom Wahlprogramm der Arbeiterpartei. Das trifft sowohl auf die internationale als auch auf die Wirtschafts-, Regional- und Sozialpolitik zu.

5. Die wichtigste Veränderung der Politik besteht in der Verpflichtung, die Deregulierung der öffentlichen Dienstleistungen im Staatssektor zu beenden, und in verschiedenen Versprechen, dasselbe auch in den Beziehungen zu Entwicklungsländern zu realisieren und dafür innerhalb internationaler Institutionen wie Weltbank und Vereinten Nationen zu wirken.

Die Plattform der Mitte-Links-Regierung (die Soria-Moria-Erklärung)

In meiner Zusammenfassung der Regierungserklärung konzentriere ich mich auf das Kapitel zur Außenpolitik, Teil 2 der Plattform. Auf die restlichen Kapitel 3-17 werde ich nur sehr kurz eingehen, da ihr konkreter Gehalt schwierig zu bewerten ist, ohne im Detail die wirtschaftliche und soziale Situation in Norwegen und den politischen Hintergrund für die spezifischen Vorschläge zu erklären.

Außenpolitik

Einige der Hauptmeinungsunterschiede zwischen den drei Parteien bestanden – und bestehen noch – zu Fragen der Außenpoli-

tik, den Beziehungen zur EU, der globalen Liberalisierung, der NATO und den Kriegen in Afghanistan und Irak.

Der außenpolitische Kompromiss beruht auf drei Elementen, die in der Plattform so ausgedrückt werden: „Die Hauptrichtungen der norwegischen Außenpolitik stehen ganz fest, darunter die starke Unterstützung der UNO und des Völkerrechts, Norwegens Mitgliedschaft in der NATO, das EEA-Abkommen und Norwegens Nicht-Mitgliedschaft in der EU.“

Das heißt, dass die Arbeiterpartei die Tatsache akzeptiert, dass Norwegen nicht in die Europäische Union eintritt (für die Dauer der Regierung), dass die Sozialistische Linkspartei akzeptiert, dass die Regierung auf Norwegens Mitgliedschaft in NATO und EEA beruht und dass die Zentrumsparterie, ihrerseits eine starke Anhängerin der NATO-Mitgliedschaft, akzeptiert, dass die Regierung auf der Mitgliedschaft in der EEA beruht (siehe unten).

Keine Bewerbung Norwegens um Mitgliedschaft in der EU

Es wird explizit gesagt, dass „die Regierung sich nicht um eine EU-Mitgliedschaft Norwegens bemühen wird.“ Dies war die sowohl von der Sozialistischen Linkspartei als auch von der Zentrumsparterie geforderte Vorbedingung für den Eintritt in eine Koalitionsregierung mit der Arbeiterpartei.

Seit 1994 ist Norwegen Mitglied der *European Economic Area*, und zwar durch eine Übereinkunft mit der EU, die Norwegen zum Teil des EU-Binnenmarktes macht. Zur EEA wird gesagt: „Es muss sicher gestellt werden, dass Norwegens Interessen effektiver wahrgenommen werden können, und zwar in einem so frühen Stadium, dass wir in der Lage sind, für Norwegen wichtige EU-Entscheidungen zu beeinflussen, sei es durch das EEA-Abkommen oder auf andere Weise. Wenn andere Maßnahmen fehlgeschlagen, wird die Regierung erwägen, Vorbehalte anzumelden, die aus dem EEA-Abkommen folgen, wenn norwegische Interessen von besonderer Wichtigkeit durch Gesetzesakte bedroht werden, deren Aufnahme in das EEA-Abkommen geplant ist.“

„Die Regierung wird gute Umweltinitiativen der EU annehmen und die besten Aspekte

der EU-Umweltschutzgesetzgebung umsetzen, auch solche, die nicht vom EEA-Abkommen gedeckt sind. Die Regierung wird nachdrücklich auf der Ausnahmeregelung bestehen, die uns im EEA-Abkommen gewährt wurde, der zufolge die norwegischen Behörden entscheiden, welche genetisch modifizierten Produkte nach Norwegen eingeführt, auf den Markt gebracht und verkauft werden dürfen.“

„Die Regierung wird daran arbeiten sicherzustellen, dass die EU keine Dienstleistungsrichtlinie umsetzt, die zu Sozialdumping führt.“

Eine kritische Haltung zur Globalisierung

Als Teil der Globalisierungskritischen Bewegung hat die Sozialistische Linke gemeinsam mit ATTAC Norwegen und der breiten NGO-Front im Norwegischen Sozialforum die norwegische Politik in der WTO, Weltbank und IMF streng kritisiert. Die Zentrumsparterie hat einen Teil dieser Kritik geteilt, während die Arbeiterpartei Politikmuster angenommen und – in ihren eigenen Regierungszeiten – ausgeführt hat, die von der Politik anderer europäischer Länder und der USA ununterscheidbar waren.

Obwohl einige führende Mitglieder der Arbeiterpartei von Zeit zu Zeit Lippenbekenntnisse zu einer Kritik der globalen Liberalisierung abgegeben haben, verursachten einige der nun folgenden Punkte – zitiert aus der Regierungserklärung – große Überraschung bei der globalisierungskritischen Bewegung.

Eine Veränderung der norwegischen Politik hinsichtlich der Liberalisierung durch Weltbank und IMF

„Die Regierung wird daran arbeiten,

- sicherzustellen, dass die multilaterale Hilfe mehr und mehr von der Weltbank zu Entwicklungsprogrammen und Nothilfemaßnahmen unter der Schirmherrschaft der UN-Agenturen überstellt wird. Norwegische Hilfe sollte nicht in Programme fließen, die Auflagen zur Liberalisierung und Privatisierung enthalten;
- eine Demokratisierung der Weltbank und des IMF zu unterstützen. Entwicklungsländer müssen weitaus größeren Ein-

fluss erhalten, unter anderem dadurch, dass das Wahlrecht nicht ausschließlich an Kapitalbeiträge gebunden ist;

- Wege des Schuldenerlasses für die ärmsten Länder zu finden bzw. den Erlass ausstehender Schulden in Übereinstimmung mit der internationalen Schuldenhilfeinitiative sicherzustellen. Die Kosten des Schuldenerlasses dürfen nicht in eine Reduzierung der norwegischen Hilfe münden, vgl. den angenommenen Schuldenrückzahlungsplan. Privatisierungsaufgaben dürfen nicht zur Bedingung für den Schuldenerlass gemacht werden.“

Eine Veränderung der norwegischen Politik in der WTO

„Exportsubventionen der reichen Länder sind augenblicklich sehr schädlich für arme Länder und Länder mit mittlerem Einkommen, sowohl was ihre Binnenmärkte als auch was ihre Exportmöglichkeiten angeht. Die Regierung wird die Ächtung aller Exportsubventionen durch die WTO unterstützen.“

Die grundsätzliche Position der Regierung ist, dass die WTO-Regeln arme Länder nicht um die Entscheidungsrechte und –möglichkeiten bringen dürfen, die wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung auch unserer eigenen Gesellschaft zu einem Wohlfahrtsstaat bilden.

Was Handel und Dienstleistungen im Rahmen des GATS- Abkommens angeht, wird die Regierung die norwegischen Positionen überprüfen und anpassen. Norwegen sollte keine Forderungen an arme Länder stellen, die eine Schwächung der Möglichkeiten der Entwicklung starker öffentlicher Dienstleistungen in Gesundheit und Bildung nach sich ziehen würden. Auch sollte Norwegen kein Übereinkommen begünstigen, das die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in Norwegen nach sich ziehen könnte.

Entscheidende Wichtigkeit muss, im Zusammenhang mit den internationalen Verhandlungen zu handelspolitischen Aspekten internationaler Eigentumsrechte (dem TRIPS-Abkommen), dem Zugang zu Niedrigpreismedizin gegen lebensgefährliche Krankheiten (HIV/AIDS, Malaria, Tuberkulose) in armen Ländern eingeräumt werden.

Die Regierung wird:

- alle Auflagen überprüfen und neu ansetzen, die Norwegen Entwicklungsländern machen wird;
- größere Offenheit hinsichtlich der Forderungen, die Norwegen an andere Länder in den GATS-Verhandlungen stellt, walten lassen und der Öffentlichkeit Zugang zu den Forderungen verschaffen, die an Norwegen gerichtet werden, insofern dies im Rahmen der WTO-Verhandlungen möglich ist;
- sicher stellen, dass Norwegen daran arbeitet, dass die Länder des Südens genug Handlungsfreiheit bekommen, um Entwicklungsstrategien zu wählen, die ihre speziellen Möglichkeiten und ihren Entwicklungsstand in den WTO-Verhandlungen zu Landwirtschaft und Marktzugang für andere als landwirtschaftliche Produkte berücksichtigen;
- daran arbeiten, dass das Recht eines Landes an der Nahrungsmittelproduktion für seine eigene Bevölkerung in den WTO-Verhandlungen sichergestellt wird;
- dazu beitragen, dass arme Länder genug politische Freiheit haben, ihre eigene Nahrungsmittelproduktion zu schützen;
- die Importquoten für arme Länder, einschließlich Nicht-Entwicklungsländer, erhöhen. Die Regierung wird ihre Hilfen darauf richten, Nicht-Entwicklungsländer dazu zu befähigen, ihre Handelspräferenzen auszuüben;
- international an einer Überprüfung vorheriger WTO-Runden arbeiten, bevor die Verhandlungen auf neue Gebiete erweitert werden.“

Ein klares UNO-Mandat als Voraussetzung der norwegischen Teilnahme an internationalen Militäroperationen

Alle drei Parteien wollen, dass Norwegen aktiv an friedensschaffenden Missionen der UN teilnimmt. Darum: „Die Regierung wird eine Überprüfung der norwegischen Verpflichtungen, was norwegische Truppen in EU und NATO-Aufgaben als auch andere internationale Operationen angeht, durch-

führen. Wir werden die norwegische zivile und militärische Teilnahme an friedensschaffenden Maßnahmen der UNO erhöhen, mit besonderer Betonung Afrikas.“

Der schwierigste Teil der Verhandlungen zwischen den drei Parteien war die Frage internationaler Missionen. Die Führung der Arbeiterpartei wollte größeren Handlungsspielraum, als die Sozialistische Linkspartei zuzugestehen bereit war.

Der Hauptpunkt war, ob ein klares UNO-Mandat eine Vorbedingung für eine norwegische Teilnahme an internationalen militärischen Operationen sein sollte. Die Verhandlungsführer der Arbeiterpartei argumentierten bis zur letzten Nacht für schwächere Konditionen wie „in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht“ oder „in Übereinstimmung mit dem UN-Pakt“, nahmen jedoch schließlich Vorschläge der Sozialistischen Linkspartei an, die „ein klares UN-Mandat“ verlangte.

Das allgemeine Prinzip eines UN-Mandats erhielt diese Formulierung: „Eine Beteiligung an internationalen Missionen muss in der UN-Charta begründet sein und ein klares UN-Mandat haben. Die UNO ist die einzige internationale Körperschaft, die Gewaltanwendung legitimieren kann. Für die Anwendung militärischer Gewalt muss eine hohe Schwelle bestehen. Norwegen sollte nicht an präventiven Angriffen teilnehmen, die nicht von der UN autorisiert sind.“

Zu Irak und Afghanistan wurde auch ein Durchbruch für Forderungen der Sozialistischen Linkspartei als der einzigen Partei im Norwegischen Parlament erzielt, die vor einer militärischen Antwort der USA auf den 11. 9. 2001 gewarnt hatte, die es ablehnt, dass unsere NATO-Mitgliedschaft ein automatisches Ja zum US-Krieg gegen Afghanistan bedeutet, und als der einzigen Partei im Parlament, die die Friedensbewegung vertritt und die breite Mehrheit der norwegischen Öffentlichkeit, die gegen die US-Angriffe auf den Irak im Jahr 2003 war.

Es kann daher als ein Durchbruch für die Sozialistische Linkspartei betrachtet werden, wenn in der Regierungsplattform übereingekommen wird:

„Die Regierung wird

- norwegische Staboffiziere und Trainingspersonal aus dem Irak zurückziehen,
- die norwegische Teilnahme an ISAF in Afghanistan stärken. Auf dieser Grundlage werden wir die norwegische Teilnahme an Operation Enduring Freedom nicht verlängern, wenn die Mandatsperiode für diese Kräfte ausläuft.“

Strukturpolitik: Eigentum, Privatisierung, Wettbewerb

In mehrerer Hinsicht erklärt die Regierung, dass sie die Politik beenden wird, die von allen norwegischen Regierungen, seien dies sozialdemokratische oder andere, praktiziert wurde, seit die erste rechtsgerichtete Regierung 1981 an die Macht kam.

Die Regierung wird:

- ein starkes öffentliches und nationalisiertes Eigentum bewahren, um wichtige politische Ziele zu erreichen und Profit und Einkommen in die Gemeinden zu bringen;
- einen starken öffentlichen Sektor im Bereich unserer Wasser- und unserer Ölressourcen erhalten;
- Anteile an wichtigen Firmen wie Telenor, Norsk Hydro, Statoil nicht privatisieren oder verkaufen;
- Fischereirechte nicht privatisieren;
- das obere Limit für Eigentum an Fischfangrechten reduzieren;
- die Kommerzialisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in Bildung, Gesundheit und sozialen Diensten stoppen.

Arbeitsrecht

Die neue Regierung wird alle Veränderungen, die die vorherige Mitte-Rechts-Mehrheit im Mai 2005 am Arbeitsrecht vorgenommen hat, wieder zurücknehmen. Hier sind einige der wichtigsten Punkte:

- Zurücknahme des erhöhten Rechtes für Arbeitgeber, Zeitarbeit anzubieten;
- Zurücknahme der schwächeren Regelungen für Arbeitsplatzsicherheit;

- die Obergrenze für legale Überstunden wird auf das Niveau von 2003 zurückgenommen.

Arbeitnehmerrechte und Gewerkschaftsrechte werden verbessert:

- Örtlichen Gewerkschaftsvertretern wird das Recht auf Einsicht in die Löhne und Arbeitsbedingungen von Subunternehmern gewährt.
- Bei allen öffentlichen Ausschreibungen werden norwegische Löhne und Arbeitsbedingungen zur Voraussetzung gemacht.
- Arbeitnehmer erhalten dieselben Mitspracherechte bei der Überantwortung von Rechten nach Ausschreibung wie nach Transfer an neue Eigentümer.
- Die Rechte von Arbeitnehmern, die sich über unerträgliche Bedingungen am Arbeitsplatz beschweren, werden gestärkt.
- Wenn eine Firma neue Arbeitnehmer anstellt, werden die Rechte von Teilzeitarbeitnehmern, in Vollzeitstatus übernommen zu werden, gestärkt.

Soziale Gerechtigkeit

Die Regierung wird:

- die Steuerlast auf ihrem Niveau von 2004 belassen;
- Steuern auf Aktiendividenden einführen und Kapitaleinkommen im selben Maße besteuern wie das Höchstmaß an Steuern auf Löhne und Gehälter;
- in 2007 im ganzen Land Zugang zu Hochgeschwindigkeitsinternet (ADSL) gewährleisten;
- die Geldzuweisungen für regionale und lokale Gebietskörperschaften bedeutend erhöhen;
- eine geographisch differenzierte Betriebssteuer auf Arbeitskräfte einführen, mit wenig oder niedrigen Steuern in von Entvölkerung bedrohten Bezirken;
- das Ausmaß der sozialen Sicherungsleistungen erhöhen;
- das Recht auf Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall nicht schwächen, im Ge-

gensatz zu den Vorschlägen der vormaligen Regierung;

- die Reduzierung des Arbeitslosengeldes zurücknehmen;
- die Zuzahlungen der Patienten für Gesundheitsleistungen reduzieren und sie auf niedrigem Niveau halten.

Die Sozialistische Linkspartei musste – als Teil des Verhandlungskompromisses – die Entscheidung zur Rentenreform annehmen, die von einer breiten Mehrheit im Parlament im Mai 2005 getroffen worden war. Diese Reform wird zu Rentenkürzungen ab 2020 führen.

Die ersten 50 Tage der Mitte-Links-Regierung: Was ist erreicht worden?

- Ein Teil unserer multilateralen Entwicklungshilfe wurde im Budget von 2006 von der Weltbank zu Entwicklungsprogrammen unter UN-Schirmherrschaft überführt.
- Die norwegische Entwicklungshilfe wird im Jahre 2006 nahe bei 1% des BIP liegen, und die Hilfe an die Opfer des Erdbebens in Pakistan beläuft sich auf 550 Mio. N. Kronen, bis jetzt die größte Summe, die überhaupt irgendein Land gegeben hat.
- Norwegische Forderungen in den GATS Verhandlungen, dass Entwicklungsländer ihre Grenzen für internationalen Wettbewerb in Bildungsdienstleistungen, Elektrizitätsversorgung und Wasser öffnen sollen, sind zurückgezogen worden.
- Alle norwegischen Forderungen in den GATS-Verhandlungen an Entwicklungsländer (LDCs) wurden zurückgenommen.
- Norwegisches Stabs- und Trainingspersonal wird aus dem Irak zurückgezogen.
- Norwegische Spezialeinheiten als Teil der Operation Enduring Freedom in Afghanistan werden zurückgezogen, wenn die Mandatsperiode im Januar ausläuft.
- Alle Vorschläge unter Punkt C: Arbeitsrecht sind Teil von Gesetzesanträgen, die gerade im Parlament erörtert und von der Mitte-Links-Mehrheit unterstützt werden.

- Die Steuerlast im Haushalt 2006 ist auf derselben Höhe wie 2004.
- Die Steuer auf Aktiendividenden wird wiedereingeführt und Kapitaleinkommen wird auf demselben Niveau besteuert wie die Maximalhöhe der Steuer auf Lohneinkommen, wenn das Parlament den Haushalt für 2006 in einer Woche beschließt.
- Die Transfers für regionale und örtliche Gebietskörperschaften sind für das Jahr 2006 um fast 6 Mrd. N. Kronen erhöht worden.

Die Medien haben die Regierungsparteien dennoch dafür kritisiert, ihre Versprechungen nicht einzuhalten. Der Großteil der Kritik bezieht sich nicht auf Versprechen in der Regierungserklärung, sondern auf die Parteiprogramme der drei Parteien. Überwiegend richtet sich die Kritik gegen die Sozialistische Linkspartei, die von den Medien und den Mitte-Rechts-Parteien als die „schwache Seite“ der augenblicklichen Regierung definiert wird.

Diese Kritik ist in sich unlogisch. Die Minister der Sozialistischen Parteien werden dafür angegriffen, „Versprechen“ aus dem Parteiprogramm der Sozialistischen Partei nicht zu halten, entweder weil unsere Verhandlungsführer es nicht geschafft haben, dass diese in die Regierungsplattform aufgenommen wurden, oder weil unsere Minister in der Regierung niedergestimmt wurden. Unsere Minister werden gleichzeitig angegriffen, weil ParteiaktivistInnen außerhalb der Regierung öffentlich radikalere Lösungen fordern als die in der Regierungsplattform enthaltenen oder von der Regierung verfolgten und weil sie nicht schon im Jahr 2006 in der Lage sind, die Versprechen in der Regierungserklärung zu verwirklichen, die erst Schritt für Schritt in der Periode bis 2009 verwirklicht werden sollen.

Die aggressivsten Angriffe gegen die Sozialistische Linkspartei richten sich gegen die Teile des Parteiprogramms, die langfristig grundlegende, aber tatsächlich sehr vorsichtige Veränderungen in der norwegischen Gesellschaft anpeilen, zum Beispiel:

- die Verkürzung der Arbeitszeit auf einen 6-Stunden-Arbeitstag oder eine 30-Stunden-Arbeitswoche;

- das Recht der ArbeitnehmerInnen in Arbeitsstätten mit mehr als 200 Beschäftigten, VertreterInnen zu wählen, die zusammen über mehr als 40 Prozent der Stimmen in der Vollversammlung der Aktionäre der Aktiengesellschaft im Besitz der Arbeitsstätten verfügen sollen.

Das Ausmaß und die Intensität der Angriffe auf die Sozialistische Linkspartei nach den Wahlen wirft die Frage auf: Werden die Parteimitglieder – und die WählerInnen – die Teilnahme an dieser Regierung weiterhin gutheißen, wenn die fünf Minister auf vielen Gebieten Politikmaßnahmen durchsetzen müssen, die die Parteimitglieder nicht gutheißen können?

Auf dem Parteikongress im April 2005 wurde die Entscheidung, auf eine Koalitionsregierung gemeinsam mit der Arbeiterpartei und der Zentrumspartei hinzuarbeiten, einstimmig getroffen. Es gab tatsächlich keine Frage innerhalb der Partei, dass dies vor der Wahl die richtige Strategie war. Die Entscheidung, in die Regierung einzutreten, wurde vom Nationalrat (einem Organ mit 40 Mitgliedern) auf der Grundlage der ausgehandelten Regierungsplattform (der Soria-Moria-Erklärung) getroffen – und einmal mehr einstimmig.

Aber was für Diskussionen werden in der Sozialistischen Linkspartei aufkommen, sobald die Hunderte kleiner und großer Kompromisse – und Verluste – in der täglichen Arbeit der Regierung in Erscheinung treten? Das hängt in hohem Maße davon ab, ob die eigenen Ansichten der Partei durch die VertreterInnen der Partei in Regierung und Parlament klar vertreten werden, ob Kompromisse wie verlorene Schlachten gewertet werden oder als Übereinkünfte, die es sich lohnt zu verteidigen – und ob Parteimitglieder auf allen Ebenen das Recht haben, öffentlich und nicht nur in der Partei, für eine Politik zu kämpfen, die die Minister in der Regierung nicht durchsetzen können.

Die neue Mitte-Links-Regierung und die Perspektiven eines Stopps neoliberaler Herausforderungen innerhalb Norwegens und weltweit

Die Mitte-Links-Regierung hat unter traditionellen linken WählerInnen und in der Gewerkschaftsbewegung Hoffnungen darauf

erweckt, dass die anhaltende und anscheinend unwiderstehliche Welle der neoliberalen Reformen angehalten und sogar teilweise umgedreht werden kann. Gibt es Gründe für solche Hoffnungen?

Zwei Umstände machen Grund zur Hoffnung:

1. Die Ölwirtschaft Norwegens und das stetige Wachstum sogar der so genannten „Festlandwirtschaft“ (d.h. der norwegischen Wirtschaft minus dem Öl- und Gassektor) gibt jeder norwegischen Regierung mehr Aktionsfreiheit, als andere europäische Regierungen haben.

2. Die Gewerkschaften stehen hinter den Forderungen nach einer Politik, die darauf abzielt, die neoliberale Politik des letzten Viertel Jahrhunderts anzuhalten und umzukehren.

Aber es gibt auch Realitäten, die die Mitte-Links-Regierungen daran hindern könnten, ihre proklamierten Ziele, wie sie in der Regierungserklärung enthalten sind, zu erreichen. Manche von diesen sind Norwegen-internen Ursprungs:

3. Die Wählerschaft war im September 2005 nahezu in zwei gleichgroße Hälften gespalten, und dies bei einer Wahl, bei der viele Faktoren einen Mitte-Links-Gewinn begünstigten. Ein paar Tausend WählerInnen, die sich zu rechteren Parteien bewegen, könnten 2009 eine Mitte-Rechts- oder sogar eine Rechtsregierung herbeiführen.

4. Die Wahlkampfrhetorik der drei siegreichen Parteien hat Erwartungen geschaffen, die zu erfüllen schwierig sein dürfte.

5. Die drei Regierungsparteien haben Meinungsverschiedenheiten, die die Arbeit der gemeinsamen Regierung erschweren können: (1) zu außenpolitischen Fragen (die norwegische Beteiligung an internationalen Operationen spaltet die Parteien), (2) zur Gewichtung von Umwelterwägungen vs. wirtschaftlicher Vorteile des Bohrens in nördlichen/arktischen Gewässern, und (3), ob man die Vorbehaltsrechte im EEA-Abkommen gegen EU-Gesetze nutzen kann, die norwegische Interessen bedrohen. Es gibt noch weitere Differenzen zwischen den drei Parteien, einige von ihnen von grundsätzlicher Bedeutung, aber die drei erwähnten

sind kurzfristig (in den nächsten vier Jahren) diejenigen, die in kritischen Situationen zu einem Zerschlagen der Regierung führen könnten.

6. In dieser Regierungskoalition macht die Arbeiterpartei eine Politik, an die – auf vielen Gebieten – viele ihrer Parteiführer selbst nicht glauben. Sie glauben nicht wirklich, dass es möglich ist, gegen die Politik vorzugehen, die anderswo in Europa vorherrscht, sich an mächtige Liberalisierungskräfte national und international anzupassen. In den 1990er Jahren bestand der einfache Ausweg für die Arbeiterpartei darin, nach Partnern zur Rechten zu gucken. Nach der dramatischen Niederlage bei den Wahlen von 2001 war es der einfachere Weg, nach Partnern zur Linken zu schauen, auf der Grundlage der Erkenntnis, dass die Gewerkschaften – und die WählerInnen – sich so definitiv nach links bewegt hatten.

7. Die neue Regierung gründet ihre Industriepolitik auf die Idee, dass die Wettbewerbsfähigkeit der norwegischen Wirtschaft grundsätzlich ein Resultat der kooperativen Tradition in unseren Fabriken und Firmen ist, im Gegensatz zu konfliktbelasteteren Traditionen in vielen anderen Ländern. Diese Tradition der Kooperation hat den Gewerkschaften beträchtlichen Einfluss auf die Art und Weise verschafft, auf welche technologische und organisatorische Veränderungen an den Arbeitsplätzen eingeführt werden. Diese Tradition der Zusammenarbeit ist nun für einige Zeit schon von neuen „*go-it-alone*“- Strategien eines Teils unserer Arbeitgeber untergraben worden. Wenn sich diese Tendenz fortsetzt, könnte diese Basis der norwegischen Konkurrenzfähigkeit der Vergangenheit angehören – und nicht mehr unserer Zukunft – und würde, auf industriellem Gebiet, und was die Fragen der Wirtschaftsdemokratie angeht, die Aktionsfreiheit der neuen Regierung beschneiden.

Andere Realitäten sind allgemeiner Natur und stellen schwierige Herausforderungen für jede linke Regierung in Europa dar:

8. Der öffentliche Sektor muss ständig reformiert und effizienter gemacht werden, um der Bevölkerung die Dienstleistungen anzubieten, die sie verdient und mehr und mehr auch verlangt. Die neue Regierung hat versprochen, den öffentlichen Sektor effi-

zienter zu machen, indem sie die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften zu einer engen Zusammenarbeit einlädt, die Arbeitsplätze so umzugestalten, dass sie sich ändernden und schwierigeren Herausforderungen gerecht werden – anstatt einer Auslagerung mit dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit und Privatisierung als Methode zur „Modernisierung“ des öffentlichen Sektors, was die Hauptstrategie im letzten Jahrzehnt war. Wenn dieses Projekt der engen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften im öffentlichen Sektor nicht erfolgreich sein sollte, werden die rechten Parteien 2009 die Nutznießer sein.

9. Die grundsätzlichen Prinzipien der Europäischen Union, die freie Bewegung der Produkte, Dienstleistungen und von Kapital und Arbeit kombiniert, durch das Recht zur Niederlassung ohne Diskriminierung, schränken die Aktionsfreiheit jeder Regierung ein, die „Marktversagen“ auf effiziente Weise zu korrigieren sucht. Norwegen ist in dieser Hinsicht in keiner Weise anders als die EU-Länder, und zwar wegen seiner Mitgliedschaft in der EEA, die es an alle Regeln des Binnenmarktes bindet.

10. Die Option, Firmen und Produktionsstandorte unter den Bedingungen der Bewegungsfreiheit des Kapitals in andere Länder und Kontinente zu verlagern, erlegt der Möglichkeit der Regulierung der Aktionsfreiheit der Kapitalbesitzer durch die Regierung strenge Grenzen auf. Kapitalflucht ist eine potenzielle Gefahr – obwohl dies oft übertrieben wird.

11. Die allgemeine Schwäche der Gewerkschaftsbewegung schafft strategische Nachteile für jedes linke Projekt in Europa. Diese Schwäche hat viele Ursachen: die lange Zeit der Massenarbeitslosigkeit, die Veränderungen der Wirtschaftsstruktur von der Industrie hin zu Dienstleistungen, neue Formen der Arbeitsorganisation, Dezentralisierung von Industriebeziehungen verbunden mit der Entwicklung von Arbeitsplätzen mit von so genannter „*wildcat*“- Kooperation auf Firmenebene, wodurch die Arbeitnehmer reduzierte Löhne und längere Arbeitszeiten im Austausch für ein paar mehr Jahre fester Anstellung akzeptieren. Auf europäischer Ebene gibt es immer noch sehr wenige Anzeichen einer gemeinsamen Gewerkschafts-

strategie, die den neoliberalen Kräften Widerstand leisten würde.

Ein paar vorläufige Schlussfolgerungen

Die Mitte-Links-Regierung in Norwegen wird gegen große Herausforderungen zu kämpfen haben. Die Regierung könnte vielleicht nicht einmal bis zu den nächsten Wahlen 2009 durchhalten. Sie könnte noch nicht einmal in der Lage sein, die Versprechen zu erfüllen, die in der Regierungserklärung (der Soria-Moria-Plattform) enthalten sind, geschweige denn den Erwartungen der linken WählerInnen genügen. Sie könnte die Wahlen 2009 verlieren, selbst wenn sie den größten Teil der Regierungsplattform erfüllt.

Wenn die Regierung wirklich erfolgreich ist, d. h. ihre politischen Versprechen erfüllt, die neoliberale Offensive in wichtigen Bereichen stoppt und ihre Popularität bei den WählerInnen erhalten kann, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass die Arbeiterpartei 2009 mehr vom Wahlgewinn absieht. Wenn die Sozialistische Linkspartei als Verliererin aus der Wahl von 2009 hervorgeht, gibt es keine Garantie, dass die neue Regierung den in der Soria-Moria-Plattform vorgezeichneten Weg weiterverfolgt. Das hängt auch von Entwicklungen außerhalb Norwegens und den Erfahrungen in anderen europäischen Ländern ab.

Die beiden Hauptfaktoren des Wahlerfolgs 2005 sind nichtsdestotrotz auch in anderen Ländern von Wichtigkeit: eine Gewerkschaftsbewegung, die die Politikmaßnahmen der sozialdemokratischen Partei von links her angreift – und die Existenz einer hinreichend großen Linkspartei links von den Sozialdemokraten, die sich weitgehend mit diesen Forderungen der Gewerkschaften identifiziert.

Peter Ritter

Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS in Mecklenburg-Vorpommern – Maßstäbe, praktische Ansätze, Ergebnisse



Sehr geehrte Anwesende,

lange habe ich überlegt, unter welches Motto ich diesen Vortrag stellen könnte.

Drei Dinge sind mir eingefallen:

1. eine unsere Wahllosungen Mitte der 90er Jahre hieß: „Veränderung beginnt mit Opposition!“
2. Rudolf Scharping, damals Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag sagte 1996: „Die PDS verschwindet sowieso, und die SPD wird sich mit denen nie verbinden.“
3. Octavio Paz stellte fest: „Indem der Revolutionär die Macht übernimmt, übernimmt er die Ungerechtigkeit der Macht.“

Im Nachfolgenden werde ich versuchen,

diese drei Punkte, die Maßstäbe, praktischen Ansätze und Ergebnisse unserer Arbeit sowie das auch heute zur Debatte stehende Buch „Warum? Für wen? Wohin?“ zu reflektieren. Letzteres werden sehr persönliche Feststellungen sein, zumal ich sehr oft persönlich im Buch benannt und angesprochen werde.

Notwendig ist daher auch ein persönlicher Blick zurück. 1998 stimmte eine große Mehrheit des Landesparteitages für einen erstmals ausgehandelten Koalitionsvertrag. Auch in der Fraktion gab es nur wenige Stimmenthaltungen. Ich gehörte dazu. Ich war der Auffassung, dass die PDS in einer Koalition keine Möglichkeit habe, eigenes Profil zu entwickeln.

Die Würfel zur Zusammenarbeit aber waren gefallen. So begann für mich ein Lernprozess - Lernen in Konflikten, wie die Einführung überschrieben war. Ein Prozess, der heute noch andauert und unterschiedliche Resultate bringt. So sind einige der eifrigsten Verfechter der Regierungsbeteiligung von damals heute entschiedene Gegner. Andere haben ihren kritischen Blick von damals bis heute durchaus bewahrt. Ernüchterung aber ist allseits eingetreten.

„Veränderung beginnt mit Opposition.“ Mit Inbrunst haben wir Mitte der 90er Jahre unter diesem Motto Wahlkampf geführt. Was aber kommt danach, nach diesem Beginn der Veränderung durch Opposition? Eine offene, breite Debatte an der Basis darüber hatte kaum stattgefunden. Auch weil sich durch die von allen anderen Parteien praktizierte Abgrenzung uns gegenüber lange eine Zusammenarbeit ausschloss.

Dennoch formulierte im Herbst 1994 ein Landesparteitag in Mecklenburg-Vorpom-

mern erstmals Maßstäbe für eine mögliche Regierungsbeteiligung. „Regieren wie am Runden Tisch“ hieß dieser Beschluss. Darin gefordert u. a.

- die Verabschiedung eines Gesetzes „Arbeit für Mecklenburg-Vorpommern“ zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit
- die Einführung der Verbandsklage im Umweltrecht
- chancengleiche Bildung
- Schritte zur Beseitigung des Rentenstrafrechts
- die Ablehnung militärischer Tiefflüge

Heute haben wir:

- ein von der EU mit hoher Anerkennung bedachtes Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm
- die Verbandsklage im Umweltrecht
- das längere gemeinsame Lernen bis Klasse 6 beginnt im neuen Schuljahr
- mehrere Bundesratsinitiativen zur Abschaffung des Rentenstrafrechts
- und die Klage der Landesregierung gegen die Bundesregierung zur Wiederinbetriebnahme des Luft-Boden-Schießplatzes in der Kyritz-Ruppiner-Heide

1994 glaubten wohl die wenigsten von uns daran, dass einige dieser Programmpunkte Realität werden könnten. Denn schon wenige Tage nach dem Parteitagsbeschluss erwartete die SPD von uns „Notwendige Klarstellungen“. „Parlamentarische Demokratie und Kommunismus sind unvereinbar“ - so der abschließende, deutliche Satz der Erklärung.

Zwei Jahre später, wie schon erwähnt, stellt Scharping klar, dass sich die SPD „mit denen“ von der PDS nie verbinden wird. Wieder zwei Jahre später entsteht die erste Koalition zwischen SPD und PDS auf Landesebene.

Veränderungen also auch bei der SPD? Ich meine ja, wenn auch weniger aus programmatischen, sondern eher aus machtpolitischen Erwägungen heraus. Ich teile die Auffassung, dass es bei der SPD und ihrer

Bereitschaft, mit uns Koalitionen einzugehen, heute noch immer leider weniger um gesellschaftspolitische Alternativen, sondern eben mehr um machtpolitische Konstellationen geht. Dennoch: die SPD in Mecklenburg-Vorpommern hat 1998 auch den Mut und den Willen gefunden, etwas bis dahin in der Bundesrepublik Unmögliches umzusetzen.

Es wurde damit deutlich, dass linke Regierungsbündnisse mit der SPD möglich sind, wenn beiderseits politische Vernunft sowie Berechenbarkeit gegeben sind und die Unterschiedlichkeiten der Parteien gegenseitig respektiert werden.

Eine Alternative zu CDU- geführten Landesregierungen ist entstanden. Und anders als bei den Wahlen 1994, wo die CDU/FDP-Regierung und 1998 die CDU/SPD-Regierung abgewählt wurden, wurde 2002 die SPD/PDS-Regierung in ihrem Amt bestätigt. Wenn auch mit erheblichen Verlusten für die PDS, worauf ich an anderer Stelle nochmals eingehen werde.

Zu den eigenen inhaltlichen Maßstäben als Voraussetzung für eine Regierungsbeteiligung ist also auch der Wille des Regierungspartners entscheidende Voraussetzung. Das schließt ein, dass auch er bereit ist, Kompromisse einzugehen. Ob wir in diesem Prozess ständig die größeren oder schmerzhafteren Kompromisse eingehen müssen, liegt auch an unserer eigenen Kompetenz.

Nach den Forderungen zum „Regieren wie am Runden Tisch“ aus dem Jahr 1994 beschlossen wir im August 1998 „Mindestanforderungen für eine neue Politik“, auch als Angebot an die Sozialdemokraten für eine gemeinsame Politik nach den Landtagswahlen. Wieder stand die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt. Ferner gehörten u. a. dazu:

- der landespolitische Einstieg in den ÖBS, darunter der Einsatz von 1000 Jugend- und Schulsozialarbeitern
- eine Bildungsreform, einschließlich des 12-Jahresabiturs und einer 6-jährigen Grundschule
- die Gewährleistung einer stabilen Kunst- sowie Kultur- und Sportförderung

- die Senkung des Kommunalwahlalters auf 16 Jahre
- die Reform der Landesverwaltung, eine Funktionalreform und Reformmodelle für Kommunale Verwaltungen
- die Verweigerung der Finanzierung des Baus des Transrapid

Heute haben wir:

- mehr Unterrichtsstunden in Mathe und Deutsch an der Grundschule als erste Antwort auf PISA
- 25 Mio. € für eine Multimediainitiative an den Schulen eingesetzt
- den Weg zum 12-Jahres-Abitur wieder geebnet
- seit vielen Jahren rund 800 Stellen in der Jugend- und Schulsozialarbeit als feste und dauerhafte Arbeitsplätze mit einer Perspektive bis 2013 gesichert
- das Kommunalwahlalter auf 16 Jahre gesenkt und die 5%-Hürde auf kommunaler Ebene abgeschafft
- das Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankert
- ein Sportfördergesetz mit einer jährlichen Garantiesumme zur Förderung des Sports
- eine, zugegebenerweise, nicht unumstrittene Verwaltungs- und Funktionalreform auf den Weg gebracht
- und verhindert, dass Steuergelder für den Transrapid ausgegeben werden.

1994 und 1998 haben wir also Maßstäbe formuliert, die in praktische Politik umgesetzt wurden. Oft, wie beim „längeren gemeinsamen Lernen“, in jahrelangen Diskussionsprozessen. Manchmal mit zwischenzeitlichen Niederlagen.

Die Maßstäbe von 1994 und 1998 finden wir auch auszugsweise im Buch „Warum? Für Wen? Wohin?“

Zu den Maßstäben des Jahres 2002 findet man folgenden Satz: „Wurden vor dem Eintritt in die Koalitionsverhandlungen 1998 noch „Mindestanforderungen“ als Sollbruch-

stellen für eine Koalition formuliert, so entschied sich die PDS im August 2002, nur noch „Hauptziele für die künftige Landespolitik“ als Grundlagen für die Koalitionsverhandlungen zu beschreiben.

Beim Leser kann so der Eindruck entstehen, die PDS wäre 2002, trotz der herben Wahlniederlage, ohne Vorbedingungen in der Koalition geblieben, nur um an der Macht zu bleiben.

Ein Eindruck, der sich beim Lesen bei mir an verschiedenen Stellen erhärtet hat. Der Eindruck aber trügt.

Anders als 1998 hat es in der Fraktion und in Landesarbeitsgemeinschaften eine umfassende inhaltliche Vorbereitung gegeben. Auch für mögliche neue Koalitionsverhandlungen. Eine Herangehensweise, die sich dann bei den Verhandlungen selbst ausgezahlt hat. Denn wir waren inhaltlich besser aufgestellt und konnten anders als 1998 überzeugender argumentieren.

Schwerpunkte dieser umfangreichen Zuarbeiten und der daraus abgeleiteten „Hauptziele für eine künftige Landespolitik“, Beschluss des Landesvorstandes vom September 2002, waren u. a.:

- der Kampf gegen Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftliches und ressortübergreifendes Handeln auf Grundlage eines langfristigen Landesprogramms
- verbesserte Rahmenbedingungen zur Integration von Migrantinnen und Migranten
- ein Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranker
- der Erhalt des Landesblindengeldes
- die Beibehaltung einer wohnortnahen und qualitativ hochwertigen stationären medizinischen Versorgung
- ein Existenzgründerdarlehensprogramm
- ein Informationsfreiheitsgesetz
- eine Landes-Agenda-21
- ein Landeskonversionsprogramm.

Heute erarbeiten wir gemeinsam mit SPD

und CDU ein Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“. Der 8. Mai, der Tag der Befreiung, ist seit vielen Jahren Landesgedenktag.

Die neuen Landesleitlinien zur Integration von Migrantinnen und Migranten sind in der Ressortabstimmung. Ausgangspunkt für die Erarbeitung dieser Leitlinien waren entsprechende Vorarbeiten unserer LAG Migrationspolitik, beschlossen von einem Landesparteitag. Das Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen ist auf den Weg gebracht.

Das Landesblindengeld ist nicht gekürzt. Die Krankenhauslandschaft ist seit Jahren stabil. Mikrodarlehen aus dem Arbeitsministerium helfen vielen Existenzgründern die ersten Schritte zu gehen. Ein Informationsfreiheitsgesetz wird auf der nächsten Landtagssitzung eingebracht. Die Landes-Agenda-21 ist erarbeitet. Eine Konversionspartnerschaft zwischen dem Land, den Kommunen, die von Standortschließung der Bundeswehr betroffen sind, und der Bundeswehr wurde unterzeichnet, Konversion ist durch uns zum Mittel der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik entwickelt worden.

Viele dieser Ergebnisse unserer Regierungspolitik haben ihren Ausgangspunkt in Diskussionen und Vorarbeiten der Landespartei und ihrer Arbeitsgemeinschaften. So haben die Fortschritte in der Bildungspolitik ihren Ausgangspunkt in den „Bildungspolitischen Leitlinien“, erarbeitet von unserer LAG Bildung und beschlossen vom Landesparteitag.

Die bundesweit Anerkennung findenden Regelungen zur Konversion haben ihren Ausgangspunkt in der inhaltlichen Vorarbeit unserer LAG „Frieden und internationale Sicherheit“, die, anders als im Buch behauptet, ihre Arbeit nicht eingestellt hat, sondern jetzt z. B. dabei ist, die nächste „Ostseefriedenskonferenz“ vorzubereiten. Diese Zusammenarbeit, diese Vorarbeit, durch Gremien der Landespartei ist eine weitere wichtige Voraussetzung unserer Arbeit.

Bewährt haben sich die jährlich von mir durchgeführten Beratungen mit den Sprecherinnen und Sprechern unserer Landesarbeitsgemeinschaften, auf denen wir

gemeinsam inhaltliche Schwerpunkte und Projekte ausloten.

Da es per Satzung keinen „Kleinen Parteitag“ gibt, haben wir die so genannte „Gremienberatung“ eingeführt. Landesvorstand, Landesparteirat, Kreisvorsitzende und Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaften treffen sich vierteljährlich, um über Erreichtes und Künftiges zu diskutieren. Dabei wird keiner ausgeschlossen, jede und jeder kann sich, wenn gewollt, einbringen.

Aus den Erfahrungen der ersten Regierungsperiode lernend, haben wir im September 2002 mit Beschluss des Landesparteitages eine so genannte „Außerparlamentarische Begleitgruppe“. In dieser Gruppe arbeiten nur Genossinnen und Genossen, die nicht in der Fraktion sind und nicht zur Regierungsmannschaft gehören, also den Blick „von außen“ haben. Seither legte die Gruppe den Landesparteitagen regelmäßig Einschätzungen zur Umsetzung der Koalitionsvereinbarung vor, was nicht selten zum Unmut der Angesprochenen führte.

Wir haben also versucht, möglichst breite Diskussionsforen zu schaffen, um uns stets mit unserem eigenen Tun auseinandersetzen zu können. Natürlich ist das alles nicht perfekt, kann man das alles noch viel umfassender und tiefgründiger betreiben. Aber zu behaupten, wie im Buch nachzulesen, Kritik sei nicht erwünscht und würde unterdrückt, ist so eben nicht zutreffend. Und schon gar nicht hilfreich.

Nicht zu leugnen ist, dass die nunmehr fast acht Jahre Regierungsbeteiligung eine ständige Herausforderung waren.

Wir, die Vorstände auf allen Ebenen, die Abgeordneten auf allen Ebenen, die Landrätinnen, die Minister, die Mitglieder - wir alle mussten lernen und akzeptieren, dass die Ziele und Maßstäbe von Parteiprogramm, Wahlprogramm und Vereinbarungen mit Koalitionspartnern nicht identisch sind und sein können.

Maßstab für den Erfolg einer Regierungsbeteiligung ist daher vor allem die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung.

Lernen mussten wir auch, dass die öffentliche Wahrnehmung und Widerspiegelung unserer Arbeit eine andere ist. Die mediale

Nachfrage und Präsenz bei Ministern ist anders als bei Landesvorstandsmitgliedern. Eine Pressemitteilung des innenpolitischen Sprechers der Landtagsfraktion findet in den Medien eher Berücksichtigung als die Meldung des Sprechers der LAG „Migrationspolitik“. Ein Zustand, der uns ärgert und von uns kaum zu beeinflussen ist. Daraus aber selbst abzuleiten, dass der Landesvorstand seiner Führungsverantwortung nicht gerecht wird, weil er kaum öffentliche Widerspiegelung findet, ist ein falscher Schluss.

Ein weiteres Problem ist die Mobilisierung der Partei zu außerparlamentarischen Aktionen. Der politische Gegner in Gestalt der Landesregierung ist abhanden gekommen. Erstmals waren wir selbst Ziel von öffentlichen Protesten. Dennoch ist Raum für das Außerparlamentarische, für Opposition.

Ich will hier an dieser Stelle an unsere Auseinandersetzung im Zusammenhang mit der EU-Verfassung erinnern. Konsequenz war hier wichtig und richtig. Interessanterweise haben uns führende Gewerkschaftsvertreter in dieser Debatte nahezu bedrängt, die Koalition nicht zu gefährden und unsere ablehnende Haltung aufzugeben. Wir sind diesen Ratschlägen nicht gefolgt.

Umso mehr freut es mich, dass wir jetzt wieder gemeinsam mit den Gewerkschaften Front gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie machen.

Ich will an dieser Stelle aber auch an unsere ständige Begleitung des Protestes gegen das „Bombodrom“ erinnern. Wolfgang Methling ist als Stellvertretender Ministerpräsident bekannter, begehrter und glaubwürdiger Protestteilnehmer.

Das gilt in anderer Weise ebenso für unsere Haltung im Zusammenhang mit den Hartz-IV-Protesten. Im Sommer 2004 hatten Angelika Gramkow, Helmut Holter und ich Vertreter von Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden sowie der Landkirche eingeladen, um gemeinsam über den Umgang mit Hartz IV zu beraten. Wir stellten die Frage: Was erwartet ihr von der PDS in dieser Situation? Aus der Regierung auszutreten, wurde uns nicht empfohlen. Stattdessen haben wir gemeinsam festgelegt,

- dass wir gemeinsam über Hartz IV aufklären
- dass wir gemeinsam gegen Hartz IV auf der Straße protestieren und
- dass wir gemeinsam den von Hartz IV Betroffenen mit Hilfe und Unterstützung zur Seite stehen

Das haben wir dann auch gemeinsam getan. Im Buch heißt es jedoch dazu: „Bei Funktioniären der Partei war allenthalben eher Zurückhaltung vor massenhafter Mobilisierung Betroffener, Unbehagen gegenüber dem Druck der Straße, Angst vor dem Austritt oder Rauswurf aus der Regierung zu spüren als gemeinsame Kampfbereitschaft gegen die in Hartz IV deutlich erlebbare Offensive des Kapitals gegen abhängig Beschäftigten, Arbeit Suchenden und sozial Geschwächten.“ Als ich mit auf der Straße war, fühlte ich kein Unbehagen. Ich fühle aber, wenn ich das lese, großes Unbehagen, weil realitätsfern und persönlich diffamierend.

Deutlich wird dieser Widerspruch auch, wenn man bedenkt, dass die Basis im Bundestagswahlkreis 15 Helmut Holter gedrängt hat, für den Bundestag zu kandidieren, weil mit seinem Namen auch der Protest gegen Hartz IV verbunden sei.

Nein, wir konnten Hartz IV nicht verhindern. Jedes Mal, wenn man mit Betroffenen spricht, spürt man seine eigene Hilflosigkeit. Im Parlament mussten wir uns anhören, dass wir mit den gleichen Parolen wie die Rechtsextremen auf der Straße waren. Und dann erfährt man hier und da aus der eigenen Partei keine Solidarität. Das schmerzt. Aber auch das gehört zu den Ergebnissen und Erfahrungen von Regierungsbeteiligung.

Zu diesen Erfahrungen gehört auch, dass es uns nicht gelungen ist, einen wirklichen messbaren Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit zu leisten. Wir haben es nicht geschafft, die finanzielle Situation der Kommunen wirksam zu entlasten. Die von uns nicht mehr aufrecht zu erhaltende Mindestgarantiesumme für die kommunale Ebene war jedoch nicht der alleinige Grund der Finanzmisere.

Der Kreis, in dem ich wohne und als Kreistagsabgeordneter seit Jahren tätig bin, war

schon mit Mindestgarantie hoffnungslos verschuldet. Für eine umfassende Gemeindefinanzreform fanden wir jedoch bei der SPD bisher kein offenes Ohr.

Die wirkliche Kostenfreiheit des Vorschuljahres im Kindergarten, mittlerweile fachlich hohe Anerkennung findend, scheiterte am Widerstand der SPD. Am Widerstand der SPD scheitert auch das im Koalitionsvertrag fixierte Tariftreuegesetz.

Wir können nicht verhindern, dass Bürgerinnen und Bürger ständig steigenden Energiepreisen und anderen Gebühren und Abgaben ausgesetzt sind.

Wir erleben gerade wieder, dass wir Abschiebungen von Asylsuchenden kaum verhindern können.

Wir können nicht verhindern, dass Soldaten aus Kasernen in Mecklenburg-Vorpommern zu Auslandseinsätzen in alle Welt geschickt werden, und die SPD die Stationierung des Eurofighter in Rostock-Laage richtig und notwendig findet.

In der ersten Regierungsperiode haben wir der Steuerreform unsere Zustimmung gegeben und die Zustimmung des Ministerpräsidenten zur Rentenreform, erteilt im Bundesrat gegen unseren Willen, zur Kenntnis genommen. Kritiker von heute wandten sich damals nicht gegen diese Entscheidungen. Sind das die so genannten und viel zitierten Schmerzgrenzen?

Ich gebe zu, ich weiß es nicht. Ich glaube aber, dass es keinen Sinn macht, täglich die Frage eines Koalitionsbruchs vor sich her zu tragen. Ein Ausstieg klärt doch keine Probleme. Er schafft höchstens neue oder beruhigt das Gewissen, denn man ist nicht mehr „verantwortlich“. Trügerisch. Ich stelle mir daher immer wieder die Fragen „WARUM? FÜR WEN? WOHIN?“

Geht es um uns, um unser Ansehen? Um unsere Partei? Schaden wir uns? Brüskiert man uns? Oder: Geht es nicht eher um die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, ihre Erwartungshaltungen, ihre Bereitschaft, gemeinsam mit uns die Probleme des Landes anzupacken?

Für mich geht es um letzteres. Und nach fast acht Jahren Regierungsarbeit können wir

feststellen, dass die Linkspartei.PDS als regierungstragende Partei von immer mehr gesellschaftlichen Kräften - Verbänden, Gewerkschaften, Vereinen, auch den Kirchen - akzeptiert und als Ansprechpartner angesehen wird. Und das vor allem dann, wenn sie den Eindruck haben, dass ihre Probleme von den anderen Parteien nicht genügend aufgegriffen werden. Eine Feststellung, die erst am 31. Januar 2006 bei einem unserer turnusmäßigen Treffen mit dem DGB und den Einzelgewerkschaften Bestätigung und Anerkennung fand.

Aber auch Kritik; das gehört zum offenen Umgang miteinander dazu. Da geht es schon längst nicht mehr „um den Wert an sich“. Da geht es um Interessenvertretung in der Regierung, im Parlament und auf der Straße. Die Kehrseite der Medaille ist die Tatsache, dass die Linkspartei Menschen verloren hat, die der herrschenden Politik kritisch gegenüber stehen und eine gesellschaftliche Oppositionskraft suchen.

Neben den bundespolitischen Wahlentscheidungen führte auch das 2002 zu unseren herben Wahlverlusten. Schlussfolgernd aus dieser Wahlniederlage gibt es für uns im September diesen Jahres ein Ziel: Wir wollen qualitativ und quantitativ gestärkt in den Landtag einziehen. Wir wissen, dass umso konkreter unsere eigenen Maßstäbe formuliert sind, es umso besser gelingt, unsere eigenen Zielstellungen in praktische Politik umzusetzen.

Ausgehend von meinen Zweifeln des Jahres 1998 kann ich heute feststellen, dass es möglich ist, in einer Koalition mit der SPD als Linkspartei.PDS eigenes Profil zu entwickeln. Notwendig sind die Klarheit der eigenen Zielstellung, fachlich fundierte eigene Konzepte, Offenheit, Kooperationsfähigkeit, Kompromissbereitschaft.

Acht Jahre Zusammenarbeit mit der SPD in Mecklenburg-Vorpommern haben das politische Klima befördert und den praktischen Beweis erbracht, dass linke Regierungsbündnisse möglich sind. Es ist eine glaubhafte Alternative zu einer konservativ geführten Landesregierung entstanden, die nicht nur „Schlimmeres verhindert“. Eine Erfolgsgarantie indes gibt es nicht.

Eine Regierungsbeteiligung der Linkspartei kann keine Wunder vollbringen. Deshalb müssen auch Fehler, Versäumnisse und Schwächen benannt werden. Wir können feststellen, dass nach acht Jahren Regierungsverantwortung der Prozess des Lernens nicht abgeschlossen ist. Es lohnt sich weiter zu lernen. Warum? Auch, um das

längere gemeinsame Lernen in der Schule bis zu Klasse acht durchzusetzen. Um Wege hin zu einem wirklichen Politikwechsel zu eröffnen. Für wen? Für die Bürgerinnen und Bürger des Landes. Wohin? In eine Zukunft durch mehr Gerechtigkeit so wie wir in der Überschrift unseres Wahlprogramms formulieren werden.

Warum? Für wen? Wohin? 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern in der Regierung



„WARUM ? FÜR WEN ? WOHIN ? 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern in der Regierung“ – so heißt ein Sammelband mit Analysen und Berichten, Erfahrungen und Überlegungen von Landtagsabgeordneten der Linkspartei.PDS, von Kommunalpolitikern, Wissenschaftlern, Gewerkschaftlern und Aktiven von [solid] im Nordosten.¹ Hans Modrow hat ein Geleitwort geschrieben. Die Publikation ist ohne Auftrag und Honorare und außerhalb von Strukturen als Diskussionsangebot sozu-

¹ Hrsg: E.Felfe/E.Kischel/P.Kroh, GNN-Verlag, Schkeuditz 2005, 352 S. Das Buch ist vor zwei Monaten erschienen und bezieht sich auf die Zeit vor dem Namenswechsel der PDS. Im Folgenden referiere ich Ergebnisse aus dieser Publikation.

sagen „von unten“, aber mit Unterstützung des Vereins Rosa-Luxemburg-Stiftung Forum für politische und inter-kulturelle Bildung Mecklenburg-Vorpommern e.V. entstanden. Die Rosa Luxemburg Stiftung hat einen Druckkostenzuschuss gewährt.

Zurzeit wird das Buch mit Mitgliedern und Sympathisanten der Partei und auch mit Mitgliedern der WASG im Land diskutiert: kontrovers, zustimmend, fragend. Fast einhellig aber mit dem Grundtenor: Gut, dass wir über diese Probleme reden. Es wird auch das Gespräch zu historischen Erfahrungen mit Regierungsbeteiligungen sozialistischer und kommunistischer Parteien und zu theoretischen Positionen und Grundfragen linker Politik gesucht. Systematische hautnahe Bildungsarbeit der Linken wird vermisst.

Bisher hat sich der Landesvorstand der Linkspartei.PDS in Mecklenburg-Vorpommern (MV) nicht zu einer Debatte mit Autorinnen und Autoren bereit gefunden, so können wir leider noch nicht aufgearbeitete und übergreifende Problemstellungen aus einer solchen Diskussion im Landesmaßstab, einbringen.

Ich begrüße, dass nach zwei Regierungsperioden der PDS in MV und mehr als drei Jahren in Berlin stärker Ergebnisse und Erfahrungen in den Mittelpunkt der Diskussion rücken. Akteure der PDS, Wissenschaftler, IG/AGs, Publizisten in linken Medien hatten das nach den Wahlniederlagen der Partei in Sachsen-Anhalt und MV 2002 vergeblich vorgeschlagen und gefordert.²

Nun setzt die Chance, eine neue linke Partei in Deutschland zu schaffen, folgerichtig und *notwendig* Analyse und Diskussion von Praxis und Ergebnissen der PDS - Regierungsbeteiligungen auf die Tagesordnung.

² Vgl. ausführlich E. Felfe: Höchste Zeit, zu sehen, was ist. In: Mitteilungen der KPF, 8/2002.

Vielleicht kann das zu mehr Wissenschaftlichkeit in der Politik beitragen, und Theoriebildung in der Wissenschaft beginnt ebenfalls mit der Analyse der Wirklichkeit. Das Kriterium der Wahrheit ist wieder die Wirklichkeit.

Dass allerdings Ergebnisse von Regierungsbeteiligungen von Sozialisten sehr unterschiedlich wahrgenommen, dargestellt und gewertet werden, ist seit der ersten Regierungsteilhabe eines Sozialisten an einem bürgerlichen Kabinett (1899, Millerand in Frankreich) ein Kernproblem der Kontroversen unter Linken. Wir sollten über Ursachen dafür nachdenken und sprechen.

Das könnte uns auch in den aktuellen Auseinandersetzungen um die Schaffung einer neuen linken Partei weiterhelfen. Ausgangspunkt aber nicht hinreichend wäre die Erklärung, dass die Wahrnehmung empirischer Tatsachen mit Interessen und der eigenen Praxis in der Gesellschaft zusammenhängt.³

I.

Thema dieses Panels sind also Ergebnisse beim Mitregieren der PDS in Berlin und MV. Dabei hängt die Wertung von Ergebnissen von den Maßstäben ab, die wir an Regierungsbeteiligungen von Sozialisten anlegen.

Wir sind in unserem oben erwähnten Sammelband von Zielen der Partei ausgegangen, wie sie im geltenden Parteiprogramm verankert sind. Ich verkürze: Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass „die Politik zunehmend den Interessen der einflussreichsten Finanzinstitute und Wirtschaftsunternehmen unterworfen wird“. Also die gegenwärtigen Lebensbedingungen des Großteils der Menschen sollen verbessert werden. Und: „Wir kämpfen für die Überwindung des Kapitalismus, weil wir in einer Gesellschaft von Freiheit, Gleichheit und Solidarität leben wollen.“⁴ Dies letztere wohlgerne nicht als Tagesaufgabe aber dennoch als wesentliche Richtschnur auch des täglichen Handelns. Das ist eine Spezifik der Partei, die in das Bemühen um ein sehr breit und pluralistisch angelegtes Bündnis aller sozialen und

politischen Kräfte, die unter dem Marktradikalismus leiden, die ihn zurückdrängen wollen, einzubringen ist.

Dieses über den Kapitalismus hinausweisende *Ziel* ist auch in dem „strategischen Dreieck“ der PDS benannt. Es unterscheidet uns - zugleich als ein *Kriterium* bei der Bewertung der Regierungsbeteiligung von Sozialisten – trennt uns aber nicht von jenen Mitstreitern, für die antikapitalistische Aufklärung und Perspektive nicht Kern ihrer Zielstellungen sind, sondern die davon ausgehen, unter den gegenwärtigen weltweiten Macht- und Kräfteverhältnissen wieder zu einem Keynesianischen Sozialstaat mit seinem institutionalisierten Klassenkompromiss zurückkehren zu können.

Noch etwas zum Stellenwert dieses Maßstabes:

Auch wenn wir unserer politischen Praxis eine antikapitalistische Zielrichtung zugrunde legen, gehen wir davon aus, dass zur Zeit keine Mehrheiten der objektiv daran Interessierten für eine sozialistische Perspektive gewonnen und mobilisiert werden können. Eine notwendige demokratische Änderung des Kräfteverhältnisses wird erst im Widerstand gegen neoliberale Hegemonie und Marktradikalismus zu schaffen sein.

Deshalb legen wir zunächst zwei u. E. wichtige und praktikable Maßstäbe an, um Ergebnisse von Regierungsbeteiligungen der PDS zu werten:

1. Leisten sie ihren spezifischen Beitrag, Wesentliches der täglichen Lebenslage der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung zumindest in Ansätzen erlebbar zu verbessern?
2. Helfen sie, gegen Kapitalherrschaft, Sozialabbau, Militarisierung, autoritäres und neofaschistisches Gedankengut und gegen geistig-psychologische Unterwerfung der Benachteiligten aufzuklären, Kräfte in Widerspruch und Widerstand zu bündeln und neoliberale Hegemonie aufzubrechen?

Und weil wir an diesen Kriterien messen, also *Mindestziele und Mindestanforderungen an sozialistische Regierungsteilhabe stellen*, haben wir unser Augenmerk auf gegenwärtige konkret-historische Bedingungen und ihre Relevanz fürs Mitregieren der PDS in MV gerichtet. Denn aus diesen Rahmenbedingungen werden zunächst Möglichkeiten aber auch objektive Grenzen, angestrebte Veränderungen durch Regierungsbeteili-

³ Sehr anregend: Frigga Haug: Zum Spannungsverhältnis von Theorie und Empirie bei Rosa Luxemburg. In: Th. Bergmann/W. Haible (Hrsg.): Reform- Demokratie-Revolution, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 5/97

⁴ Programm, Oktober 2003, Disput 11/03, S. 22.

gung der Linken in einem Bundesland erreichen zu können, deutlich.

Dabei sind AutorInnen unseres Sammelbandes (es wurden keine Konsensbeiträge angestrebt und vorgelegt) zu dem Ergebnis gekommen, dass gesamtgesellschaftliche Kapitalherrschaft in neuer Dimension, markt-diktierte Transformationsprozesse der bürgerlichen Staatsmacht, weitere neoliberale Ausrichtung von EU- und Bundespolitik, die weitgehende Unterwerfung der Gewerkschaftsführungen unter diesen Kurs und fehlende Mobilisierung von Gegenkräften sowie landesspezifische Bedingungen in MV, (wie die unbedingte Befolgung der neoliberalen Ausrichtung der SPD-Bundespolitik durch die Führung der SPD im Land) ein solches Kräfteverhältnis bestimmen, das einen Politikwechsel, weg von neoliberaler Gesellschaftsentwicklung, oder gar die Etablierung eines linkssozialistischen Transformationsprojekts durch Regierungsbeteiligung der PDS, gegenwärtig nicht zulässt. Und dies trotz enormer Anstrengungen der Ministerin und der Minister, entsprechender Aktivitäten aus der Fraktion und dem Einsatz vieler auf allen Ebenen.

Mit dieser Aussage unterscheiden wir uns von Studien zur Regierungsbeteiligung in MV und Berlin⁵, in denen gegenwärtige Regierungsteilhabe in Bundesländern in Strategien von „modernen Reformalternativen“ oder „neuen Entwicklungspfaden“ etc. eingeordnet wird.

Wir unterstellen jedoch nicht, dass man in einem Bundesland durch Regierungsbeteiligung grundsätzlich und in allen Bereichen nur neoliberale Politik machen *könnte*. Joachim Bischoff u. a. machen darauf aufmerksam, dass viele linke KritikerInnen des Neoliberalismus diese Position vertreten.⁶ In unserem Sammelband werden hingegen detaillierte Untersuchungen auf einzelnen Politikfeldern angestrengt, die ein differenziertes Bild ergeben.

Aus der - wie wir meinen - notwendigen Auseinandersetzung mit Rahmenbedingungen für's Mitregieren ist uns aber auch diese

Schlussfolgerung wichtig: Gerade in Regierungsverantwortung in einem Bundesland wie MV muss sich die Linke, ausgehend von einer Analyse des Möglichen, stärker auf den *bundespolitischen, europaweiten und globalen außerparlamentarischen Kampf* gegen neoliberale geistige Herrschaft/ Führung und Politik orientieren und sich dort einbringen.

Übrigens: Wurden anfangs (1998) die Rahmenbedingungen fürs Mitregieren in der Partei noch diskutiert, so wurden z. B. auf dem Landesparteitag 2002 die erheblich verschlechterten Bedingungen für eine neue Regierungsbeteiligung kaum noch thematisiert. Damit korrespondiert auch, dass früher in der Partei noch öfter über „Schmerzgrenzen“ und das „Ende der Fahnenstange“, also über die Option der Beendigung der Koalition, gesprochen wurde, nun aber häufiger zu hören ist, dass man die „nicht so einfach bestimmen“ könne.

Unsers Erachtens kommt in der zunehmenden Preisgabe und Aufweichung von Maßstäben für eine sozialistische Regierungsbeteiligung eine Anpassungstendenz an den neoliberalen Zeitgeist zum Ausdruck. Regierungsteilhabe um jeden Preis verkommt dann zum Dogma und kostet die Partei vor allem Glaubwürdigkeit.

Und sollte die Bewahrung von Glaubwürdigkeit nicht sogar ein dritter Maßstab sein, an dem wir Für und Wider der Regierungsbeteiligung werten? Zugegeben – schwer messbar - aber die Auseinandersetzung darum könnte uns produktiv weiterbringen.

Bei Fragen und Vorbehalten aus der WASG zur Regierungsbeteiligung in Berlin und MV spielen *notwendige* Bedingungen für eine gegenwärtige Regierungsbeteiligung⁷ und auch *Glaubwürdigkeit* wieder eine wichtige Rolle. Oskar Lafontaine hat nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht.⁸

II.

Auf der Grundlage der hier kurz umrissenen Maßstäbe oder Kriterien für die Wertung von Ergebnissen der Regie-

⁵ Vgl. u.a. F. Berg/T. Koch: Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern? Hrsg. von RLS, Berlin 2000; R. Reißig: Mitregieren in Berlin, RLS, Bd 22, Berlin 2005.

⁶ Vgl. J. Bischoff/H. Hüning: Die antikapitalistische Linke und Regierungsbeteiligungen. In: Sozialismus, 2/2006, S. 11.

⁷ Vgl. Klaus Ernst über die Sinnhaftigkeit von Regierungsbeteiligungen „ohne eigentlichen Gestaltungsspielraum“, Junge Welt, 11.01.06; bekannte Diskussionen um notwendige Voraussetzungen für Regierungsbeteiligungen im Bund.

⁸ Rede auf der Luxemburg-Konferenz am 13.01.06 in Berlin. In: junge welt, 20.01.06

rungsbeteiligung haben wir zur alltäglichen Lebenslage der Mehrheit der Bevölkerung eingeschätzt:

Als Erfolg stehen zu Buche:

Manche Verbesserung oder ein Stopp des Sozialabbaus für bestimmte Bevölkerungsgruppen und Zeiträume, was unter den gegebenen Bedingungen hoch einzuschätzen ist. So u. a. die weitere Sicherung von 600 Jugend- und Schulsozialarbeiterstellen in Kofinanzierung mit Kommunen, die Erhaltung der Krankenhausstandorte und des Landesblindengeldes, die Einführung eines Landespflegegeldes, mit dem Mehrausgaben von Pflegebedürftigen in Heimen gemildert werden, die Aufrechterhaltung von Landesprogrammen in soziokulturellen Bereichen, das Kindertagesstättenförderungsgesetz und die Verlängerung gemeinsamer Schulzeit auf 6 Jahre, ein Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranken. Hierher gehören auch der konsequente Kampf gegen das Bombodrom in der Kyritzer Heide/Müritz und Konversionspartnerschaften von Regierung und Kommunen, wo die Bundeswehr Standorte räumt.

Wir meinen, dass im Schutz der natürlichen Umwelt und möglicherweise im Ringen um mehr Chancengleichheit in der frühkindlichen und in der Schulbildung marktbestimmte Entwicklungen im Land aufgehalten werden können.

Die Praxis lehrt aber auch: Alle Erfolge in der Gesetzgebung müssen, zumal wenn sie gegen Interessen der Herrschenden verstoßen, im täglichen Einsatz gegen Geldnot, die Macht des Faktischen und Manipulierung durch die Herrschenden, in ihrer gewollten Wirkung erst umgesetzt und verteidigt und immer aufs neue errungen werden. So hat der demokratische Akt der Herabsetzung des kommunalen Wahlrechts auf 16 Jahre nicht dazu geführt, dass tatsächlich mehr Jugendliche gewählt haben. Sie meinten, damit doch nichts zum Besseren wenden zu können. Rechtsextreme haben indessen gerade unter Jugendlichen enormen Zulauf bekommen. Das Kindertagesstättenförderungsgesetz für mehr frühkindliche Bildung hat nach Einschätzung der GEW in MV dazu beigetragen, dass nach ihrer Berechnung nur noch 16 % aller KITA-Angestellten tariflich bezahlt werden, was sich in der Folge auch nachteilig auf die angestrebte höhere

Qualität der Arbeit auswirken würde.⁹ Sicher ist das differenziert und abhängig von der Trägerschaft und der jeweiligen Finanznot der Kommunen. Vielerorts kommen infolge der Art und Weise der Umsetzung des Gesetzes erhöhte Kosten für Eltern hinzu. Schließlich wurden vor wenigen Tagen durch eine förmliche Änderung des Landeshochschulgesetzes durch die Regierungsfractionen früher errungene Positionen für mehr Selbstbestimmung an den Hochschulen rückgängig gemacht.

Veränderungen im Kleinen, Täglichen, in Regierungsbeteiligung wie in parlamentarischer Opposition errungen, brauchen *grundlegende Umwälzungen* in der Gesellschaft, wenn sie Bestand haben sollen. Auch das ein Fazit.

Auf der anderen Seite der Bilanz steht:

Durch die Regierungsbeteiligung der PDS seit 1998 konnten für die wachsende Zahl der gesellschaftlich Benachteiligten und Ausgestoßenen in MV in den für sie wichtigsten Bereichen des Lebens die negativen Bundestrends und spezifische Nachteile in diesem Bundesland nicht aufgehalten werden.

Die Arbeitslosigkeit ist konstant die höchste oder nächsthöchste im Bund, Niedriglohn, die zunehmende Unsicherheit der Beschäftigungsverhältnisse, Auflösung der Tarifgebundenheit, niedrigste Einkommen und Vermögen und längste Arbeitszeiten im Bund kennzeichnen den höchsten Ausbeutungsgrad. Privatisierungen auch in der Daseinsvorsorge, im Bildungsbereich, von Wasserwerken und Krankenhäusern etc. sind an der Tagesordnung. Immer weniger Wohnungen zu niedrigen Mieten, Aufhebung von Mietpreisbindungen, steigende Preise und Gebühren für soziale und kulturelle Leistungen, massenhafte Abwanderung vor allem junger Menschen, wachsende Armut und Überschuldung von Familien und Kindern, wachsende Finanznot der Kommunen und damit einhergehende Einschränkung von Selbstverwaltung und realer Mitwirkung der Bürger in ihrem Interesse sind Realität in MV und kein Vorwurf an GenossInnen in der Regierung.

(Zur Kommunalpolitik und zum Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlich-

⁹ Vgl. Ostseezeitung v. 30.01.06.

keit werden Autoren unseres Sammelbandes Ergebnisse ihrer Arbeit vortragen.)

In der zweiten Regierungszeit wurden Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag auf massiven Druck der SPD, aber letztlich im Einvernehmen beider Partner, aufgehoben, so u. a. die Verhinderung der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe, die Einrichtung einer Anti-Hartz-Kommission, die Mindestfinanzgarantie für die Kommunen und ein Tariftreuegesetz.

Im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und die weitere Verschlechterung der Lage der Erwerbstätigen als einem Kern der Politik der Linken sammeln sich Grundprobleme der Regierungsbeteiligung wie in einem Brennglas:

Die gleich bleibend hohe Arbeitslosigkeit in MV konnte u. E. objektiv durch die Regierungsteilhabe der PDS und ihren Arbeitsminister nicht gesenkt werden. Sie ist auch und gerade in MV ein politisches Herrschaftsinstrument zur Durchsetzung des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft geworden, eine Rahmenbedingung für jegliche Landesregierung.

Von der Bundesagentur für Arbeit wurden für die aktive Arbeitsmarktpolitik in MV 2005 36,4 % finanzielle Mittel weniger ausgegeben als 1998.¹⁰

In welchem hohem Maße jedoch in MV auch die Landespolitik vom Neoliberalismus betroffen ist, wird aus Folgendem deutlich: Wurden im Rahmen des Landesplans AQMV 2000 noch 42,7 % der ESF-Mittel für den 2. Arbeitsmarkt eingesetzt, so waren es im Rahmen des entsprechenden Nachfolgeplans (ASP) 2002 nur noch 22,8%. Für den 1. Arbeitsmarkt hingegen wurde der Einsatz um 19,3% Prozentpunkte erhöht.¹¹ Der Abbau versicherungspflichtiger Arbeitsplätze und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen von Lohnabhängigen wurde dadurch aber nicht aufgehoben.

Und gegenwärtig wehrt sich der DGB Nord dagegen, dass durch die Landesregierung noch weiter verstärkt EU-Fördergelder zu Lasten des 2. Arbeitsmarktes in „die Wirtschaft“ fließen, ohne die Situation der

Arbeitslosen und Erwerbsabhängigen zu verbessern.¹² Die von der PDS geforderten und schließlich durchgesetzten Änderungen der Förderrichtlinien sind erfolglos geblieben. Trotz Neuansiedlungen wurden Arbeitsplätze ebenso wie Tarifbindungen abgebaut.

Zugleich administriert der Arbeitsminister der Linkspartei.PDS die Umsetzung der grundgesetzwidrigen Hartz-IV-Gesetzgebung. Und die Öffentlichkeit wird darüber informiert, dass in MV mit Unterstützung des Arbeitsministers staatlich subventionierte Niedrig-Lohn-Modelle erprobt werden, weil das noch immer billiger als die Kosten für das ALG II wäre.¹³ Das verstößt direkt gegen Festlegungen im Koalitionsvertrag von 2002, Pkt. 61 - und der Mensch wird vor allem ein Kostenfaktor, und in neoliberaler Manier müssen Kosten gesenkt werden.

III.

Wenden wir uns dem zweiten Maßstab zu, an dem wir Ergebnisse der Regierungsbeteiligung in MV gemessen und gewertet haben:

Hat sie bisher dazu beigetragen, neoliberale geistige und sozialpsychologische Herrschaft und Führung der Gesellschaft, Einbindung und Unterwerfung der Benachteiligten unter die Sichtweise und Definitionshoheit des Marktradikalismus aufzubrechen? Hat sie zur Mobilisierung von Widerspruch und Widerstand aus der Gesellschaft heraus beigetragen?

Da wären zunächst Auswirkungen der Regierungsbeteiligung auf die Partei selbst zu bedenken. Dazu werden nachfolgend Erfahrungen der stellvertretenden Landesvorsitzenden der Linkspartei.PDS und der Sprecherin von [solid] MV vermittelt.

Für eine abnehmende Resonanz der Partei in der Bevölkerung sprechen bisher sämtliche Wahlergebnisse seit dem ersten Regierungsantritt 1998. Bei Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen seither hat die Partei bei zum Teil rapide abnehmender Wahlbeteiligung - abgesehen von der Ausnahmewahl im September vergangenen Jahres - durchgängig und z. T. erheblich, an Stimmen verloren. Bei der Landtagswahl 2002 nach der ersten Regierungsperiode waren es acht Prozentpunkte zu

¹⁰ Ausführlich und Statistik in: Warum? Für Wen? Wohin? a. a. O., s. 17 ff, 111 ff.

¹¹ Ministerium für Arbeit und Bau, Schwerin, 22.06.2005.

¹² Ostseezeitung, 19.01.06.

¹³ Ostseezeitung, 18.01.06.

1998 und die Landtagsfraktion verlor sieben von vorher 20 Abgeordneten.

Vieles spricht dafür, dass die außerparlamentarische Verankerung und Aktivität der Partei – sicher örtlich, zeitlich und in verschiedenen Sachzusammenhängen differenziert – abgenommen hat und immer öfter Studenten, soziale und politische Initiativen, Gewerkschafter, gegen die Linke als Regierungspartei protestieren.

Und gute Kontakte zu Vereinen und Verbänden, auch bei der Umsetzung von Hartz IV, verheißen ja nicht, Interessen der Erwerbslosen und Benachteiligten zu vertreten. Oder ist es so, wie R. Höppner, (Chef der SPD- Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt, die von der PDS toleriert wurde) dem Regierenden von Berlin Klaus Wowereit riet: „Du hast die Wahl: Entweder hast du die PDS in der Verantwortung am Kabinetttisch oder du hast sie mit den protestierenden Gruppen auf der Straße. Letzteres kann viel unangenehmer sein...“¹⁴

Besser als früher ist es in MV gelungen, dass Fraktion und Landesvorstand der PDS eigenständige Positionen auch in Abgrenzung zum Koalitionspartner z. T. öffentlich wirksam vermitteln. Aber gerade hier, wo es keine finanziellen Sachzwänge gibt, könnten in klug durchdachter und organisierter Arbeitsteilung Landesverband und Fraktion deutlich linke Positionen außerparlamentarisch und im Landtag artikulieren, zum Protest mobilisieren und so Verhandlungspositionen der Partei in der Regierung stärken und Druck auf die SPD ausüben. Die Erhaltung des Landesblindengeldes kam unter den Bedingungen der auch in MV starken Proteste auf der Straße gegen Hartz IV zustande.

Vielschichtige Ursachen für den Rückgang basisdemokratischer Aktivitäten, nachweisbare Zusammenhänge zwischen Regierungsbeteiligung und außerparlamentarischem Einsatz, konkretes Zusammenwirken von Bewegungen und Partei, wechselseitige Beförderung der spezifischen Aufgaben beider und der Gewerkschaften, objektive Grenzen aber auch unausgeschöpfte Möglichkeiten sind noch viel zu wenig empirisch aufgearbeitet und diskutiert. Für den Bildungsprozess einer neuen Linken in

Deutschland ist das m. E. eine wichtige Aufgabe.

Bleiben wir noch bei dem Kriterium, ob und wie Regierungsbeteiligung dazu beiträgt, gegen neoliberalen Zeitgeist aufzuklären und Widerstand zu befördern.

Ist es zwingend, dass mit Regierungsteilnahme im gesamten Landesverband immer mehr vor einer Kapitalismusanalyse und -kritik, dem Zeitgeist gehorchend, zurückgeschreckt wird? Warum werden die im System liegenden Ursachen für unerreichbare Ziele, z. B. für die Überwindung der Arbeitslosigkeit, nicht mit radikaler, an die Wurzel gehender öffentlicher Kapitalismuskritik verbunden?

Bekanntnisse von Linken, dass für das Land gut sei, was „der Wirtschaft nutzt“, widersprechen nicht nur der Wirklichkeit hier und heute, sondern sind und befördern neoliberales Denken. Mit diesen Positionen ist – ausgehend von landesspezifischen Bedingungen und notwendigen Differenzierungen - auf der Grundlage bewiesenen marxistischen Wissens die Auseinandersetzung zu führen. Oder sind Positionen, dass günstige Bedingungen für Kapitalverwertung auch in MV mehr Beschäftigung bringen, für ein gemeinsames Regierungsklima mit der marktdiktierten Standort-Politik der SPD notwendig? Ebenso ist zu prüfen, ob Regierungspolitik dazu beiträgt, dass auch in der Partei Privatisierungen von kommunalem Eigentum, von Dienstleistungen und Daseinsvorsorge als Frage der Effektivität des Wirtschaftens definiert wird und nicht als direkte und nachhaltige neoliberale Vermarktung von menschlichen Grundbedürfnissen und Beziehungen und Ausverkauf demokratischer Regulierungsmöglichkeit und Selbstbestimmung?

Die Bundestagsfraktion der Linkspartei forderte in einem Beschluss, es dürfe keinerlei Privatisierungen öffentlichen Eigentums mehr geben.¹⁵ Aufklärung und Einsatz gegen diese Privatisierungen in Gemeinden und Ländern bezeichnete Lafontaine als die Grundlinie für die neue Linke.¹⁶

Ich sehe hier einen direkten Zusammenhang zur eingangs genannten langfristig zu verfolgenden antikapitalistischen und über den Kapitalismus hinausweisenden Zielstellung

¹⁴ Zit. bei B. Krause: Wir dachten wir wären an der Macht, dabei stellten wir nicht mal die Regierung. In: Warum? Für Wen?... a. a. O., S. 256.

¹⁵ Vgl. WASG, Newsletter 3, 28.01.06.

¹⁶ Rede auf der Luxemburg-Konferenz, a. a. O.

aus dem geltenden Programm der PDS, deren Befolgung zugleich ein Kriterium zur Einschätzung von Regierungsbeteiligungen ist. Denn unter den gegenwärtigen gesamtgesellschaftlichen Eigentums- und Machtverhältnissen und den verschiedenen Varianten marktdiktierter privatisierter Staatlichkeit ist der Kampf gegen weitere Privatisierungen objektiv antikapitalistisch, weil Neoliberalismus *die* Existenzweise des Kapitalismus geworden ist.

Nach meiner Erfahrung ist unter dem allgegenwärtigen Druck neoliberalen Gedankenguts in allen gesellschaftlichen Bereichen, geistige Gegenwehr, grundlegendes alternatives öffentliches Denken und daraus Entwicklung von Protest und Widerstand im alltäglichen Agieren der PDS vielfach müder geworden, wird oft als unangenehm und unmodern abgetan und ist unter dem Hinweis auf „Sachzwänge“ und „Erwartungen der Bürger zur Lösung ihrer Probleme“ schließlich mehr und mehr hinter dem, was notwendig wäre, zurückgeblieben. Dass zumindest die Art und Weise der Regierungsbeteiligung dazu beigetragen hat, ist m. E. unstrittig. Empirisch aufgearbeitet ist allerdings nicht, in welchem Ausmaß und was auch in dieser Konstellation anders sein könnte.

Abschließend komme ich zu einem Fazit aus der vorgelegten Publikation, das die HerausgeberIn mit differenzierter Zustimmung weiterer AutorInnen und Autoren auf der Grundlage der o. g. Maßstäbe und nach Abwägen von Für und Wider gezogen haben: Ein „Weiter so“ darf es nicht geben, wenn die Partei ihr Veränderungspotenzial erhalten und entwickeln will. Da sind wir in der Bewertung nicht zurückhaltend und nicht so zurückhaltend wie andere Studien zur Regierungspraxis der PDS, wie angenommen wird.¹⁷

In den Wahlkampf zur Landtagswahl im September in MV sollte ohne jegliche Koalitionsaussage gegangen werden. Chancen, linke Potenziale zu bündeln, mit Gewerkschaften, Arbeitslosenorganisationen und anderen Bewegungen und Initiativen gemeinsam für eine starke parlamentarische Interessenvertretung der Benachteiligten zu wirken, dürfen bei allen Differenzen nicht

vertan werden. Hier tragen Linkspartei.PDS und WASG gleichermaßen Verantwortung.

Die Linke sollte nicht wie jede andere, *systemtragende* Partei, nach Mechanismen und Spielregeln der Herrschenden auf dem Wählermarkt verkaufen und kaufen. Es wäre gut, wenn sie den humanistischen Anspruch leben würden, dass Frauen und Männer zunehmend selbst und solidarisch und mit Gewählten gemeinsam für ihre Interessen streiten müssen. Dann wäre den Bürgern zu sagen, dass eine Stimme für die Linken wichtig, aber nicht ausreichend ist, die Dinge zum Besseren zu wenden und dass dies eine Grunderfahrung nach acht Jahren Mitregieren ist.

¹⁷ Vgl. J. Bischoff/H. Hüning: Die antikapitalistische Linke... A. a. O., S. 7.

Linke Politik konkret – Potentiale und Grenzen: Soziale Entwicklungen und Rechtsextremismus

*Der Utopist sieht das Paradies, der Realist
das Paradies plus Schlange.“
Friedrich Hebbel*

Die Linkspartei.PDS strebt, so ihre große Utopie, die sie mit Gleichgesinnten teilt, eine sozial gerechte Gesellschaft an – eine Gesellschaft, die, im Vergleich zur bisherigen Menschheitsgeschichte, vielleicht etwas Paradiesisches hat. Den Weg dorthin versperrt nicht nur eine Schlange. Eine große Anzahl von giftigen Nattern ist aus dem Weg zu räumen. Aus vielen fruchtbaren Nestern kriechen neue heran.

Im Brechtschen Sinne ist der „Schoß, aus dem das kroch“ auch in M-V fruchtbar: Rechtsextremismus, in Ansätzen auch in der späten DDR auszumachen, entwickelte sich ab 1989/90 in für unsere Region ungekanntem Ausmaß.

Die PDS M-V und ihre Landtagsfraktionen waren Realistinnen genug in ihren Bemühungen, sich der Schlange „extreme Rechte“ von Anfang an in den Weg zu stellen und Potential gegen sie zu entwickeln. Und nicht zuletzt, indem die parlamentarischen Möglichkeiten des Landesparlaments als öffentliches Podium genutzt wurden und werden. Es sei auf die vielfältigen Aktivitäten verwiesen, die ich in meinem Buch-Beitrag genannt habe. Gleiches gilt für vielfältige außerparlamentarische und parlamentarische Aktivitäten für eine menschenrechtlich gestaltete Asyl- und insgesamt Migrationspolitik.

Das änderte sich mit Eintritt in die Landesregierungen 1998 und 2002 keineswegs. Erstmals wurde in eine Koalitionsvereinbarung die zielgerichtete Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus als Regierungspolitik aufgenommen.

Mit der Koalitionspartnerin SPD gab es gemeinsame Anträge bzw. Beschlüsse im

Landtag. Initiatorin war fast durchweg die PDS-Fraktion. Nicht alles, was die PDS auf den Weg bringen wollte, wurde von der SPD-Fraktion gebilligt. In Bezug auf Vorhaben der PDS-Fraktion zur Migrationspolitik waren ablehnende Haltungen noch deutlicher. Dennoch konnten einige Verbesserungen für das Leben der Flüchtlinge erreicht werden, z. T. im „Tausch“ gegen die Zustimmung der Fraktion zum ersten Entwurf des Zuwanderungsgesetzes.

Andere, konträre Auffassungen zwischen PDS und SPD bleiben bestehen, wie zur Abschiebungspolitik.

Eine Zunahme rassistischer Einstellungen in der Bevölkerung konnte nicht verhindert werden. Rassismus zählt als „Zubringer“ zu rechtsextremen Positionen und Ideologien.

Die extremen Rechten vermochten, ihre Strukturen im Lauf der vergangenen Jahre aufzubauen, zu verfestigen und territorial wie aktional zu erweitern. Ihre Taktiken wurden und werden, was ihre Basisarbeit und inhaltlich – öffentliches Wirken betrifft, erheblich verändert. Ein ordnungspolitisches Eingreifen wird immer weniger möglich, da sich NPD und Kameradschaften zumeist auf legale Mittel konzentrieren wie das Organisieren von sozialen Hilfen und Freizeitaktivitäten im Dorf, kulturelles Agieren in Vereinen und ganzen Orten, z. T. Beherrschen der Kinder- und Jugendkultur in Dörfern. Ergebnis dort ist ihre Anerkennung als Teil der Alltagskultur.

In Bezug auf die Etablierung der NPD in Ostvorpommern kommt Dierk Borstel, ein auch in M-V tätiger Mitarbeiter des Berliner Zentrums demokratische Kultur, zu der Aussage, dass demokratisch gesinnte junge

Menschen dort kaum noch eine Chance hätten, sich gegen rechtsextremistische Auffassungen zu äußern. „Praktisch haben von den Gewerkschaften an über Landesregierung bis Kirche ein Vakuum gelassen, das die NPD ausfüllt.“, schreibt die SVZ am 14.01.2006.

Weshalb gelang es der PDS M-V in Regierungsverantwortung nicht, solche und ähnliche Entwicklungen, die auch in Mecklenburg wie im Landkreis Ludwigslust, stattfinden, zumindest einzudämmen?

Es liegt nicht an ihrem Engagement. Eine Ursache liegt darin, dass die Koalitionsregierungen bis 1998 der aktiven Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus kaum Beachtung schenkten und sogenannte Ausländerfeindlichkeit fester Bestandteil ihrer Politik war. Desgleichen trugen sie die Anschlusspolitik der DDR an die ehemalige BRD und damit verbundene Stigmatisierungen und Ausgrenzungen gegenüber der Bevölkerung mit.

Die SPD in Regierung und Landtag beschränkte auch nach 1998 ihr Vorgehen gegen die extreme Rechte auf ordnungspolitische Instrumentarien wie Polizei und Justiz. Zuständig wurde allein das Innenministerium gemacht, Rechtsextremismus wurde nur an Straftaten festgemacht, auf Randgruppen-Probleme, Persönlichkeitsmängel, Orientierungsverlust und mangelnde Bildung herabgestuft.

Die Lageeinschätzungen, die sowohl dem Landtag als auch der Öffentlichkeit vorlagen, waren demzufolge keine tatsächliche Analysen und blieben weitgehend oberflächlich. Allein davon Gegenkonzepte abzuleiten, führt eben zu verkürzten Maßnahmen, die vor allem Zivilgesellschaft kaum mobilisieren. Diese Mobilisierung soll gemäß einem fraktionsübergreifenden Beschluss im Landtag im Januar 2006 nun beginnen, was natürlich außerordentlich spät ist. Das Aufwachen der CDU-Fraktion, aber auch großer Teile der SPD-Fraktion erfolgte nach den Bundestagswahlen im September 2005. Die NPD hatte 3,5 % der Zweitstimmen in M-V gewonnen, in 259 Gemeinden über 5 % bis hin zu 15/16 % in kleinen Dörfern. Im Vergleich: 1994 stimmten für Rechtsextreme 0,1 %, 2002 bei den Kommunalwahlen 0,8 % und 1,7% bei den EP-Wahlen.

Ursachen für den steigenden Zuspruch für die extreme Rechte und die weitgehende Wirkungslosigkeit bisheriger Aktivitäten gegen sie, allein unzureichender Analyse etc. zuzuschreiben, griffe freilich zu kurz.

Die wesentliche Ursache für diese alarmierenden Entwicklungen sind in der gerade durch die gewählte SPD-Grüne-Bundesregierung praktizierte neoliberale Politik in Reinkultur zu sehen, die in der Agenda 2010 und insbesondere Hartz IV ihren vorerst finalen Niederschlag gefunden hat – aber nun unter CDU-SPD weiter getrieben wird.

Damit erfahren Desorientierungen und Ohnmachtsgefühle Ergänzungen durch verbreitete akute soziale Nöte und existenzielle Ängste bis in die Mittelschichten der Gesellschaft hinein. Abbau von Bürgerrechten und Demokratie führen zu negativen Demokratieerfahrungen.

Die Gesellschaft driftet sozial immer weiter auseinander. Ängste vor sozialem Abstieg können mitverantwortlich sein, schwache gesellschaftliche Gruppen für minderwertig zu halten. MigrantInnen betrachtet man als KonkurrentInnen auf dem Arbeitsmarkt, auf Obdachlose sieht man herab, um das eigene Selbstwertgefühl zu steigern. Das Zusammenleben verschiedener gesellschaftlicher Gruppen ist gefährdet. Politisch fühlen sich immer mehr Leute machtlos. Der Gesellschaft fehlt es an Grundsätzlichem; die Eckpfeiler für Integration brechen weg. Intoleranz gewinnt an Boden, Kulturverluste sind die Folge.

Rechtsextreme Parteien und Organisationen knüpfen daran nahtlos an. Sie geben sich bürgernah, demokratiefreundlich und zugleich als entschlossene Kraft gegen die bestehende kapitalistische Ordnung – und werden in zunehmendem Maße als wählbare Alternative gesehen.

Die Linke in Regierungsbeteiligung verliert ihren Charakter als ernst zu nehmende Alternative, weil sie in der öffentlichen Debatte die für die meisten Menschen negativen Auswirkungen der Bundespolitik kaum auf Folgen des kapitalistischen Systems in seiner gegenwärtigen Ausprägung benennt und für sozial Abhängige existenzbedrohende Maßnahmen wie Hartz IV durch den der Linkspartei angehörenden Arbeitsminister

selbst exekutiert. Man traut ihr immer weniger zu, den Alltag der Mehrheit der Bevölkerung zu deren Gunsten verändern zu können. Wie auch? Alle wissen es doch: Die Tatsache, dass die Bedingungen der arbeitenden Bevölkerung sich verschlechtern und dass Millionen als überflüssige Masse behandelt werden, ist keinem temporären Ausnahmezustand zuzuschreiben, sondern die Frage einer strukturellen Entwicklung.

Die Linkspartei.PDS in einem Bundesland in Regierungsbeteiligung ist nicht in der Lage, hier Veränderungen zu erzielen – zumal mit einer Koalitionspartnerin, die die neoliberale Politik mitträgt.

Diese Tatsache anzuerkennen, bedingt zugleich mit ihr umgehen zu wollen mit Blick auf tatsächliche Möglichkeiten, durch Regierungsbeteiligung sozialistische Projekte auf den Weg bringen und Gesellschaft nach links verändern zu können. Und das hieße immer auch, rechtsextremen Entwicklungen den Nährboden zu entziehen. Das ist mit unserer Regierungsbeteiligung nicht gelungen.

Dennoch bleibe ich optimistisch. Von Sören Kierkegaard stammt die Aussage: „Man kann das Leben nur rückwärts verstehen, aber leben muss man es vorwärts.“

Eine gründliche politische Analyse der Regierungsbeteiligung wird erfolgen müssen. Am besten schnell. Und mit klaren, auch schmerzlichen Fragen wie solchen, die ich in meinem Beitrag im Buch gestellt habe:

Werden NPD-WählerInnen bei zunehmenden sozialen Nöten und Existenzängsten, bei stärkerer Repression gegenüber abhängig Beschäftigten, beim sozialen Niedergang bisheriger Mittelschichten (oder auch „nur“ deren Angst davor!) zurück zu gewinnen sein oder werden es eher mehr sein, die „rechts“ wählen? Gibt es eine Mitschuld der Landesregierung und der sie tragenden Parteien und Fraktionen, dass die NPD in kommunale Parlamente gewählt wurde? Inwieweit, wie heftig und wie oft tritt die Landesregierung der desaströsen Agenda-2010-Politik entgegen und fordert Änderungen, die der Zerstörung des sozialen Gemeinwesens und seiner kulturellen Werte ein Ende setzen? Wie viel Schaden entsteht,

weil die von der SPD M-V unterstützte Bundespolitik dem „unverständigen Volk“ nur alles besser erklären und es so „mitnehmen“ will auf dem Weg, den Sozialstaat dadurch zu retten, dass man ihn zerstört? Wie gelingt es, Politik mit den Einwohnerinnen zu machen und damit für sie, anstatt über sie zu regieren?

The eating of the pudding is eating. Politik wird an ihren praktischen Folgen gemessen.

Die Aussage von Hannah Arendt, die ich meinem Buch-Beitrag vorangestellt habe, stelle ich in meinem Wort-Beitrag ans Ende:

„Der wohl hervorstechendste und auch erschreckendste Aspekt der deutschen Realitätsflucht liegt jedoch in der Haltung, mit Tatsachen so umzugehen, als handele es sich um bloße Meinungen.“

Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern – Maßstäbe, praktische Ansätze, Ergebnisse



Ausgangspunkt für meinen Text in unserem Buch „Warum? Für wen? Wohin?“ war die eigene Unzufriedenheit mit dem, was ich auf Bundesebene sah und in der Fraktion und im eigenen Kreisverband erlebte, die Frage nach dem „Warum“ bestimmter Diskussionen und Entscheidungen. Die wortreichen Erklärungen dazu, die sich auf Charaktere und persönliche Befindlichkeiten bezogen waren für mich nicht ausreichend. Gerade nach den Stimmenverlusten bei der Landtagswahl 2002 gab es vermehrt diese Diskussionen, weil wir nach Ursachen für diesen drastischen Einbruch suchten.

Deshalb wollte ich auch aus dem „Hamsterrad des alltäglichen parlamentarischen Lebens“ heraus, die Entscheidungsprozesse noch mal nachvollziehen und damit auch eigenes Handeln reflektieren und bewerten.

In den Diskussionen um das Thema „was macht Regierungsbeteiligung mit der Partei“ gab es immer wieder das Argument: Wir sind wie die Grünen, wir verändern uns mit der

Regierungsbeteiligung vollkommen, nur viel schneller als die Grünen. Und: Trotzdem schaffen die Grünen es in der rot-grünen Koalition im Bund gut dazustehen – wie machen die das? So sichtete ich anfangs nur Fraktionsprotokolle, Anträge von Landesparteitagen und alte Wahlprogramme... Zeitgleich sah ich mich in der Bibliothek um, um Sekundärliteratur zu suchen. Dann begann ich „quer“ zu schauen, bei anderen Parteien nachzusehen und stieß auf das Buch „Die Grünen. Verstaatlichung einer Partei“ von Paul Tiefenbach aus dem Jahr 1998, in welchem er ähnliche Tendenzen in der Parteientwicklung der Grünen beschrieb, wie ich sie bei uns fand. Eine noch schärfere - aber persönlichere - Auseinandersetzung mit der Problematik, mit ähnlichen Reflexionen und Erkenntnissen gibt es von Jutta Ditfurth aus dem Jahr 2000. (Das waren die Grünen. Abschied von einer Hoffnung).

In meinen Ausführungen möchte ich mich heute auf zwei Punkte beschränken und auch diese nur kurz anreißen: 1. die Auswirkungen der Regierungsbeteiligung auf das Profil der Partei und 2. ihre Ansprüche, ihre Ziele, die mit bzw. innerhalb der Regierungsbeteiligung umgesetzt werden sollen

In MV ging die PDS nicht ganz „blauäugig“ in die erste Koalition, bereits 1996 gab es (im Verlaufe der Werftenkrise) ein Angebot für die Unterstützung einer SPD-geführten Minderheitsregierung. Dieses Angebot beruhte auf dem 1994 in der Fraktion entstandenen Papier „Regieren wie am Runden Tisch“ (Dok. 1) und basierte auf 23 konkreten politischen Schwerpunkten der PDS, die innerhalb einer Koalition schwerpunktmäßig zu bearbeiten wären.

Auch die Tolerierungsphase in Sachsen-Anhalt wurde kritisch beäugt und mit den ersichtlichen Vor- und Nachteilen diskutiert.

Diese Diskussionen wurden in der Fraktion und im Landesvorstand intensiv geführt, aber

auch an der Basis, in den Basisorganisationen und Kreisverbänden gab es immer wieder Diskussionen darum gerade weil es so unvorstellbar war, einfach realitätsfern, dass die PDS mitregieren sollte oder wollte so kurz nach 1989, bei ständiger offener und verdeckter Diskriminierung der Mitglieder und Sympathisanten im öffentlichen Leben und kommunalen Vertretungen. Selbst in Kreiszeitungen fand die PDS nicht statt, Veranstaltungen wurden nicht angekündigt und ehrenamtliche Kreisvorsitzende konnten ignoriert werden – das ist auch jetzt teilweise noch so. In der Öffentlichkeit „lebt“ die PDS faktisch von ihren Ministern, den Abgeordneten und kommunalen Verantwortungsträgern. Ehrenamtliche Akteure haben kaum eine Chance, ernst genommen zu werden, in politische Entscheidungen auf regionaler Ebene mit einbezogen zu werden.

Das scheint mir eine objektive Bedingung in dieser repräsentativen Demokratie zu sein, denn anderen Parteien geht es ähnlich und alle, auch die Linkspartei.PDS, reagieren ähnlich: Ehrenamtlich wichtige Stellen werden in der Regel mit Amts- oder Mandatsträgern besetzt. Was den Vorteil hat, dass sich Informationswege verkürzen, aber eben auch auf unterschiedlichen Ebenen Entscheidungen durch wenige und oft dieselben Menschen getroffen werden.

1997 gab es dann den Bundesparteitag in Schwerin, auf dem unser damaliger Landesvorsitzender offen für die Regierungsbeteiligung warb und auch bundespolitisch das Signal für eine Regierungsbeteiligung auf „grün“ gestellt wurde.

Gleichzeitig wuchs innerhalb des Landesverbandes, aber auch auf Bundesebene, die Erkenntnis, dass eine andere Politik - wie sie in den 23 Punkten skizziert war - ohne Politikwechsel nicht möglich wäre, dass die SPD zwar ein Partner sein könnte, aber wenn man sie allein regieren ließe, es höchstens zu einem Regierungswechsel kommen würde.

Deshalb wurde in der Landtagsfraktion intensiv und gründlich inhaltlich vorgedacht und vorgearbeitet, konkrete fachliche Positionen wurden in der Fraktion mit Betroffenen und Experten erarbeitet, öffentlich diskutiert, im Landesvorstand und auf öffentlichen Veranstaltungen.

Der Landesverband war zu diesem Zeitpunkt vorbereitet auf eine Koalition, nicht alle waren davon begeistert, aber die Mehrheit wollte diese Chance für einen Politikwechsel nutzen. Und hoffte dabei auch ganz stark auf bundespolitisch positive Rahmenbedingungen für eine rot-rote Politik in MV.

Nach der Wahl im September 98 beschloss ein außerordentlicher Landesparteitag, dass eine Verhandlungskommission - nach der Prüfung gemeinsamer politischer Positionen - mit der SPD entweder ein Verfahren für eine Tolerierung oder eine Koalitionsvereinbarung aushandeln sollte. Grundlage sollten die „Mindestanforderungen für eine neue Politik in MV“ sein, beschlossen im August 1998. Sie sollten Maßstäbe für unsere Politik sein, sollten signalisieren „darunter gehen wir nicht!“. Deshalb waren sie konkreter als das Wahlprogramm und gingen auch zum Teil in die Koalitionsvereinbarung ein.

In der ersten Legislatur gab es innerhalb des Landesverbandes aber auch in der Fraktion mehrere Ansätze, den „Maßstab für das Ende einer Koalition“ zu fixieren. Es wurde oft diskutiert: Wann ist es genug? Wie weit gehen wir mit? Insbesondere nach dem „Glas Wasser“ dass sich Ministerpräsident Ringstorff im Bundesrat während der Abstimmung zur Rentenreform bestellte, oder nach der Beteiligung deutscher Truppen am Kosovokrieg. Diese Bemühungen versandeten aber nach einem Antrag auf dem Parteitag, obwohl die Fragen an der Basis nicht beantwortet und nicht ausdiskutiert sind.

Im März 2000 begann die Vorbereitung auf die Landtagswahl 2002. Helmut Holter forderte auf dem Landesparteitag, dass sich die PDS dazu ein „zeitgemäßes und zukunftsfähiges“ Programm geben müsse, in dem das Profil als „Partei der gesellschaftliche Opposition und als Regierungspartei“ deutlich erkennbar sein müsste. „2002 erwartet uns ein ‚Leistungswahlkampf‘, ein Bilanzwahlkampf, der aus meiner Sicht zwei Ziele haben sollte: Stimmenzuwachs für die PDS und auf dieser Basis die Fortführung der rot-roten Koalition in MV.“ Das Wahlprogramm der PDS „Für Arbeit und Lebensperspektiven in MV“ knüpfte kontinuierlich an die Schwerpunkte der Koalitionsvereinbarung an.

Das Wahlprogramm ist geprägt von den Erfahrungen der Regierungsarbeit, die Ziele

sind weniger fordernd und weicher formuliert. Es richtet sich eindeutig auf Regierungshandeln.

Die Öffnung des „Weges zu einer gerechten und solidarischen Gesellschaft in MV“ wird als das Ziel der PDS benannt. Das Wahlprogramm ist fachpolitisch konkret, inhaltlich voll gestopft, aber im Gegensatz zum '98er Programm politisch diffus.

Das 1998 noch eindeutige Profil der PDS als Interessenvertreterin der sozial Schwachen ist nicht mehr erkennbar. Dazu hat mein Landesvorsitzender Peter Ritter vorhin eine andere Auffassung vertreten, aber ich bleibe trotzdem bei meiner Auffassung.

Wurden vor dem Eintritt in die Koalitionsverhandlungen 1998 noch „Mindestanforderungen“ als Sollbruchstellen für eine Koalition formuliert, so entschied sich die PDS im August 2002 nur noch „Hauptziele“ für die künftige Landespolitik als Grundlagen für die Koalitionsverhandlungen zu beschreiben.

Als Begründung für die Formulierung dieser Hauptziele wurde die Gefahr einer Umkehr zu neokonservativer Politik herangezogen.

Im Vorfeld der Erarbeitung der zweiten Koalitionsvereinbarung wurde der Umbau der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen seit der Verkündung der „Agenda 2010“ in der Bundesrepublik und die damit verbundene Entwicklung der SPD MV nicht reflektiert. Es gab keine politische und inhaltliche Abgrenzung vom Koalitionspartner, keine Analyse und Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass und warum die PDS ihre politischen Ziele in der ersten Koalition nicht erreichen konnte.

1998 war der Eintritt in die Regierungsbeteiligung durch die PDS inhaltlich begründet, wir wollten einen Politikwechsel. Für die SPD war das Bündnis von Beginn an in erster Linie eine machtpolitische Entscheidung, die auch persönliche Animositäten bediente (Rehberg/Ringstorff). Die SPD kalkulierte, dass es mit der PDS leichter sein würde, die Ziele der SPD umzusetzen – weil die PDS neu war in diesem Geschäft, weil sie basisdemokratisch orientiert war und nicht zentralistisch durch die Bundespartei gesteuert, weil sie regierungswillig war und auch und gerade weil sie Veränderungen wollte. Es gibt mehrere Äußerungen von führenden SPD-Politikern (Ringstorff,

Lafontaine), die PDS in einer festen Umarmung zu ersticken.

2002 war die Motivation der PDS nicht mehr so eindeutig, das „ob überhaupt wieder Mitregieren“ umstritten, es gab schon Zweifel an der Notwendigkeit der Regierungsbeteiligung, daran, ob wirklich ein Politikwechsel mit Hilfe der PDS in MV möglich sei. Die lange vor der Wahl von der PDS-Führung und der SPD verkündete Weiterführung der Koalition sorgte für Unmut – insbesondere in unserer Partei. Die Entscheidung, 2002 wiederum in die Koalition zu gehen, trotz erheblicher Stimmenverluste, trotz ungenügender Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen und ohne die Prüfung der wirklichen Schnittmengen der Zusammenarbeit und der Sollbruchstellen, das ist für mich eine rein machtpolitische gewesen. Das ist nicht a priori schlecht, aber wir hatten und wir haben keine Strategie, wie wir mit unserer „Schwäche“ nach den Wahlen umgehen, woher sie kommt, was wir tun müssen, damit uns das Dilemma nicht noch mal erwischt.

Eine kurze Bemerkung noch zur Zusammenarbeit mit den außerparlamentarischen Partnern: Die Erwartungen an die erste rot-rote Koalition waren sehr hoch (Gewerkschaften, AIV, Frauen, grüne Verbände) Teile ihrer Forderungen wurden 1998 in das Wahlprogramm aufgenommen, wir haben ihre und unsere Forderungen miteinander diskutiert.

Landesregierung und Landtagsfraktion pflegen von Anfang an gute Kontakte mit ihnen, man berät sich, man informiert sich – dennoch die Konsequenz, mit der wir uns früher ihrer Anliegen angenommen haben, sie in politische Ansätze gegossen haben, die fehlt.

Wir verweisen dann auf die gesetzlichen Grundlagen, auf Urteile von Verwaltungs- und Verfassungsgerichten, auf Investoren, die verschreckt werden könnten oder die vielleicht dann auf Schadensersatz klagen könnten.

Kurz: Wir sind berechenbar und wir handeln eigentlich vorbildlich – jedenfalls im Rahmen der Regierungsbeteiligung. Aber unsere Mitglieder für die Interessen der jeweils Anderen (gegenseitig) zu mobilisieren, die ist uns (mit Ausnahmen Bombodrom, Hartz-IV) abhanden gekommen.

Umweltpolitik in Mecklenburg-Vorpommern seit 1998



Ein neuer Politikstil

Mit dem rot-roten Regierungsantritt 1998 wurde in Mecklenburg-Vorpommern (M-V) wieder ein eigenständiges Umweltministerium eingerichtet. Im Sommer 1999 entstand die Abteilung „Integrierter Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung“. Grundgedanke ist, nicht nur einzelne Umweltmedien wie Boden, Wasser und Luft sollen betrachtet werden, sondern übergreifend die ökologischen Dimensionen in die politischen Maßnahmen eingehen.¹ Im Dezember 1999 wurde ein wissenschaftlicher Beirat des Umweltministeriums ins Leben gerufen.²

Der Umweltetat des Bundeslandes entspricht rund vier Prozent des Landeshaushaltes. Die Gelder fließen vor allem in den Küsten- und Hochwasserschutz, kommen bei der Abwasserreinigung zum Einsatz,

gehen in den Natur- und Klimaschutz.³ Landesumweltpolitik wird heute stark beeinflusst durch europäische Vorgaben und Fördermittel. 1998 standen dem Ministerium 175 Millionen Euro zur Verfügung, um seine Aufgaben zu erfüllen.⁴ 2004 waren es 165 Millionen Euro. Seit 1998 wurden im Ministerium und den angegliederten Ämtern im Kontext von Haushaltskonsolidierung 150 Stellen abgebaut.⁵ Über effizientere Umweltverwaltung unter dem Gesichtspunkt verbesserter Ergebnisse im Sinne der Umwelt nachzudenken, ist gewiss sinnvoll. Ob ein weiterer Personalabbau, zunächst 200 Stellen⁶, nicht am Ende die Arbeitsfähigkeit unterminiert, sollte gründlich bedacht werden.

Das Verhältnis zwischen den alten Ministerien und den Umwelt- und Naturschutzverbänden war unter der vorhergehenden CDU-SPD-Koalition erheblich gestört. Mit dem neuen Umweltministerium entwickelte sich eine gute Zusammenarbeit, schätzt z. B. die BUND-Vorsitzende Corinna Czwielig ein. Kritik übte der BUND 2004 jedoch an Wirtschaftsminister Otto Ebnet. Ursache dafür ist eine von seinem Ressort verfolgte Trassenvariante der A 14, die ein FFH-Gebiet zerschneidet, ein Sportboothafen in der Kernzone eines Nationalparks u. v. a.⁷

Umweltverträgliches Wirtschaften soll besser ermöglicht werden. Dazu wurde von Ministerien und Wirtschaft 2001 eine frei-

¹ Umweltministerium (UM) M-V: Planen, Gestalten, Bewahren. Daten und Fakten zur Umweltpolitik 2000/2001, Schwerin, 2002, S. 5.

² ebenda, S. 5, Presseerklärung (PE), 11.02.2005, www.um.mv-regierung.de.

³ Methling, W.: Ich bin ein wissenschaftlicher Grüner. In: Neues Deutschland (ND), 27.07.2002

⁴ UM M-V: Umweltbericht 1998, Schwerin, 1999, S. 11.

⁵ Stadler, I.: Information vom 21.03.2005.

⁶ Methling, W.: Streichkonzert ohne Dissonanzen?, ND, 02.02.2005.

⁷ <http://vorort.bund.net>, 01.03.2005.

willige Selbstverpflichtung vereinbart.⁸ Analoges wurde auch mit der Landwirtschaft und der Architektenkammer unterzeichnet. Tendenziell setzt das Umweltministerium auf einen kooperativen und kommunikativen Politikstil.

Klimaschutz durch solare Energien

Mit 3,22 € je Einwohner nimmt M-V bei der Förderung der erneuerbaren Energien (2001) einen Spitzenplatz unter allen Bundesländern ein.⁹ Im Klimaschutz ist eine kontinuierliche Erhöhung der Ausgaben zu verzeichnen. Im Jahr 2000 standen 1,07 Mill. € zur Verfügung. 2004 waren es bereits 4,5 Mill. € (EU kofinanziert). Etwa die Hälfte der Unterstützung wird für Fotovoltaikanlagen verwandt. Seit 1997 wurden 140 Einzelvorhaben umgesetzt.¹⁰

Eine Klimaschutzstrategie dürfe nicht nur aus der Förderung von Energieeinsparung und erneuerbaren Energien bestehen, so der Umweltminister, sondern müsse auch ökologisches Bauen, nachwachsende Rohstoffe, Verkehrsvermeidung, die Stärkung der Bahn als öffentliches Verkehrsmittel, den Einsatz der Wasserstofftechnologie u. a. umfassen. Vor diesem Hintergrund sieht er, die Haushaltsmittel für den Klimaschutz reichen nicht aus.¹¹

Hervorzuheben ist die Förderung der Region Lübow-Krassow. Dort wollen sich acht Dörfer mit knapp 9.500 Einwohnern zu 100% regenerativ mit Energie versorgen.¹² Das Umweltministerium hofft, diese Erfahrungen führen zu weiteren Initiativen im Land. Für das Solarzentrum Wietow wurden insgesamt 2,24 Mill. € (2002-2004) bereitgestellt. Ausbildung, Qualifikation, Information

und Beratung für regenerative Energienutzung soll vorgenommen werden. Auch angewandte solare Forschung und Entwicklung ist geplant.¹³

Immer mehr Kirchengemeinden in M-V setzen auf erneuerbare Energien. Zwischen 2000 und 2004 wurden in 36 kirchlichen Einrichtungen 54 Anlagen gefördert. Das Umweltministerium stellte 1,3 Mill. € dafür bereit, die Deutsche Bundesstiftung Umwelt 550.000 €. Auch nach dem Ende der Förderinitiative der DBU unterstützt das Umweltministerium mit bis zu 40% der förderfähigen Gesamtinvestitionen. Methling betont zu Recht den Multiplikatoreffekt dieser Projekte.¹⁴

Wolfgang Methling plädiert dafür, bis 2050 zu 100% auf solare Energien zu setzen.¹⁵ Der Anteil an erneuerbaren Energieträgern an der Nettostromerzeugung konnte von 5,9% 1997 auf 26,2% 2003 gesteigert werden.¹⁶ Hauptursache für diese Entwicklung ist das Erneuerbare Energien Gesetz von Rot-Grün im Bund. Einige Impulse ergaben sich durch landeseigene Maßnahmen. Die frühzeitige Schaffung von Eignungsräumen für Windkraftanlagen, Konfliktminimierung und Planungssicherheit könnten neben der Förderpolitik eine Rolle gespielt haben. Anfang 2005 waren in M-V 1093 Windkraftanlagen mit einer Leistung von 1018 Megawatt in Betrieb.¹⁷ Zu 84% stammt der regenerative Strom in M-V aus Windkraft. Die feste Biomasse schlägt mit 9,9% zu Buche. Ein erstes Pilotprojekt mit Windkraftanlagen auf dem Meer wird errichtet.

M-V gehört mit 1.600 bis 1.800 Stunden Sonnenscheindauer im Jahr zu den son-

⁸ UM M-V: Planen, Gestalten, Bewahren. Daten und Fakten zur Umweltpolitik 2000/2001, Schwerin, 2002, S.05.

⁹ Staiß, F.: Jahrbuch Erneuerbare Energien 02/03, Radebeul, 2003, S.011-36.

¹⁰ UM M-V: Planen, Gestalten, Bewahren. Daten und Fakten zur Umweltpolitik 2000/2001, Schwerin, 2002, S. 12; Methling, W.: Rede vom 04.08.2003, PE vom 4.8.2003, 20.12.2004, <http://www.um.mv-regierung.de>.

¹¹ Methling, W.: Rede auf der 51. Tagung des Landtages von M-V, 14.12.2000, <http://www.um.mv-regierung.de>.

¹² <http://www.astromo.de/news>.

¹³ PE, 13.06.2003, <http://www.um.mv-regierung.de>, 01.03.2005, Vogt, H.: Minister zeigte sich vom Solarzentrum begeistert, Ostsee-Zeitung, 14.11.2002.

¹⁴ PE, 14.12.2002, 01.10.2003, 27.05.2004, 20.12.2004, <http://www.um.mv-regierung.de>.

¹⁵ Methling, W.: 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2050. In: Neues Deutschland, 08.11.2004.

¹⁶ UM M-V: Planen, Gestalten, Bewahren. Daten und Fakten zur Umweltpolitik 2000/2001, Schwerin, 2002, S.011, Stadler, I.: Information vom 21.03.2005.

¹⁷ <http://www.wind-energie.de>, 01.03.2005.

nenreichsten Gegenden Deutschlands. Die Nutzung der Solarenergie liegt jedoch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Um diese unzureichende Bilanz zu verbessern, müssen mehr Anstrengungen unternommen werden. Die installierte Leistung je Einwohner war z. B. in Bayern fünf Mal höher (2001).¹⁸ Neuinstallationen auf privaten Hausdächern kommen vor allen Dingen deshalb nicht zustande, da in den neuen Bundesländern die Finanzdecke der Bevölkerung zu schwach ist. Das Umweltministerium ist für die öffentlichen Bauten zuständig, das Wirtschaftsministerium für die privaten und betrieblichen Bauten. Letzteres strich seine Förderungen 2001.¹⁹

Rot-Rot baute keine neuen Kohlekraftwerke mehr wie frühere Regierungen. Gas- und Dampfkraftwerke, ein entsprechendes Vorhaben gibt es in Lubmin, weisen zwar deutlich geringeren CO₂-Ausstoß als Kohlekraftwerke auf und höhere Wirkungsgrade, bedeuten aber keine Lösung der klimapolitischen Anforderungen. Hinzu kommt die Gefahr, dass der Gaspreis auf Grund der begrenzten Vorräte und der engen Kopplung an den Preis des noch knapperen Öls, in den nächsten Dekaden drastisch nach oben steigt. Gegenüber dem Bau eines Kohlekraftwerks ist ein Gaskraftwerk das kleinere Übel. Jedoch ist die Förderung erneuerbarer Möglichkeiten vorzuziehen.

Sehr problematisch ist die Beteiligung von M-V an der Förderung der Kernfusionsforschung. Bei der Atomfusion muss in regelmäßigen Abständen die radioaktiv verstrahlte Gefäßwand ausgetauscht werden. Die Endlagerung ist gefahrlos auf Dauer nirgendwo möglich. Überdies ist unverständlich warum SPD und PDS, obwohl beide Parteien aus der Atomkraft aussteigen wollen, weiter an überholten Forschungsoptionen festhalten. Der Fusionsreaktor kann voraussichtlich nicht vor 2050 zum Einsatz kommen. Der SPD-Energieexperte Michael Müller setzt die Fusionsforschung sogar mit

dem Turmbau zu Babel gleich.²⁰ Es wäre wünschenswert, wenn sich M-V von der Fusionsforschung verabschieden würde. Mit den mehr als 5 Mill. €, die vom Land allein für 2005 dafür insgesamt eingestellt sind²¹, könnten die Investitionen für den Klimaschutz fast verdoppelt oder der Solarforschung ein kräftiger Schub verliehen werden.

Naturschutz wird nachhaltiger

Mit dem Ende der Eiszeit entstanden in den Küstengebieten Europas zahlreiche Moore. In den vergangenen 200 Jahren wurden viele dieser Feuchtgebiete mit sehr hoher Biodiversität trocken gelegt. Michael Succow verweist auf die riesigen CO₂-Senken, die durch das Vernässen der Flächen und das neu beginnende Moorbewuchs entstehen. Der Moorschutz dient also auch dem Klimaschutz. Das Moorschutzprogramm wurde bereits in der Legislaturperiode vor 1998 erarbeitet, verblieb jedoch in der Schublade. 2000 verabschiedete das Kabinett ein umfassendes Moorschutzkonzept. Seit dem sind 47 Renaturierungsprojekte und fünf Untersuchungen auf den Weg gebracht worden. Fast 10.000 ha Moorfläche wurden wiedervernässt. Knapp 30 Mill. € flossen in diese Projekte. Ziel des Moorschutzprogramms ist es, in den nächsten 20 Jahren rund 75.000 ha der wertvollsten Moore zu sanieren.²² Das Programm dürfte bundesweit in der Form einmalig sein und gehört zu den erfolgreichen Seiten der Landesumweltpolitik. Succow sieht im Moorschutzprogramm in M-V einen realpolitischen Ansatz, mehr Naturentwicklungsräume auszuweisen, mehr Wildnis zuzulassen.²³

Ende 1999 wurde in M-V die Auswahl und Meldung von 136 FFH-Gebieten mit rund 182.000 ha an die EU vorgenommen. Die Meldung wurde als qualitativ hochwertig

¹⁸ Methling, W.: Rede vom 01.04.2004, <http://www.um.mv-regierung.de>.

¹⁹ Methling, W.: im Gespräch mit Ferst, M., 29.11.2002.

²⁰ Müller, M.: Der Ausstieg ist möglich. Eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft, Bonn, 1999, S. 92.

²¹ Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur: Haushalt 2004/5, Einzelplan 7, S. 189 f.

²² PE, 16.03.2005, <http://www.um.mv-regierung.de>.

²³ Succow, M.: Die Natur bleibt einzige Lebensgrundlage, ND, 03.12.2001.

bezeichnet.²⁴ Diese Einschätzung erwies sich als unzutreffend. Eine Besonderheit waren jedoch die umfangreichen offenen Beteiligungsverfahren bei der Ausweisung der Gebiete. 1999 wurden nur 4,7% der Landesfläche nach Brüssel gemeldet, der bundesdeutsche Durchschnitt lag bei 9%. Brüssel beklagte Defizite bei 38 Lebensraumtypen und 22 Arten, die unzureichend ausgewiesen worden seien.²⁵ Der Umweltminister räumte ein, zu viele Zugeständnisse bei den FFH-Meldungen in der ersten Legislaturperiode gemacht zu haben. Die jetzt beschlossene Gebietkulisse umfasst 231 Gebiete mit 468.850 ha.²⁶ Bei den FFH-Meldungen zeigten sich besonders stark Konflikte zwischen wirtschaftlichen Nutzungsinteressen und Naturschutz.

2001 sind in M-V fünf neue Naturschutzgebiete mit 1.499 ha fixiert worden. Seit 1998 wurden drei neue Naturparks eingerichtet mit einer Fläche von 183.142 ha.²⁷ 3,3% der Landesfläche sind Naturschutzgebiet. Das liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 2,3%. Bei den Nationalparks liegt das Land mit 5% und bei den EU-Vogelschutzgebieten mit 11,64% allein bei den Landflächen deutlich über den durchschnittlichen Werten in Deutschland (mit Wasserfläche 18,45%). In Deutschland insgesamt beträgt die Fläche der Nationalparke 2% und die der EU-Vogelschutzgebiete 2,4%.²⁸ Dies relativiert die Kritik ein Stückweit. Jedoch verfügt das Land auf Grund seiner reichen Naturschätze und geringer Besiedlungsdichte auch über erweiterte Möglichkeiten. Beschlossen wurde 2000 ein Vermögensergänzungsgesetz, um den Ausverkauf in

Schutzgebieten zu beenden. Das Landesnaturschutzgesetz wurde unter Rot-Rot novelliert. Dabei ist die wichtigste Neuerung die Einführung des Verbandsklagerechts für die Naturschutzverbände.²⁹ Positiv einzuschätzen ist das Engagement des Umweltministers gegen das Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner-Heide. Besonders würde der Müritz-Nationalpark von den Flugbewegungen beeinträchtigt werden.³⁰

Gefördert wird der Rückbau verfallener Sölle, das sind Kleingewässer in Bodensenken. Ein Programm zur Seesanieung wurde erarbeitet. Bis 2006 sollen bei 30 Seen entsprechend einer Prioritätenliste wieder naturnahe Verhältnisse hergestellt werden.³¹ Der wissenschaftliche Beirat des Umweltministeriums empfiehlt die Subventionspraxis beim Küstenschutz zu überprüfen, wo Ziele des Naturschutzes verletzt werden. Dringend erforderlich sei ein Einschlagsmoratorium für Altwaldbestände in Nationalparks und Naturschutzgebieten.³²

Zu einer besonders öffentlichkeitswirksamen Auseinandersetzung führte die Absicht, bei Zessin auf der Insel Rügen Kies abzubauen. Die Heidelberger Baustoffwerke planen, insgesamt 5,1 Mill. Tonnen Kies zu gewinnen. 200.000 Tonnen würden jährlich abgefahren werden, LKW kämen im 15-Minuten-Takt.³³ Das Wirtschaftsministerium hält mit dem Bergamt am Kiesabbau fest.³⁴ Die Festset-

²⁴ Methling, W.: Ein neuer Politikstil zeigt Wirkungen. In: Dolly oder das andere „Ich“. Zur ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit (Material der RLS), Berlin, 2001, S.016, PE, 14.05.2003, <http://www.um.mv-regierung.de>.

²⁵ Ruhkiewick, F.: EU zieht Daumenschrauben im Schutzgebieten-Streit an, Schweriner Volkszeitung, 04.04.2003.

²⁶ PE, 26.5.2004, <http://www.um.mv-regierung.de>.

²⁷ Landwirtschaftsministerium (LM) M-V: Agrarbericht 2001 des Landes M-V, <http://www.mv-regierung.de/lm/>, 01.10.2002, Stadler, I.: Information vom 21.03.2005.

²⁸ UM M-V: Planen, Gestalten, Bewahren. Daten und Fakten zur Umweltpolitik 2000/2001, Schwerin, 2002, S. 9.

²⁹ Methling, W.: Ein neuer Politikstil zeigt Wirkungen. In: Dolly oder das andere „Ich“. Zur ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit (Material der RLS), Berlin, 2001, S. 16.

³⁰ Methling, W.: Was tun gegen Bombodrom?, ND, 07.04.2003.

³¹ LM M-V: Agrarbericht 2001 des Landes M-V, <http://www.mv-regierung.de/lm/>, 01.10.2002, UM M-V: Planen, Gestalten, Bewahren. Daten und Fakten zur Umweltpolitik 2000/2001, Schwerin, 2002, S. 13 f.

³² Ergebnisse Arbeitsgruppe 3. Nachhaltiges Management von Schutzgebieten. In: Ökologische Schwerpunkte einer nachhaltigen Entwicklung. Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirates des Umweltministeriums (WBU), Schwerin, 2002, S.43 f.

³³ Matte, C., Kies, Kies Kies?, ND, 07.12.2002, Chronologie Kiesabbau – Zessin (18.11.2004), <http://vorort.bund.net>, 01.03.2005.

³⁴ Schwesb, B.: Kies kontra Rügener Natur?, ND, 8.12.2004.

zung von Teilen als Naturschutzgebiet löst das Problem noch nicht im Sinne ökologischer Vernunft. Für den Konzern ist billiger Kies für den Bau der Rügenbrücke profitabler als Recyclingmaterial.³⁵ Einstweilen ist die Gefahr nicht ausgeräumt, dass der Europäische Gerichtshof tätig wird, weil sich die gesamte Abbaufäche im Vogelschutzgebiet befindet.³⁶

1998 nahmen 80 Jugendliche am Freiwilligen ökologischen Jahr teil. Bis 2002 wurde auf 132 Plätze erhöht.³⁷ Der Minister sieht Bedarf für mehr, da die Nachfrage fünf Mal höher ist.³⁸ Gefördert werden Projekte über die Umweltbildungsrichtlinie mit 230.000 € jährlich. Bis 2005 wurden dafür insgesamt 1.276.000 € eingesetzt. Zudem konnten die Vereine und Verbände 2001 erstmals auf Lottereeinnahmen zurückgreifen.³⁹ Aus der Umweltbewegung heraus gab es Engagement, die Umweltlotterie „Bingo!“ auch in M-V einzuführen. Dies wurde vom Umweltministerium aufgegriffen. Von jedem Los der Bingolotterie fließen 64 Cent direkt in den Fördertopf für Umweltprojekte (ein Drittel davon für Nord-Süd-Projekte).⁴⁰ Für Umweltarbeit ist das ein eindeutiges Plus. Seit 1999 wird in M-V alle zwei Jahre ein gestifteter Umweltpreis für Kinder- und Jugendliteratur vergeben mit 5.000 € Preisgeld unter Schirmherrschaft des Umweltministers.⁴¹

Eingerichtet wurde das Zukunftszentrum in Nieklitz. Gezeigt werden in dem Ausstellungsgelände anschaulich für jedermann wie

³⁵ Schwebs, B.: Kies kontra Rügener Natur?, ND, 08.12.2004.

³⁶ PE, 16.12.2004, <http://vorort.bund.net>.

³⁷ UM M-V: Planen, Gestalten, Bewahren. Daten und Fakten zur Umweltpolitik 2000/2001, Schwerin, 2002, S. 6.

³⁸ Methling, W.: Rede auf dem Workshop der Ökologischen Plattform bei der PDS am 13.11.2004 (laut eigener Mitschrift, M.F.).

³⁹ Methling, W.: Rede auf dem 5. Naturschutztag in Güstrow am 17.03.2001, tarantel (Zeitschrift der Ökologischen Plattform bei der PDS), 4/2002, Stadler, I.: Information vom 21.03.2005.

⁴⁰ <http://www.ndr.de/tv/bingo/umweltprojekte.html>; <http://www.tv-plus.de/produktionen/bingo.html>.

⁴¹ PE, 05.06.2003, <http://www.um.mv-regierung.de>.

die Organisations- und Konstruktionsprinzipien der Natur zu nachhaltigen Lösungen für die Gesellschaft genutzt werden können. Insgesamt wurden 11 Mill. € investiert an Mitteln aus dem Land und der DBU, der Umweltminister setzte sich dafür ein.⁴²

Waren 1998 16 Kommunen dem Agenda 21-Prozeß beigetreten, konnten bis 2004 mehr als 200 Kommunen dafür gewonnen werden.⁴³ Bis 2005 wurden insgesamt 512.000 € vom Ministerium selbst für die Agenden und Öko-Audits bereitgestellt.⁴⁴ Positive Beispiele für regionale Agenden in Großschutzgebieten, wie z.B. der „Regionalen Agenda 21 Biosphäre Schaalsee“ sind zu verzeichnen. Die „Regionale Agenda Stettiner Haff – Region zweier Nationen“ wurde sogar grenzüberschreitend zusammen mit Polen konzipiert.⁴⁵ Die Landesregierung M-V will 2005 eine „Landesagenda 21 Mecklenburg-Vorpommern“ für das gesamte Land vorlegen. Dennoch ist die Frage, ob die Maßnahmen wirklich mehr sind als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Der Minister selbst beklagt, viele Agenda 21-Projekte leiden an den knappen Kassen.⁴⁶ An der Ostsee angeschwemmtes Seegras für Dämmaterial zu verwerten, statt es teuer zu entsorgen, ist zweifelsohne eine innovative Agenda 21-Idee.⁴⁷

Landwirtschaft, Verkehr und Abfall

Die Flächen des ökologischen Landbaus nahmen in M-V zwischen 1999 und 2004 um 30% zu. Rund 8% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, das sind 108.000 ha, werden von 619 ökologisch wirtschaftenden Betrieben bestellt. Im Bundesdurchschnitt liegt die ökologisch bewirtschaftete Fläche nur bei

⁴² <http://www.dbu.de>, 26.04.2005, Stadler, I.: Information vom 28.04.2005.

⁴³ Methling, W.: Kurzvortrag auf der Konferenz „Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert“ (eigene Mitschrift), 16.11.2002.

⁴⁴ Stadler, I.: Information vom 21.03.2005.

⁴⁵ PE, 04.10.2002, <http://www.um.mv-regierung.de>.

⁴⁶ Methling, W.: Rede vom 21.06.2003, <http://www.um.mv-regierung.de>, 01.03.2005.

⁴⁷ Methling, W.: Rede vom 05.09.2003, <http://www.um.mv-regierung.de>, 01.03.2005.

4,3%.⁴⁸ Die Organisations- und Investitionskosten bei der Verarbeitung können gefördert werden. Die Summe der zuwendungsfähigen Investitionen wurde von 25 auf 40% zuletzt erhöht.⁴⁹ Methling betont, auch die herkömmliche Landwirtschaft müsse ökologisiert werden im Land. Es gehe um optimalere Düngung, mehr Einsatz von biologischem Pflanzenschutz statt hochgiftiger Chemie. Die Biodiversität der Landschaften muss erhalten bleiben.⁵⁰

In die Kritik von Umweltverbänden und Anwohnern kommt immer wieder der Bau von überdimensionierten Schweinemastanlagen. Häufig investieren kapitalkräftige Holländer, da dort der Schweinebesatz um ein Vielfaches höher ist als in M-V. Sie erhalten eine große Prämie, wenn sie Mastanlagen schließen, Geld, das sie dann für neue Anlagen investieren können.⁵¹

Eine kritische Auseinandersetzung mit den Risikotechnologien der grünen Gentechnik vermisst man beim Landwirtschaftsministerium. Man setzt auf die Chancen moderner Gentechnologie und richtete dafür eigens ein Kompetenz- und Gründerzentrum ein.⁵² Ulrike Seemann-Katz von den Grünen ging für 2002 davon aus, dass M-V Platz eins unter den gentechnischen Freisetzungsvorhaben einnahm, ein Fakt, den die BUND-Vorsitzende Corinna Cwielag bestätigte.⁵³ Das ist ein Negativtrend. Das umfassende Ausbringen von gentechnischen Kulturen gefährdet den ökologischen Landbau.

Im Forstkonzept 2000 wurde ein nachhaltiger Umgang mit den Wäldern festgeschrieben. Vorgesehen ist auch die Anlage neuer

Wälder.⁵⁴ Dies ist im Sinne des Klimaschutzes eine vorteilhafte Entwicklung, da dadurch mehr CO₂ gebunden werden kann. Überdies wird der Rohstoff Holz langfristig erheblich an Bedeutung gewinnen. Es sollten mehr Überlegungen angestrengt werden, wie die Wälder dem künftigen Stress durch den Klimawandel möglichst lange widerstehen können. Die in M-V begonnene Zertifizierung der Wälder nach FSC-Richtlinie, Kahlschläge sind dann nicht erlaubt und ökologische Aspekte zu berücksichtigen, ist zu begrüßen.

Im Wahlprogramm von 1998 lehnte die PDS den Neubau der A20 noch ab. Vor den Landtagswahlen 2002 wagte die Partei nicht einmal, die A14 von Schwerin nach Magdeburg in Frage zu stellen.⁵⁵ Die A20 mit etwa 280 km Länge im Bundesland selbst stellt einen nicht ausgleichbaren Eingriff dar. Nach Angaben des BUND fielen der A20 unmittelbar 1.000 ha Land zum Opfer, etwa 60.000 ha werden durch Lärm- und Abgasemissionen belastet. Die Lebensräume zahlreicher Tier- und Pflanzenarten wurden zerschnitten.⁵⁶ Die rot-grüne Koalition in Schleswig-Holstein dagegen hatte es mit dem Bau „ihrer“ A20 überhaupt nicht eilig. Es geht also auch anders.

Mit der Autobahn ist auch ein neuer Rügenzubringer verbunden. Statt den vorhandenen Rügendammbau auszubauen, wird auf eine neue Hochbrücke gesetzt mit gigantischen baulichen Ausmaßen.⁵⁷ Der Vorschlag von Umweltverbänden u. a., den alten Rügendammbau mit drei Spuren zu modernisieren, ähnlich wie die Bahnüberführung, wurde nicht ernsthaft geprüft.⁵⁸ Alternative Planungen zeigen, verbindet man staumindernde Maßnahmen mit einer Erneuerung der bestehenden Rügenbrücke, bei laufendem Betrieb, würden nur 15-16% der Kosten

⁴⁸ PE, 30.07.2004, <http://www.mv-regierung.de/lm/>.

⁴⁹ Backhaus, T.: Rede des Minister Backhaus anlässlich des Jubiläums des Bioparks, <http://www.mv-regierung.de>, PE, 11.2.2005, <http://www.mv-regierung.de/lm/>.

⁵⁰ Methling, W.: im Gespräch mit Ferst, M., 29.11.2002.

⁵¹ Massenschweineerei im Osten: http://www.grueneliga.de/berlin/informieren/rabe_ralf/rabe_archiv/03_04_2001/schweine...

⁵² LM M-V: Agrarbericht 2002 des Landes M-V, Schwerin 2002, S. 81.

⁵³ http://www.nordkurier.de/cgi-bin/fm.pl?location=http://www.nordkurier.de/chat/chat_katz.html.

⁵⁴ <http://www.landtagswahlen-2002.de/Bilanz/landwirtschaft.htm>.

⁵⁵ Rex, W.: M-V. Ein florierendes Urlaubsparadies mit Schattenseiten, ND, 28.12.2002.

⁵⁶ <http://www.svz.de/forum/a20/bund.html>.

⁵⁷ http://www.halbinsel.de/halbinsel/kurzinfos/kal_jpantw.sap?ID=5601&Rubrik...

⁵⁸ Preller, M.: Rügen betoniert. Zweite Rügenanbindung soll dreispurig werden, ND, 27.05.2002.

entstehen.⁵⁹ Problem ist der Finanzierungsmodus des Bundes. Die Mittel stehen ausschließlich für neue Straßen etc. bereit und nicht für Modernisierungsarbeiten.⁶⁰ Das ist verkehrspolitischer Wahnsinn.

Von den Vorgängerkoalitionen wurden Millionenbeträge in den Ausbau von Flughäfen gepumpt, auf denen nur selten Maschinen starten. Damit z. B. der Charterverkehr auf dem Flughafen Rostock überhaupt in Gang bleibt, wird weiter subventioniert durch das SPD-geführte Wirtschaftsministerium, allein 1,6 Mill. € im Jahr 2002.⁶¹ Wenn man die besonders klimaschädlichen Auswirkungen des Flugverkehrs betrachtet, ist das eine antiökologische Spitzenleistung. Doch selbst die Kritik des ARD-Politikmagazins „Monitor“ brachte keine Änderung. Im Haushaltsplan 2004/5 sind erneut 1,6 Mill. € dafür eingestellt.⁶²

Zwischen 1999 und 2001 gab es in der Kadetrinne 22 Schiffsunglücke. Jedes zehnte Schiff ist ein Öltanker. Nach einem schweren Ölunfall 2001 überwachte Greenpeace vier Wochen lang die Kadetrinne. 192 Verstöße gegen Verhaltensregeln auf hoher See wurden dokumentiert.⁶³ Wolfgang Methling forderte seinerseits die Einführung der Lotsenpflicht und stieß damit bei der Bundesregierung nicht auf Unterstützung.⁶⁴ Mit Hilfe des Parlamentes und des Umweltausschusses in M-V wurde das Anliegen zu aktiver Landespolitik.

Inzwischen konnte ein Weitbereichsradar in Warnemünde in Betrieb genommen werden, um die Kadetrinne besser zu überwachen.

Verbessert wurde die Betonung. Durchgesetzt werden konnte eine Lotsenannahmempfehlung für Schiffe mit einem Tiefgang von mehr als 11 m (Greenpeace fordert 9 m). Die Lotsenannahmepflicht scheiterte bisher am Veto Russlands.⁶⁵ Anfang 2003 wurde ein Havariekommando in Cuxhaven in Betrieb genommen. Es soll mit einheitlichen Leitungs- und Lenkungsstrukturen im Schadensfall schnell und effizient eingreifen können.⁶⁶ Die Einrichtung von Nothäfen für havarierte Schiffe hält Wolfgang Methling für einen wichtigen weiteren Schritt.⁶⁷ Er verweist darauf, bei aller Verbesserung von Vorsorge, bei einem größeren Tankerunfall und ungünstiger Witterung sei es unmöglich, eine Katastrophe abzuwenden.⁶⁸ Methling würde Einhüllentanker am liebsten sofort verbieten, Einzeltanks sollten verkleinert werden.⁶⁹ M-V übernimmt in vielen Fällen eine Vorreiterfunktion bei der Umweltsicherheit auf der Ostsee und trug mit anderen Akteuren zusammen dazu bei, sie zu verbessern.

In der Abfallpolitik liegt die Priorität auf der Vermeidung von Müll. Der Abfall ist zuerst zu verwerten, nur der Rest zu entsorgen.⁷⁰ Die vorhergehende CDU-SPD-Koalition setzte stark auf eine Verbrennung von Abfällen. Dezentrale Strukturen und kommunale Eigenverantwortung in der Abfallbehandlung sollen jetzt gestärkt werden, alternative Abfallbehandlungsverfahren Vorfahrt erhalten. Deponiert werden darf ab Juni 2005 nur noch, was nach der mechanisch-biologischen Abfallbehandlung bzw. dem Verbrennen übrig bleibt. Beabsichtigt ist, die Abfallwirtschaft im Land zu halten und lange

⁵⁹ Die Alternative: B 96+, <http://www.forum-ruegenstralsund.de/thema/b96.htm>.

⁶⁰ BUND: Das Beispiel Rügenbücke, <http://vorort.bund.net>.

⁶¹ ARD-Magazin „Monitor“, 21.11.2002.

⁶² Landtag M-V, Drucksache 4/1613, S. 13, 25: Haushaltsplan M-V 2004/05, Epl. 06, Titel 683.21.

⁶³ Dänische Regierung führt Kadetrinnen-Überwachung von Greenpeace fort, PE von Greenpeace, 06.06.2001, <http://www.greenpeace.de>, Ostsee: Verkehrsrowdys und Geisterfahrer auf See, <http://www.greenpeace.de>.

⁶⁴ Methling, W.: Ich bin ein wissenschaftlicher Grüner, ND, 27.07.2002.

⁶⁵ PE, 25.11.2002, 06.08.2004, www.um.mv-regierung.de.

⁶⁶ PE des Bundesverkehrsministeriums, 26.11.2002, <http://www.bmv.de>.

⁶⁷ Methling, W.: im Gespräch mit Ferst, M., 29.11.2002.

⁶⁸ Methling, W.: Rede am 07.08.2000, <http://www.um.mv-regierung.de>, 22.10.2002.

⁶⁹ Methling, W.: im Gespräch mit Ferst, M., 29.11.2002, PE, 06.08.2004, <http://www.um.mv-regierung.de>.

⁷⁰ <http://www.landtagswahlen-2002.de/Bilanz/umwelt.htm>, 01.08.2002.

Transportwege zu vermeiden.⁷¹ Der Verwertungsanteil bei kommunalem Abfall konnte von 33% 1997 auf 42% 2003 gesteigert werden. In M-V wird es bald vier mechanisch-biologische Behandlungsanlagen geben, eine Müllverbrennungsanlage und nur noch vier Mülldeponien.⁷²

Wünschenswert wäre, wenn die Landesregierung sich ähnlich offensiv gegen das völlig unsichere Atom-Endlager in Gorleben engagieren würde wie gegen das Bombodrom. Es liegt sehr nah an der Landesgrenze und Kontaminationen würden vor Territorialgrenzen nicht halt machen. Deckschichten, die eigentlich die Radioaktivität für 15-20 Mill. Jahre abhalten müssen, sind teils nicht vorhanden, überdies existieren Wasserführende Schichten, die vom Endlager bis an die Oberfläche führen. Die Verpackungen halten maximal 5-10.000 Jahre.⁷³ Das Land sollte seine Bedenken gegen den ungeeigneten Standort wirksam rechtlich und politisch vorbringen.

Die Grenzen realpolitischer Umweltpolitik

Betrachtet man die rot-rote Umweltpolitik in MV seit 1998 so zeichnet sich deutlich ab, dass in vielen Bereichen versucht worden ist umweltpolitische Kompetenz zu verankern. Besonders im Verkehrsbereich an Land ist dies nicht gelungen. Würden alle Ministerien engagiert umweltpolitische Strategien auf ihrer Ebene befördern, könnte weit mehr erreicht werden. Obwohl weder der SPD noch der PDS bundespolitisch Umweltkompetenzen in größerem Umfang durch die Bevölkerung zugeschrieben werden, ist es dem PDS-Umweltminister gelungen viele ökologische Markenzeichen zu setzen.

Selbst wenn umweltpolitische Missstände in M-V allesamt korrigiert wären, keine Autobahn mehr gebaut wird, in zehn Jahren vollständig auf ökologischen Landbau umgestellt worden wäre, zu 100% solare Energie-

erzeugung existierte u. v. a., so könnte man keineswegs davon ausgehen, es wären die ökologischen Gleichgewichte dauerhaft gesichert. Würden 2050 rund zehn Mrd. Menschen auf dem Globus eine analoge Produktions- und Lebensweise anstreben, wie in M-V, so wäre der Zusammenbruch der Biosphäre programmiert. Dabei gilt der Nordosten als ein Gebiet, das im wirtschaftlichen Aufbau deutlichen Nachholbedarf hat.

Schon 1990 stellte eine Enquete-Kommission des deutschen Bundestages fest, für die Stabilisierung der CO₂-Konzentration wäre eine sofortige Reduktion der globalen CO₂-Emissionen um 50 bis 80% nötig.⁷⁴ Das Bundesumweltministerium räumt derzeit bereits ein, der Klimawandel ist nicht mehr zu verhindern, eine globale Temperaturerhöhung um mindestens 1,5 Grad nicht mehr abwendbar.⁷⁵ Bereits eine solche Entwicklung könnte völlig unkalkulierbare Folgereaktionen für die Klimaabläufe auslösen. Besonders gefährlich sind nichtlineare Prozesse, die durch die globale Erwärmung in Gang gebracht würden. Der Golfstrom kann ausfallen und eine großregionale Abkühlung um durchschnittlich 5-10 Grad Celsius über Europa tritt ein. Für M-V bedeutet das, die Ernährungsfähigkeit ist nicht mehr zu gewährleisten. Eine andere Gefahr besteht darin, dass durch den Klimawandel immer mehr in gigantischen Mengen vorhandenes Methaneis freigesetzt wird. So kommt es zu einem enormen zusätzlichen Treibhauseffekt und die Erde wird in weiten Teilen verwüstet. Wie sich wann, welche Zerstörungsprozesse miteinander verkoppeln ist kaum vorauszusehen.

Eine umfassende Schrumpfung der industriellen Infrastruktur wird ebenso notwendig sein wie eine solare Energie- und Stoffbasis. Dies nicht in einem halben Jahrhundert, sondern in kürzest möglicher Frist. Auch unmittelbar halbierte Klimagasemissionen würden das Problem nur hinauszögern und nicht etwa beseitigen. Die heutige Gesell-

⁷¹ Methling, W.: im Gespräch mit Ferst, M., 29.11.2002.

⁷² Stadler, I.: Information vom 28.04.2005.

⁷³ Ferst, M.: Atomausstieg in Deutschland – ein nach wie vor ungelöstes Problem, 2004 (siehe umfassende Informationen dazu im Kapitel zur Endlagerung).

⁷⁴ Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ des Deutschen Bundestages (Hrsg.): Schutz der Erde. Eine Bestandsaufnahme mit Vorschlägen zu einer neuen Energiepolitik, Teilband 1, Bonn, 1991, S. 183.

⁷⁵ BMU: Der Umweltreport, Berlin, 2002, S. 7.

schaft und Politik flüchtet sich selbstbetrügerisch darin, dass nachhaltiges Wirtschaftswachstum und langfristige ökologische Stabilität versöhnbar seien. Irgendwann wird dieser Irrtum vermutlich systemverwerfend aufliegen. SPD und PDS müssten sich politikstrategisch damit auseinandersetzen, dass neue Arbeitsplätze nicht mehr an ein wachsendes Wirtschaftsvolumen gekoppelt werden können. Die Politikpraxis innerhalb einer plutokratischen Herrschaftsstruktur ist nicht im Mindesten geeignet, den künftigen Generationen mehr als einen „gesellschaftlichen Scherbenhaufen“ zu hinterlassen. Daran könnte zunächst auch die intelligenteste Gesamtpolitik innerhalb der gegebenen Strukturen wenig ändern.

Rudolf Bahro verdeutlicht, unsere Verfassungen sind für das Mensch-Natur-Verhältnis weitgehend blind. Ein nachträglich wieder aus gesellschaftlichem Interesse eingesetzter Umweltminister kann dies nicht nachholen. In diesem Amt wird die Funktion ausgeübt, den Katastrophen faktisch hinterherzulaufen. Das liegt nicht an der Persönlichkeit des Umweltministers, sondern ist programmiert.⁷⁶ Freilich ließe sich damit beginnen, deutlich zu sagen, was alles nicht mehr zureicht. Das kostet kein Geld, nur den Mut unbequeme Wahrheiten beim Namen zu nennen. Klar ist: Wer zu spät kommt, den bestraft die Klimakatastrophe.

Zu empfehlen wäre, im Kontext der neu gebildeten Abteilung „Integrierter Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung“ im Umweltministerium in M-V sowie dem wissenschaftlichen Beirat angesiedelt, darüber Informationen zu sammeln und in perspektivischen Politikansätzen zu verarbeiten, mit welchem Vorgehen können die gravierendsten Schäden des in den nächsten Jahrzehnten fortschreitenden Klimawandels im Bundesland abgemildert werden? Wie lassen sich die Ökosysteme möglichst lange stabil halten gegen die zunehmenden Klimaubilden? Welche Änderungen für die Land-

und Forstwirtschaft und die Siedlungskultur sind ins Auge zu fassen?

Eine 60-seitige Untersuchung zur Umweltpolitik in M-V (2003) und eine ausführliche Fassung dieses Textes können unter www.umweltdebatte.de nachgelesen werden

Der Beitrag stammt aus dem Buch „Warum? Für Wen? Wohin? 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern in der Regierung“ S. 214-226.

⁷⁶ Bahro, R.: Es gibt keine Instanz für das Naturverhältnis. In: Alt, F., Bahro, R., Ferst, M.: Wege zur ökologischen Zeitenwende. Reformalternativen und Visionen für ein zukunftsfähiges Kultursystem, Berlin, 200, S. 13.

Zum Einfluss der PDS-Regierungsbeteiligung auf die Kommunalpolitik in Mecklenburg-Vorpommern

Soziale Politik einer Landesregierung betrachten, darf aus zweierlei Hinsicht deren Auswirkungen auf kommunale Politik nicht aussparen. Zum einen ist Kommunalpolitik im streng föderal organisierten gesellschaftlichen System der BRD Angelegenheit der Länder und zum anderen sind sowohl sozial als auch kommunal Eigenschaftswörter, deren Semantik eng miteinander verwoben ist. Konkret fassbar für die Bevölkerung wird Politik nicht zuletzt in der Lebensqualität ihres Wohnumfeldes.

Nachdem in den Vorjahren die Landtagsmitglieder der PDS in hervorragender Weise die Kommunalpolitiker, insbesondere gegen kommunenfeindliche Landesaktivitäten unterstützten, erwarteten viele Kommunalpolitiker der PDS erst recht mit dem Eintritt ihrer Partei in die Regierungskoalition 1998 in MV auf ihrem Politikfeld eine ernsthafte Wende. Hieß es doch im Parteiprogramm der PDS von 1993, dass zum Zeitpunkt des Koalitionseintritts der Partei in MV noch galt: „Die PDS tritt für kommunale Selbstverwaltung ein, wie sie vom Grundgesetz vorgesehen, aber praktisch nicht gesichert ist.“¹

Auf dieser Basis entstanden die „Mindestanforderungen der PDS an eine neue Politik in Mecklenburg-Vorpommern“² des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion als Politikangebot an den künftigen Koalitionspartner SPD im August 1998 nach den Landtagswahlen: Zur Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen wurde für diese z. B. eine Anhebung des Steueranteils auf 30 % sowie der Mittel für Investitionen auf jährlich 200 Mio. DM verlangt, die Befreiung von kommunalen Altschulden ge-

fordert und rückwirkende Geldforderungen des Landes an die Kommunen wurden abgelehnt. Grundsätzlich wurde hierbei auf eine „an den Entwicklungserfordernissen des Landes orientierte Haushalts- und Finanzpolitik“ abgezielt, die bis an die verfassungsgemäße Grenze möglicher Kreditinanspruchnahme gehen kann.

Bereits bei den Koalitionsverhandlungen wurde erkennbar, dass diese Mindestforderungen mit der SPD nicht durchzusetzen waren. Als Erfolg war jedoch für die PDS das Festschreiben einer Finanzausstattung für die Kommunen in Höhe von 2,5 Mrd. DM bis 2002 zu verbuchen. Damit waren, trotz höherer Steuereinnahmen als in der Vergangenheit, nicht die gewünschten 30% und auch nicht die unter CDU-Regierung geleistete Finanzgarantie von 2,7 Mrd. DM 1997 erreicht, aber doch für die nächsten drei Jahre eine Planungssicherheit den Kommunen gegeben.

Zur Vollständigkeit ist hinzuzufügen, dass die geforderte Investitionspauschale nur zu 37% in 1999 bzw. zu 60% in den beiden Folgejahren realisiert wurde. Ebenso waren die Altschulden wie die rückwirkenden Geldforderungen des Landes nun doch von den Kommunen aufzubringen. Und ganz diametral zu finanzpolitische PDS-Forderungen begann die rot-rote Regierung mit einer Haushaltskonsolidierung, die in der Landespartei selber sehr umstritten war. Nämlich überall dort, wo Haushaltskonsolidierung zu weniger Demokratie führt, durch sie Kommunen finanziell entmündigt und freiwillige Sozialaufgaben liquidiert werden, ist sie ganz offensichtlich ein wirkungsvolles Instrument neoliberaler Politik.

Durch die Annahme dieses Haushalts sowie aller folgenden Haushalte, mit denen es den Kommunen immer schlechter ging nicht zuletzt auch mit ihrer Zustimmung in 2000 zur so genannten Steuerreform mit deren

¹ Parteiprogramm der PDS, 1993, <http://sozialisten.de/download/dokumente/grundsatzdokumente>.

² Pressedienst: Nr. 34 vom 21.08.1998, http://sozialisten.de/politik/publikationen/pressedienerst/view_html?zid=6985&bs=1&n=2.

verheerenden Folgen haben sich die Genossen, die in den Landtag auch zur Bekämpfung kommunenfeindlicher Politik gewählt wurden, zu Mitverantwortlichen dieser Politik gemacht³. In Anlehnung an Rosa Luxemburg ist zu sagen: Mitwirkung an der finanziellen Knebelung der Kommunen „als Mittel“ zur praktischen Sicherung kommunaler Selbstverwaltung und „politische Zusammenkettung mit bürgerlichen Parteien als Mittel des Kampfes gegen“ deren Politik – „der innere Widerspruch scheint in die Augen zu springen“⁴.

Auf Grundlage des gültigen Parteiprogramms von 1993 waren in 2002 die Wünsche der PDS für ein weiteres Mitregieren in MV allgemeiner gehalten: So ging es nicht mehr um Schutz und Ausbau kommunaler Einrichtungen, sondern lediglich noch um das Widersetzen gegen den „herrschenden Geist“ und die Politik der Privatisierung öffentlichen Eigentums⁵. Aber selbst das gelang nicht, wurde doch in der Koalitionsvereinbarung 2002 unumwunden auf Privatisierung von Verwaltungsleistungen orientiert⁶. Mit allgemeinen Schlagwörtern wie Kooperation statt Eingemeindung, Erweiterung kommunaler Mitwirkungsrechte, Ausbau der finanziellen Basis kommunaler Selbstverwaltung oder Wahrung lokaler Identität gedachte die PDS nun eine „Stärkung der kommunaler Souveränität“ in den kommenden Jahren zu erreichen⁷.

Konkrete Forderungen von 1998 wurden nicht wieder aufgelegt. Damit war anschaulich Warnungen gefolgt worden, wie: „Wir sollten im Wahlkampf nur das versprechen, was wir halten können. Wir sollten vor allem Versprechen nur dann beziffern, wenn die

³ Siehe: Rosa Luxemburg: „Die badische Budgetabstimmung“, Ges. Werke, Berlin (1974) Bd. 1, 2. Halbband, S. 81.

⁴ Vgl. Rosa Luxemburg: „Die sozialistische Krise in Frankreich“, Ges. Werke, Berlin (1974) Bd. 1, 2. Halbband, S. 58.

⁵ Wahlprogramm der PDS MV, 2002, <http://www.pdsmv.de/Parteitage/7.LPT/3.Tagung/Parteitag.htm>.

⁶ Koalitionsabkommen (KOA) 2002, <http://www.pdsmv.de/download.htm>.

⁷ Wahlprogramm der PDS MV, 2002, <http://www.pdsmv.de/Parteitage/7.LPT/3.Tagung/Parteitag.htm>.

Einhaltung in unserer Macht liegt“⁸. Das ist wohl eine korrekte Haltung, zeigt aber zugleich, wie gering die Landesführung der PDS Möglichkeiten und künftige Macht einschätzte. So passte sich das Anforderungsniveau in diesem Bereich immer mehr dem „herrschenden Geist“ an.

Positiv zunächst für die Kommunen das Festhalten der PDS an der Mindestfinanzgarantie, allerdings mit dem Unterschied zu 1999, sie nun wie alle Koalitionsvereinbarungen 2002 unter Finanzierungsvorbehalt zu stellen. Doch bereits ein Jahr später erklärten die Koalitionspartner das Aufgeben dieser Garantie.

Die Situation für die Kommunen wurde von Jahr zu Jahr sozialistischer Regierungsmitverantwortung in MV schwieriger: Regressive Investitionsquoten, verschwindend geringe Anzahl von Gemeinden mit einem freien Finanzspielraum, Zunahme der Verschuldung bis 2004 um 14 %, eine Verdoppelung von Kassenkrediten von 2004 zu 2005 zur Finanzierung konsumtiver Ausgaben.

Die konträren Positionen von Land und Kommunen wurden u. a. ebenfalls deutlich in der Auseinandersetzung um die von den Gemeinden zu erbringende Kreisumlage, die ihre Ausgleichsfunktion längst verloren hat und in den letzten Jahren in dem Maße angestiegen ist, wie sich die Sozialausgaben der Landkreise erhöhten. Insgesamt stieg im Durchschnitt des Landes die Kreisumlage um 16 % und erreichte damit den gleichen Zuwachs wie in der Zeit von 1994 bis 1998, als die PDS nicht in Regierungsverantwortung stand. Jedoch mit dem Unterschied, dass inzwischen die Kommunen wesentlich ärmer und die absoluten Beträge erheblich höher geworden waren.

Ein besonderer Schauplatz kommunalpolitischer Auseinandersetzung in Mecklenburg-Vorpommern und in der Landes-PDS ist das Ringen um eine geeignete Umsetzung der seit 2002 angestrebten Funktional- und Kreisgebietsreform im Land.

Auf einem außerordentlichen Landesparteitag wurde die voreilige Festlegung einer

⁸ Das Land braucht einen neuen Aufbruch http://sozialisten.de/politik/publikationen/pressedi-entst/view_html?

Kreiszahl abgelehnt und gefordert: „...diese Frage solange offen zu halten, bis durch Variantenvergleiche untersetzte Aussagen zur Aufgabenverteilung (auch zwischen Kreis- und Gemeinde- bzw. Amtsverwaltung), zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und zur Erhöhung der Effizienz sowie Kostenersparnis eine begründete Entscheidung ermöglichen.“⁹ Viele dieser durchaus notwendigen Voraussetzungen für sachgerechte Entscheidungen liegen auch heute noch nicht vor. Trotzdem hat sich inzwischen die PDS auf einem so genannten „Kleinen Parteitag“ 2004 für ein 5-Kreise-Modell entschieden und sich in dieser Frage uneingeschränkt auf die SPD-Linie festlegen lassen. Im Ergebnis stellte die Landesarbeitsgemeinschaft Verwaltungsreform ihre von der Landesführung der Partei offensichtlich nicht gewollte Tätigkeit ein¹⁰.

Es lässt sich bei dieser Verfahrensweise der Eindruck nicht verwehren, dass es der Führung der Landespartei der PDS mehr auf die Treue der Partei zur Landesregierung - denn zu sozialistischen Prinzipien ankommt. Und noch einmal Rosa Luxemburg folgend haben die PDS-Minister augenscheinlich „die Ministerkrise zum Damoklesschwert für sich gemacht, mit dem das Kabinett jederzeit ihre Nachgiebigkeit erzwingen kann“¹¹.

Ohne spezifische Untersuchungen geführt zu haben wird die These vertreten, dass gerade die von der Landesregierung verfolgte Kommunalpolitik durchaus auch das Wahlverhalten in MV teilweise mit geprägt hat. Sehr früh wurde klar, dass mit dem Eintritt der PDS in die Regierung erhoffte Erwartungen nicht verwirklicht werden würden. So verlor die PDS bei den Kommunalwahlen 1999 bei steigender Zahl der Wahlberechtigten im Land zu 1994 über 26 % sowie 2004 zu 1999 nochmals fast 19 % der Stimmen. Die unmittelbare Quittung hierfür erhielt sie bereits 2002 als bei den Land-

tagswahlen, als die PDS acht Prozentpunkte zu 1998 verlor und mit lediglich 16,4 % und 13 Landtagssitzen einen erneuten Regierungsauftrag zu erkennen meinte.

Doch ein halbes Jahr später schon beklagte die Fraktionsführung indirekt, dass sozialistische Politikansätze zu gestalten ob der vielen neoliberalen Zwänge gar nicht möglich ist, da „Wir ... eben doch im Kapitalismus (leben)“¹² und forderte „...eine Politik, die eigene Gestaltungsmöglichkeiten entwickelt und für das Land nutzt.“¹³. Es gab also keine eigenen Gestaltungsmöglichkeiten!

Das lassen die gegenwärtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in der BRD im Allgemeinen und in MV im Besondern auch kaum zu: Sinkende Staatseinnahmen, defizitäre Sozialbudgets infolge verfehlter Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik einerseits und dazu Mecklenburg-Vorpommern als eines der ärmsten und strukturschwächsten Länder andererseits.

Das heißt, ein Politikwechsel ist nur möglich bei veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Unter den derzeitigen neoliberalen Verhältnissen konnte es einfach nicht gelingen, dass die programmatischen Ziele der Landes-PDS auf kommunaler Ebene nicht mehr als nur ansatzweise oder vorübergehend bzw. überhaupt verwirklicht werden konnten. Es war ihr objektiv nicht möglich, einen grundlegenden Konsolidierungsprozess kommunaler Haushalte einzuleiten und zum Aufbau einer echten kommunalen Selbstverwaltung beizutragen. Unter den gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen sind Demokratie- und Sozialabbau durch eine Regierungsbeteiligung der PDS in einem Bundesland nicht aufzuhalten.

DDR-Zeiten oder heute in der BRD – als Credo: Zur Demokratie gehört eine Forschung, die Ungerechtigkeiten aufdeckt. Er drückte es in seiner unnachahmlichen Art nach Shakespeare so aus: „The proof of the pudding is the eating.“

⁹ Für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und eine effizientere Verwaltung im Land, <http://www.pdsmv.de/Parteitage/8.LPT/Sondertagung/Beschluss-Reform.pdf>.

¹⁰ Siehe: LAG Verwaltungsreform: Kurzprotokoll v. 12.05.2004.

¹¹ Rosa Luxemburg: „Die sozialistische Krise in Frankreich“. In: Werke, Berlin (1974), Bd. 1, 2. Halbband, S. 34.

¹² Sondersitzung des LT am 19. Februar 2003, <http://www.pds-im-landtag-mv.de/Debatte/2003/02-R1.htm>,

¹³ Ebd.

Michael Brie/Rolf Reißig

Restriktionen und Optionen linkssozialistischer Politik in Regierungsverantwortung. Das Beispiel Berlin

*„Wanderer, es gibt keinen Weg,
den Weg bahnt man sich beim Gehen.“
Antonio Machado*

1. Zur Einordnung

Im Unterschied zu den meisten anderen west- sowie nordeuropäischen Ländern galt für die Geschichte der Bundesrepublik linkssozialistische Partei und Politik in Regierungsverantwortung als unvorstellbar. Eine einflussreichere sozialistische Partei links von der Sozialdemokratie gab es nicht. Linksregierungen schienen kein Thema.

Erst mit der Entwicklung der PDS nach 1989/90 (unabhängig davon, ob sie eine linkssozialistische Partei ist) wurde das bislang Unvorstellbare auch in Deutschland auf die politische Agenda gesetzt. Und das sorgte für Aufregung. Vor allem natürlich im konservativen Lager. Doch auch die SPD fasste alsbald einen „Unvereinbarkeitsbeschluss“, der Zusammenarbeit und Koalitionen mit der PDS ausschloss. Nichtsdestotrotz kam es zum „Magdeburger Tolerierungsmodell“ (1994-2002) und in Mecklenburg-Vorpommern (seit 1998) zur ersten PDS-Regierungsbeteiligung auf Landesebene. Ende 2001 wurde gar in der Hauptstadt Berlin mit ihrer Ost-West-Dimension ein roter Senat gebildet.¹

Aufregungen und kontroverse Diskussionen über die PDS-Regierungsbeteiligung waren seitdem mehr im pluralen linken Spektrum zu verzeichnen. Das freilich konnte weniger überraschen. Denn linkssozialistische Politik

in Regierungsverantwortung ist kein Bewegen auf eingefahrenen Gleisen, sondern das Beschreiten von Neuland. Und das ohne größere Erfahrungen, ohne ausreichenden konzeptionellen Vorlauf und ohne die Möglichkeit, auf bewährte und tragfähige Projekte und Instrumente zur Gestaltung und Veränderung der Gesellschaft zurückgreifen zu können. Keine Frage – linke Politik in Regierungsverantwortung ist ein konflikthafte und ambivalentes Projekt. Statt der abstrakten *Ob-* musste nun eine praxisbezogene *Wie-*Debatte geführt werden.

Was hier also abläuft ist ein einmaliger gesellschaftlicher Test, für die PDS und ihre Politik, aber auch für die gesamte Linke und nicht zuletzt für die politische Öffentlichkeit und politische Kultur der Bundesrepublik. In diesem Sinne ist linkssozialistische Partei und Politik in Regierungsverantwortung auch ein Projekt strategischen Lernens, ein Prüfstein der Fähigkeit der PDS und der demokratischen Linken zum Organisationslernen als Erfahrungslernen. Der notwendige kollektive Lernprozess verträgt sich nicht mit feststehenden und nicht zu hinterfragenden Gewissheiten, sondern erfordert auf allen Seiten Offenheit, kritische Prüfung der Ergebnisse und Erfahrungen linker Regierungsbeteiligung und die Fähigkeit zur Kurskorrektur.

Wenn man nicht jede Beteiligung linker Parteien an der Ausübung von Regierungsmacht prinzipiell ablehnt, weil sie zur Stabilisierung des Kapitalismus, zur Integration linker Kräfte in die herrschenden Eliten, zur Schwächung solidarisch-emanzipativer Kräfte

¹ Zu den Ergebnissen einer Studie zur PDS in Regierungsverantwortung am Beispiel Berlins siehe auch Rolf Reißig: *Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand*. Berlin, Dietz Verlag 2005.

te insgesamt beitrage, dann muss vor allem gefragt werden, unter welchen Bedingungen diese Beteiligung erfolgt. Die heutige Grundbedingung ist die globale Hegemonie des Neoliberalismus und die enorme ökonomische, kulturelle, politische und militärische Übermacht der Kräfte des Neoliberalismus, des Imperialismus und Militarismus. Die harte politische Frage ist, ob unter diesen Bedingungen und aus diesen Bedingungen heraus originär linke Politik in Regierungsverantwortung auf regionaler und Länderebene überhaupt möglich ist und, wenn ja, welchen Charakter sie tragen müsste.

Diese Hegemonie des Neoliberalismus ist kein Abstraktum, sondern ergibt sich aus einer konkreten Veränderung des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik, neuer Kräfteverhältnisse und Einstellungen der wichtigsten gesellschaftlichen Klassen und Gruppen. Regionen sind in eine direkte globale Standortkonkurrenz gezwungen, die nicht mehr national durch eine makroökonomische Keynesianische Globalsteuerung ausgeglichen wird. Die monetaristische und angebotsorientierte Politik der Europäischen Union im Rahmen der Eurozone und der Bundespolitik haben eine Wachstumsschwäche, sinkende Binnennachfrage und eine Senkung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte nach sich gezogen. Diese Tendenzen haben sich in Berlin auch nach Bildung der rot-roten Koalition deutlich verstärkt.

2. Regierungsbeteiligung als neue Herausforderung

Das Zustandekommen von Rot-Rot in Berlin war die Folge des Zusammenbruchs des Westberliner Politikmodells und die Folge der Legitimationskrise des Regierungsprojekts der Großen Koalition. Die fast ungebrochen seit 1990 wirkende Große Koalition in Berlin hatte zum einen das auf der Zufuhr von Bundeszuschüssen basierende Modell einer subventionierten Regionalentwicklung auch dann noch fortgesetzt, als diese Subventionen wegbrachen – immer mit der Illusion begründet, dass in Folge der Hauptstadtfunction ein starkes Wachstum zu erwarten sei. Zweitens verstärkten sich unter dem Druck der knapper werdenden Mittel parasitäre und spekulative Tendenzen, wurden Patronage-Klientelbeziehungen ins-

besondere im Komplex von Landesbank und regionaler Bauwirtschaft ausgebaut. Drittens erforderten die regionalen korporatistischen Strukturen ihren Preis und wurden sogar teilweise noch auf Ostberlin ausgedehnt. Der unvermeidliche Umbauprozess der regionalen wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, der städtischen Dienstleistungen und des öffentlichen Dienstes wurde im Interesse kurzfristiger Machtsicherung der großen Parteien und der mit ihnen verbundenen alten regionalen Eliten hinausgeschoben und eine massive, am Ende nicht mehr kontrollierte Verschuldung sowie spekulative Blase von Immobilieninvestitionen in Kauf genommen. Die gleichzeitige Umstellung auf neoliberale Politikelemente in anderen Bereichen verstärkte die Krise nur und beförderte noch das Wegbrechen der regionalen Wirtschaft und der öffentlichen Einnahmen. Mit der endgültigen Aufzehrung dieser Ressourcen brach das gesamte Regierungsprojekt zusammen. Auslöser war die Krise der Berliner Landesbank. Sie machte die Krise des subventionierten parasitär-klientelistischen und hoch bürokratisierten Westberliner Modells von Regionalpolitik und ihrer Verbindung mit Elementen des Neoliberalismus offensichtlich. Es war eine Krise eines neoliberalen Modells regionaler Entwicklung unter dem Primat von Klientelismus und Immobilismus derjenigen Strukturen, die die Basis der regionalen Eliten bildeten. Wesentliche endogene Entwicklungsressourcen wurden untergraben und das Land in eine aus eigener Kraft unlösbare Haushaltskrise gestürzt. Es kam zu einer Krise der Effizienz, der Legitimation und der sozialen Basis dieser Politik. Sie erschien als ungerecht und undemokratisch.

Für die PDS Berlin ergaben sich mit der Regierungsbeteiligung zwei grundlegende Herausforderungen. Zum einen: Ist sie tatsächlich koalitions- und regierungsfähig und in der Lage, in Berlin wieder eine handlungsfähige und demokratisch legitimierte Regierung mitzubegründen. Und – findet dies in einer Öffentlichkeit Akzeptanz, die eine Regierungsbeteiligung der PDS bislang mehrheitlich (v. a. in Westberlin) ablehnte? Zum anderen: Kann verhindert werden, dass das in die Krise geratene Projekt in Berlin lediglich mit anderen Mitteln fortgesetzt wird.

Positiv formuliert - gelingt tatsächlich ein Kurs- und Politikwechsel, eine andere als die dominierende neoliberale Politik? Leistet die PDS dafür einen eigenständigen und in der Gesellschaft anerkannten Beitrag?

Die wenigen europäischen Erfahrungen der 90er Jahre – Frankreich, Italien, Schweden, Spanien – sind sehr gemischt, oft ernüchternd. Trotz manch neuer sozialer und demokratischer Ansätze in der Politik – ein wirklicher Bruch mit dem Neoliberalismus gelang nirgendwo.

Aus dieser Krise ergaben und ergeben sich zwei alternative Entwicklungspfade: Zum einen kann das gleiche neoliberale Projekt mit anderen Mitteln fortgesetzt werden. Dies kann bedeuten, es von seiner Bindung an besonders klientelistische Gruppen zu lösen (insbesondere die Verschmelzung von Landesbank und Bauwirtschaft sowie bestimmten Politikergruppen), durch eine Mischung von Erpressung und Einbindung die Blockierung des neoliberalen Projekts durch gesellschaftliche Kerngruppen zu überwinden (siehe Einbindung von Gewerkschaften in Agenda 2010 in Deutschland), Formen der repressiven Unter- und Einordnung marginalisierter Gruppen der Gesellschaft (Hartz IV als Mischung von Absenkung bzw. Streichung sozialer Anrechte und Übergang zu Arbeitszwang im Niedriglohnsektor). Dies ist die Strategie der gemäßigten Linken (der Sozialdemokratie) in den meisten Staaten der EU. Sie erscheint gegenüber einem parasitär-klientelistischen Neoliberalismus als Modernisierung, führt aber nicht aus der allgemeinen Wachstumsschwäche, sozialen Desintegration und autoritären Steuerung heraus. Sie schafft bestenfalls bessere Bedingungen für einen kleineren Teil der regionalen Eliten und Mittelschichten.

Die andere Strategie wäre die der Nutzung der Krise des neoliberalen Projekts (in beiden Formen), um den durch den Neoliberalismus eingeschlagenen Entwicklungspfad in Richtung eines Entwicklungspfads solidarisch-emanzipativer Transformation zu verlassen.

Die Krise des Neoliberalismus in seiner konkreten Form eines Regierungsprojekts schafft dafür aber keinesfalls die unmittelbaren Voraussetzungen. Sie müssen erst entstehen bzw. geschaffen werden. Ein

unmittelbarer Ausstieg aus dem Neoliberalismus ist auch national unmöglich. Schärfer noch stellt sich die Frage, welche Bedingungen und Elemente eines Ausstiegs regional überhaupt geschaffen werden können und in welchen Zeitrahmen.

3. Eine Zwischenbilanz

Auch und besonders die Entwicklung in Berlin seit Bildung der rot-roten Landesregierung Ende 2001 zeigt: Rot-rote Regierungspolitik hat es mit Rahmenbedingungen zu tun, die der Neoliberalismus auf Dauer gestellt hat. Schnelle Veränderungen insbesondere in den Bereichen Haushalts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik sind deshalb nicht möglich. Zumal die Handlungsräume der Länder sowohl durch den Bund und dessen Politik als auch durch die EU eingeschränkt sind. Der politische Steuerungsbedarf ist enorm, die Steuerungsmöglichkeiten eher gering.

Die PDS Berlin hat unter diesen Umständen gerade in den ersten Jahren ihrer Regierungsbeteiligung Lehrgeld zahlen müssen, Federn gelassen, auch weil sie auf Regierungsverantwortung unter Bedingungen des Neoliberalismus und der akuten Haushaltskrise in Berlin nicht ausreichend vorbereitet war. Der PDS fehlte außerdem ein klares Gestaltungskonzept. Viele der von Finanzsenator Sarrazin geforderten Einschnitte (bei Wissenschaft, Forschung, Sozialem, Kultur) konnte sie nur abmildern und sie hat manches mitgetragen, was sie sich in der Opposition nicht vorstellen mochte. Sie geriet in beträchtlichem Maße unter den Primat der Haushaltskonsolidierung, die sich weniger als Gestaltung und Investition in die Zukunftspotenziale der Stadt als vielmehr durch einseitige Kürzung der Ausgaben vollzog. Durch die Verschärfung der neoliberalen Orientierung der Bundespolitik im Zusammenhang mit der Agenda 2010 kam es zu weiteren Einbrüchen bei den öffentlichen Einnahmen (allein die Steuerreform kostete Berlin 400 Millionen Euro an Einnahmen) und den Zuschüssen für eine aktive Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Die sinkende Binnennachfrage schwächte vor allem die regionale Wirtschaft, während eine Reihe von exportorientierten Regionen Westdeutschlands davon profitierte.

Sie reagierte mehr als sie agierte. Sie war nicht in der Lage, das breite soziale und politische Bündnis, das ihr zu einem so herausragenden Wahlergebnis verholfen hatte, in eine dauerhafte politische Kraft und Basis einer eigenständigen Politik zu verwandeln. Ihre primäre Orientierung war auf die Koalition mit dem Regierungspartner SPD und nicht auf die Mobilisierung der Zivilgesellschaft gerichtet. Erst im Rahmen eines Lernprozesses wurde dem außerparlamentarischen Wirken stärkeres Gewicht gegeben, nahmen führende Landespolitiker an Demonstrationen gegen Hartz IV und andere antisoziale Reformmaßnahmen teil. Die PDS verlor in den ersten Jahren der Regierungsbeteiligung im beträchtlichen Maße die Deutungshoheit über die eigene Politik und produzierte bei den Betroffenen, den Wählern und ihren Mitgliedern viel Enttäuschung, die ganz andere Erwartungen mit „linker“ Regierungspolitik verbanden.

Ein Grundproblem linker Regierungspolitik, so zeigen auch Erfahrungen in Brasilien oder Südafrika, ist die Gefahr der Demobilisierung der linken, sozial- und demokratieorientierten Zivilgesellschaft bzw. sogar ihre Verwandlung in Gegner des linken Regierungsprojekts. Während die neoliberalen Projekte in ihrer klientelistischen bzw. offenen Variante über eindeutige und sehr handlungsfähige und einflussstarke Unterstützerguppen verfügen, gilt dies nicht für Versuche des Ausstiegs aus dem Neoliberalismus. Einer der Gründe dafür ist, wie auch die Berliner Erfahrungen zeigen, dass ein solcher Ausstieg auch Kernbelegschaften im öffentlichen Dienst vor die Notwendigkeit von Umbauprozessen stellt, auf die sie und die Gewerkschaften oft nicht vorbereitet sind. Kurzfristige soziale Gewinne können diese großen sozialen Gruppen nicht erwarten.

Doch müssen auch erfolgreiche Interventionen in den Blick genommen werden:

- Es ist Rot-Rot in Berlin gelungen, den Bruch mit den besonders parasitären Formen der Politik der Vorgängerregierung – gekennzeichnet durch Metropoleuphorie und immer weiterer Verschuldung, durch Filz und Korruption – zu vollziehen. Die rot-rote Regierung hat damit wieder einen realistischen Blick in

die Zukunft der Stadt ermöglicht. Die PDS hat hierzu einen wichtigen und inzwischen anerkannten Beitrag geleistet.

- Die PDS hat sich der neoliberalen Privatisierungseuphorie und -strategie entgegen gestellt, ohne schon eine kohärente und überzeugende Strategie der Wahrung und Entwicklung der öffentlichen Güter, des öffentlichen Eigentums präsentiert zu haben. Sie spricht sich für den Erhalt der für die Daseinsfürsorge wichtigen öffentlichen Unternehmen aus, darunter für Vivantes, dem größten öffentlichen Krankenhausunternehmen Europas, ebenso für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), die Berliner Stadtreinigung (BSR) und die Messe. Sie hat sich stark gemacht für die Transparenz dieser öffentlichen Unternehmen und die Einführung eines neuen Controlling Systems des Landesparlaments.
- Die PDS hat die soziale Frage erstmals wieder im Senat ernsthaft thematisiert und auf die Agenda gebracht (Sozialstrukturatlas, Armutsbericht, Bildung des Senatsausschusses „Soziale Stadt“, Verstärkung und Erweiterung des Quartiermanagements in sozialen Brennpunkten). Die intakte soziokulturelle Infrastruktur, die den Vergleich mit anderen Metropolen nicht zu scheuen braucht, konnte im Wesentlichen erhalten werden. Alles in allem wurde – trotz der Haushaltsnotlage – gerade durch das Engagement der PDS eine Politik sozialer Balance gewahrt.
- Die Koalition hat alle wichtigen wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen der Ost-West-Stadt gesichert und keine Oper, keine Universität, keine Hochschule, kein Theater geschlossen. Die PDS hat gerade in den Ressorts, die sie leitet, Strukturreformen begonnen, um die Zukunftspotenziale der Stadt zu fördern: Reform der institutionellen Wirtschaftsförderung (u. a. Bildung einer Zentralen Anlauf- und Koordinierungsstelle für Unternehmen [ZAK], Gründung der Investitionsbank Berlin [IBB] als zentrale Förderinstitution besonders für die kleinen und mittleren Unternehmen), Stärkung der endogenen Wirtschaftspotenziale, statt der prophezeiten vehe-

menten Abwanderung der Wirtschaft bei einem PDS-geführten Wirtschaftsressort haben sich seit Bildung des rot-roten Senats über 200 Unternehmen für Berlin entschieden und sich hier angesiedelt, Förderung von Genossenschaften; Reform der Universitätsmedizin ohne Preisgabe eines Standortes, Bildung der „Stiftung Oper“, Aushandlung des Hauptstadt-Kulturvertrages mit dem Bund, Erarbeitung der Hochschulverträge mit festem Etat und Planungssicherheit bis zum Jahre 2009.

- Es ist in Berlin gelungen, dem für den Bund typischen Prozess des Abbaus von Demokratie zu begegnen (u. a. Abschaffung der Schleierfahndung, Polizei-strukturereform) und Elemente partizipativer Demokratie zu fördern (Bürgerämter, erstmals Bürgerhaushalte, weit reichende Modelle direkter Demokratie auf Bezirksebene u. a. Bürgerentscheide mit einem Beteiligungsquorum von 15 Prozent, Herabsetzung des bezirklichen aktiven Wahlalters auf 16 Jahre). Allerdings hat es die PDS bislang nicht vermocht, den hier praktizierten Politikansatz direkter kommunaler Demokratie öffentlichkeitswirksam in die gesamt-städtische Diskussion zu bringen und als Einstiegsprojekt für die Stärkung von zivilgesellschaftlicher Gestaltungsmacht auf Länderebene zu nutzen. Gleichzeitig wurden verstärkt Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und die verschiedenen Formen von Diskriminierung eingeleitet. Flüchtlinge und Asylbewerber erhalten wieder Geld für ihren Lebensunterhalt statt der diskriminierenden Chipkarte. Flüchtlinge werden in Wohnungen statt in Wohnheimen untergebracht.

Durch ein breites gesellschaftliches Bündnis wurde der Aufmarsch der Neonazis am 8. Mai verhindert. Unter Rot-Rot hat sich das politische Klima in Berlin und das Bild des Auslands von Berlin spürbar positiv gewandelt.

Berlin ist damit kein sozialer Leuchtturm innerhalb einer neoliberalen Umstrukturierung der Bundesrepublik. Aber der Versuch, diesem Trend zu begegnen und eigene soziale und demokratische Akzente zu setzen,

ist vorhanden. Da mit der Haushaltsnotlage und dem Urteil des Berliner Verfassungsgerichts, das dem Senat ein „Sanierungsprogramm“ auferlegt, das Tor für eine neoliberale Offensive im Lande weit geöffnet ist, ist das nicht gering zu schätzen. Die erste Hälfte der Legislaturperiode war vielfach noch durch Aufräumarbeit gekennzeichnet. Die Koalition erschien vor allem in den ersten Jahren in der Öffentlichkeit mehr als Streich-, denn als Gestaltungscoalition. Noch ist nicht entschieden, ob die rot-rote Regierungspolitik nur eine korrigierte Version eines regionalen Neoliberalismus einleitet, in dem Momente des sozialen Ausgleichs und demokratischer Partizipation einen höheren Stellenwert haben als in anderen Bundesländern, oder ob daraus ein wirklicher Einstieg in eine andere Entwicklung werden kann.

4. Weiterführende Reformstrategie

Notwendig ist eine weiterführende Reformstrategie und -politik. Das erfordert u. E.:

Erstens das Kenntlichmachen und die Kommunizierung einer leitenden Idee, die der Politik der Koalition und der PDS in der Koalition zugrunde liegt und die eine tragfähige Perspektive für die Stadt und ihre BürgerInnen bietet. Nur wer glaubwürdig vermitteln kann, wohin die Entwicklung geht, wird Zustimmung für die „Mühen der Ebenen“ finden können. Dazu bedürfte es auch einer gesellschaftlichen Hauptstadtdebatte, in der die Frage der Zukunft der Stadt und der Region in den Mittelpunkt gerückt wird. Eine überzeugende Antwort auf die Frage der „Zukunft“ gewinnt angesichts der „Scheidewegsituation“ generell für die Linke wieder an Bedeutung. Hier könnte sich die PDS als kreativer Ideengeber profilieren.

Zweitens braucht die PDS – gerade als kleinerer Koalitionspartner – vor allem aber eigene, zentrale politische Projekte. Diese sollten sie als moderne politische Kraft ausweisen, milieuverträglich sein, in einer Wahlperiode umsetzbar sein und gute Wahlkampfpräsentationen ermöglichen. Oder anders formuliert: Solche Projekte müssen vorzeigbar, kommunizierbar, abrechenbar sein. Inhaltlich wird es u. E. um Projekte gehen müssen, die sich gruppieren: (a) um die „Soziale Gestaltung der Stadt“,

(b) um die „Erschließung der regionalen wirtschaftlichen Ressourcen und ihrer Verknüpfung mit dem besonders zukunftssträchtigen Wissenschafts-, Kultur- und Gesundheitsstandort Berlin“ und (c) um „Neue Formen der Bürgerbeteiligung“.

Entscheidend ist der langfristige (Wieder-) Aufbau einer starken regionalen Wirtschaft, der die Potentiale von Wissenschaft und Forschung gerade für die kleinen und mittleren Unternehmen nutzt und in der die öffentlichen Betriebe einen zentralen Platz haben.

Für eine Wiederwahl der PDS genügt es nicht, als Regierungspartei „nur“ Schlimmeres verhindert zu haben. Wähler wollen wissen, *wofür* die PDS in Regierungsverantwortung tatsächlich steht, was sie, u. U. auch im Widerspruch zum Koalitionspartner, im Interesse der Bürger praktisch durchgesetzt hat.

Drittens geht es um einen neuen, emanzipativen Politik- und Kommunikationsstil, der den Leitsatz „Betroffene beteiligen“ weiter entwickelt. Ein Politikstil, der hier mit kooperativ, offen, dialogisch, d. h. vor allem der zivilen Gesellschaft zugewandt, beschrieben sein soll. Auf jeden Fall fängt eine andere Politik mit einem anderen Politikstil an, der auch von den Bürgern angenommen und honoriert wird. Dazu gehört ebenso das selbstbewusstere Auftreten der SenatorInnen in der Öffentlichkeit, nicht zuletzt auch im Verhältnis zum Koalitionspartner SPD. Vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Koalition verlangt zugleich die Sicherung der strategischen Unabhängigkeit der linkssozialistischen Partei als Bestandteil einer sich neu formierenden demokratischen Linken in Deutschland. Nur dann, wenn es gelingt stabile gesellschaftliche Bündnisse zu schließen, die in der Lage sind, die regionalen politischen Kräfteverhältnisse zugunsten einer neuen Ausrichtung der regionalen Entwicklung zu verändern und in die bundespolitischen Auseinandersetzungen einzubringen, wird es möglich sein, linke Regierungen auf Dauer zu stellen. Dies aber ist bisher nicht gelungen. Die Machtbasis der rot-roten Regierung und der PDS im Besonderen konnte nicht wesentlich ausgebaut werden und ist teilweise sogar geschrumpft.

Die Ursachen hierfür sind in der jahrzehntelang gespaltenen Ost-West-Stadt sicher vielschichtig. Sie müssen sowohl in der Überwindung des Antikommunismus gesehen werden, der sie zunächst vor die Aufgabe stellte, sich mit Vorurteilen von Demokratie- und Regierungsunfähigkeit auseinanderzusetzen und in deren Konsequenz zunächst jede Koalition mit der PDS ausgeschlossen wurde, als auch in Auseinandersetzung mit dem Erbe einer zersplitterten oder in Abhängigkeit agierenden Westberliner Linken.

Vor allem jedoch müssen die Ursachen einer mangelnden Machtbasis in der Entwicklung der PDS selbst gesehen werden. Die Anfang der 90er Jahre beschriebene kommunale und regionale Verankerung ist weniger durch das Agieren der PDS in der Regierung als viel mehr durch das sich schließende Zeitfenster der PDS eingeschränkt: 60 % der PDS-Mitglieder sind über 65 Jahre, d.h. der Kreis der Aktiven und damit auch die Potenziale aktiver Basisarbeit und deren gesellschaftliche Vernetzung nehmen ab und können bislang nicht durch neu eingetretene Mitglieder, die sich auf kommunaler Ebene kontinuierlich in die Arbeit von Vereinen und Organisationen einbringen, kompensiert werden. Zugleich ist die Tatsache, dass nur 13 % der Mitglieder der PDS erwerbstätig sind, mit einem spezifischen Blick auf und Reflektion von Gesellschaft verbunden, die nicht mehr aus der Position des eigenen aktiven Engagements formuliert werden. Der entwickelten Fachkompetenz parlamentarischer Arbeit der Berliner PDS steht die gleichzeitige, strukturelle Schwächung ihrer Mitgliedschaft gegenüber, die mit einer sich lösenden gesellschaftlichen Bindung einhergeht und letztlich auch ihre außerparlamentarische Arbeit trifft. Das gilt sowohl für die Bezirks- als auch Landesebene. D.h. linke Politik in Regierungsverantwortung als Lernprojekt zu begreifen, muss auch die Ungleichzeitigkeiten in den Erfahrungsräumen der PDS-Mitgliedschaft berücksichtigen und Strategien entwickeln, dem Übergewicht bzw. der zivilgesellschaftlicher Abkopplung parlamentarischer Arbeit vor allem durch eine gesellschaftliche Verankerung der Partei entgegenzuwirken.

Die Folgewirkungen

Für die Bewertung der Regierungsbeteiligung reicht es nicht aus, allein Gewinne und Verluste gegen einander aufzurechnen. Denn Regierungsbeteiligung unter den genannten komplizierten Bedingungen ist *immer* Ausdruck von Ambivalenzen und Widersprüchen, ist immer ein Spannungsverhältnis. Man muss deshalb schon die längerfristigen Folgewirkungen linker Regierungen oder linkssozialistischer Regierungsbeteiligung in den Blick nehmen, und zwar die beabsichtigten wie die unbeabsichtigten. Am Fall Berlin wurde das auf vier Ebenen untersucht, die hier nur kurz skizziert werden können:

Erstens die Folgen für das *Land*, gemessen am Indikator „Kurs- und Politikwechsel“. Hier zeigt sich: Die Koalition hat im Vergleich zur CDU-SPD-Vorgängerregierung einen Kurs- und Richtungswechsel eingeleitet. Es wurde vor allem mit der klientelistischen und parasitären Form von regionaler Entwicklung gebrochen und Kurs auf die Stärkung endogener Wachstumskräfte genommen. Zugleich konnte der neoliberale Durchmarsch in Berlin zwar nicht aufgehalten, jedoch eingegrenzt werden. Der „große“ Politikwechsel, den die Anhänger erhofften, ist bislang jedoch noch nicht eingetreten. Ein gesellschaftliches Umsteuern gar hin zu einer neuen Entwicklungslogik, zu einem neuen Entwicklungspfad ist noch nicht in Sicht. Wenn dies auch auf regionaler Ebene schwer realisierbar ist, bleibt es aber eine Herausforderung und muss nun stärker ins Blickfeld der PDS rücken. Das erfordert generell die Ausarbeitung und Praktizierung einer modernen, linkssozialistischen Reformpolitik.

Zweitens die Folgen für die *zivile Gesellschaft* und ihre *Akteure*, gemessen an den Indikatoren „Politische Öffentlichkeit“ und „Bürgerpartizipation“. Hier zeigt sich: Mit dem Koalitionswechsel ist ein Wandel im politischen Klima der Stadt eingetreten. Auch hat die Bürgerbeteiligung, besonders in den Bezirken, zugenommen. Ein neuer gesellschaftlicher Hauptstadtdiskurs kam jedoch nicht zustande und eine neue politische Öffentlichkeit ist nur in ersten Ansätzen zu erkennen. Ein breites und stabiles gesellschaftliches Bündnis, das dauerhaft

zum Träger eines alternativen Entwicklungspfad werden könnte, wurde nicht geschaffen.

Drittens die Folgen für die *rot-rote Koalition*, gemessen am Indikator „Akzeptanz“. Hier zeigt sich: Es gibt in der Stadt eine allgemeine Grundakzeptanz der SPD-PDS-Koalition. Dies war bis vor kurzem in der geteilten Ost-West-Stadt unvorstellbar. Gestritten wird heute nicht mehr zuerst darüber, ob eine solche Koalition in der Hauptstadt überhaupt eine Berechtigung habe, sondern wie sie Politik betreibt. Da jedoch hat sich in der Stadt ein beträchtliches Konfliktpotenzial entwickelt und die Zufriedenheit in der Bevölkerung mit der Politik des rot-roten Senats war nach 2001 rückläufig. Eine Tendenz, die bis heute anhält. Der Senat hat diesen Akzeptanzverlust nie ernsthaft untersucht. Dies ist auch dann kaum nachvollziehbar, wenn die Opposition – wie in Berlin – keine besseren Werte als die Regierung erhält und anders als im Bund in Berlin keine Wechselstimmung zu Schwarz-Gelb dominiert.

Viertens die Folgen für die *PDS*, gemessen an den Indikatoren „Politik- und Handlungsfähigkeit“ sowie „Positionen im Wettbewerb der Landesparteien“. Hier zeigt sich:

Regierungsverantwortung für eine linke Partei unter Bedingungen des Neoliberalismus ist nicht von vornherein ein Vorteil im Ringen um gesellschaftlichen Einfluss und Wählerstimmen. Auch weil Zustimmung nicht mehr materiell erkaufte, sondern nur noch durch eine beharrliche Politik sozialer Gerechtigkeit und durch eine Glaubwürdigkeit des Handelns gewonnen werden kann. Das hat auch die PDS Berlin deutlich zu spüren bekommen, wenn man allein auf die Entwicklung der Umfragewerte 2001-2005 blickt. Dennoch ist nach gut drei Jahren festzustellen: Die Regierungsbeteiligung hat weder ihre „Politik- und Handlungsfähigkeit“ noch ihre „Positionen im Wettbewerb der Landesparteien“ geschwächt. So konnte sie ihre Fähigkeit zur Mitgestaltung des Landes unter Beweis stellen, neue soziale, wirtschaftliche und kulturelle Kompetenzen auf wichtigen Politikfeldern erwerben, den Zugang zu ganz neuen und der PDS als Oppositionspartei verschlossenen Interessengruppen und Verbänden gewinnen, hier

neue Akzeptanz erlangen und sie konnte durch ihre Regierungsbeteiligung nicht zuletzt einige wichtige bundespolitische Initiativen (u. a. zur Einführung der Vermögens- und Erbschaftssteuer) entwickeln.

Diese neu gewonnene Politik- und Handlungsfähigkeit stärkt letztlich auch ihre Position im Wettbewerb der Landesparteien. Aber dies alles schlägt nicht automatisch in eine Stärkung des politischen Gewichts der PDS um: nicht in der PDS, nicht in ihrem Umfeld und nicht im Wählerpotenzial. Die generelle innere Widersprüchlichkeit und Konflikthaftigkeit der Regierungsbeteiligung der PDS wurde gerade parteiintern sowie im Verhältnis zwischen der Partei und sozialen Bewegungen deutlich. Akzeptanzgewinn bei koalitionsfernen Akteuren steht ein Akzeptanzverlust bei bestimmten koalitionsnahen Akteuren gegenüber, genau jener Kräfte, die für die soziale und demokratische Ausrichtung besonders entscheidend sind. Diese parteiinterne und –externe Konflikthaftigkeit der Regierungsbeteiligung der PDS ist überraschenderweise von der PDS Berlin nicht ernsthaft untersucht worden. Das Ganze ist nicht zuerst ein Informations-, sondern ein Beteiligungsproblem der Mitgliedschaft sowie der sozialen Bewegungen, der zivilgesellschaftlichen Akteure an den Entscheidungen der Landespolitik. Hier gibt es offensichtlich nicht zu übersehende Defizite in der Politik der PDS.

In Vorbereitung auf die Bundestags- und Landtagswahlen steht die PDS vor der Frage, wie der politische Gewinn der Regierungsbeteiligung für die eigene Partei erhöht werden kann. Dazu sind u. a. Profilschärfung, vorzeigbare Projekte, ein engeres Zusammenwirken mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren und insbesondere mit der gesamten demokratischen Linken, aber auch ein spezielles Akzeptanzmanagement nach innen und außen notwendig. Zumindest dann, wenn z. B. in Berlin das linkssozialistische Wählerpotenzial von 16-18 % erschlossen werden soll.

Erfahrungen und Schlussfolgerungen

Aus der Beobachtung und Analyse rot-roter Landesregierungen in Ostdeutschland und speziell in Berlin können einige Erfahrungen abgeleitet und problematisiert werden. An

dieser Stelle sollen lediglich vier herausgegriffen und knapp thematisiert werden:

Erstens: Auch Rot-Rot in Berlin zeigt, dass angesichts der Dominanz des Neoliberalismus und der rechtlichen Verfasstheit der Länder im Bund und in der EU sowie der Politik der Bundesregierung die Handlungsräume gerade linkssozialistischer Politik in Regierungsverantwortung auf Landesebene eng und begrenzt sind. Zudem handelt es sich um eine Koalition unterschiedlicher Partner. Überzogene Erwartungen sind daher fehl am Platze. Doch eine praxistaugliche linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung hat – wie Berlin ebenfalls zeigt – bestimmte Gestaltungsmöglichkeiten und –räume, auch für alternative Ansätze. Es ist deshalb mehr möglich als nur „Schadensbegrenzung“ und eine „Politik des kleineren Übels“. Ein plötzlicher Bruch, ein „Alles oder Nichts“ ist angesichts verfestigter neoliberaler materieller und kulturell-geistiger Strukturen jedoch nicht möglich. Es geht unter den heutigen Bedingungen um Richtungsänderungen auf europäischer, nationalstaatlicher und regionaler Ebene, um eine langfristig angelegte neue soziale und demokratische Strategie und Politik, die das hegemoniale neoliberale Projekt „überschreiten“ und die allmählich den Weg für neue gesellschaftliche Entwicklungslogiken öffnen. Es bedarf eines auch regional geführten Kampfes, um die bundespolitischen Rahmenbedingungen langfristig zu verändern. Dazu müssten öffentliche und massive Konflikte auf bestimmten Feldern selbstbewusster in Kauf genommen werden.

Zweitens: Die durch rot-rote Landesregierungen im Zusammenwirken mit regionalen Akteuren ergriffenen Maßnahmen müssen sich insofern als nachhaltig erweisen, dass sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit insbesondere auf der Basis innovativer Potenziale sowie die soziale und kulturelle Integration der Stadt oder des Landes stärken und sich insofern spürbar von neoliberaler Politik unterscheiden. Dazu gehört auch die Stärkung bürgernaher öffentlicher Dienstleistungen als Basis sozialer Kohäsion.

Drittens: Die Einleitung eines neuen, zukunftsfähigen Entwicklungspfades verlangt nicht zuletzt eine neue politische Öffentlichkeit, zivilgesellschaftliche Bewegungen,

kulturelle Gegenhegemonien zum neoliberalen Kurs und vor allem neue gesellschaftliche Mehrheiten. Diese Voraussetzungen sind nicht allein über linkes Regierungshandeln und nicht allein von oben zu schaffen. Ohne gesellschaftlichen Dialog und Mobilisierung der Bürgergesellschaft besteht im Gegenteil die Gefahr, im Rahmen des gemäßigten neoliberalen Fahrwassers zu verbleiben und den angestrebten gesellschaftlichen Richtungswechsel zu verfehlen. Wichtig ist deshalb auch ein neuer Dialog zwischen linkssozialistischer Partei und den verschiedenen Formationen der pluralen Linken sowie den sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Akteuren. Gerade dann und dort, wo linke Parteien in Regierungsverantwortung agieren und sich damit oft konflikthafte „Begegnungsstrukturen“ entwickeln. Für eine linkssozialistische Partei in Regierungsverantwortung bedeutet das einen Spagat zwischen Macht-(Regierungs-) und Gesellschaftspolitik, den zu beherrschen sie noch lernen muss.

Viertens: Das Projekt einer linkssozialistischen Regierungsbeteiligung auf Landesebene hat nur als gemeinsames Projekt von Landes- und Bundespartei eine ernsthafte Realisierungschance. Im Grunde können nur beide gewinnen oder beide verlieren, wie die widerspruchsvollen Erfahrungen der PDS gerade zwischen 2001 und 2004 belegen.

Die anhaltende kontroverse Diskussion um die Regierungsbeteiligung der PDS hat innerhalb der PDS und der gesamten Linken offensichtlich jedoch tiefer liegende Gründe. Hierin widerspiegeln sich auch unterschiedliche Vorstellungen vom Charakter linker Parteien und ihren strategischen Wirkungsmöglichkeiten in der kapitalistischen Gesellschaft.

Der Dissens in der Beurteilung der Regierungsbeteiligung, ihrer Chancen und Risiken wird deshalb nicht so rasch zu überwinden sein. Für die PDS wie für die Linke insgesamt stellt sich die Frage, ob es ihr gelingt, diese Diskussion „praxistauglich“ zu führen, d. h. vor allem zu den spezifischen Gestaltungsoptionen und –restriktionen sowie den Folgen linker Regierungsbeteiligung, linker Politik in Regierungsverantwortung unter Bedingungen der Herrschaft des Neoliberalismus. So könnte auch eine kontroverse Diskussion zur Konflikthaftigkeit und Ambivalenz linker Regierungsbeteiligung zu einem politischen Substanzgewinn der gesamten pluralen Linken beitragen, wenn sie bei den unterschiedlichen Akteuren zu einem offenen Lernprozess führt.

Lernfähigkeit und kooperatives Handeln der Linken sind eine Voraussetzung für ihre Politikfähigkeit – und die ist in der Gesellschaft gerade unter Bedingungen der Dominanz des neoliberalen Projekts mehr denn je gefragt. Vor, während und vor allem nach Wahlen.

Wolfgang Albers

Linke Regierungen – Folgen für die Sozialpolitik



Nach fast 40 Jahren Erfahrungen mit außerparlamentarischen Bewegungen im Westen dieser Republik, von der Kampagne gegen die Notstandsgesetze in den 60ern bis zu den Demonstrationen gegen die Stationierung der Pershing II in den 80ern, hin zu den Protesten gegen die Bolkestein-Richtlinie heute, sehe ich die Frage von Regierungsbeteiligungen mittlerweile ganz pragmatisch und die theoretische Diskussion darüber wird mir, ich sage das ganz offen, zunehmend fremd.

Warum ziehen wir denn vor die Parlamente, wenn wir nicht hinein wollen? Und warum wollen wir hinein, wenn nicht, um mitzubestimmen, wo möglich auch in der Regierung?

Möglichst stark und geschlossen als vereinte Linke und gestützt auf eben diese außerparlamentarischen Bewegungen. Wenn es so ist, dass heute im Kampf gegen den alltäglichen Sozialabbau schon allein die Verteidigung der erreichten sozialen Standards, die diesen

Sozialstaat als historischen Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital definieren, als quasi revolutionäre Aufgabe zu gelten hat, dann stellt sich im Hinblick auf eine mögliche Regierungsbeteiligung nicht nur die Frage, was kann man in Regierungsverantwortung erreichen, sondern eben auch die vielfach völlig übersehene Frage, was kann man mit einer Regierungsbeteiligung verhindern.

Angesichts der Kräftekonstellation nach der letzten Bundestagswahl in Zeiten einer Großen Koalition für die sozial Schwachen und die abhängig Beschäftigten in diesem Land ja nun auch eine nicht ganz uninteressante Frage.

Was ist denn eigentlich der Sinn unserer außerparlamentarischen Bewegungen und der Mobilisierung der so viel beschworenen sozialen Initiativen? Der liegt doch wohl darin, Hegemonie zu erlangen und das bedeutet ja wohl auch, parlamentarisch so stark zu werden, dass Einfluss genommen werden kann und zwar eben nicht nur auf die „Öffentliche Meinung“, sondern vor allem auch auf die Gesetzgebung und somit auf grundsätzliche Entscheidungen, die eine soziale Entwicklung auch unumkehrbar machen können und die den Mächtigen in diesem Land weh tun, weil sie sie in ihrer Handlungsfähigkeit beschneiden.

Niemand sagt, dass das einfach ist, aber das ist der Weg.

Mache sich doch keiner Illusionen, der Parlamentarismus ist der Rahmen, in dem gesellschaftliche Veränderung in diesem Land vollzogen wird: Also müssen wir im Rahmen dieses Parlamentarismus auch politisch wirken. Uns gegenseitig auf unseren Veranstaltungen den Ist-Zustand mit revolutionärem Pathos immer wieder neu zu beschreiben und lauthals in der Radikalität dieser Beschreibungen zu wetteifern, macht keine linke Politik aus.

Linke Politik erschöpft sich doch nicht in der radikalen Schilderung dieses Ist-Zustandes. Linke Politik machen, heißt unter den gegebenen Kräfteverhältnissen, konkrete Anknüpfungspunkte für die Veränderung dieses Ist-Zustandes zu suchen und dort ansetzend diese Veränderung auch umzusetzen.

Es macht keinen Sinn die Mobilisierung der „Massen“ immer wieder zu beschwören, aber die Kampfpositionen, die man durch die Mobilisierung dann vielleicht gewinnt, nicht zu nutzen, etwa mit den Begründungen, die wir in der Diskussion der Berliner Situation immer wieder hören. Ich bin sie deshalb auch leid, diese guten Ratschläge der konsequenten Klassenkämpfer von Pusemuckel bis Entenhausen, die uns ein kämpferisches „So nicht!“ zurufen.

Wer sagt, „ein Weiter so in Berlin darf es nicht geben“, der muss angesichts der bundesweiten Offensive neoliberaler Politik mit all den Auswirkungen auf die Politik der Länder und Kommunen auch sagen, wie denn dann und vor allem mit wem im Hier und im Heute. Und der muss dabei auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigen, unter denen unsere Politik stattfindet.

Solange die „Massenbewegungen“, die wir in der WASG so oft beschwören, einzig hinter den Mikrofonen auf unseren eigenen Veranstaltungen stattfinden, entsteht keine gesellschaftliche Gegenkraft, die hegemoniefähig wäre. Das Reden über Bewegungen schafft keine Bewegungen.

Und wer in Berlin fordert: „Raus aus der Regierung!“, der muss den Menschen in dieser Stadt auch die Frage beantworten, wer denn dann rein soll in diese Regierung. Wo gibt es denn in dieser Stadt einen sozial kompetentesten Koalitionspartner als die Linkspartei gegebenenfalls eben in Zusammenarbeit mit der WASG?

Es ist unsere verflixte Pflicht und Schuldigkeit als Sozialisten auch, nicht nur, aber eben auch, in eine Regierung zu gehen, um den weiteren Abbau dessen, was Generationen von Gewerkschaftern, was Generationen von Genossen durch ihre Kämpfe in den Alltags der Menschen in schweren Auseinandersetzungen dem Kapital an sozialen Errungenschaften abgetrotzt haben, zu verhindern!

Nun ein paar Anmerkungen zu den Schwierigkeiten politischer Gestaltung von links. Da haben wir in Berlin z. B. das Problem der Charité und die Auseinandersetzungen darum belasten auch die Linkspartei. Ich will deshalb einfach ein paar Fakten aufzeigen, die das Spannungsfeld beleuchten sollen, in dem linke Politik in Verantwortung dann auch agieren muss.

Das Problem Charité besteht aus zwei Teilen. Da sind zuerst die 98 Millionen Euro, die der Kultursenator im Wissenschaftsetat auf Grund der Haushaltslage einsparen soll. Eindeutig eine haushaltspolitische Entscheidung, die der Berliner Senat zu vertreten hat und die kritisch hinterfragt werden muss. Da ist zum anderen aber das drohende Defizit der Charité aus dem operativen Geschäft, das im Jahre 2008 212 Mio. Euro und im Jahre 2010 266 Mio. Euro betragen soll und für das dann gegebenenfalls der Berliner Senat aufzukommen hat. Diese Schätzungen beruhen auf einer Analyse der Unternehmensberatung Berger, die von der Geschäftsführung der Charité in Auftrag gegeben wurde.

Dieses vermeintliche Defizit ist Folge der neuen bundesweiten Krankenhausfinanzierung, mit der sich der Staat endgültig aus der Verantwortung für die öffentlichen Krankenhäuser verabschiedet und das Prinzip der „Dualen Finanzierung“ der Krankenversorgung über Bord wirft. Das ist nicht die Baustelle des Berliner Senats und schon gar nicht die der Linkspartei.

Als wir vor Jahren vor den Folgen dieser neuen Krankenhausfinanzierung gewarnt haben und versucht haben Widerstand zu entwickeln, sind wir gescheitert. Keiner wollte das Problem erkennen und auch in den Gewerkschaften waren keine Mehrheiten zu mobilisieren.

Und jetzt die Fakten: Die Charite versorgt mit 11.000 Vollkräften, darunter rund 2.200 Ärzte, 3.000 Betten. Die ehemals städtischen Krankenhäuser versorgen mit 11.000 Vollkräften, darunter 1.450 Ärzte, 5.000 Betten. Wie soll dieser Unterschied in der personellen Ausstattung z. B. vor den Beschäftigten von Vivantes begründet werden. Mit dem Argument Hochleistungsmedizin geht das sicher nicht.

Nach einer Untersuchung liegt der Anteil der Hochleistungsmedizin in der Charite bei 13%,

in den Vivantes-Häusern bei 9%. Und auch die vermeintliche Bedeutung der Universitätsklinik für die Versorgung des Umlands, die bei rund 20% liegt, (Hamburg z.B. 38%) rechtfertigt dies nicht. Forschung und Lehre allein als Argument?

Wollen sie damit begründen, dass die Kosten für einen Behandlungsfall im Schnitt in der Charite bei 3.486 Euro liegen und in den ehemals städtischen Häusern bei unter 3.050 Euro? Diese „teure“ Versorgung treibt die Krankenhauskosten in dieser Stadt zusätzlich hoch. Bei etwa 186.000 Behandlungsfällen mal 400€ macht diese Differenz schon einen erheblichen Faktor der Kosten z. B. der AOK aus. Das sind Gelder, die die abhängig Beschäftigten in dieser Stadt aufbringen müssen und mit denen es sorgsam umzugehen gilt.

Warum soll das bei „Vivantes“ beschäftigte AOK-Mitglied die hohen Kosten der Charité subventionieren? Wohlgermerkt, hier sollen nicht die Beschäftigten gegeneinander ausgespielt werden, ich höre schon die Vorwürfe. Ich sage es deshalb noch einmal: Hier soll das Spannungsfeld aufgezeigt werden, in dem politische Entscheidungen von den Genossen in der Regierung getroffen werden müssen. Es muss deshalb in dieser Diskussion noch einmal betont werden: Wer ist eigentlich der Adressat unserer Forderungen?

Wenn es um öffentliche Gelder geht, geht es ja nicht darum, den Profit der Profiteure abzuschöpfen. Es geht darum, die bereits auf vielfältige Weise geplünderten Kassen der Länder und Kommunen, die in erster Linie von Geldern der abhängig Beschäftigten gefüllt werden, in deren Sinne zu verwenden.

Linke Politik kann sich eben nicht darauf beschränken, eindimensional Forderungen zu unterstützen. Sie muss die gesellschaftlichen Bedingungen in ihrer ganzen Komplexität und damit z. B. auch die Unterschiedlichkeit der Interessenslage innerhalb der abhängig Beschäftigten in ihre Entscheidungen einbeziehen.

Kommen wir zu einem positiven Beispiel der Möglichkeiten in einer Regierung. Die Krankenhaus-GmbH „Vivantes“, das sind die ehemals Städtischen Krankenhäuser Berlins, wurde vom Senat der Großen Koalition in der Absicht gegründet, diese so bald wie möglich

zu privatisieren. Deshalb hat man dieses Unternehmen auch auf einer völlig unzureichenden finanziellen Grundlage errichtet. Der Wert der Grundstücke, die die Grundlage des Unternehmensvermögens bilden sollten, musste schon nach wenigen Wochen um über 700 (!) Millionen damals noch DM nach unten wertberichtigt werden. Dass die Pläne der Großen Koalition durchkreuzt werden konnten und dieses Unternehmen immer noch nicht privatisiert ist, liegt eben auch an der mittlerweile klaren Haltung der Genossinnen und Genossen der Linkspartei in der Regierung. Es konnte unter der Regierungsbeteiligung der Linkspartei eine Beschäftigungssicherungsvereinbarung bis 2010 für die Beschäftigten bei Vivantes erreicht werden, sicher zu viel unter finanziellen Zugeständnissen der Beschäftigten, aber unter jeder anderen Regierungskonstellation wäre die Privatisierung mit offenem Arbeitsplatzabbau die Alternative gewesen.

Unsere vermeintlichen Kritiker von links mögen dies auch zur Kenntnis nehmen: Beschäftigungssicherung ist ein Erfolg im Kampf gegen Arbeitsplatzabbau in dieser Stadt.

Übrigens: Die viel beschworenen Massenbewegungen haben im Jahre 2000 die Einleitung der Privatisierung der Berliner Krankenhäuser ebenso wenig verhindert, wie sie all die anderen Privatisierungsaktionen der Großen Koalition in den 90igern verhindert haben.

Im Hinblick auf die Situation in den Kliniken gibt es noch einiges zu diskutieren und Sarrazin hat ja erst vor wenigen Tagen wieder verkündet, zunächst müsse die weitere Sanierung des Krankenhaus-Unternehmens erfolgen, dann könne man in fünf bis sechs Jahren wieder über Verkauf reden. Und hier schließt sich der Kreis der Argumentation:

Da sei allerdings eine starke, vereinte Linke in dieser Stadt davor und deshalb noch einmal von dieser Stelle: Geben wir den Menschen in dieser Stadt eine linke Perspektive und machen wir diese Perspektive für die Menschen in ihrem Alltag konkret und durch unser Handeln erfahrbar. Und dazu gehört vor allem auch: Treten wir bei den nächsten Wahlen gemeinsam an!

Klaus Lederer

Außerparlamentarische Bewegungen und linke Akteure in der Regierung. Ist Kooperation möglich?



Um die für dieses Panel gestellte Frage gleich vorweg zu beantworten: Selbstverständlich ist eine Kooperation möglich. Wenn beide beteiligten Seiten das wollen, warum sollte man nicht miteinander kooperieren? Auf dieser Abstraktionsebene ist das Thema damit eigentlich erschöpfend behandelt; alles Weitere ist dann wohl eine Frage der konkreten Praxis. Ungern würde ich jedoch bei diesem Allgemeinplatz stehen bleiben und mache mich deshalb auf die Suche nach der „Frage hinter der Frage“: Warum kriegt man eine solche Frage gestellt?

Besser passt da doch schon das, was der Einladung zum heutigen Forum vorangestellt ist:

In welchem Verhältnis steht der Kampf um die Hegemonie der Linken in der Gesellschaft und die Schaffung neuer Kräfteverhältnisse und Bündnisse zur Arbeit in Parlamenten und vor allem in Regierungen? Unter welchen Bedingungen und in welcher Form ist Regierungsbeteiligung als sozialis-

tische Politik möglich? Welche Anforderungen an Kooperation und Aufgabenverteilung ergeben sich daraus? Welche Konflikte müssen wie ausgetragen werden?

Es ist völlig klar, dass ich die genannten Fragen als Vertreter einer Partei thematisiere, die sich gegenwärtig in einer Landesregierung befindet, dafür – aus Gewerkschaften, Initiativen und auch von der Berliner WASG – arg kritisiert wird. Opposition statt Koalition – das wird hier in Berlin inzwischen von der WASG zum Dreh- & Angelpunkt für Neubildung und Wahlantritt gemacht. Nichtsdestotrotz steht meine Partei vor der Frage: Wie soll es hier in Berlin nach der September-Wahl konkret weitergehen und welche Funktion haben wir dabei? Deshalb sehe ich mich gezwungen, etwas auszuholen, wenn wir uns den Dilemmata des politischen Alltags zuwenden.

I.

Eingangs will ich festhalten, dass unsere Debatte – so erbittert und scharf sie auch immer wieder geführt werden mag – weder eine besonders neue Debatte noch eine solche ist, die Linke in unserem Begriffsverständnis für sich gepachtet hat. Mitte der Neunziger Jahre hat Michail Nelken in der Zeitschrift *disput* darauf hingewiesen, dass diese „Gretchenfrage sozialistischer Politik als Ziel-Weg-Mittel-Dialektik eine Grundfrage moderner Politik überhaupt“¹ ist. Jeder Bürgerverein, jede Elternvertretung, jede Gewerkschaft kennt diese Kontroverse. Überall, wo gemeinsame abstrakte Werte und Ziele formuliert werden, taucht beim Streit um deren Durchsetzung die Frage auf, wie man – angesichts vieler widersprüchlicher und gegenläufiger Ziele, Werte und vor

¹ In: M. Nelken, *Opponieren – Tolerieren – Mitregieren*. In: *Disput* 9/1995, S. 4.

allem materieller Entwicklungstendenzen in der Gesellschaft – strategische Autonomie bewahren, „Kurs halten“, erkennbar bleiben, seine Identität sichern, seine Basis erhalten bzw. ausbauen und hinter dem eigenen Agieren möglichst stabil versammeln, also „integrieren“ kann. Ohne eine solche Integrationskraft, ohne diese Erkennbarkeit (in Abgrenzung von anderen) kann keine politische Formation bestehen und sich weiterentwickeln, geschweige denn in gesellschaftliche Kräfteverhältnisse eingreifen.

Je bunter, unübersichtlicher, wirrer sich die Gesellschaft für die einzelnen Individuen als Träger politischer Formation darstellt, desto schwieriger ist es, eine solche integrative Wirkung innerhalb einer Formation zu erzeugen und zu erhalten. Es muss dennoch immer wieder gelingen, sonst ist die Formation in ihrer Existenz bedroht oder löst sich auf. Denken wir beispielsweise daran, dass sich Agenda-2010-Politik und sozialdemokratisch-vulgärmarxistische Anti-Heuschrecken-Rhetorik praktisch miteinander vereinbaren ließen und es für Letztere sogar noch öffentliches Lob gab. Mit dem beschriebenen Integrationsproblem sehen sich mehr oder weniger alle politischen Lager konfrontiert – allerdings nicht nur die „institutionalisierten“, wie etwa die politischen Parteien, sondern auch die „emanzipatorischen Kräfte“ und selbstorganisierten Strukturen der „Zivilgesellschaft“.

Auf der anderen Seite ist eine politische Formation nicht zuallererst zum Zwecke ihrer Selbstreproduktion und Selbstvergewisserung da. Dies gilt im Besonderen für die Linke, die einerseits den ehrgeizigen politischen Anspruch der grundlegenden Gesellschaftsveränderung verfolgt, für binnenfixierte Selbstvergewisserung andererseits aber eine geradezu historische Schwäche hatte und hat. In ihrer politischen Wirkung wird die Linke nämlich wie jede andere politische Kraft an den Ergebnissen gemessen, die ihr Agieren zuwege bringt. Eine entscheidende Rolle spielt dabei, welches Bild sie von sich selbst hat: Von ihrer Kraft, Wirksamkeit und den dadurch kurz-, mittel oder langfristig erzielbaren Resultaten. Ist man großwahnstaplerisch, realistisch oder tiefstaplerisch? Denn mit dieser Selbsteinschätzung legen wir die

Grundlage für die gesellschaftlichen Erwartungen an unser eigenes Handeln und unsere eigenen politischen Fähigkeiten und Kräfte. Jede durch uns geschürte Illusion holt uns ganz schnell selbst wieder ein...

II.

Hier offenbart sich eines der größten strategischen Probleme, dem die parteilich organisierte Linke ausgesetzt ist. Einerseits konstituiert sie die einigende Feststellung, dass ein kapitalistisch organisiertes System zur Lösung der grundlegenden Existenzfragen der Menschheit strukturell nicht in der Lage ist. Daraus folgt, dass seine radikale Veränderung drängend ist. Auf der anderen Seite erweist sich diese erforderliche radikale Veränderung aktuell und kurzfristig als objektiv unmöglich. Schlüssige und konsistente Vorstellungen über die Form und den Weg eines Umbaus liegen nicht auf dem Tisch. Anknüpfungspunkte für gesellschaftliche Veränderung sind allenfalls nebulös. Ein weiteres Problem besteht darin, dass gesellschaftliche Veränderung aufgrund der Transnationalisierung ökonomischer und politischer Reproduktionsprozesse notwendig einen globalen Bezug haben muss, die Bewegung im parlamentarischen System aber schon faktisch auf die Ebene des Nationalstaats orientiert ist. Die Linke befindet sich also in der Situation, in der sie ihre legitimatorische Kraft aktuell nur sehr schwer aus der Verheißung der Erfüllung ihrer programmatischen Ansprüche beziehen kann. Auf den Punkt gebracht drückt sich dies in der Bemerkung Johannes Agnolis aus, die Utopie der Gesellschaft der Freien und Gleichen könne nicht als Gesetzesvorlage weder oppositioneller noch regierender Fraktionen in den Bundestag eingebracht werden.

Dass zwischen Anspruch und Umsetzbarkeit sozialistischer Politik ein Widerspruch existiert, der strategischen Streit erzeugt, ist ebenfalls nicht neu. Als Rosa Luxemburg und Eduard Bernstein 1914 um die Perspektiven der Sozialdemokratie stritten, ging es auch um die Einlösung der eigenen gesellschaftsverändernden Ansprüche. Rosa Luxemburg hatte erkannt, dass man sich den Wirkungsmechanismen der gesellschaftlichen Dynamik nicht durch Willensakt entziehen kann. Sozialistische Politik ziele

nicht nur auf die Auswechslung der „leitenden Agenten“ des Staates, sondern auf den Umbau der organisatorischen Struktur des Staatsapparates von Grund auf. Der Staatsapparat ist nicht nur einfach Staat, sondern es ist der kapitalistische Staat, also spezifische Konfiguration von Klassenherrschaft. Sich in Regierungen zu begeben, hieße die strategische Unabhängigkeit aufzugeben und sich an der Reproduktion des Herrschaftsapparates der bürgerlichen Gesellschaft legitimierend zu beteiligen. Diese unversöhnliche Positionsbestimmung gegen über jedem „Reformismus“ kann jedoch nur einer Zeit entspringen, die guten Glaubens auf die Alternative der Revolution verweisen konnte.

Aber es ist nicht nur die revolutionäre Utopie abhanden gekommen. Die Verhältnisse sind einerseits komplizierter geworden, undurchschaubarer – andererseits tritt der durch permanente Dynamik und Veränderung in letzter Instanz tendenziell bestimmende Mechanismus der Gesellschaftsreproduktion klarer zutage. Im globalen Maßstab. Nun wird deutlich, was es bedeutet, dass eine Gesellschaft in ein Wirtschaftssystem eingebettet ist, sich das wirtschaftliche System der Reproduktion gegenüber den sozialen und politischen Reproduktionsmechanismen fortlaufend verselbständigt und Letztere sich unterordnet. Es wird erkennbar, was strukturelle Produktion von Ungleichheit bedeutet – nicht mehr nur zwischen den Nationalstaaten, dem Norden und Süden, sondern durch zunehmende soziale und kulturelle Fragmentierung und Polarisierung innerhalb der Nationalstaaten.²

Was daraus für die hiesige Linke folgt, insbesondere wenn sie in Form einer bundesdeutschen Partei organisiert ist, ist strategisch nicht ausreichend verarbeitet. Dies fängt an mit der Frage nach den Adressaten der eigenen Veränderungsforderungen. An einen Mechanismus kann man nicht appellieren. Die nationalstaatlichen politischen Systeme sind nach wie vor die primären Träger von Politik. Durch die Transnationalisierung der Ökonomie und der globalen

Probleme ist Politik jedoch stärker internationalisiert als je zuvor.³ Gemeint ist: Das Netz der internationalen Institutionen, in denen sich globale Interessen widerspiegeln, ist dicht, die Fähigkeit, in Bezug auf das eigene Territorium eine eigene, zielgerichtete, konsistente Finanz- und Wirtschaftspolitik zu verfolgen, hat erheblich abgenommen.⁴ Die Durchsetzung eigener Vorstellungen erfolgt nach den jeweiligen Fähigkeiten zur globalen Machtpolitik. Global umspannende bürokratische Apparate reproduzieren fast vollständig frei von jeder Art demokratischer Rückbindung, vernetzt mit den nationalstaatlichen Institutionen und Interessenverbänden, die globale ökonomische und politische Ordnung bzw. interessegeleitete Unordnung. Es geht weiter mit den offenen Fragen: In welche Richtung soll die gesellschaftliche Veränderung konkret gehen? Welche positiven Vorstellungen haben wir von den unmittelbar anstehenden Schritten gesellschaftlichen Umbaus? Wer und was soll die Triebkraft und Basis dieser Veränderung sein? Hier ist die Einigkeit vorausgesetzt, dass eine Parlamentspartei oder eine Regierung nicht ohne die Mobilisierung gesellschaftlicher Rückendeckung prinzipiellere Veränderungen des Reproduktionsregimes durchsetzen kann... Wem muss unser Widerstand gelten und was ist sein Inhalt? Was blockiert, und was befördert mittel- oder eher langfristige Perspektiven von erstrebter und erstrebenswerter Gesellschaftsveränderung?

Dabei hilft es, sich vor Augen zu führen, dass Anpassung und Integration nicht eine exklusive Bedrohung für linke Parteiapparate, Parlamentsfraktionen und Regierungsmitglieder sind. Nichts ist wandlungsfähiger als unsere Gesellschaft, nichts anpassungsfähiger als die kapitalistische Reproduktion. Schlaue Menschen haben diese Integrationskraft und Innovationsfähigkeit – je nach politischem Standpunkt, mitunter sogar zeitgleich – bewundert und beklagt. Für die

² Zum Ganzen nur *W.-D. Narr/A. Schubert*, Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt a. M. 1994.

³ Vgl. *J. Hirsch*, Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen, Hamburg 2002, S. 84 ff.

⁴ Das gegenwärtige „disembedding global“ beschreiben sehr prägnant *E. Altwater/B. Mahnkopf*, Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, 6. Auflage, Münster 2004.

„widerständige“, „oppositionelle“ Linke ist dieser Aspekt des gesellschaftlichen Reproduktionsmechanismus sehr wesentlich. Alles und jedes, was sich am Ist-Zustand reibt, wird „eingekauft“, absorbiert, eingepasst in die große „Teufelsmühle“ (Karl Polanyi) der Kapitalreproduktion und Inwertsetzung. So mancher linke „Märtyrer“ endete als Konterfei auf dem T-Shirt als Kassenschlager einer Modefirma. So manche Protestbewegung bewirkte einen neuen „kreativen Schub“ des Akkumulationsregimes und wurde damit einhergehend flachgeschliffen und vereinnahmt. Kulturelle Wellen, die eine Antiposition zum Bestehenden zum Ausdruck brachten, wurden „hip“ und hüllen musikalisch fünfzig Jahre später das Herbstfest der Kleingartengemeinschaft in einen zarten Klang.

Und trotzdem ist in diesem historischen Vorgang – dialektisch folgerichtig – nicht nur das Eine verändert („abgeschliffen“, subsumiert) worden, sondern auch das Andere („der Kapitalismus“, die Gesellschaft), zu welchem sich dieses Eine widersprüchlich in Beziehung gesetzt hat. Hier ist der Zeitpunkt, auf eine Binsenweisheit zu verweisen. Kapitalismus, als Chiffre für alle gesellschaftlichen Vorgänge verstanden, ist eben nicht gleich Kapitalismus. Alles Mühen, aller Kampf mag das ökonomische Grundprinzip der Gesellschaft nicht geändert haben. Denn hier gelten nach wie vor der Mechanismus und das Primat der maximalen Kapitalreproduktion. Aber es hat die Gesellschaft insgesamt verändert. Denn die lässt sich nicht auf Kapitalreproduktion reduzieren, sie ist die Summe aller – also auch der außer-ökonomischen – Beziehungen. Und damit haben sich auch die Bedingungen geändert, unter denen wir an ihrer weiteren Veränderung arbeiten. Manche Widersprüche relativierten sich, neue traten hinzu. Unterscheiden wir also zunächst zwischen dem zerstörerischen Mechanismus der Inwertsetzung, den sozialen, politischen, rechtlichen, kulturellen Bedingungen und Mechanismen der Gesellschaft, die ihn sichern und seine Reproduktion ermöglichen, und jenen, die ihn begrenzen und hindern. Manche Behinderung der Inwertsetzung wird unter veränderten Bedingungen ihre schärfste Vorhut. Sie alle sind durch Menschen gemacht, aber bekanntlich nicht aus ihren freien Stücken,

sondern gemäß ihrer Rolle und Standortbestimmung im gesellschaftlichen Ensemble. Und sie sind nicht einfach anzuhalten, umzudrehen oder beiseite zu schieben.⁵ Hier hat sich jene dynamische und widerspruchsvolle Realität entwickelt, die für die Linke der Anknüpfungs- und Ausgangspunkt jeder politischen Überlegung sein muss. Aber das muss sie dann auch – und angesichts der fortgesetzten Folgen des Wirkens dieser Mechanismen kann das für die Menschheit überlebenswichtig sein. Zu welchen Allianzen und Bündnissen sie zu diesem Zweck gezwungen sein wird, lässt sich derzeit noch nicht absehen. Jedenfalls hat sie kein Ticket „objektiver Notwendigkeit“ darauf, „die Fortschrittsinstanz“, die Trägerin progressiver Entwicklung, zu sein.

Deshalb kommen wir zurück auf den Ausgangspunkt linken Denkens in seiner praktischsten und ursprünglichsten Form. Wir nehmen Wertvorstellungen und Grundsätze sozialen Denkens ernst, wie Solidarität, Emanzipation und soziale Sicherheit, und machen es uns zur Aufgabe, an ihnen orientiert konkret und jetzt in die gesellschaftlichen Zustände einzugreifen. Von der radikalen praktischen Kritik der Verhältnisse ausgehend, die sozialer Entwicklung entgegenstehen, suchen wir nach Anknüpfungspunkten für ihre Veränderung. Das ist nicht nur die Methode Learning-by-Doing, sondern ihre verschärfte Variante von Versuch und Irrtum. Ein strategisches Sitzpolster ist das nicht gerade.

III.

Für die Linke kann – spätestens als Lehre des vergangenen Jahrhunderts – nur eines der Anknüpfungspunkte für ihre Politik sein: die Anerkennung der herrschenden (vorgefundenen) politischen Verhältnisse, einschließlich aller Funktions-, Reproduktions- und Integrationsmechanismen, das heißt: die Spielregeln, „Sachzwänge“ und Rahmenbedingungen, die der gesellschaftliche Prozess den Akteuren auferlegt, als einzig gegebene Grundlage für ihre politische Wirkungsbestimmung. Über die bezeichne-

⁵ Aufschlussreich hierzu K. Polanyi, *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt a. M. 1978.

ten Mechanismen kann man sich hinweg denken, dann bewegt man sich im Bereich der Utopie. Man kann sich aber nicht über sie hinweg setzen. Denn niemand schwebt über dem Boden. Jede Lebensregung, jede soziale Interaktion hinterlässt ihre Spuren, führt zu Störung und Rejustierung, Reproduktion oder Metamorphose der gesellschaftlichen Abläufe und Dynamiken. Jede Unterlassung hat ebenfalls ihre Konsequenzen, da sie die Reproduktions-Dynamik entlang ihrer aktuellen, konkreten Verlaufsform unverändert und ungehindert durchmarschieren lässt.

Seit die Bedingungen derart widersprüchlich geworden sind, seit sich das „Machtzentrum“ des bürgerlichen Staats als Projektionsfläche für „linke Forderungen“ fragmentiert hat und seit die Beschreibung einer Gesellschaftsspaltung in Arbeiter und melone-tragende, zigarrenrauchende Kapitalisten nicht mehr genügt, um unseren Gesellschaftszustand auch nur noch halbwegs überzeugend zu vermitteln, geraten die klassischen Muster der gesellschaftlichen Frontstellungen und Konfliktlinien zwischen die Mühlsteine. Wo ist rechts, wo ist links? Was ist ein (Neo-) Liberaler, was ein Konservativer und was ist eine Sozialistin? Wie kommt es dazu, dass manch Konservative reden wie Sozialistinnen und Sozialisten und manche den Eindruck haben, es sei bei Sozialistinnen und Sozialisten inhaltlich manchmal „wie bei den Neoliberalen“?

Unter den Bedingungen des beginnenden 21. Jahrtausends hat auch die Linke ein Problem, identitätsstiftende Formeln zu verbreiten. Und dann entsteht Verunsicherung und Sorge um die politische Perspektive der eigenen Identitätslinie oder der eigenen politischen Formation. Bald ertönt der Ruf nach Konsequenz, Klarheit, Geradlinigkeit, Aufrichtigkeit. Und damit einhergehend wird – am eigentlichen Problem vorbei – die „Abweichung“ gebrandmarkt und die Widersprüchlichkeit politischer Aktion negiert. Beifall gibt es für „deutliche Worte“, nicht für gründliche Analysen. Allerdings hängt die politische Funktionsbestimmung nicht vom eigenen Willen ab, und noch so markige Kritiken und ideologische Nebelbomben können die Hilflosigkeit und Wut nur schwer überdecken, die aus fehlenden Ideen zum Umgang mit den aktuellen Problemen

resultiert. Wir sind gefordert, uns den Widersprüchen der Gesellschaft zu widmen und den Versuch zu unternehmen, uns in ihnen bewusst zu bewegen und dabei möglichst großen Einfluss und Veränderungskraft zu generieren. Denn ganz allein dafür sind wir letztlich da.

Können wir uns auf diese Beschreibung verständigen, bekommen wir einen Eindruck davon, wie schwierig es ist, sich der Frage nach „richtiger“ sozialistischer Politik zu nähern und auf welche Probleme, Widersprüche und offene Fragen wie Ungewissheiten wir stoßen werden. Von diesem Zeitpunkt an sollte es verboten sein, ein Meinungsmonopol für sich zu pachten, anhand dessen sich politische Strategie als „richtig“ und „falsch“ kennzeichnen ließe. Es sollte aber genauso verboten sein, den Blick von den realen Handlungsbedingungen abzuwenden und sich der Befassung mit ihnen zu entziehen, seien sie auch noch so kompliziert zu durchschauen und befördern sie auch noch so viel Frust, Unsicherheit und Verzweiflung angesichts der Zustände in unserer Gesellschaft. Hic rhodus, hic salta! hat Marx postuliert. Hier ist Rhodos, hier springe!

IV.

Zur Realität der politischen Wirkungsbestimmung einer Linken gehört der bundesdeutsche bürgerliche Parteienstaat genauso wie das föderale System einschließlich der Ebene der kommunalen Selbstverwaltung. Dieser Wirklichkeit und den mit ihr verbundenen Problemen und institutionellen Logiken müssen wir uns widmen, wenn wir mehr Sinnbringendes über die Kooperation von „außerparlamentarischen Bewegungen“ und „linken Akteuren, besonders in Regierungsverantwortung“ in Erfahrung bringen wollen.

Zunächst stellt sich die Frage danach, was außerparlamentarische Bewegung meint. Wir reden darüber meist so locker und bezeichnen damit Alles außer der Parlamentslinken. Dabei ist die Welt viel bunter. Wir haben Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, Bürgerinitiativen, Betroffenenvertretungen, Beauftragte, Vereine, Selbstorganisation, thematische Projektarbeit, Hilfsorganisationen und soziale Netzwerke,

NGO's, Akteure im Kultur- und Wissenschaftsbereich, Eventbewegungen, Szenen und Milieus. Das alles in einen Topf zu hauen, vernebelt den Blick und setzt Illusionen an die Stelle einer nüchternen Bestandsaufnahme. Ein Personalrat bewegt sich unter ganz anderen Bedingungen und ist in ganz andere Interessen- und Beziehungsgeflechte eingebunden als eine Künstlerin oder ein Künstler. Die einen machen Politik hauptberuflich, die anderen gelegentlich ihrer Funktion und Mandatierung, andere wiederum engagieren sich recht spontan und in einem sehr abgegrenzten Wirkungsfeld. Einige haben globale Anknüpfungspunkte und machen Lobbying, andere mischen sich in die kommunale Selbstverwaltung ein und verfolgen höchst lokale Interessen. Dann organisieren sich zeitweise Bündnisse mit einer gewissen öffentlichen Signalwirkung anhand einzelner politischer Gegenstände. Ihre Haltbarkeit geht jedoch selten über den nicht von ihnen selbst bestimmten Zeitraum hinaus, in dem die geführte Auseinandersetzung eine nennenswerte mediale und politische Resonanz findet. Dann verlieren sie in den Augen vieler Beteiligter ihre Funktion auf Basis des gefundenen allgemeinen Konsens. Sie werden schwächer und bilden mitunter am Ende nur noch eine Karikatur ihrer selbst, denken wir an die Hartz IV-Proteste. Wir können nicht unterstellen, dass all das eine gleichgerichtete und zusammenhängende organisierte außerparlamentarische Bewegung ausmacht.

Formationen sind nicht gleich Formationen. Sich für eine bestimmte Form des politischen Engagements zu entscheiden heißt auch, vorgefundene Formen der politischen Handlungslogik in Kauf nehmen zu müssen. Das heißt nun wiederum nicht, dass sich diese vorgefundene Formen nicht auch ändern ließen oder sich ändern würden. Aber wir können sie nicht einfach umbauen nach unserem Bilde. Auch hierzu ist Mitte der Neunziger Jahre einiges gesagt worden, und zwar von Harald Wolf: „Der bürgerliche Staat ist kein Fahrrad, auf das man sich

einfach setzen und in beliebige Richtung losradeln kann.“⁶

Eine Gewerkschaft beispielsweise bewegt sich innerhalb der überkommenen Traditionen bundesdeutscher gewerkschaftlicher Bewegung und Arbeit. Sie verfügt nicht über das Recht zum und die Tradition des politischen Generalstreiks, aber über die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie. Auf der anderen Seite ist sie ihren Mitgliedern und deren Interessen verpflichtet. Sie hat also vor allem eine Lobbyfunktion für die abhängig Beschäftigten und ihre sozialen Interessen. Ihre Notwendigkeit zur Rücksicht auf andere gesellschaftliche Interessen beschränkt sich auf die Antizipation der Möglichkeiten ihres politischen Gegenübers, um ihren Mitgliedern realistische Durchsetzungsstrategien präsentieren zu können und am Ende erfolgreiche Lohnabschlüsse zu erzielen. Das ist ihre Hauptfunktion. Wird sie dieser nicht mehr gerecht, erübrigt sie sich. Daraus folgt, dass eine Gewerkschaft sich nach ihrer eigenen Funktion bei Positionierungen, die die Neujustierung bestimmter gesellschaftlicher Beziehungen (z. B. Leistungsgesetze) etwa in der Bundesregierung betreffen, im Zweifel für die Interessen „ihrer“ Beschäftigten einsetzen wird, selbst wenn diese mit anderen legitimen sozialen Interessen, beispielsweise von Arbeitslosen, in Gegensatz stehen. Und sei es nur deshalb, weil sie innerhalb einer spezifischen Konfliktsituation von anderen Akteuren faktisch und politisch bewusst in einen solchen Gegensatz gebracht, nämlich gegeneinander ausgespielt, wurden. Das schließt nicht aus, dass innerhalb der Gewerkschaften progressive, kritische Dialoge geführt werden, dass Gewerkschaften sich zu allgemeinpolitischen Fragen „von links“ äußern. Aber dafür sind die Mitglieder ihnen nicht beigetreten. Schon die Probleme der IG BAU, sich klar antirassistisch aus der Deckung zu wagen, liegen angesichts der Sicht vieler ihrer Mitglieder auf die Dumpingstrategien von Unternehmern und Subunternehmern auf der Hand. Wir kennen das. Auch eine Polizeigewerkschaft ist nicht

⁶ Über die Macht der Opposition und die Ohnmacht der Regierung. In: Disput 9/1995, S. 9. Wolf zitiert hier die frühere grüne Bundesvorstandssprecherin *Verena Krieger*.

zwangsläufig ein progressives Element. Keinesfalls sind Gewerkschaften Transmissionsriemen der Arbeiteravantgarde o. ä. oder ihre Positionen per se progressiv und daher eins zu eins in den Parlamentsbetrieb einzuspeisen – das wurde alles schon diskutiert. Da die Notwendigkeit des Ausgleichs gegenläufiger (aber aus linker Perspektive etwa berechtigter) Interessen sich für eine Gewerkschaft nicht aus der Perspektive des Interessenausgleichs stellt, lässt sich das Integrationsproblem nach innen in Hinblick darauf relativ leicht lösen. Dass Gewerkschaften aus anderen Gründen Probleme mit der eigenen Legitimationsbasis haben, ist bekannt.

Oder nehmen wir ein anderes Beispiel: eine Bürgerinitiative. Wer sich z. B. bei rapide abstürzenden Schülerzahlen für den Erhalt eines nahe gelegenen Gymnasiums einsetzt, ist nicht gezwungen, sich zum Schicksal des oder der anderen bedrohten Gymnasien zu verhalten. Dennoch liegt es auf der Hand, dass die Entscheidung zugunsten des einen auch Konsequenzen für das andere hat. Ein eher korporatistisches Arrangement bilden die Studierendenvertretungen im Kontext der universitären Selbstverwaltung. Auch das hat Einfluss auf die Formulierung ihrer Politik und die Form der Interessen, die sie gesellschaftlich geltend macht. Ein letztes Beispiel: Eine NGO wird sich einen Aspekt der komplexen gesellschaftlichen Wirklichkeit zum Arbeitsgegenstand erheben und andere – ganz im Sinne Luhmannscher Komplexitätsreduktion – außen vor lassen. Da alles mit allem zusammenhängt... Schließlich ist es so, dass die Vertretung von kollektiven gleichgerichteten Interessen in einem Ausschnitt der gesellschaftlichen Realität verbunden ist mit propagandistischen, lobbyistischen Methoden. Das ist etwas anderes als die Verarbeitung vieler gegenläufiger Interessen im politischen Ausgleichsprozess.

Um falschen Eindrücken vorzubeugen: Es geht hier weder um die Bewertung noch um ein Ranking der verschiedenen Formen politischer Einflussnahme. Sie sind alle gleichermaßen notwendig wie legitim. Worauf es einzig und allein ankommt ist zu differenzieren zwischen den Formen und den damit verbundenen zwangsläufigen oder doch zumindest tendenziellen Funkti-

onslogiken, denen man in ihnen und mit ihnen ausgesetzt ist bzw. sich aussetzt. Über diese sollten wir uns, um uns nichts vorzumachen, aber auch, um sie bewusst reflektieren zu können, bewusst werden.

Damit sind wir schließlich beim Formations-typus „Partei“. Was macht eine politische Partei in der bundesdeutschen Gegenwart aus? Sie ist keine marxistisch-leninistische Kampforganisation der Proletarier und sie ist auch keine Tribüne für die Artikulation der Interessen der Entrechteten – jedenfalls nicht in erster Linie. Ihr prinzipieller Integrationsauftrag ist schon programmatisch in Artikel 21 Absatz 1 Satz 1 Grundgesetz beschrieben: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Die bundesdeutsche Partei ist eine institutionalisierte Interessenvermittlungsorganisation, deren Merkmale der Wahlantritt, das Ringen um Wählerstimmenmaximierung und – jedenfalls wird dies allgemein als ihre Funktion vorausgesetzt – ggf. die Befugnis und unter bestimmten Umständen auch der faktische politische Zwang zur Besetzung von Spitzenämtern (Rosa Luxemburgs „leitenden Agenten der Staatsapparate“) der jeweiligen politischen Ebene für die Dauer der Legislatur sind.

Parteien werden damit tendenziell in eine Funktionslogik gezwungen, die sich an der Dauer einer Wahlperiode orientiert, die einer (ebenfalls nicht demokratisch und herrschaftsfrei organisierten) Medienbeobachtung mit dem Recht zur Inhalts- und Performancebewertung unterliegt. Alle vier oder fünf Jahre wird in geheimen Wahlen die Bewertung des öffentlich wahrnehmbaren parteipolitischen Agierens vorgenommen.

Diesem Druck kann sich keine Partei entziehen. Um bei diesen Abstimmungen erkennbar und abgehoben zu sein vom politischen Konkurrenten, müssen Alleinstellungsmerkmale betont werden und der eigenen Klientel möglichst klare, identifizierbare und identitätsstiftende programmatische Angebote gemacht werden: Der „Zwang zur einfachen Botschaft“ und zur Verheißung. Die politische Realität ist aber gekennzeichnet von Schnelllebigkeit, Unübersichtlichkeit und der mangelnden Fähigkeit, mehr zu tun als ein Problem in seinen Symptomen abmildern oder Teilursachen angehen oder gar nur auf

ein solches symbolisch reagieren zu können. Sie ist gekennzeichnet von der Suche nach (sachfremden) Kompromissen, Übereinkünften, Mehrheiten zur Durchsetzung eines Teiles der eigenen Zielstellungen. Dies erschwert die Ausprägung des häufig geforderten „unverwechselbaren Profils“.

Damit nicht genug. Grundsätzlich wird von einer Partei eine thematisch omnipotente politische Positionierung erwartet: Sie muss „zu allem was sagen“ können. Als Vermittlungsinstanz zwischen „Volkswillen“ und „Staatsapparat“ muss sie Vorstellungen anbieten, wie die „Programmierung“ der Bürokratien zu allen gesellschaftlich relevanten, weil „bewegenden“, Themen qua Gesetz, Haushaltsplan und personelle Besetzung der Spitzenebene vonstatten gehen soll. Dahinter steht das von der Realität widerlegte frühbürgerlich-demokratische Idealbild, im Staat würde über das Allgemeine (und zwar sämtlich und abschließend) entschieden, während alles Übrige dem Freiraum der Individuen anheim stehe. Aber dieses Idealbild der bürgerlichen Demokratie ist so allmächtig wie die neoliberale Ideologie – und folglich gibt es für viele Menschen auch kein Systemversagen, sondern das Versagen der politischen Klasse. Aber jenseits dessen steht jede Partei vor dem Problem, dass Regierungstätigkeit (die von ihr, entsprechende Mehrheiten und Partner vorausgesetzt, erwartet wird) – als Nagelprobe der in Opposition behaupteten „machbaren Alternativen“ – niemals in der geradlinigen „Übersetzung“ von außerparlamentarisch artikulierten Interessen und Position besteht. Hier sind Entscheidungen zu Problemen, Fragen, Themenfeldern zu treffen, die man sich nicht mehr selbst aussucht, sondern die einem – als Ergebnisse der täglichen politischen Dynamik – vorge-setzt werden.

Die politische Agenda wird nicht selbst gestrickt, sondern sie ist weitgehend vorgegeben. Gleiches gilt für die Frage der Regierungsbeteiligung: Wir haben es oft nicht selbst in der Hand, ob wir in eine Regierungskonstellation gehen. Deshalb ist diese Eingangsfrage auch so abstrakt nicht zu besprechen. Es gibt Umstände, wie es etwa 2000/2001 in Berlin war (Bankenskandal und Versagen der großen Koalition, faktischer Ausfall der CDU im Koalitionsar-

rangement), in der wir uns dieser Konsequenz faktisch nicht entziehen können. Genauso kann man eine Koalition nicht einfach verlassen, weil man Regierungshandeln abstrakt zur politischen Gestaltungsoption zweiter Klasse erklärt hat. Man muss schon eine sehr gute und überzeugende politische Erklärung dafür haben, um zu vermitteln, warum man eine rechnerische Mehrheit nicht (mehr oder erneut) in eine Regierungsmehrheit verwandeln will. Und man muss erklären, warum man meint, dass es mit anderen „besser“ werde, was auch immer das dann meint. Dies kann gelingen, aber ob, ist nicht allein dem eigenen politischen Einflussbereich überlassen, sondern Ergebnis einer spezifischen temporären Konfliktkonstellation, die sich selten voraus-sagen lässt. Ein solches Verhalten einer linken Partei mag man sich deshalb theoretisch denken. In der Realität würden es viele Wählerinnen und Wähler mit Unverständnis und der Unterstellung begleiten, die eigenen politischen Vorstellungen seien etwas für die Glasvitrine, nicht für die praktische Umsetzung. Wir sehen: Der Drücke und Zwänge sind vielerlei.

Ein großer Erfolg ist es, wenn man innerhalb von Kräftekonstellationen und Widersprüchen in der Lage ist, selbst eine Frage zum Gegenstand der politischen Agenda zu machen. Dies setzt aber einiges an politischem Geschick, strategischem wie taktischem Bewusstsein und politischer Substanz voraus, die eine Partei nicht an sich hat, sondern entwickeln muss. Dazu muss sie über einige Voraussetzungen verfügen, die hier auszuführen zu weit führen würde, die es aber dringend zu diskutieren gilt. Entscheidend ist, dass es nicht nur um ein Problem geht, welches allein sie bewegt, sondern das eine öffentliche Auseinandersetzung mit Rückendeckung zulässt. Schließlich sind Abwägungen zwischen verschiedenen Interessen und Anliegen zu treffen, die sich nicht zwangsläufig im Dualismus „progressiv-konservativ“ oder „links-rechts“ oder „sozial“ versus „unsozial“ ausdrücken lassen. Diese Abwägungen sind komplexer Struktur und die einzige Forderung, die es aber umso nachdrücklicher zu erheben gilt ist, dass diese Abwägungen einer *politischen* Begründung folgen und die Ergebnisse – vor dem Hintergrund des oben

beschriebenen – vermittelbar sind. Ob sie tatsächlich vermittelt werden, hängt von mehr Umständen ab, als ich in diesem Beitrag noch zumutbar vermitteln kann.

Über die Fähigkeiten und Grenzen von Parteipolitik können wir also nur diskutieren, wenn wir die Rolle und Funktion von Parteien im deutschen Parteienstaat mit in den Blick nehmen. Aus dem gegenwärtigen Funktionstypus von Parteien ergibt sich – und zwar gleich, ob sie sich konkret in einer Regierungs- oder Oppositionsposition befinden – die Notwendigkeit, Probleme nicht allein aus der Interessenvertretungs-, sondern auch aus der Interessenausgleichsperspektive zu betrachten und zu diskutieren. Denn ob eine Interessenvertretung Mehrheiten hinter sich bringen kann, ist für ihre Funktionsbestimmung und Legitimation nicht ausschlaggebend. Für eine Partei, gleich welcher politischer Richtung, ist dies in weit größerem Maß der Fall, denn wenn sie – wir lassen Gründe, Bedingungen, alternative Handlungsoptionen hier einmal außer Betracht – in eine Regierungskonstellation gerät, ist sie im Zwang zur Schaffung von Mehrheiten und zur Sicherung einer ausreichenden Legitimationsbasis zur Verwirklichung ihrer politischen Ziele. Sie ist eingebunden in die föderale Struktur der Disziplinierung von kleinen und oppositionellen parteipolitischen Akteuren. Bereits die Mechanismen der Parteienkonkurrenz im Wahlkampf erzeugen einen Druck, sich zum Ausgleich von unterstützenden Interessen zu verhalten, denn dass „nicht alle alles kriegen“ können, ist bis in den letzten Zipfel der Gesellschaft bekannt. Aus dieser Rolle der Partei ergeben sich einerseits Chancen, denn der politische Prozess ist tatsächlich nicht die eindimensionale Übersetzung von Kapitalinteressen in das für alle gültige Gesetz. Auf der anderen Seite entstehen andere Bindungen und wirken Disziplinierungsmechanismen, die oft und viel diskutiert und beschrieben worden sind.

Eine Partei ist auf ganz spezifische Weise in die Auseinandersetzungen und den Ausgleich von Interessen eingebunden, nämlich im Kristallisationsfeld der politisch-institutionellen Interessenvermittlung, vereinfachend: Im „Staat“, der zumindest tendenziell der

Reproduktion der Verhältnisse dient.⁷ Dies kann man kritisieren, bedauern – aber man wird es als eine Determinante des eigenen politischen Handelns zur Kenntnis nehmen müssen. Wir sind, wie Frieder Otto Wolff es konstatiert hat, der Tatsache ausgesetzt, dass „unter den Bedingungen dieses parlamentarischen Parteienstaates auch die radikalste Opposition innerhalb der politischen Diskurse, Mechanismen und Apparate agieren muss, um überhaupt die Chance zu erwerben, jemals über den gegenwärtigen politischen Inhalt, den diese Apparate usw. reproduzieren, hinauskommen zu können.“⁸ Abstrakt ist dieses Problem so oder so nicht zu lösen. Ertragreicher dürfte es sein, die Konstellationen und Situationen konkret zu diskutieren, in denen man sich dieser Funktionslogik (teilweise) entziehen kann und in denen man ihr völlig ausgesetzt ist. Wer sie jedoch grundsätzlich „ablehnt“, sich mit ihr nicht befassen will, sollte sich überlegen, ob der eigene Wahlantritt zur Durchsetzung von Politik eine geschickte Strategie ist.

V.

Unrealistisch dürfte es deshalb sein, aus der prinzipiellen Gleichartigkeit von Werten und Zielen auf sehr abstrakter Ebene zu schließen, es sei nur eine Frage von Wille und Kraft, um die „große, einheitliche Bewegung“ zu „schmieden“, in der Partei und sonstige Akteure in einem organisiert den Kraftakt der radikalen Gesellschaftsveränderung anpacken. Hier gibt es, wie sich gezeigt hat, ganz praktische Einwände und Gründe.

Linke Parteien und außerparlamentarische Akteure sind dennoch dringend aufeinander angewiesen. Zum einen können sich linke Parteien nur vor dem Mechanismus der Integration auf Kosten der Fähigkeit zur politischen Auseinandersetzung mit den herrschenden Verhältnissen bewahren, wenn ihre Akteurinnen und Akteure sich permanent Rechenschaft darüber ablegen, wohin ihre Reise geht. Hierzu brauchen sie Reflexion aus dem gesellschaftlichen Raum. Dies

⁷ N. Poulantzas, *Staatstheorie*, Hamburg 2002, S. 154 ff.

⁸ Zitiert nach U. Wolf, *Die PDS vor einer Richtungsentscheidung?*. In: *Disput* 15-16/1994, S. 19, 20.

erfordert einen qualifizierten Diskurs und Kenntnis von den gesellschaftlichen Zuständen nicht nur aus der Interessenvermittlungsperspektive. Parteiapparate neigen aus verschiedenen Gründen zur Verkrustung und zum Konservatismus, Parteistrukturen neigen zur Erzeugung von Konformitätsdruck nach innen, um nach außen geschlossen handeln und Kräfte bündeln zu können.

Eine linke Partei hat also nur eine Chance, wenn sie sich – an der Dynamik der Reproduktionsprozesse der Gesellschaft orientiert – permanent in Frage stellt und verändert. Sie muss kulturell wie mitgliedschaftlich offen verfasst sein, sie muss Freiräume bieten, in denen genau die Fragen diskutiert werden, die für ihr Fortbestehen existenziell sind: Welche konkreten Vorstellungen und Angebote haben wir, die realitätstauglich sind und an den konkreten Lebensbedingungen der Menschen etwas ändern? Wie legen wir über unser Handeln öffentlich Rechenschaft ab? Wie entwickeln wir Politik? Wie entwickeln wir fortlaufend mit den Veränderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit unsere Programmatik und sorgen für eine gewisse Erkennbarkeit der programmatischen Identität? Wie entwickeln wir kritisch-solidarische Diskurse? Wie strahlen wir die Bereitschaft und Fähigkeit zur grundlegenden Veränderung der Gesellschaft aus, obgleich dies doch gegenwärtig so unmöglich erscheint, ohne uns selbst über die Realität zu belügen? Auch das sind alles keine Fragen des Willens oder des Bekenntnisses, sondern der Fähigkeiten und Potenzen zur Politik.

Linke Parteien haben gewiss keine Chance, wenn sie ihr Personal vor allem anhand des klassischen Modells der Parteikarriere mittels hierarchischen Aufstiegs gewinnen und entwickeln. Nicht nur, dass damit jeder kritische Impetus im Gewirr der Loyalitäten und Abhängigkeiten erstickt wird. Die Parteikarriere ist auch kein geeignetes Feld zur Gewinnung von Souveränität, Offenheit, politischer Erfahrung im nichtparlamentarischen Bereich. Dies wird aber gebraucht. Eine linke Partei ist deshalb darauf angewiesen, aus dem nichtparlamentarischen politischen Spektren und Milieus qualifiziertes Personal zu gewinnen, und sie sollte dies auch so sagen. Sie muss sich also auf linke, progressive, offene, moderne gesell-

schaftliche Strukturen stützen können, gesellschaftszugewandt sein, nicht in Nischen verharren. Dies liegt in gegenseitigem Interesse, denn es erweitert den Blick und die Perspektiven.

Außerparlamentarische Akteure können in einer solchen Kooperation nämlich auch etwas lernen: Welche Spielräume sich aus der Perspektive „gutwilliger“ Regierungen im jeweiligen institutionellen und politischen Arrangement nutzen lassen und welche nicht, wenn es um die Umsetzung ihrer eigenen Forderungen und politischen Ziele geht. Denn auch sie sind gezwungen, sich über die oben gestellten Fragen Gedanken zu machen, wenn sie wirkungsvoll und einflussgenerierend Politik betreiben wollen.

Voraussetzung ist, dass sich die Beteiligten über die jeweiligen Handlungsbedingungen verständigen und sich der Konsequenzen dessen bewusst werden. Dann ist auch leichter zu bestimmen, wo Kooperation sinnvoll ist und wo der Protest – etwa in einer Koalitionskonstellation – sinnvoll und hilfreich ist, um die eigene Position durchsetzungsmächtiger zu machen. Dies erfordert eine gewisse Verlässlichkeit und Belastbarkeit des gegenseitigen Dialogs, Vertrauen anstelle der permanenten Suche nach und Anklage von vermeintlichem Einknick- und Verratsverhalten. Auf der anderen Seite muss eine linke Partei mitdenken, welche Folgen ihr Handeln für die Bewegungsbedingungen außerparlamentarischer Akteure hat. Sie ist jedoch nicht automatisch für alles verantwortlich, was im außerparlamentarischen Bereich passiert und vor allem: nicht passiert.

Grundlage und gleichzeitig Maß des Handelns der Seite, die ich hier repräsentiere, sollte aus meiner Sicht deshalb sein: Die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse ist nicht zuallererst eine Frage des Gestus und des guten Vorsatzes (obwohl es natürlich auch die simple politikfreie individuell erstrebte soziale Absicherung von Akteuren gibt). Da linke Politik nicht über gesellschaftliche Hegemonie verfügt, sondern sich aus einer gesellschaftlichen Minderheit speist, muss sie mühsam um eine Erringung partieller Mehrheiten ringen. Dies geht weder über das Mantra des „Mehr ist nicht drin!“ noch über die Forderung, erst mit

einem Wahlergebnis von 50+X % „einzu-
steigen“ (ganz abgesehen davon würden
dadurch die meisten „Sachzwänge“ nicht
obsolet werden). Gefragt ist nicht die Ent-
wicklung sondern der Ausnutzung von Rissen
in den herrschenden politischen Lagern
(oder gar innerhalb der Apparate, denn auch
sie kristallisieren und spiegeln, wie Poulant-
zas zurecht hervorgehoben hat, die gesell-
schaftlichen Gegensätze in sich), von Wider-
sprüchen, die nach Auflösung – so oder aber
auch so – schreien. Die Suche nach Ver-
bündeten, dauerhaft oder zeitweise, die
Beförderung von Diskursen, die Richtungen
möglicher Gesellschaftsveränderung anzei-
gen (sind wir uns da tatsächlich alle so
einig?), die Suche nach konkreten politi-
schen Projekten, die zumindest in ihrer
Zielrichtung über die Logiken der gegenwärtigen
Mechanismen hinausweisen – all das
sind Ansprüche an linkes parteipolitisches
Handeln in Opposition wie Regierung.

Eine qualifizierte Kooperation zwischen
Linkspartei und außerparlamentarischen
Milieus und Netzwerken kann die Chancen
für die Durchsetzung sozialistischer Vorstel-
lungen und Ansätze im politischen Raum
erhöhen, auch im Kapitalismus. Allerdings
sind hierfür nach wie vor einige Hausarbei-
ten erforderlich. Dabei sind alle interessier-
ten beteiligten Seiten gefordert. Mein Plä-
doyer richtet sich auf Nüchternheit, Prob-
lembewusstsein und realistischen Blick. Dies

sind die besten Voraussetzungen, um hier
voran zu kommen.

Was ich begrüße ist die geforderte Führung
einer Debatte um Kernfragen heutigen linken
Agierens. Was sind die aktuellen, prägnant
vermittelbaren Anliegen linker Akteurinnen
und Akteure? Oskar Lafontaines Rede auf
der Rosa-Luxemburg-Konferenz bezeichnet
Orientierungskriterien: Der Kampf für regula-
tive Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse
und Erhaltung öffentlicher Infrastruktur,
Demokratisierung und sozialer Schutz. Dies
halte ich für gute Anknüpfungspunkte, wenn
sie als diskursive „Baustellen“, nicht wie
teilweise charakteristisch, reflexhaft als
Maginot-Linien verstanden werden. Denn wir
dürfen nicht den Blick für die Details hinter
den Schlagworten verlieren, gewissermaßen
Gefangene und Opfer eigener ideologischer
Prämissen werden. Und wir dürfen uns nicht
vormachen, dass es gelingen könnte, völlig
souverän und autonom von anderen gesell-
schaftlichen Kräften zu agieren. Auch das
wäre politischer Selbstbetrug. Jede Autono-
mie der Linken von den hegemonialen
Kräften und bestehenden Kräfteverhältnis-
sen kann nur eine sehr relative sein.

Um Verständnis bitte ich dafür, dass ich
manche Argumentationslinie hier nur andeu-
ten konnte. Diese holzschnittartige Darstel-
lung ist der Tatsache geschuldet, dass es
mir nicht so sehr um jede Feinheit, sondern
um eine politisch-methodische Herange-
hensweise an das Problem ging.

Christine Buchholz

Außerparlamentarische Opposition und linke Akteure in der Regierung. Ist Kooperation möglich?



Mitregieren hilft nicht. Wenn wir über die Zusammenarbeit von außerparlamentarischer Bewegung und linken Parteien in der Regierung reden, stellt sich erst mal die Frage: Zusammenarbeit wobei?

Die Antwort sollte heißen: Zusammenarbeit bei der Abwehr des neoliberalen Angriffs. Denn wir erleben seit drei Jahrzehnten einen globalen neoliberalen Angriff, der von Regierungen und Konzernen getragen und gegen die Mehrheit der Bevölkerung gerichtet ist.

Auf betrieblicher Ebene drückt sich der Angriff in Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung und der Zunahme unsicherer Arbeitsverhältnisse aus. Er manifestiert sich auf Regierungsebene in einer Umverteilungspolitik, die Konzerne entlastet, die Bevölkerungsmehrheit belastet sowie in flächendeckender Privatisierung öffentlicher Güter.

Der neoliberale Angriff hat eine militärische Komponente, die sich in verschärfter weltweiter Aufrüstung und den Ölkriegen der US-Regierung zeigt und eine autoritäre Komponente, markiert durch

den Abbau von Freiheitsrechten und den Ausbau des so genannten starken Staates.

Deutschland ist nicht Opfer der Globalisierung, sondern als europäische Führungsmacht ein Zentrum und Vorreiter des neoliberalen Angriffs. Die europäische Verfassung, die Sozialabbau und Aufrüstung als Verfassungsziele festschreibt, wurde maßgeblich von der deutschen Regierung konzipiert. Als einziges europäisches Land stagnieren hier seit 15 Jahren die Reallöhne. In Kernsektoren der Industrie sowie im öffentlichen Dienst wurden Arbeitszeitverlängerungen durchgedrückt. Schröders Steuer- und Rentenreform sowie die Agenda 2010 stellten einen Großangriff auf den Sozialstaat der Nachkriegszeit dar.

Die große Koalition knüpft nahtlos daran an: Die Mehrwertsteuererhöhung bei gleichzeitiger Entlastung der Unternehmer setzt die Umverteilung fort, die Einführung der Rente mit 67 macht Deutschland zum Vorreiter bei der Zerschlagung der europäischen Rentensysteme.

So katastrophal das neoliberale Projekt in das Leben der Menschen hineinwirkt – es hat eine große Schwäche. Die Mehrheit der Menschen lehnt diese Politik ab. Diese Ablehnung speist sich nicht aus der Lektüre von Regierungsreden und Medien, die im Kern nur neoliberale Glaubenssätze wiederkauen.

Diese Ablehnung speist sich aus der alltäglichen Erfahrung der Menschen mit dem praktischen Scheitern neoliberaler Politik. Vor 30 Jahren begann in Westdeutschland unter der Regierung Schmidt die neoliberale Periode. Seitdem wurde konstant versprochen, dass eine Verbesserung der „Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen“ zu mehr Investitionen und so zu mehr Arbeitsplätzen führe. Als mit dieser Politik begonnen wurde, gab es zwei Millionen Arbeitslose, jetzt sind es fünf Millionen. Unternehmen mit Rekordgewinnen kündigen Massenentlassungen an. Ebenso sehen die meisten Menschen, dass global die Kluft zwischen arm und reich größer wird oder dass Bushs Kriegsgründe Lügen gewesen sind.

Aus diesen Widersprüchen speisen sich Bewegungen. Da wir im großen Maßstab angegriffen werden, haben diese Bewegungen überwiegend defensiven Charakter: Gegen Sozialabbau, gegen Privatisierung, gegen Krieg, gegen eine ungerechte Weltwirtschaftsordnung.

Diese Bewegungen, auch wenn sie oft ihr Ziel nicht erreichen, sind im Zeitalter des Neoliberalismus die einzige politische Kraft gewesen, die im Abwehrkampf gegen den neoliberalen Angriff Erfolge oder zumindest Teilerfolge erzielt haben. Die Proteste gegen die WTO-Konferenz in Seattle haben, kombiniert mit einem Aufstand der ärmeren Länder, die Verhandlungen der Welthandelsorganisation zum Entgleisen gebracht -Atempause verschafft. In Frankreich scheitern wechselnde Regierungen seit dem großen Streik 1995 aufgrund beständiger Mobilisierungen bei der Durchsetzung neoliberaler Reformen. Das Nein zur EU-Verfassung hat den Neoliberalen in ganz Europa einen harten Schlag versetzt.

Die große Bewegung gegen den Irak-Krieg, mit der größten Demonstration der Menschheitsgeschichte am 15. Februar 2003 als ihr Höhepunkt, hat ihr Ziel, den Irak-Krieg zu verhindern, verfehlt. Doch folgenlos für die Herrschenden war sie nicht: Das Umkippen der Stimmung gegen den Krieg und die daraus folgende tiefe politische Krise von Bush und Blair sowie das Abbröckeln der Koalition der Willigen sind Folgen nicht nur des anhaltenden Widerstands gegen die Besetzung Iraks, sondern auch der politischen Wühlarbeit von hunderttausenden Anti-Kriegs-Aktivist:innen. Ein möglicher erzwungener Abzug der US-Armee aus dem Irak wäre einer der größten Siege, die jemals eine Bewegung errungen hat.

Diese neueren Erfahrungen decken sich mit den historischen Erfahrungen des Verhältnisses von Bewegungen und Reformpolitik. Hinter jeder Reform steht eine Revolution oder Bewegung oder die Angst von einer Revolution oder Bewegung. Nie wurden Zugeständnisse der Herrschenden an die Bevölkerung gnädig heruntergereicht.

Bismarck legte die Grundlagen des Sozialstaats, um der erstarkenden sozialdemokratischen Arbeiterbewegung das Wasser abzugraben. Das allgemeine Wahlrecht ist eine Errungenschaft der Revolution 1918. Adenauer legte die Grundlagen des Nachkriegs-Sozialstaats als Reaktion auf eine tiefe antikapitalistische Grundstimmung nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes, die selbst Teile der neu gegründeten CDU in der britischen Zone dazu führte, in ihrem „Ahlener Programm“ festzu-

stellen, dass „das kapitalistische Wirtschaftssystem den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden“ ist.

Die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurde durch Metallarbeiter in Schleswig-Holstein in einem 17-wöchigen Streik vom Oktober 1956 bis zum Februar 1957 erstreikt – und im Jahre 1997 ebenso durch einen Streik erfolgreich von Metallern in der Automobilindustrie gegen Angriffe der Kohl-Regierung verteidigt. Die Expansion und Öffnung des Bildungswesens für Arbeiterkinder, und zwar weit über die Absichten der Herrschenden hinaus, war ein Erfolg der 68er-Bewegung.

Aus diesen Gründen können Bewegungen, insbesondere die Gewerkschaftsbewegung, nicht nur „potentieller Partner“ oder gar ein austauschbarer Schenkel in einem „strategischen Dreieck“ sein – sie müssen Dreh- und Angelpunkt jeder linken Strategie sein, die an sich ernsthaft den Anspruch stellt, den neoliberalen Angriff abzuwehren oder gar positive Reformen gegen den erbitterten Widerstand der Herrschenden durchzusetzen.

Und erbittert wird der Widerstand sein, weil es den Herrschenden beim Neoliberalismus um mehr geht als nur die Durchsetzung einer falschen Idee. Der neoliberale Angriff ist eine Reaktion auf die Rückkehr der wirtschaftlichen Krise in den 70er-Jahren nach dem langen Nachkriegsboom. Sein Ziel ist, die sinkenden Profitraten der Konzerne auf Kosten der Bevölkerung zu sanieren. Zwar sprudeln die Profite, insbesondere bei deutschen Konzernen, seit Jahren wieder kräftig, trotzdem bleibt der Druck aufgrund der verschärften internationalen Konkurrenz bestehen. Die herrschende Klasse kämpft mit der neoliberalen Politik buchstäblich um ihr Leben – denn ihr Lebenselixier im Kapitalismus sind Profite.

Deshalb ist heutzutage ein unheimlich großer Druck von unten notwendig, allein um Verschlechterungen abzuwehren. In Frankreich waren ein Ausgreifen der Studentenbewegung in die Gewerkschaften und eine Kette von Massenstreiks mit Millionen Beteiligten notwendig, um das CPE-Gesetz abzuwehren. In Italien hingegen haben mehrere eintägige Generalstreiks Berlusconi's Rentengesetz nicht zu Fall bringen können – genau so wenig wie eine Massenbewegung in Ostdeutschland nicht ausgereicht hat, Hartz IV zu verhindern.

Angesichts dieser großen Aufgaben muss sich die Linke im Verhältnis zu Bewegungen immer selbst kritisch anschauen und fragen: Nützen wir den Bewegungen, bauen wir sie mit auf? Fördern wir die Selbstaktivität von Menschen? Helfen wir bei

der politischen Klärung, mit Gegenargumenten zur neoliberalen Propaganda?

Politische Klärung in der Gewerkschaftsbewegung heißt vor allem eins: Sich mit dem anhaltenden politischen Einfluss der Sozialdemokratie in der Gewerkschaftsbewegung auseinanderzusetzen, wie dem Festhalten an der Sozialpartnerschaft, die die Kapitalseite schon längst aufgekündigt hat. Dieser Einfluss war maßgeblich dafür verantwortlich, dass Schröder seine Agenda 2010 durchziehen konnte. Am deutlichsten wurde dies nach dem 3. April 2004, als die Gewerkschaften sich - bis auf viele lokale Gliederungen - faktisch aus der Hartz-IV-Bewegung zurückgezogen haben, um die Regierung zu schützen.

Eine linke Partei hat machtvolle Instrumente, diese Aufgabe zu bewältigen: Ihre Präsenz im Parlament und in der Presse verschaffen ihr eine große Bühne für anti-neoliberale Propaganda. Ihre Strukturen ermöglichen sowohl Debatten und die Entwicklung von Positionen als auch praktische Mobilisierungen. Ihre finanziellen Ressourcen gehen weit über das hinaus, was Bündnissen oder spontanen Bewegungen zur Verfügung steht. Sie kann organisiert in die Gewerkschaftsbewegung hineinwirken und dort die SPD herausfordern.

All diese Instrumente kann eine linke Partei zum Wohle des Aufbaus einer Bewegung einsetzen, ohne in der Regierung zu sein. Deshalb stellt sich die Frage: Was für einen zusätzlichen positiven Beitrag zum Aufbau einer Bewegung von unten gegen Neoliberalismus leistet in der jetzigen Situation eine Regierungsbeteiligung?

Die konkrete Erfahrung mit der Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS in Berlin zeigt: Kaum einen – im Gegenteil. Die Linkspartei in Berlin existiert in der rot-roten Koalition als Beiboot einer zunehmend sich nach rechts bewegenden SPD, in der Sparkommissar Sarrazin Kürzung nach Kürzung auflegt.

Der Schaden für die Partei ist absehbar: Der Verlust an Vertrauen bei Gewerkschaften, Bewegungen und Wählern ist enorm. Die Linkspartei.PDS wird nicht als Alternative zur SPD wahrgenommen, weil sie im Verbund mit ihr handelt.

Die Politik der Berliner Linkspartei hat auch bundesweit negative Auswirkungen auf den Aufbau einer Bewegung gegen Sozialabbau. Immer wieder können Politiker aus CDU und SPD die Glaubwürdigkeit der angestrebten neuen Linken untergraben, indem sie darauf hinweisen, dass die Politik, gegen die die Linksfraktion auf Bundesebene auftritt, in

Berlin von der Linkspartei mitgetragen wird.

Hinter der Erfahrung mit der Regierungsbeteiligung der Linkspartei steht ein grundsätzliches Problem: Keine Regierung wird linke Politik ausgehend vom Parlament durchsetzen können. Die Programmatik der Linkspartei widerspricht allem, was die deutschen und ausländischen Unternehmen wollen und die neoliberalen Medien propagieren. Sie werden alles tun, um die neue Regierung zu einem Kurswechsel zu zwingen oder aus dem Amt zu pressen.

Ihre Möglichkeiten sind vielfältig: Hetzkampagnen in der Presse, ein Investitionsboykott, aufeinander abgestimmte Massentlassungen und Standortverlagerungen, Spekulation gegen deutsche Staatsanleihen. Oskar Lafontaine selbst hat 1999 nach einer solchen Kampagne gegen ihn aufgegeben. Es gibt kein einziges historisches Beispiel, wo eine Regierung diesem Druck standgehalten hätte. Deshalb kapitulieren die meisten Parteien schon im Vorfeld vor der geballten Macht der Herrschenden – zum Beispiel auch der ehemalige Arbeiterführer und jetzige Präsident Brasiliens Lula, der soziale Reformen versprach und jetzt das Spardiktat des Internationalen Währungsfonds umsetzt.

Eine linke Regierung kann wirkliche Verbesserungen nur unter einer Bedingung durchsetzen: Wenn die Bosse wegen einer starken Bewegung von unten, Massendemonstrationen und Generalstreiks, fürchten müssen, ihre Macht in den Betrieben zu verlieren. Das wäre die Situation bei einer sich zusammenbrauenden Revolution – einer Erhebung der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung gegen die Herrschaft der bürgerlichen Eliten, die eine Ausweitung der Demokratie auf alle Bereiche der Gesellschaft zum Ziel hat.

Morales und Chavez sind durch den Rückenwind von Bewegungen an die Macht gekommen und sind bisher nur durch sie an der Macht gehalten worden. Diese Situation haben wir in Deutschland nicht, und deshalb sind Regierungsbeteiligungen eine Sackgasse im Kampf gegen Neoliberalismus und für eine andere Welt.

Weitere Texte zum Thema Regierungsbeteiligung:
http://www.sozialismus-von-unten.de/lr/artikel_1695.html
http://www.sozialismus-von-unten.de/lr/artikel_1537.html

Schlussbemerkung zum Forum



Mehr als für viele andere Diskussionsgegenstände gilt nach einer Debatte von Linken über Regierungsbeteiligung, dass ein Schlusswort allenfalls ein Zwischenwort, ein Problemfeststellungswort sein kann.

Erstens: Joachim Bischoff, Christine Buchholz und Michael Brie in seinem schriftlich vorgelegten Beitrag, haben betont: Wer handeln will, muss wissen, in welcher Gesellschaft, in welcher Situation und im Angesicht welcher Tendenzen zu handeln ist. Unter welchen Bedingungen formiert sich die Linke also neu in Deutschland und Europa?

In aller Knappheit skizziert: Als Antwort auf die in den 70er Jahren offen hervorgetretene Krise des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus während der Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg hat sich ein neoliberal geprägter Kapitalismus durchgesetzt. Als seine Grundtendenzen und Charakteristika können die folgenden angesehen werden:

- Deregulierung und Liberalisierung: Die sozialstaatliche Regulation wird zugunsten globaler Marktmechanismen mit der Folge massiver sozialer Verschlechterungen zurückgedrängt. Das ist eine ganz fundamentale Veränderung der gesamten Regulationsweise im Ver-

gleich zu den Zeiten des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus. Im Ergebnis vollzieht sich ein antisozialer Systembruch innerhalb des kapitalistischen Systems.

- Dominanz der Finanzmärkte: Im Rahmen der globalen Märkte erfolgt ein explosiver Bedeutungszuwachs der internationalen Finanzmärkte. Ein finanzbetriebenes Akkumulationsregime setzt sich durch. Im Rahmen der Profitdominanz gewinnt der shareholder value erstrangiges Gewicht und tendiert zu Kurzatmigkeit und Kurzsichtigkeit wirtschaftlicher Entscheidungen in einer Zeit größter langfristiger strategischer Herausforderungen.
- Privatisierung und Kommodifizierung, das heißt Verwandlung bisher noch öffentlicher Güter in privat gehandelte Waren mit schwerwiegenden negativen Folgen für die öffentliche Daseinsvorsorge.
- Ökonomie der Enteignung: Die Wachstumsschwäche seit den 70er Jahren und die neoliberale Politik führen dazu, dass versucht wird, den geringeren Zuwachs der Profitproduktion immer stärker durch Enteignungsprozesse auch außerhalb der Produktion zu kompensieren.
- Verstärkt autoritäre Herrschaftsmechanismen mit mehr Selbstverantwortung, Selbstorganisation und Selbstausbeutung von Millionen Bürgerinnen und Bürgern verbunden.
- In der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik nehmen imperiale und auch imperialistische Tendenzen zu – ob mehr unilateral (USA) oder multilateral (EU).

Eine solche neoliberale Entwicklung stützt sich auf die Stärken des Neoliberalismus: Auf die hochtechnologische Entwicklung in der Wissensgesellschaft, auf das – inzwischen aber brüchige – Bündnis mit qualifizierten Milieus der gesellschaftlichen Mitte

und auf gewachsene individuelle Freiheitsräume, auf die Durchsetzbarkeit der eigenen zentralen Projekte des Neoliberalismus (siehe den Beitrag von Michael Brie) und die scheinbar unausweichlichen Weltmarktwänge. Diese Entwicklung wird von mächtigen Kräften getragen: Von transnationalen Unternehmen, internationalen Wirtschaftsorganisationen unter ihrem Einfluss, konservativen und neosozialdemokratischen Eliten – unter militärischer Führung der USA. Zu Recht hat Klaus Lederer auf die Entwicklungspotentiale der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften verwiesen. Sie deuten einerseits auf eine längere Dauer des neoliberalen Entwicklungsweges hin. Andererseits bieten die Entwicklungspotentiale bürgerlicher Gesellschaften auch Ansatzpunkte für die Politik der Linken, die den Reichtumszuwachs, Individualisierungsprozesse, vermehrte Bildung und internationale Kooperation für einen politischen Richtungswechsel ausschöpfen kann und muss.

Wir dürfen keine Illusionen über die gegenwärtigen Spielräume für Alternativen zulassen. Für Alternativen muss illusionslos gekämpft werden – aber gekämpft! Ich glaube also nicht an den Satz, der kürzlich im „Neuen Deutschland“ zu lesen war: „2009 könnte alles ganz anders aussehen.“

Ich halte als Aufgabe fest: Die Stärken und Schwächen des Neoliberalismus zu analysieren, um daraus strategische Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Und ich frage: Ist bei den gegebenen globalen Kräfteverhältnissen die Feststellung, dass in „Mecklenburg-Vorpommern ein Politikwechsel weg von neoliberaler Gestaltung und Gesellschaftsentwicklung oder gar ein Einstieg in sozialistische Transformationsprojekte“ nicht erreicht wurde, tatsächlich ein geeignetes Maß, das für die Ablehnung von linker Regierungsbeteiligung tauglich ist? Ist dies das Maß: von sieben Jahren Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS die Wende von einem neoliberalen Welttrend zu einem alternativen Entwicklungsweg zu erwarten? In einigen wenigen Jahren dem neoliberalen Machtblock einen Politikwechsel in die Gegenrichtung aufzuzwingen? In einem oder in zwei einzelnen

Bundesländern? Wenn das der Maßstab wäre, wäre jede Regierungsbeteiligung auf Landesebene, selbst unter den günstigsten Bedingungen, abzulehnen.

Die neoliberale Entwicklung vollzieht sich in unterschiedlichen Varianten und in deren Mischungen. Die beiden Haupttypen sind eine konservative, eher radikale Variante und eine sozialdemokratische Variante (die auch von bürgerlichen Parteien getragen werden kann) – die in Grenzen sozial abgefedert wird, weniger autoritär, mit größeren Widerständen gegen weitere Entzivilisierungstendenzen und in Maßen in Distanz zu offenimperialistischer Politik.

Das birgt Fragen:

- Ist damit zu rechnen, dass die Kämpfe der absehbaren Zeit direkt um den Übergang von neoliberaler Entwicklung zu einer emanzipatorischen Alternative gehen werden?
- Oder ist wahrscheinlicher, dass die sozialdemokratische Variante des Neoliberalismus für längere Zeit in manchen Ländern eine Chance haben könnte – entweder als die praktikabelste Gestalt des Neoliberalismus oder unter dem Druck starker alternativer Kräfte womöglich gezwungen zu sozialerer und nicht imperialer Entwicklung – wie uns Dag Seierstad für Norwegen geschildert hat. Oder wie in Schweden, wie in Frankreich 1997 bis 2002 oder vielleicht in einigen Ländern Lateinamerikas?

Ich halte als Aufgabe fest, mit größter Aufmerksamkeit die Entwicklungstendenzen der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie zu analysieren, um daraus Schlussfolgerungen für die eigene linke Strategie zu ziehen.

Weiter wird die Diskussion darüber zu führen sein, ob erst eine große Mehrheit in der Gesellschaft für einen antineoliberalen Entwicklungsweg erreicht werden muss und kann, ehe eine Regierungsbeteiligung einer linken Partei sinnvoll wird. Oder ob fortschreitende Distanzen wichtiger Teile der Bevölkerung zur herrschenden Politik – jedoch ohne einen schon weitgehenden Bruch mit dem Neoliberalismus – bereits als Voraussetzung für Regierungsbeteili-

gung zu betrachten sind? Was mir realistischer erscheint.

Zweitens: Was folgt aus einer Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Trends für die Strategie der Linken?

In der gesamten Debatte heute war ein durchgehendes Moment die Betonung der Notwendigkeit breiter demokratischer Bündnisse. Die Linke muss zum Ersten, zum Zweiten und zum Dritten in den alltäglichen Kämpfen und in der öffentlichen geistigen Auseinandersetzung ihre Anstrengungen auf die Vernetzung aller alternativen Kräfte zu einer breiten Allianz konzentrieren, die den Einstieg in einen anderen Entwicklungsweg, in die Herausbildung einer solidarischen demokratischen Gesellschaft anstrebt. Das ist die Grundeinsicht, die uns auch Dag Seierstad hier vermittelt hat.

Es gibt nur eine einzige Chance, jegliche Form des Eigentums dem Grundgesetz entsprechend auf das Gemeinwohl zu verpflichten. Es gibt nur einen einzigen Weg, die Unterwerfung der Soziallogik unter die Kapitallogik zu beenden und das Verhältnis zwischen beiden Entwicklungslogiken umzukehren. Das ist die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse gegen die Macht des Kapitals und seiner politischen Stützen. Das ist die Selbstermutigung vieler Bürgerinnen und Bürger, ihrer Initiativen und sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften und anderer Organisationen, kurz, von Gegenmächten unterschiedlicher Art und von Parteien, die mit ihnen solidarisch sind, zum Begehen eines anderen Entwicklungsweges. Das ist die Vernetzung alternativer Akteure zu breiten Allianzen für mehr Demokratie, Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden und Solidarität. Dazu ihren eigenständigen Beitrag zu leisten, ist die entscheidende Aufgabe der künftigen neuen Linkspartei. Neu an einer neuen Linkspartei muss diese Kultur der radikalen Öffnung, der Vernetzung, der Präsenz dort werden, wo die Bürgerinnen und Bürger ihre eigenen Dinge gegen die Herrschenden selbst in ihre Hände nehmen.

Eine solche strategische Orientierung könnte die Erwartungen an eine Regierungspartei einlösen, die hier – meist von

Mitgliedern der WASG – betont und eingefordert wurden:

- Regierungsbeteiligung der Linken muss Verbesserungen für Lohnabhängige und besonders für Sozialbenachteiligte bringen. Sie muss wichtige linke Forderungen praktisch zur Geltung bringen und dazu beitragen, das Kräfteverhältnis zugunsten von Alternativen zu verändern.
- Eine linke Partei als Ganzes, aber eben auch ihre Parlamentsfraktionen und ihre in Mitregierungsverantwortung Stehenden haben die Pflicht, Gemeinsamkeiten und Kooperationen mit außerparlamentarischen demokratischen Bewegungen zu suchen. Wer von links mitregieren will, braucht Gegenmacht als Rückenwind.

Wolfgang Methling hat hier anschaulich dargestellt, dass dies in seinem Ministerium in Mecklenburg-Vorpommern geübte Praxis ist. Heidi Knake-Werner hat auf ihr Zusammenwirken mit Sozialverbänden verwiesen. Allerdings – der entscheidende eigene Beitrag von Parlamentsfraktionen und Mitregierenden ist, konstruktive Lösungen für Probleme in der Gesellschaft zu entwickeln und dafür die Öffentlichkeit zu mobilisieren.

- Auch aus der Regierung heraus ist Teilnahme an außerparlamentarischen Kämpfen notwendig und möglich. Peter Ritter hat über gute Erfahrungen damit im Widerstand gegen Hartz IV berichtet. Aber das Kerngeschäft in der Regierung ist natürlich, die Regierungsbeteiligung selbst mit sozialeren, ökologischeren und demokratischeren Resultaten wahrzunehmen.
- Notwendig ist, dass eine linke Partei in Regierungsmitverantwortung in wichtigen Punkten öffentlich erkennbare Kritik am Regierungspartner übt, wo dieser mögliche und sinnvolle Alternativen blockiert. (Methling: „Ross und Reiter müssen benannt werden“)
- Notwendig ist, auf Landesebene immer wieder kritisch die Begrenzung der eigenen Handlungsfähigkeit durch die Politik auf Bundesebene deutlich zu machen.
- Notwendig ist Transparenz der eigenen Politik und des Umgangs mit Kritik von

Seiten der Bürgerinnen und Bürger und seitens sozialer Bewegungen. Dazu gehören konkrete Antworten auf konkrete Kritik – mehr als zuweilen bisher. Den Kritikern ist allerdings abzuverlangen, sich um Sachkundigkeit ihrer Kritik zu bemühen.

- Eigene alternative Projekte der Linken in der Beteiligung an Regierungen herauszuarbeiten, umzusetzen, erkennbar zu machen und dafür zu mobilisieren – das ist für die eigene Identität dringlich notwendig. (Beispiele dafür sind das Mühen um einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor in Mecklenburg-Vorpommern oder um die „soziale Stadt“ Berlin.)

Ich halte fest als Aufgabe, die sich in der Diskussion abzeichnete – sowohl für linke Parteien und eine künftige neue linke Partei als auch für die Bewegungen selbst – zu bestimmen, was für eine solche breite Bündnispolitik konkret zu tun ist, ob in den außerparlamentarischen Kämpfen, aus dem Parlament heraus oder aus der Regierungsbeteiligung.

Drittens: In der Diskussion über Regierungsbeteiligung sollten wir deutlich unterscheiden zwischen der Situation und den Bedingungen auf Bundesebene und auf Landesebene, in östlichen und in westlichen Bundesländern mit den doch bisher sehr unterschiedlichen Stimmenanteilen der Wählerinnen und Wähler für linke Parteien. Hans Modrow hat darauf deutlich aufmerksam gemacht.

Als durchaus noch offene Fragen aus der Diskussion halte ich fest: Was ist von linker Regierungsbeteiligung auf Landesebene zu erwarten und was auf Bundesebene zu fordern? Trifft es zu, dass auf Landesebene kein Richtungswechsel vom Neoliberalismus zu emanzipatorischen Alternativen als Maß dieser Beteiligung zu erwarten ist? Dass auf Landesebene spürbare Verhinderung von Schlimmerem und Verbesserungen für und mit Bürgerinnen und Bürgern durchaus nicht nichts für die Betroffenen sind und dass dies für Regierungsbeteiligung sprechen kann?

Allerdings unter den Voraussetzungen: dass der Widerstand und der Protest gegen neoliberale Politik gestärkt und aus der Regierungsverantwortung heraus mit-

getragen wird und dass die gegenwärtig machbaren Regierungsschritte mit dem deutlichen Drängen auf weiterreichende Schritte des Einstiegs in alternative Entwicklungen verbunden werden, mit dem öffentlichen Eintreten für weiterreichende Lösungen, auch wenn diese unter den bundespolitisch bestimmten Bedingungen nicht (noch nicht) durchgesetzt werden können. Diese Forderungen wurden in der Diskussion immer wieder betont.

An dieser Stelle erlaubt mir eine Bitte um Fairness der künftigen Diskussion. Hier wurde gesagt, der Berliner Senat hätte weiter nichts als ein zu teures Sozialticket und ein 3-€-Theaterbillet zustande gebracht. Ist diese Reduktion wirklich gerechtfertigt? Sind beispielsweise folgende Ergebnisse wirklich nicht erwähnenswert und nicht wichtig für eine Bewertung von Erfahrungen der Regierungsbeteiligung?

- Dass Berlin trotz rund 60 Mrd. € Schulden 4,2 % des Bruttosozialprodukts für Forschung und Entwicklung ausgibt (EU-Durchschnitt 1,9 %).
- Dass Vivantes, BSR und BVG gegen massiven Regierungsdruck als öffentliche Unternehmen verteidigt und stabilisiert werden.
- Dass die Tarifregelung im Öffentlichen Dienst – bei Einkommensverlusten allerdings – für die öffentlich Beschäftigten immerhin gegen den bundesweiten Trend langjährig Beschäftigungsgarantie, Arbeitszeitverkürzung und jährlich einen Neueinstellungskorridor für 1.200 Menschen gebracht hat.
- Dass ein Hauptstadtvertrag mit erheblich stabilisierenden Wirkungen auf das Kulturleben in Berlin erreicht wurde.
- Dass die Opernstiftung den Erhalt aller drei Opern sichert.
- Und dass in Mecklenburg-Vorpommern gegen den Bundestrend die eingegangenen Klima-Umweltverpflichtungen eingelöst werden – immerhin eine Überlebensfrage für große Teile der Menschheit betreffend.

Viertens: Joachim Bischoff einleitend und dann Hans Modrow haben dazu aufgefordert, die Meinungsunterschiede und -gegensätze über Regierungsbeteiligung der

Linken nicht zum Entscheidungsmaßstab für oder gegen den Prozess der Herausbildung einer gemeinsamen neuen Linkspartei zu machen.

Ich unterstütze diesen Standpunkt mit Nachdruck. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Je einflussreicher die Linke durch das Zusammenwirken von außerparlamentarischen Kräften und einer geeinten Linkspartei ist, desto größer sind die Chancen, nicht nur außerparlamentarisch und parlamentarisch, sondern auch in Regierungsverantwortung deutlich alternative Ziele durchzusetzen.

Wir sollten bedenken, dass es in diesen wie in anderen Fragen meist nicht nur oder nicht in erster Linie um Meinungsverschiedenheiten darüber geht, wer Recht hat und wer nicht, sondern um Widersprüche in den realen Prozessen selbst. So wie Karl Krauss seinen Kritikern entgegenhielt, sie würden reale Widersprüche mit persönlichen Meinungsverschiedenheiten verwechseln:

„Mein Wort berührt die Welt der Erscheinungen, die darunter oft leider zerfällt. Immer noch meint ihr, es geht um Meinungen, aber der Widerspruch ist in der Welt.“

Und wo die Kritikerinnen und Kritiker linker Regierungsbeteiligung den Finger zu Recht auf Wunden legen, da sollte auch in dieser Frage gelten, was Brecht an die Adresse von Menschen in Verabschiedung von „der Partei“ schrieb: „Du könntest recht haben, also trenne dich nicht von uns.“

Fünftens: In der Diskussion heute war von unterschiedlichsten Politikfeldern und linken Projekten die Rede. Was hält sie zusammen? Was könnte die integrierende Leitidee linker Politik sein? Das neoliberale Leitbild ist der flexible Mensch, der Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge, der sich vor allem zu „rechnen“ hat, weil als der Reichtum der Gesellschaft der Kapitalreichtum gilt.

Für soziale und emanzipatorische Alternativen ist die gleiche Frage nach der Stellung des Menschen die zentrale Frage. Aber unsere Antwort muss sich fundamental von der neoliberalen unterscheiden. Als unser Leitbild kann eine offene demokrati-

sche Gesellschaft gelten, die für Jede und Jeden zu sozial gleicher Teilhabe an den elementaren Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit und Würde führt. Diese Bedingungen, diese notwendigen Güter, sind Existenzsichernde sinnvolle Arbeit, Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit und Beteiligung an den Entscheidungen in der Gesellschaft. Dies sind die Freiheitsgüter, die Menschen für die Entfaltung ihrer Persönlichkeit in Frieden und in Einklang mit der Natur brauchen.

Eine solche Freiheit des Individuums, soziale Gleichheit als ihre Voraussetzung und Solidarität in den Kämpfen darum – das macht den Inhalt von Gerechtigkeit aus. Der Mensch als der „wirkliche Reichtum“ (Marx) ist unser Maß – anstelle des Kapitalreichtums. Ob außerparlamentarisch, in den Parlamenten oder in der Regierung: Legen wir dieses Maß an unsere Entscheidungen an, auf welcher Ebene auch immer! In der Linkspartei. PDS ist dies der zentrale Punkt unserer Auffassung vom demokratischen Sozialismus als transformatorischer Prozess, in dem es immer um dieses Maß geht, heute ebenso wie morgen oder in einer künftigen anderen Gesellschaft. So dass demokratisch-sozialistische Politik zu einer irdischen Angelegenheit hier und heute wird.

In welchen zentralen Projekten sollte sich ein solches Leitbild wiederfinden – im Bundesmaßstab und modifiziert auf Länder- und Regionalebene?

Als eine weitere Aufgabe ist festzuhalten, dass eine linke Partei und auch die Linke insgesamt eine Verständigung über zentrale Projekte für die gemeinsamen Kämpfe um einen anderen Entwicklungsweg braucht.

Ich nenne als Vorschlag für mögliche Projekte:

- Arbeitsumverteilung durch Arbeitszeitverkürzung in unterschiedlichster Gestalt
- Sektoren öffentlich geförderter Beschäftigung schaffen
- Erhöhung öffentlicher Investitionen mindestens auf das EU-Durchschnittsniveau, das ihre jährliche Erhöhung um 20 bis 30 Mrd. € bedeuten würde

- Steuergerechtigkeit
- Bedarfsorientierte Grundsicherung, die mit dem Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens das Gemeinsame hat, Menschen in jedem Falle die Mindestbedingungen für ein Leben in Würde zu sichern.
- Bildung und lebenswerte Rahmenbedingungen für junge Menschen, für junge Familien, mit gesicherten Ausbildungsplätzen und durch Innovationspolitik geförderten Chancen für anspruchsvolle Arbeit – vor allem in Ostdeutschland angesichts der Abwanderungstendenzen und ihrer Ursachen besonders dringlich.

Sechstens: Sicherung einer anspruchsvollen politischen Kultur in der Fortsetzung unserer Diskussion über die Aufgaben der Linken in Deutschland und in Europa, die Diskussion über Regierungspolitik eingeschlossen, – das gehört zu unseren Verpflichtungen.

Im Gegensatz zu der gegenwärtig verbreiteten Suggestion in den Medien, dass die

Linke zu kulturvollen und produktiven Diskursen unfähig sei, ist mein Eindruck vom heutigen Ablauf: Wir sind durchaus fähig, hoch komplizierte und widerspruchsgeladene Fragen mit kulturvollem Anspruch miteinander zu diskutieren. Wir haben es getan.

Das ist unabdingbar auch für nächste Diskussionen – vor allem in Verantwortung für unsere Arbeit zur Lösung gesellschaftlicher Probleme, in Verantwortung vor den Bürgerinnen und Bürgern des Landes.

Wir sollten den heute praktizierten Forumstyp weiter pflegen und geeignete Formen für die kommende programmatische Diskussion finden. Neu an der neuen Parteilinken sollte sein, dass sie dreierlei verbindet: Protest und Widerstand, gestaltende Reformen unter gegebenen Bedingungen und Öffnung dieser Reformen für die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus. Neu sollte sein, dass sie dreierlei meidet: Das pure Nein ohne Alternativen, das visionslose Handeln im Gegebenen und die Vision ohne Veränderung der Gegenwart.

Tom Strohschneider

Selbstbewusste Modernisierer und der Optimismus der Straße. Was bringen Regierungsbeteiligungen der Linken? Auf jeden Fall viel Diskussionsstoff¹

Es ist viel von Rosa Luxemburg die Rede, wenn die deutsche Linke über Regierungsbeteiligungen diskutiert. Irgendeine Textstelle findet sich immer – für jeden Standpunkt. Vielleicht entsteht so im »Blauen Salon« am Berliner Franz-Mehring-Platz der Eindruck, die große Dame des Sozialismus würde ein wenig beleidigt zur Seite blicken. Möglicherweise ist das Porträt an der Wand neben dem Podium aber auch nur schlecht aufgehängt.

Was hätte Luxemburg zur Debatte über das Wohl und Wehe von linken Regierungsbeteiligungen gesagt? Hätte sie, wie 1901 in einer auch heute oft zitierten Artikelserie über den Eintritt des französischen Sozialisten Étienne-Alexandre Millerand in die bürgerliche Regierung Waldeck-Rousseau darauf bestanden, dass »die Sozialisten als Gegner der gesamten bestehenden Ordnung im bürgerlichen Parlament grundsätzlich auf die Opposition angewiesen sind«? Oder wäre ihr Urteil mit Blick auf die Koalitionen der Linkspartei in Berlin und Schwerin gute 100 Jahre Kapitalismus später doch anders ausgefallen? Und haben nicht auch die Recht, die für die Befürworter der Regierungsvariante den Luxemburg-Satz bemühen, nach dem die Freiheit stets auch die Freiheit der anders Denkenden ist?

Das »anders denken« über Regierungsbeteiligungen ist eine Angelegenheit, die derzeit bei WASG und Linkspartei für viel Streit sorgt. Kritiker der PDS-Politik in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern befürchten ein „friedliches Hineinwachsen in die Kapitulation«, Kritiker einer auf pure Opposition festgelegten Strategie warnen vor einer Verweigerungshaltung“.

Beteiligung klingt wie Mittäterschaft

Von den Wortgefechten anderer Tage ist am Samstag in Berlin allerdings nur wenig zu spüren. Beim »gesellschaftspolitischen Forum« über »die Linke in Regierungsverantwortung« bleibt es zwar nicht immer sachlich, aber ruhig. Vielleicht liegt es am Titel der Veranstaltung, »Verantwortung« klingt irgendwie besser als »Beteiligung«, wo man gleich an Mittäterschaft denkt. Um es vorweg zu nehmen: Einen Sieg kann nach zehn Stunden Debatte keine der Strömungen für sich beanspruchen. Das Forum, organisiert von der PDS-nahen Luxemburg-Stiftung, dem Netzwerk WissenTransfer und der WASG-nahen Zeitschrift »Sozialismus«, könne doch »nicht alle Fragen zum Thema linkes Regierungshandeln beantworten«, sagt Cornelia Hildebrandt von der RLS. Es sei eher ein Versuch, »sich selbst und den anderen besser zu verstehen«.

Dabei soll Dag Seierstad helfen. Der Mann von der Sozialistischen Linkspartei Norwegens, die sich an einer Mitte-Links-Regierung in Norwegen beteiligt, sitzt da wie zum Beweis. Als nach den Wahlen im vergangenen Jahr das Bündnis geschmiedet wurde, war auch hier zu Lande der Jubel groß. Das Beispiel aus dem Norden weckte Hoffnungen, die Parallelen waren nicht zu übersehen: Das Ende des Zeitalters der „siamesischen Zwillinge“ aus Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie, deren neoliberale Politik zu deutlichen Einbußen bei Wahlen führte und einer links davon verorteten parlamentarischen Alternative Zulauf verschaffte. Seit September 2005 sitzt die SV am Kabinetttisch, ist in Schlüsselsressorts wie das Finanzministerium eingezogen und freut sich über erste Erfolge.

In Optimismus verfällt Dag Seierstad deshalb aber noch lange nicht. Die »sehr vorläufige Bilanz« des SV-Vorstandsmitglieds müsste den hiesigen Regierungsbefürwortern sogar Sorgen machen: Es sei ungewiss, ob das Bündnis überhaupt hält. Und sollte die Regierung tatsächlich Erfolge vorweisen können, sei die Wahrscheinlichkeit groß, dass bei den nächsten Wahlen die Sozialdemokratie am stärksten davon profitiert. Auf der anderen Seite, sagt Dag Seierstad, könnte ein geglücktes Mitte-Links-Bündnis ja auch bei Labour zum Umdenken führen: »Selbst Sozialdemokraten können sich ändern.« Im »Blauen Salon« wird hämisch gelacht.

Kann der Blick nach Norwegen der hiesigen Debatte auf die Sprünge helfen? Wohl genauso viel oder wenig wie das Beispiel Frankreich. Die Lage der Linken dort sei nach gescheiterten Koalitionsbeteiligungen "desaströs", sagt Joachim Bischoff vom Bundesvorstand der Wahlalternative. Dass der Schritt in ein Kabinett aber automatisch zum "Auftakt einer Niederlage" und zur "Integration der Opposition in den Mainstream" führt, glaubt Bischoff nicht. Seit der Koalitionstisch drohend über der sozialistischen Linken hängt, seit Millerands Schritt in Frankreich 1899 also, habe sich schließlich viel verändert. Der Kapitalismus sei »kein fester Kristall«, das habe schon Karl Marx so gesehen. Die Frage, ob man sich an einer Regierung beteiligen soll, stellt sich also immer wieder neu. Maßgeblich sei, so Bischoff, ob ein solches Projekt dazu beiträgt, den neoliberalen Zug aufzuhalten. Aber was heißt das? Es sind die Maßstäbe, die in der Debatte eine Verständigung so schwer machen. Was lässt sich als Erfolg des Mitregierens ausgeben? Schlimmeres verhindert zu haben? Oder muss, um gerechtfertigt zu sein, eine linke Regierungsbeteiligung die Tür in Richtung Sozialismus mindestens einen Spalt breit aufstoßen?

»Veränderung beginnt mit Opposition«

Peter Ritter hat seine ganz eigenen Erfahrungen mit solchen Überlegungen gemacht. Der Landeschef der Sozialisten in Mecklenburg-Vorpommern hat sich 1998 als einer von wenigen in der Landtagsfraktion der Stimme enthalten, als es darum ging, den Weg ins Schweriner Schloss perfekt zu

machen. Bis Mitte der 90er Jahre hieß der Wahlslogan der PDS ja auch nicht ohne Grund »Veränderung beginnt mit Opposition«. Ritter hat sich irgendwann gefragt, »was kommt danach«? Heute verteidigt Ritter Erfolge in Mecklenburg-Vorpommern, spricht über Verbandsklagerecht und Arbeitsmarktpolitik und davon, dass vieles von dem, was schon 1994 in einem PDS-Papier mit dem lustigen Namen »Regieren wie am Runden Tisch« gestanden habe, heute Realität sei.

Edeltraud Felfe sieht das anders. Die Sozialwissenschaftlerin spricht das Publikum mit »Genossen« an, lobt den Einsatz der PDS-Minister und kommt dennoch zu einem vernichtenden Urteil über die Schweriner Koalition. Ein »Politikwechsel ist derzeit objektiv nicht möglich«, sagt die Greifswalderin, es sei falsch, diese Hoffnung zu wecken. Dann führt sie Erwerbslosenzahlen an, spricht vom übermächtigen neoliberalen Bundestrend und findet: »Eine Schmerzgrenze für die Beteiligung an der Regierung lasse sich derzeit bei den Sozialisten im Nordosten nicht ausmachen.«

Das Zwiegespräch, das Felfe und Ritter dann auf dem Podium miteinander führen und in dem von persönlichen Angriffen und fehlerhaften Urteilen die Rede ist, steht symptomatisch für die Diskussion. »Die Wahrnehmung der Tatsachen hängt nun einmal von der jeweiligen sozialen Erfahrung ab«, sagt Felfe. Nicht jeder ist Minister, aber viele sind arbeitslos. Das gilt auch in Berlin, und Benjamin Hoff vom Landesvorstand der Ex-PDS hat sogar eine Theorie dafür parat: Im »magischen Dreieck des gesamtpolitischen Gleichgewichts« lege jeder, Fraktion, Kabinettsmitglieder und Partei, seine eigenen Erfolgsmaßstäbe ans Regieren an. Hinzu komme »das Umfeld«, wo sich die Zahl der Kriterien, was als Erfolg zu gelten hat, zwischen sozialen Bewegungen, Lobbygruppen und Medien weiter potenziert. Während Hoff redet, stöhnen die SAV-Anhänger, als würden sie gequält. Und dann bekommt man ein Destillat der »Berliner Debatte« zu hören: Sozialticket, Hartz IV, Bankgesellschaft, Verschuldung, Wasserbetriebe, öffentlicher Dienst, Privatisierung ... Das Verhältnis zwischen Linkspartei und WASG in der Hauptstadt lässt sich mit den aktuellen Außentemperaturen am besten

beschreiben. Bedingungen werden aufgestellt und empört zurückgewiesen, Foren vereinbart und wieder abgesagt. Man könnte auch sagen: eine lebhafte Debatte. Draußen vor der Tür des »Blauen Salons« werden Broschüren verteilt. »Die große Kürzungs-Koalition. Testfall für die neue Linke« steht auf einem Titel. Zu einem solchen könnte der Regierungs-Streit in der Tat werden. Niemand weiß genau, welche Folgen ein konkurrierender Antritt bei Landtagswahlen im Herbst hätte. Die Linksfraktion im Bundestag hat vorsorglich die Juristen bemüht. Die Geschäftsordnung des Parlaments nimmt auf linke Diskussionen keine Rücksicht.

Es ist keine Sache von Reformern gegen Fundis, die das »Linksbündnis« umtreibt. Das Terrain ist viel unübersichtlicher. Axel Troost vom Vorstand der WASG nennt sich selbst »einen absoluten Realo. Aber eben einen aus der Wahlalternative«. Auch da gibt es also Unterschiede. Troost versteht was von Finanzpolitik und Wirtschaft und lässt sich durch einfache Argumente nicht beeindrucken. Weder von der einen noch von der anderen Seite. In der Regierungs-Debatte plädiert der WASG-Mann für genaues Hingucken, es seien völlig verschiedene Dinge, ob man über den Bund, Länderregierungen oder die kommunale Ebene rede. Eine Gefahr für Linke am Kabinetttisch sieht Troost in der Gewöhnung, im „muddling through“, im nur so Durchwurschteln. Danach gefragt, wie er die beiden rot-roten Koalitionen sehe, sagt Troost knapp: Den Genossen in Schwerin sei wohl „der alternative Schwung verloren gegangen“ und in Berlin sieht er „ein bisschen zu selbstbewusste Modernisierer am Werk“.

Realos, Fundis, Reformer, Revoluzzer

Modernisierer, Realos, Fundis, Opportunisten, Pöstchenjäger, Gestalter, Revoluzzer – ein Koordinatensystem der Regierungsdebatte zwischen Linkspartei und WASG wäre ein heilloses Unterfangen. Das beginnt schon damit, dass die Debatte keineswegs »zwischen« beiden Parteien geführt wird, sondern in ihnen und darüber hinaus.

Versuchte man eine stark vereinfachte Ordnung, sie sähe vielleicht so aus: An einem Ende der Skala stehen die Befürwor-

ter des Mitregierens, zuletzt repräsentiert unter anderem durch einige Strategiepapiere ostdeutscher PDS-Verbände. Eine rechnerische »linke« Mehrheit (aus Linkspartei, Grünen und SPD), die das Bundestagswahlergebnis vom Herbst 2005 nahe legte, müsse bei nächstmöglicher Gelegenheit mit Leben, das heißt mit Regieren gefüllt werden. Im Übrigen führe der Weg in die Bundesregierung über die Länderkabinette – im Osten. An der WASG-Spitze findet sich das Argument in abgewandelter Form: Es mache »keinen Sinn«, heißt es in einem Papier, »auf absehbare Zeit die Aufgaben des Regierens auf kommunaler, Landes- und Bundesebene immer nur den neoliberalen Parteien zu überlassen«. Von hier aus sind die Übergänge zu jenen fließend, die Regieren als »Gestalten« ebenfalls befürworten, allerdings auch klare politische Grenzziehungen fordern.

Ein exponierter Vertreter dieser Strömung ist Oskar Lafontaine, der in seiner Januar-Rede einen pragmatischen Umgang mit der Frage des Mitregierens forderte. Zugleich aber zog Lafontaine eine rote Linie ein, deren Überschreiten die Linke ihre Glaubwürdigkeit kosten werde: keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, keine Umverteilung von unten nach oben.

Haushaltssanierung durch Demonstrieren?

Das können auch viele Kritiker und Gegner (ein Unterschied!) der aktuellen Regierungsbeteiligungen unterschreiben. Allerdings beginnt hier, fast am anderen Ende der Meinungsskala angekommen, auch etwas, das man »Optimismus der Straße« nennen könnte. Das Argument geht so: Man hätte, hieß es auch am Samstag aus dem Publikum, statt in der notorisch klammen Hauptstadt mit gebundenen Händen unsoziale Politik zu machen, die Berliner Bürger vor das Kanzleramt mobilisieren müssen. Dann wäre der ganze Kladderadatsch nicht passiert. Sondern? Wäre der Haushalt etwa durch Demos saniert worden? Egal. Mit solchen Hoffnungen wird auch an der PDS-Basis sympathisiert. Und dann finden sich noch jene, deren Haltung zur Regierungsfrage eine eher instrumentelle ist und eigentlich ganz andere Ziele verfolgt. Die Kritiker der

Postenjäger sind manchmal nämlich selber welche.

Die Debatte, so alt sie ist, wird weitergehen. Es kommt aber immer mal eine Stunde der Wahrheit. Hans Modrow, der große alte Mann der PDS, sieht eine solche »Phase der Entscheidung« bald kommen. Im März sind Landtagswahlen in drei Bundesländern, in Sachsen-Anhalt steht die Frage nach dem Platz am Kabinetttisch wenigstens theoretisch im Raum. Im Herbst wird in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin gewählt. Es ist nicht mehr viel Zeit. »Wir haben zwei Parteien und eine Fraktion. Was, wenn wir aus zwei Parteien nicht eine machen können? Was wird dann aus der Fraktion?«

Man täte Hans Modrow jedoch unrecht, wenn man seinen Zwischenruf als Appell für eine bloß pragmatische Lösung verstehen würde, in der Regierungsbefürworter nur deshalb die Oberhand über den »Optimismus der Straße« behalten, weil sonst Konsequenzen für eine Bundestagsfraktion drohen. Man werde, sagt Modrow, die Diskussion über das Mitregieren ja auch danach weiter führen müssen. Rosa Luxemburg auf ihrem Porträt schaut nicht mehr ganz so beleidigt. Neue Bedingungen, neue Anläufe, neue Antworten.

Linke Regierungen und Bürgerbeteiligung in Mexiko-Stadt, Stadtbezirk Tlapan, 2001-2003



Die mexikanische Linke

Gegenwärtig können in Mexiko vier linke Strömungen oder Richtungen ausgemacht werden.

1. Eine in Parteien organisierte Linke, die bevorzugt über Wahlen agiert, Teil des politischen Systems ist und innerhalb des institutionellen Rahmens handelt. Diese Linke ist im Fall der Partei der Demokratischen Revolution (PRD) folgendermaßen zusammen gesetzt: Eine sozialistische Strömung; eine andere, die wir als ihre sozialen Quell definieren könnten (städtisch, Volksschichten, Campesinos); und eine dritte, die sich aus der Abspaltung von Gruppen und Einzelfiguren der Revolutionären Institutionellen Partei (PRI) speist. Im Parteienbereich sind hier weitere Formationen auszumachen wie die Partei der Arbeit (PT) und Gruppierungen, die ihre gesetzliche Registrierung

suchen, um den institutionalisierten Parteienweg einzuschlagen.

2. Die Linke, die sich um die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) gesammelt und organisiert hat. Vereint mit anderen sich auf das ganze Land beziehenden Forderungen, die sich auf die Demokratie und die Anliegen der breiten Schichten beziehen, hat sie die uralte Indigenafrage in den Mittelpunkt der nationalen Tagesordnung gestellt. Diese Bewegung erschütterte das politische System Mexikos, ohne Teil desselben zu sein. Gleichzeitig sensibilisierte sie und bewirkte eine solidarische Reaktion in der Zivilgesellschaft, die die Fortführung des Krieges im Januar 1994 verhinderte.

3. Eine orthodoxe marxistische Linke, die für den bewaffneten Kampf als Weg der politischen Machteroberung eintritt, obwohl sie ihn nicht systematisch verfolgt. Es handelt sich um eine Bewegung mit zahlreichen Verzweigungen, gewisser regionaler gesellschaftlicher Unterstützung und auf einige geographische Landeszonen beschränkt. Zwar wird von mehr als einem Dutzend bewaffneter Gruppierungen gesprochen, doch ragen darunter das Revolutionäre Volksheer (EPR) und eine seiner Abspaltungen, das Revolutionäre Heer des Aufständischen Volkes (ERPI) hervor.

4. Eine soziale, unorganisierte und unterschiedliche Linke, die jedoch starke Präsenz in der Zivilgesellschaft und intellektuellen Kreisen aufweist. Sie drückt sich in verschiedensten Formen aus. Manchmal im Kontext von Bewegungen, die aufgrund spezieller Forderungen entstehen, und manchmal in einem beständigeren Kontext durch Nicht-Regierungsorganisationen, die zu Förderung und Verteidigung der Menschenrechte, Umwelt- und Genderthemen, usw. arbeiten.

Fünf Probleme der Linken

Wenn ich die in Parteien versammelte mexikanische Linke analysiere, identifiziere ich mindestens fünf Probleme, denen sich die aktiven Mitglieder stellen müssen, wenn sie engagiert am Prozess eines effektiven demokratischen Übergangs teilnehmen wollen.

1. Sehr schwache Bande mit politischen und sozialen Bewegungen

Führen wir uns kurz die Ereignisse vor Augen, die auf die eine oder andere Weise wichtigen politischen Widerhall im Landesgeschehen von 2000 bis jetzt (2005) erzeugten, dann zeigt sich die fehlende Verbindung der linken Parteien zu diesen Ereignissen, spürbar besonders bei der Partei der Demokratischen Revolution. So ist Präsenz und Einfluss der Linksparteien in der mexikanischen Gewerkschaftsbewegung gering. Ein weiteres Beispiel sind die Vorgänge im Rahmen des versuchten Flughafenneubaus für Mexiko-Stadt, in Texcoco, Bundesstaat Mexiko. Während dieses Prozesses war die Präsenz der PRD nicht nur irrelevant, sie war minimal. Ganz zu schweigen von Gleichgültigkeit und widersprüchlichem Verhalten der sich als links bezeichnenden Parteien, als es um die Gestaltung indigener Autonomievorstellungen und die Reformen in der Indígenafrage ging.¹ Die mexikanische Parteienlinke hat noch nicht einmal eine hervorgehobene Stellung bei der reinen Diskussion folgender für das demokratische Leben des Landes so wichtiger Angelegenheiten gehabt: Reform und Umstrukturierung der Streitkräfte,² Drogenproduktion, -verteilung und -konsum; Konsolidierung einer toleranten Kultur und Anerkennung besonderer Rechte der Behinderten, Schwulen und Lesben; Lösungen für Probleme der öffentlichen Gesundheit, die sozial, ethisch und politisch stark befrachtet sind, wie im Fall von Aids. Von der Aufstellung und

Ausarbeitung alternativer Pläne und Programme ist an dieser Stelle ganz zu schweigen. Mit dem Vorherigen will ich nur einige Beispiele nennen, die ich für höchst wichtig halte. Das schließt in keinster Weise aus, dass Mitglieder der mexikanischen Linksparteien während der Konflikte und Mobilisierungen agieren oder an den Sitzungen des Kongresses (Abgeordnetenversammlung und Senat) teilnehmen. Aber sie tun dies ohne eine von der Partei definierte Programmstruktur bzw. manchmal in offenem Widerspruch zu Geist und Buchstaben dieser Programme.³

2. Innere Spaltung, die die Linke weniger durch ihre Diversität bereichert, sondern aufgrund ihres funktionsstörenden Gehaltes zermürbt.

Gegenwärtig ist es schwierig, auch nur eine Mindestbestandsaufnahme der gesellschaftlichen Kräfte der nationalen Linken vor zu legen. Die alten (und oft schäbigen) Konflikte und „Säuberungen“ im Innern linker Organisationen des Landes, die Kooptierung einiger ihrer Fraktionen und Individuen durch die wirtschaftlichen und ökonomischen Machtgruppen, der Verrat am dem 20. Jahrhundert entsprungene linken und libertären Gedankengut, das Auftauchen neuer politischer und sozialer Forderungen sowie der daraus folgenden, eigentümlichen Kampfformen, die politische Regierungsübernahme in Bundesstaaten, Kommunen und Parlamenten durch Teile der institutionellen Linken sowie die Neudefinition des Weltordnungssystems selbst, sind einige der Elemente, die aus der Linken ein umfassendes, vielförmiges Wesen gemacht haben, das manchmal Richtungen einschlägt und Maßnahmen ergreift, die den Zielen gesellschaftlicher Transformation entgegen gesetzt sind.

In Mexiko existiert kein breites Bündnis, welches das politische und soziale Leben der zahlreichen Gruppen und Organisationen der Linken organisiert. Es ist gewagt, dies einzugestehen, aber es sind nur ganz bestimmte Umstände gewesen, die diesem

¹ Siehe: Gilberto López y Rivas. *Autonomías: democracia o contrainsurgencia*. México: Editorial ERA, 2004.

² Siehe: Gilberto López y Rivas. *Las Fuerzas Armadas a fin de milenio: los militares en la coyuntura actual*, México: Cámara de Diputados, 1999.

³ Ein schwerwiegendes Beispiel dafür ist die Abstimmung der PRD-Senatoren für die indigene Gegenreform, die von der EZLN berechtigter Weise als Akt politischen Verrats interpretiert wurde.

so mannigfaltigen politischen Konglomerat eine elementare politische Kohärenz zu geben vermochten. Dabei handelte es sich eher um Reaktionen oder Widerstände im Kontext von Regierungsaktionen als um programmatische oder strategische Ziele. Die Zwistigkeiten zwischen PRD und EZLN, ganz zu schweigen von den offenen und deutlichen Abgrenzungen zwischen der Partei und einer langen Liste sozialer Organisationen sowie den für den bewaffneten und klandestinen Weg optierenden Gruppen, zeigen uns sehr gut, wie weit die Bildung eines umfassenden politischen und sozialen Bündnisses entfernt ist, das der neoliberalen Hegemonie Einhalt gebieten könnte. Dies könnte sich spürbar mit den Ergebnissen der Sechsten Erklärung des Lakandonen-Urwaldes ändern, die die Aufnahme einer nationalen und internationalen politischen Arbeit der EZLN ankündigt von der Basis aus und mit der Basis.

3. Die Regierungsübernahme durch einige Gruppen der Linksparteien führt zum Vorrang von Wahlzielen vor gesellschaftlicher und demokratischer Politik.

Die Korruption in der PRD.

Nachdem einige Gruppen der Linksparteien Mandate bei allgemeinen Wahlen gewannen, neigten sie sich einer Politik zu, die das Wahlelement mit seinen medienwirksamen, populistischen und oberflächlichen Nuancen privilegierte und die historischen Ziele der nationalen Linken auf dem Abstellgleis zurück ließ. Die Sorge um das öffentliche Image derjenigen, die öffentliche Ämter erreichten, ist zum Parameter für einen wesentlichen Teil der Regierungspolitik geworden. Und nicht nur dies: Aus rein wahltaktischen Überlegungen haben die linken Parteien in rechten Gruppen und Parteien die Figuren gesucht, mit denen Siege in den jeweiligen umkämpften Wahlgebieten möglich wurden. Der Fall der PRD ist sehr anschaulich: Drei ihrer gegenwärtigen Gouverneure liefen zur ihr über, nachdem sie im Verlauf der Wahlprozesse, die sie [für die PRD; d. Ü.] gewannen, mit der PRI [die sie nicht aufstellte; d. Ü.] brachen. Die Mehrheit der Personen, die den Hauptstadt-Bürgermeister Andrés Manuel López Obrador während des abgewendeten Amtsenthe-

bungsverfahrens umgaben, kommt von der PRI. Es geht hier nicht darum, puristisch zu sein, sondern das Verhalten einer Linken zu hinterfragen, die „stimmenbedürftig“ ihre Türen völlig umstandslos öffnet ohne Programm und immer an der Grenze zu fehlender Ethik und Skrupellosigkeit. Die um den Fall Carlos Ahumada aufgetretenen Skandale, obgleich von der Rechten und der Regierung dazu genutzt, die institutionelle Linke zu treffen (vor allem in 2004)⁴, belegten das Ausmaß von Korruptionswucher, Pragmatismus und Opportunismus, an denen die PRD erkrankt ist⁵ und die Einfachheit, mit der die Macht ihr Schläge versetzen kann. Sie zeigten auch die geringe politische und ideologische Kapazität, selbstkritisch auf die durch die „Operation Video“ (es werden PRD-Führungspolitiker gezeigt, wie sie Geld von Ahumada entgegen nehmen) geschaffene Krise zu antworten.

Zu den Vorgängen in der PRD, die der größten selbstkritischen Anstrengung bedürfen - von der bisher offenbar nichts zu sehen ist - gehört die Rolle der internen Strömungen und Quoten. Die Quoten sind die Daseinsberechtigung für Fraktionen und Lobbygruppen der PRD. Sie wurden nie zu Strömungen, weil die programmatische und eigentliche politische Debatte in den Reihen der Partei vorzeitig zugunsten der Einvernahme der Parteimitglieder durch die eine oder andere Gruppierung eingestellt wurde, um Machtspielräume bei der Verteilung von Führungsstellen auf allen Ebenen und bei den verschiedenen lokalen oder nationalen Wahlmandaten zu erlangen.

So wird die Quote zum Teil der institutionellen Struktur selbst. Die Quote wird nach Listenlogik bewilligt oder auch nach Gender- und Alterskriterien. Es wurden sogar ethnische Kriterien vorgeschlagen, allerdings in

⁴ Es soll darauf hingewiesen werden, dass er in den ersten Monaten 2001 öffentlich von unserer Bezirksregierung als ein Neo-Kazike angezeigt wurde. Überraschenderweise ist Ahumada zwei Jahre später das Korruptionsinstrument von einigen PRD-Führern und Amtsträgern der Regierung des Bundesdistriktes.

⁵ Auch die brasilianische PT und die Lula-Regierung sehen sich in schwere Korruptionsfälle verwickelt, die sich zweifellos auf Glaubwürdigkeit und Legitimität der Linken an der Regierung auswirken werden.

der Praxis und den Statuten aufgegeben. In den letztgenannten Fällen sollte die positive Diskriminierung ursprünglich ein Korrektiv für Machotum, Gerontokratie und vorherrschenden oder unterschweligen Rassismus sein. Nach und nach verloren die Absicht und die ihr unterliegende Argumentation jedoch ihren Sinn und transformierten zu einer hohlen Formel als Mittel für mehr Machtgewinn dieser oder jener Fraktion.

Es spricht für sich, dass auf dem jüngsten Kongress (2004) und im Kontext der schwersten von dieser Partei seit ihrer Gründung erlebten Krise - aufgrund der bekannten und entsprechend von der Rechten ausgebeuteten Korruptionsskandale - junge Leute und die Frauen als Hauptforderung die „Quotenerhöhung“ vorbrachten; statt oder neben Positionen und Aktionsplänen zu den Frauenmorden in Juárez, der bedauernswerten Lage der Jugendlichen unter den gegenwärtigen Bedingungen im Land, der verstärkten Aufstandsbekämpfung in Chiapas, dem Verzicht der amtierenden Regierung auf die Hoheit über die Coronado-Inseln um nur einige Themen zu erwähnen, die die Beruhigung aller Kongressteilnehmer hätten hervor rufen müssen.

Dabei war es nicht so wichtig, dass besagte Mitglieder mit ihren Forderungen und Vorschlägen eine bestimmte Sache vorwärts bringen wollten, oder dass Kriterien wie Eignung, Lebenslauf, Einsatz und persönliche Aufrichtigkeit, Wissen zu bestimmten Themen oder Regierungserfahrung berücksichtigt wurden. Vielmehr verstärkten sowohl die jungen Leute als auch die Frauen die Präsenz der verschiedenen Gruppen, die sich nach und nach, so wie es Cuauhtémoc Cárdenas behauptete, der PRD bemächtigten.

Die Quoten beeinflussten Dynamik, Funktionsweise und Qualität der Parlamentarier, PRD-Regierungen und Führungsorgane der Partei entscheidend: Parteirat, Parteivorstand und der Kongress selbst als höchstes Leitungsorgan der Partei sind in weiten Teilen nicht aus denen zusammen gesetzt, die die besten oder geeignetsten Qualitäten oder das Wissen für Regierungs-, Führungs- oder Repräsentationsaufgaben besaßen. In der Praxis wandelten sie sich in eine zu verteilende Beute.

Im Fall der Kommunalregierungen erwarteten die Parteimitglieder diese Art Verteilung bereits als etwas Natürliches oder Normales. Fehlendes Wissen über Rechtsangelegenheiten, urbane Dienstleistungen, soziale Entwicklung usw. war unwichtig. Die reine Zugehörigkeit zu einer der Parteifraktionen galt als ausreichend, Verantwortung in der Regierung zu übernehmen. Als Konsequenz durchliefen viele neue Parteimitglieder keine Probezeit, in der die wirklichen Beitrittsgründe des Anwärters, seine Kenntnis der Dokumente, Programmatik und Prinzipien der Partei geprüft wurden. Der Beitritt war ein Weg für den sozialen Aufstieg und bot Zugang zu einer Arbeitsbörse.

Der einzelne Parteiaktivist außerhalb der mächtigen Gruppen hatte keine Möglichkeiten, ein Amt zu besetzen. Es sei denn, er verfügte über ein so hohes Prestige, dass er damit über dem Streit der Fraktionen stand oder er spielte eine Rolle als Gleichgewicht schaffendes Element oder Schiedsrichter in den Gruppenkämpfen.

Da es sich um einen Machtkampf im Innern der Partei handelt, wurden die internen Kampagnen zu wahren Schlammschlachten. Während in den alten Organisationen der Linken einige Zeit dafür verwendet wurde, die Umstände, die das Land durchmachte, zu diskutieren ohne auf sie einzuwirken, ist das rekursive und fast einzige Thema in der gegenwärtigen PRD: Wer wird welchen Wahl- oder Parteiposten besetzen? In dem am 6. Juli 2005 veröffentlichten Dokument, in dem Cuauhtémoc Cárdenas es ablehnt, am internen Prozess für die Wahl des PRD-Präsidentschaftskandidaten teil zu nehmen, führt er an, dass „nie die Räume geöffnet wurden, damit diese Diskussion (er bezieht sich auf die großen nationalen Probleme) tieforschürfend angegangen werden könnte. Unter den heutigen Bedingungen des Landes und unter anderem die gelebte Erfahrung der aktuellen Regierung vor Augen, wird es immer offensichtlicher, dass genauso oder noch wichtiger als die Festlegung, wer für ein öffentliches Wahlamt kandidiert, das Programm sowie die Verpflichtung sind, die Parteien und Kandidaten mit den Bürgern eingehen. Aber es wird deutlich, dass die fehlende, für die Partei (er meint die PRD) keine Priorität darstellende Debatte auch widerspiegelt, dass der Stärkung ihrer

Organisation, einer größeren Präsenz in Gebieten mit mageren Wahlergebnissen, dem Wachstum durch neue Mitglieder, der internen Kommunikation, der Bekämpfung von Abwegen und der Vermeidung ideologisch widersprüchlicher Wahlbündnisse keine Beachtung mehr geschenkt wird. Diese Fragen müssen jedoch berücksichtigt werden, wenn wirklich diese politische Mehrheit gebildet werden soll, die in der Theorie zu den Prioritäten jeder Partei gehört.⁶

Ein Fall für sich ist die Kennzeichnung der Regierung von Andrés Manuel López Obrador im Verlauf dieser fünf Jahre als Bürgermeister des Bundesdistriktes. Aus der Kritik, die der aufständische Subcomandante Marcos an López Obrador übt, ragt die wahltaktische Ausnutzung der außerordentlichen Mobilisierung gegen seine Amtsenthebung, die 1,3 Millionen Menschen auf die Straßen von Mexiko-Stadt brachte, hervor: „Der, der den Sieg der Bevölkerung beim Marsch vom 24. April umdrehte (und entwertete) und ihn in einen persönlichen Erfolg seines Anlaufs auf das Präsidentenamt umwandelte“, versichert Marcos. „Der, der die Regierung als parteiisch anklagte und danach gegenseitigen Pardon mit ihr austauschte. Der Ankläger von „Verschwörungen“, der danach diejenigen als „Staatsmänner“ lobt, die er zuvor beschuldigte, sie anzustiften.“⁷ Die Hauptkritik müsste jedoch darauf fußen, dass es während seiner Regierung nicht eine einzige politische Initiative gab, Volksmacht oder wenigstens Bürgermacht aufzubauen. Darauf, dass er die Regierungsausübung in der Stadt nicht mit den 16 Bezirksbürgermeistern teilte, wie er von der Bevölkerung gefordert; darauf, dass er dem privaten Transport Vorrang vor dem öffentlichen gab. Die Kritik müsste auf Obradors Bündnis mit ökonomischen Machtgruppen wie der Carlos Slim abzielen. Trotzdem sind seine Unterstützung für anfällige Gruppen (Alte, allein erziehende Mütter, Behinderte, Jugendliche), durchgeführte öffentliche Bauten, die Gründung der Auto-

nomen Universität von Mexiko-Stadt und die 16 neuen Oberstufenschulen sowie unter anderem die Gesundheitsprogramme Faktoren, die seine Popularität und den breiten Beistand gegen seine Amtsenthebung erklärt. Augenscheinlich ist es eine Regierung gewesen, die aus dem Sumpf, den die Bundesregierung bedeutet, hervor ragt. Sie stellt aber kein Projekt da, das als links betrachtet werden kann.

4. Fehlende Bande zu den Kräften der internationalen Linken.

Von der EZLN abgesehen, hat keine andere Organisation der nationalen Linken die Fähigkeit gehabt, organische und solidarische Verbindungen mit Kräften der internationalen Linken zu etablieren. Es gibt kein solides und engagiertes Programm, das Parteiorganisationen mit internationalen Gegenübern haben. Es existieren einige situationsbedingte Abkommen und gelegentliche Treffen von Mitgliedern der zahlreichen Organisationen mit der internationalen Linken, wie beispielsweise die Treffen von Porto Alegre. Aber von dort bis zu einer internationalistischen Plattform der in der PRD versammelten mexikanischen Linken zu kommen, ist es ein weiter und kaum zu bewältigender Weg.

5. Bemerkenswerter theoretischer Eklektizismus, der das programmatische Handeln der Linken erschwert.

Während eines guten Teils des 20. Jahrhunderts konsolidierte sich der Marxismus als Theorie der internationalen Linken. Die zeitgenössischen Kämpfe verdanken dem Marxismus viele Ideen und ideologische Leitlinien, die sie mit Leben erfüllten. Doch der Zusammenbruch des sozialistischen Blocks in Europa und der folgende ideologische Ansehensverlust, der dem Marxismus verabreicht wurde, begünstigten die Tendenz, seine methodischen Problemstellungen und seine Grunderkenntnisse über Bord zu werfen, obwohl sie trotz allem Gültigkeit und Nutzen in der gegenwärtigen Welt besitzen.

⁶ Dokument von Cuauhtémoc Cárdenas, veröffentlicht auf Seite 9 der Tageszeitung La Jornada, 6. Juli 2005.

⁷ Subcomandante Insurgente Marcos. „La (imposible) ¿Geometría? del Poder en México“. Revista Rebeldía, Separata, numero 32, junio de 2005.

Ein Experiment: Die Regierung von Tlapan und der Partizipative Haushalt

In diesem Kontext von Beschränkungen, Fehlern, Unterlassungen und offenen Rückschritten der PRD und im Kontext einer auf eine Person ausgerichteten Stadtregierung, die sich nicht für Projekte mit wirklicher Bürgerbeteiligung interessierte, gehe ich zu der Analyse der dreijährigen Erfahrung (2000 – 2003) in Tlapan über, wo ich an der Spitze der Regierung stand.⁸ Tlapan ist einer der 16 Bezirke, die Mexiko-Stadt bilden. Von Beginn meiner Regierungszeit an (Oktober 2000) sollte es Hauptziel sein, das Regierungshandeln zu demokratisieren. Dafür war es fundamental, dass die Menschen, die Bürger, Entscheidungsbefugnisse und die Überwachung der Regierungsmaßnahmen in ihre Hände nahmen. Die gemeinsame Verantwortung Regierung-Bürgerschaft, eine transparente Verwaltungstätigkeit, die Schulung der Bürger und die Rechnungslegung wurden als unerlässlich angesehen.

⁸ Der Bezirk Tlapan liegt im Süden von Mexiko-Stadt. Er hat eine Fläche von 33 061 Hektar, das sind 20,7 Prozent des Bundesdistriktes; davon gelten 7 635 Hektar als urbane Zone und 25 426 Hektar als ländliche Zone. Der Bezirk ist in fünf Territorialkoordinationen aufgeteilt, wobei die Zone Fünf die acht Dorfgemeinden Tlapans umfasst: San Pedro Mártir, San Andrés Totoltepec, San Miguel Xicalco, Magdalena Petlacalco, San Miguel Ajusco, Santo Tomas Ajusco, San Miguel Topilejo, Parres el Guarda. Von der Gesamtbevölkerung von 581 781 Einwohnern, sind 1,2 Prozent dem primären Sektor (Landwirtschaft, Viehwirtschaft, Jagd und Fischerei) zugeordnet, 19,7 Prozent dem sekundären Sektor (Minenwesen, Öl- und Gasförderung, Manufaktur, Strom, Wasser und Bauwesen). Der tertiäre Sektor (Handel und Dienstleistungen) repräsentiert 76,3 Prozent, nicht zugeordnet sind 2,8 Prozent. Quelle: Cuaderno Estadístico Delegacional 2001, Tlapan Distrito Federal, INEGI 2001. In Tlapan sind 148 Menschenansiedlungen in Bodenschutzgebieten registriert. Es handelt sich um schätzungsweise 8 622 Familien, mit insgesamt 43 110 Mitgliedern. In Tlapan befinden sich 30 Prozent des Bodenschutzgebietes des Bundesdistriktes, 82 Prozent der Bezirksfläche sind als Bodenschutzgebiet ausgewiesen. Jeder dort urbanisierte Hektar bedeutet 250 Millionen Liter Wasser weniger, die in den Untergrund einsickern. Die Bodenschutzgebiete des Bundesdistriktes liefern etwa 50 Prozent des in der Stadt insgesamt verbrauchten Wassers.

Dies alles entwickelte sich in einem widrigen Umfeld, das die 70-jährige, einer Staatspartei angemessene, willkürliche Regierungsausübung hinterließ. Die Amtsträger fühlten sich dem Dienst am Bürger wenig oder überhaupt nicht verpflichtet und waren mehr daran interessiert, sich schnell zu bereichern, den Schein für den Aufstieg in der institutionellen Pyramide zu wahren, Konflikte zu verwalten und ihren eigenen Standpunkt durchzusetzen. Die gesellschaftlichen Gruppen waren daran gewöhnt, durch Druck und Abkommen „unter dem Tisch“ (die sich für die Kooptierung der Führungen und die nachfolgende Passivität der Mehrheiten eignen) Zugeständnisse zu erzielen, die ihre Klientel und damit ihre Stärke erhöhten. Als Gegenstück dazu gibt es eine Bürgerschaft ohne Partizipation und wirklichen Einfluss, die apathisch wird, der Regierung misstraut und den Paternalismus gewohnt ist.

Unter diesen Bedingungen wurde das Programm „Auf dem Weg zu einem Partizipativen Haushalt“ (PP) als ideales Instrument formuliert, diese Trägheit nach und nach zu durchbrechen und eine linke Regierung zu etablieren, deren wichtigste Absicht es sein sollte, „Volksmacht“ oder zumindest eine größere Bürgerbeteiligung aufzubauen.

Erfolge - Tragweite

Mehr und bessere Bürgerbeteiligung.- Die Bürgerbeteiligung erhöhte sich substantiell in Zahl und Qualität. Die Bewohner Tlapans überwachten die aus dem PP resultierenden Verpflichtungen, arbeiteten Vorschläge aus oder stimmten einfach über die prioritären Maßnahmen in ihrer Siedlung ab.

Es ist versucht worden, diese Übung nur anhand der Stimmenzahl zu qualifizieren. Aber selbst nur mit diesem Parameter kann sich das Beteiligungsergebnis sehen lassen: Nie zuvor mischten sich so viele Menschen in die Regierungsentscheidungen in Tlapan ein. Die Stimmenbeteiligung entspricht Städten wie Porto Alegre, Sao Paulo oder Montevideo, Orte, an denen der PP seinen Ursprung hat und immer noch erfolgreich angewendet wird. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass keine Partizipationsform der vergangenen drei Jahre dieses Niveau erreicht hat, seien es Volksabstimmungen, Befragungen, interne Parteiabstimmungen,

usw. Tatsächlich erreichte nur die in den letzten Wahlen siegreiche Partei eine durchschnittliche Stimmenzahl, die dem PP vergleichbar ist (122 Stimmen pro Wahlkreis).

Erfolgreiches Vorgehen gegen Klientelwirtschaft. Höhe und Qualität der Beteiligung schafften es, dass traditionelle System der Klientelwirtschaft zu zermürben. Der Bürger hat keine vermittelnden Anführer mehr nötig. Er merkt, dass seine Vorschläge auf einfache Weise der Regierung zukommen können, er sie stützen und verteidigen kann und eine hohe Wahrscheinlichkeit existiert, dass sie umgesetzt werden.

Der historische Verzug wird geringer. Die Verpflichtung, auf diese Weise auf die Bürgerforderungen einzugehen, zwang die Regierung, die Zahl der traditionell durchgeführten Maßnahmen zu vervielfachen. Es wurden tief empfundene historische Rückstände oder Forderungen angegangen, die die herkömmliche Regierungssicht als „unbedeutend“ ansah und sie größeren und öffentlichkeitswirksameren Vorhaben opferte, welche nicht unbedingt den Alltagsbedürfnissen der Bürger entsprachen.

Außer der Prioritätenfestlegung pro territorialer Einheit wurde das Gerechtigkeitsprinzip angewandt. So war die Pro-Kopf-Investition in den marginalisierten Zonen höher (1 041 mexikanische Pesos) und nahm gemäß dem entsprechenden Index ab, um bei 444 mex. Pesos in den wohlhabenderen Siedlungen anzugelangen. Dasselbe geschieht, wenn die territoriale Einheit als solche betrachtet wird.

Anstoß zur Mitverantwortung. Die durch diesen Prozess geäußerte Nachfrage ergab sich allerdings nicht aufgrund des herkömmlichen „Briefes ans Christkind“. Die Bürger mussten Straßen vermessen, die Bodenstruktur auswerten, die technische und juristische Machbarkeit kennen lernen. Im Anschluss gab es die Möglichkeit, informiert das Vorgehen der Bauunternehmen zu überwachen und entsprechende Anmerkungen in die richtigen Kanäle zu leiten. Dies ermöglichte, dass die folgende Eingabe der Anwohner realistischer war, das heißt, die Bürger wandelten sich zu Mitverantwortlichen des öffentlichen Handelns.

Die Nachfrage rationalisierte sich. Die Regierung gewann ebenfalls bei dieser Entwicklung. Der Bürger konnte zwar jetzt leichter Eingaben machen, doch führte der allmähliche Prozess der Sensibilisierung und Mitverantwortung nicht zu einer höheren, sondern zu einer realistischeren Nachfrage. Die Eingaben der Anwohner reduzierten sich um 75 Prozent, während die Beteiligung sich fast verdoppelte. Beachten wir, dass die Bezirksregierung durchschnittlich auf 500 Eingaben eingehen kann, so ergab sich, dass sie anfangs nur jede sechzehnte Petition berücksichtigen konnte. Mit Hilfe des PP schaffte sie es, auf jede vierte Eingabe zu antworten. Die Regierung erreichte damit mehr legitimen Handlungsspielraum, sie wurde effizienter bei der Berücksichtigung der erringenden Anliegen der Bürgerschaft.

Sensibilisierung und Bürgerschaft

Sensibilisierung und Bürgerschulung auf verschiedenen Ebenen sind für sich genommen ein ganz wichtiger Erfolg. Den Bürgern gelang dies, indem sie sich in die Anträge und Nachfrageprozesse einarbeiteten und überprüften, ob einige davon entsprechend den Beschränkungen der Regierung (Regelwerk, Machbarkeit, Mittel) berücksichtigt wurden oder nicht. Es gelang ihnen, indem sie direkt an Verwaltungsorganisation und –aufgaben teilnahmen. Was letzteres angeht, so war es sehr befriedigend zu sehen, wie die Anwohner die Wahlkreise betreuten, zur Stimmabgabe aufriefen und die Machbarkeit der Vorschläge gemäß den erwähnten Beschränkungen diskutierten.

Fortschritte gab es ebenso durch die Bürgerbeteiligung an den Kursen für die fachliche und normative Schulung. Sie fanden direkt Anwendung, indem Bauvorhaben begleitet wurden. Das Verhältnis zur Regierung änderte sich radikal, indem Ausgabenposten, Konzepte und Maßnahmenprogramme diskutiert und Haushaltszuweisungen beeinflusst wurden. Die Bürger lernten, den Gesetzesrahmen zu benutzen, Kritik zu kanalisieren und die Regierungsdefizite aufzuzeigen. Dies ging so weit, dass sie den Bezirk zwangen, in 2002 Dutzende von Bauvorhaben zu korrigieren.

Bürgerkontrolleure. Bei diesen zuletzt erwähnten Erfolgen ist das sogenannte „Monitoring-Team“ hervorzuheben, eine Bürger-

gruppe, die gebildet wurde, um die eingegangenen Verpflichtungen des PP zu überprüfen. Aufgrund der hohen Qualifizierung und des Einsatzes der Mitglieder repräsentierte die Gruppe einen äußerst wertvollen Fundus für das Programm der Hauptstadt-Regierung mit dem Namen „Bürgerkontrolleure“. Von diesen stellte Tlapan nicht nur die zahlenstärkste Gruppe, von den 17 ernannten Kontrolleuren stammen 16 aus dem „Monitoring-Team“.

Transparenz. Ein Erfolg sowohl für Bürgerschaft als auch Regierung besteht darin, dass transparente Verwaltung nicht nur möglich, sondern für beide Seiten wünschbar ist. Die Veröffentlichung von Leitfäden, Broschüren, Informationsblättern, Berichten, Abstimmungsergebnissen usw. erlaubt es den Bürgern, Einsatz, Kongruenz und wirklichen Fortschritt der Regierungsmaßnahmen zu bewerten. Es werden ihnen Elemente geliefert, mit denen diese Aktionen korrigiert werden können. Der Regierung gibt diese Vorgehensart nicht nur regelmäßige und systematische Legitimität, sondern auch die Gelegenheit, ihre Beschränkungen und Spielräume zu vermitteln, indem sie die klaren und allgemeinen Regeln aufzeigt, die sie für ihre Bürger anwendet.

Effizienter Verwaltungsprozess. Anders als die Amtsträger zu denken neigen, vereinfachte die Bürgerintervention den Verwaltungsprozess.

Dynamische Stadtdiagnose. Das Ergebnis der jährlichen Prioritätenabstimmung allein wandelte sich zu einer Diagnose der urbanen Bedürfnisse. Obwohl auf die Mehrheit der Vorschläge nicht sofort eingegangen werden kann, erlauben ihre Zusammenstellung und ihr Studium der Regierung mittel- und langfristige Planungen mit Maßnahmen größeren Umfangs, die aber priorisiert und legitimiert sind. Ein klares Beispiel dafür ist die Forderung nach einer Dränage in der Siedlung Pedregales de San Nicolás. Sie zwang den Bezirk, einen großen Sammelkanal zu bauen, den die Zentralregierung vorgesehen, aber nicht in ihre unmittelbaren Planungen aufgenommen hatte. Dieser Sammler wird in den kommenden Jahren für das nach und nach aufgebaute Sekundärnetz zur Verfügung stehen.

Veränderung der Bezirksprogramme. Die dynamische Diagnose erlaubt ebenfalls, die Regierungsprogramme den wirklichen Bürgerbedürfnissen besser anzupassen. Andernfalls würden diese Modifizierungen in den weit entfernten Büros der Bürokratie viel Arbeit kosten.

Bürgerprogramm mit niedrigen Kosten. Die Regierung gab für die Aktivitäten der Bürgerbeteiligung wenig Geld aus, wenn wir es mit dem Volumen vergleichen, das in Erfüllung des Anwohnermandats in die Maßnahmen investiert wurde, aber vor allem, gemessen an den zuvor beschriebenen Erfolgen und Vorteilen. Druck, Verbreitung, Antragsformalitäten, logistische Unterstützung usw. machten gerade einmal 0,7 Prozent der für die ausgewählten Bauarbeiten aufgewandten Mittel aus.

Probleme

Veraltete Gesetzgebung. Die herrschende Gesetzgebung ist einer der Faktoren, die die Berücksichtigung der Bürger einschränken. Da die Bezirke des Bundesdistriktes keine ausreichende Autonomie besitzen, ist der Verwaltungsspielraum, auf die sich ändernden Bürgerprioritäten einzugehen, stark eingegrenzt. Haushaltsgrenzen, Mittelzuweisungen, von der Zentralregierung definierte Programmprioritäten und zweckgebundene Gelder wurden so zu Zwangsjacken, die die Beweglichkeit des Bezirkes bremsen, den Bürgern Tlapan gerecht zu werden.

Bürokratie mit geringer Sensibilität gegenüber den Bürgern. Im Allgemeinen besitzt die Bürokratie eine wenig bürgernahe Ausbildung. Dieser Zustand verschärft sich beim technischen, juristischen und verwaltungstechnischen Stammpersonal, das die Erfahrung der Bürger gering schätzt und sein Universitätswissen überbewertet. Es zeigt wenig Bereitschaft, Fähigkeit und Toleranz, sein Wissen zu vermitteln und Überzeugungsarbeit zu leisten. Insgesamt führt dies zu der Neigung, Lösungen aufzuzwingen sowie Kritik und alternative Vorschläge nur unter Druck zu akzeptieren.

Das Vermächtnis der PRI. In der Mehrheit der Fälle hat die Bürokratie nicht von der siebzigjährigen Trägheit Abstand genommen, die PRI-Herrschaft und Staatspartei bedeuteten. Die hohen Amtsträger verste-

hen sich mehr auf das kontrollierende Regieren, demokratische Regierbarkeit erschreckt sie. Für sie ist es einfacher, mit einigen lärmenden Anführern zu vereinbaren, einen Teil des Haushaltes abzutreten, als sich mit einer Menge geschulter sozialer Akteure herumzuschlagen, die Verpflichtungen und Maßnahmen des gesamten Haushaltes überprüfen.

So kommt es weiter zu klassischen Taktiken, Lösungen zu versprechen, die die Anwohner demobilisieren und ermüden. Ebenso werden kleine Maßnahmen durchgeführt, die Proteste mildern. Es wird Bauarbeiten in Zonen Vorzug gegeben, die mit den Amtsträgern verbündete Interessengruppen stärken, und Information wird nicht oder nur tendenziös verbreitet. All dies erschwert unter dem Deckmantel einer legalistischen Argumentation den Einfluss der Bürger.

Schlechte Bauqualität. Die Kombination dieser Faktoren hatte zum Ergebnis, dass die politische Idee der „Bürgermacht“ von der Gesamtheit der Bezirksverwaltung unterschiedlich angenommen wurde. Das Regierungsvorgehen war daher zeitweise widersprüchlich und inkonsequent. Kurz gefasst: Die Mitverantwortung versagte manchmal, doch mehrheitlich geschah dies auf Regierungsseite. Was den PP angeht, so waren die Hauptprobleme folgende: Keine 100-prozentige Berücksichtigung der Bürgerpriorität; fehlende Kapazität, die Fachschulung der Bürger permanent aufrecht zu erhalten; die Bürgerüberprüfung völlig konsequent zuzulassen und vor allem die dürftige durchschnittliche Qualität der ausgeführten Maßnahmen.

Fehlende politische Diskussion. Bezüglich der politischen und organisatorischen Diskussion über das Vorgehen brachten die direkt beteiligten Akteure Verbesserungsvorschläge ein: Das Monitoring-Team, der Mittelbau der sozialen Organisationen, Nicht-Regierungsorganisationen, Forscher, usw.

Leider akzeptierten die traditionellen politischen Akteure zu keinem Zeitpunkt eine offene und niveauvolle Diskussion. Sie zielten lieber auf Zermürbung durch Tatsachenverdrehung und Lüge. Dabei nutzten sie die nationale Sensationspresse, Schmähchriften und verbreiteten Gerüchte.

Der erste Fall gelangte nicht über die Lokalpresse hinaus, da der PP auf städtischer, nationaler und sogar internationaler Ebene zunehmend Ansehen gewann. Die Reaktionen des Bezirks brachten die Attacke rasch zum Erliegen. Unter dem Strich verabsagte sich die linke Bezirksregierung und die Berufspolitiker verpassten die Gelegenheit, das zu fördern, was sie öffentlich verfechten: "Das Wohl der Gemeinschaft".

Mehr und bessere Bürgerbeteiligung notwendig. Um bei dieser Art Erfahrungen vorwärts zu kommen, ist die während dieser Periode erreichte Bürgerbeteiligung ein Element der selbstkritischen Bewertung. Aus quantitativer Sicht wurde bereits dargestellt, dass der PP konkurrenzlos dasteht. Dennoch müssen zweifellos immer mehr Personen in eine Übung dieser Art einbezogen werden.

Dies wird nicht die gesamte Bevölkerung sein, das geschieht nur in Momenten politischen oder sozialen Notstandes. Aber es muss daran gearbeitet werden, dass nach und nach, schrittweise, immer mehr Menschen sich in das öffentliche Geschehen integrieren. Dafür bestehen mindestens zwei Grundbedingungen: Die Regierung muss ihre Verpflichtungen einhalten und die Bürger müssen die Entscheidungen über die öffentliche Tätigkeit nicht nur bei den Wahlen, sondern bei der tagtäglichen Arbeit in die Hände nehmen.

Dies führt zum zweiten Element, dem wichtigsten: Dem qualitativen. Damit die Menschen entscheiden können, ist ihr Wissen wesentlich. Die Bürgerschulung ist daher eine unabdingbare Voraussetzung.

Die linke demokratische Regierung auf jeder Ebene muss ihrerseits verstehen, dass die Förderung der Bürgerbeteiligung ihre Verpflichtung und kein Zugeständnis ist. Sie muss den politischen Willen besitzen, dieser Beteiligung Wege zu öffnen. Sie muss neue Formen der Bürgerorganisation unterstützen und anstoßen, aber gleichzeitig der Versuchung abschwören, sie auf Linie zu bringen und unterzuordnen. Die Amtsträger dürfen sich nicht vor dem „Bürger Frankenstein“ fürchten, diesem angeblich ignoranten und nicht kontrollierbaren Subjekt.

Zufrieden stellen und Bedürfnisse abdecken ist für sich nicht ausreichend. Die Regierungsmaßnahmen müssen unbedingt von einer gut definierten Strategie begleitet werden, die Mitverantwortung und Schulung fördert, die transparent und kongruent ist und die bereit ist, die Entscheidung der Bewohner zu akzeptieren. Eine Strategie, die Bürgerschaft aufbauen hilft und deren „empowerment“ dient.

Schlussbemerkung

Unsere Erfahrung wurde unter der amtierenden Bezirksregierung (2003-2006) nicht weiter geführt, obwohl mit der PRD dieselbe Partei die Wahlen in Tlapan gewann. Trotz seiner Bedeutung und Effizienz, trotz nationaler und internationaler Anerkennung, trotz der Bürgerunterstützung für den PP, entschied die neue Regierung, das Programm nicht in ihre Amtsführung zu integrieren. Sie belegte damit einmal mehr die programmatische Inkongruenz der PRD mit der linken Tradition. Dieses traumatische Ende einer erfolgreichen Erfahrung kann nicht durch zufällige, persönliche Gründe oder umständehalber erklärt werden. Die Analyse muss uns zur systemischen Rolle führen, die die PRD in der Reproduktion der Demokratie innerhalb der Grenzen des Kapitalismus spielt und zur Notwendigkeit, die reale Praxis derjenigen Parteien von Grund auf zu hinterfragen, die wie die PRD den Sozialismus aus dem Visier verlieren und einen Weg einschlagen, der nicht im „empowerment“ des Volkes, sondern im Hochmut einer Bürokratie besteht, die sich der Parteistrukturen bemächtigt und die Wurzeln der Sache des Volkes und der marxistischen Tradition kappt.

Erfahrungen dieser Art lassen uns erwägen, dass das sozialistische Modell nach sowjetischer Art zwar scheiterte, der Sozialismus als Zukunft der Menschheit jedoch seinen Wert nicht verloren hat. Er bleibt gültig, doch hängt es von den Linken ab, Theorie und Praxis des Sozialismus unter den neuen historischen Bedingungen neu zu definieren. In dem Bewusstsein, dass neben der negativen Erfahrung eine positive besteht, die früher oder später zum Vorschein kommen wird. Zwei Elemente, die als Alternative zum neoliberalen Kapitalismus die Linke strukturieren und antreiben müs-

sen, sind Egalität und die Gerechtigkeit, ohne die Diversität im Klasseninnern und der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu verkennen. Für die Gerechtigkeit zu kämpfen, setzt voraus, sich der falschen Homogenisierung zu widersetzen, die der kapitalistische Nationalstaat erreicht hat. Er formte Identitäten, die seinen Herrschaftsbedürfnissen untergeordnet sind.

Heute sieht sich die Linke einem ganzen Bündel ethischer Ansprüche gegenüber. Sie kann keine höhere Zivilisationsstufe wie die sozialistische erreichen, ohne das System der herrschenden demokratischen Freiheiten bis zum Äußersten zu entwickeln. Darum muss für den Rechtsstaat gekämpft werden.

Dieser Kampf darf nicht nur auf die Selbstkritik und die Kritik der eigenen Genossen zentriert sein. Es geht darum, von allen möglichen Tribünen aus die strukturelle Korruption von Teilen der herrschenden mexikanischen Klassen anzuklagen, die das Recht systematisch verletzen, indem sie eine private Aneignung des Öffentlichen vornahmen.

Die lateinamerikanische Linke hat die Demokratie verteidigt, indem sie der ständigen Beteiligung der Bürgerschaft Räume öffnete. Was wir heute als *partizipative Demokratie* kennen, ist eine Erfahrung, die in Teilen der englischen Arbeitswelt begann und Echo in linken Kommunalregierungen Lateinamerikas fand: Der erfolgreiche „partizipative Haushalt“ der PT-Regierung von Porto Alegre, die Erfahrung der Regierungen der Frente Amplio in Montevideo. Hier in Mexiko zeigt sich mit den autonomen zapatistischen Gemeinden und den Räten der guten Regierung sowie unserer konkreten Erfahrung im Bezirk Tlapan mit dem hier vorgestellten Programm „Auf dem Weg zu einem partizipativen Haushalt“ (das keine Chance auf Fortsetzung zu haben scheint), dass die Linke bezüglich der demokratischen Entwicklung nicht vorgefertigten Rezepten folgen darf, sondern im Gegenteil höchst kreativ sein muss.

Die Linke muss sich auf eine permanente Suche nach Formen und Räumen für die politische Äußerung der nationalen Mehrheiten begeben. Die Linke selbst, ihre Parteien und Gruppen, müssen sich demokratisch organisieren, das heißt, von unten

organisieren, um einen engen Kontakt mit der Gesellschaft zu halten und ein Kanal mehr für die Stimme der Bürger und Gruppen sein. So würde die Linke Glaubwürdigkeit und Vertrauen der Gesellschaft gewinnen und könnte zur Bildung einer neuen politischen Kultur beitragen. Gleichzeitig würde sie den schwerwiegenden Fehler korrigieren, den Führungszirkeln zum Nachteil der Basisorganisationen so viel Gewicht zu geben.

Wenn wir uns die Kämpfe für gesellschaftliche Transformation anschauen, so zeigten sich gewisse Erschöpfungssymptome bei den revolutionären Plänen, die sich auf die Machtübernahme „im Sturm“ beschränkten. Wenn uns die verschiedenen revolutionären Erfahrungen etwas hinterlassen haben, dann die Lehre, dass es nicht reicht, sich der staatlichen Institutionen zu bemächtigen, um ernsthafte und tiefgreifende Gesellschaftstransformationen zu generieren. Wir haben gesehen, dass Macht nicht nur einfach übergeben oder jemand aus den Händen gerissen wird, genauso wenig ist sie ein Raum oder eine Qualität, die der Persönlichkeit irgendeines Anführers innewohnend ist. Macht ist auch eine soziale Beziehung, die zwischen den verschiedenen Gesellschaftsschichten zirkuliert und nicht immer am selben Richtpunkt verharrt. Diese soziale Macht zirkuliert in der Vorstellungskraft der Gesellschaft, im individuellen und kollektiven Bewusstsein der Bürger, sie holtet in der Geschichte und der Gegengeschichte. Darum nützt es nichts, die politischen Apparate zu erstürmen, wenn dieser „Sturm“ nicht von einer kontinuierlichen und permanenten Arbeit mit den Bürgern begleitet wird. Die Macht ist weniger in den Institutionen verwurzelt, sondern zirkuliert weiterhin in der politischen Kultur, im Alltagstreiben der Männer und Frauen, Kinder, Jugendlichen und Alten. Um die Gesellschaft zu transformieren, müssen Parteien und politische Organisationen daher akzeptieren, nicht in erster Linie Bewusstseinsstifter zu sein, sondern Transportmittel, um Unzufriedenheit, Kritik, Träume und Hoffnungen auszudrücken, die sich bereits im kollektiven Bewusstsein eines Volkes rühren.

Die Forderungen nach Demokratie, Menschenrechten und Armutsbekämpfung sind Teil einer Mindesttagesordnung für den Kon-

sens geworden. Sie haben das traditionelle Bündniskonzept flexibilisiert und die Mörtelmasse für das Entstehen umfassender neuer sozialer Bewegungen geschaffen, mit integrierenden und solidarischen Strukturen von der Basis aufwärts, als neue Versuchslabors des sozialen Kampfes. Diese Realität zwingt dazu, die notwendige Beziehung zwischen Führern und Geführten neu zu definieren und traditionelle Konzepte wie „Avantgarde“ oder „organischer Intellektueller“ zu reformieren.

Ein Merkmal aller Prozesse der sozialen, ökonomischen, ideologischen und politischen ist ihre Wandelbarkeit und Vergänglichkeit. Auf allen Feldern der gesellschaftlichen Praxis ist die heutige Zeit durch Suche, Diversifizierung und Experimente geprägt. Daher kann eine neue Strategie gesellschaftlicher Transformation weder ausschließlich noch im Wesentlichen von einem bestimmten ideologischen Rahmen herrühren, sondern muss sich grundlegend von denjenigen unterschiedlichen Erfahrungen der Völker und Volksschichten leiten lassen, die eine Perspektive von Gesellschaftstransformation und/oder Widerstand beinhalten; und von der Öffnung neuer Aktionsräume, die die Einbeziehung der Bevölkerungsmehrheit beim Treffen von Entscheidungen ermöglichen.

Im gegenwärtigen Kontext steht die Linke vor der fundamentalen Herausforderung, die Demokratie in einem Prozess zu radikalisieren, der impliziert, mit den traditionellen Vormundschaftsformen des Staates zu brechen. Dies setzt voraus, den Bürger, die Völker und die entstehenden sozialen Gruppen nicht nur als Träger von Rechten und Pflichten anzuerkennen, sondern vor allem als zentrale Akteure bei der Suche nach erweiterten Rechten bezüglich der politischen Entscheidungen. Es setzt voraus, dem Öffentlichen und damit dem Regierungshandeln einen neuen Sinn zu verleihen.

Gilberto Maringoni und João Sicsú

Woher kamen wir, wo stehen wir? Eine Bewertung der Leistungen der PT und der Regierung Lula



Gilberto Maringoni

Die Krise, von der die brasilianische Regierung derzeit betroffen wird, ist Zeichen einer strategischen Niederlage der gesamten brasilianischen Linken. Darüber hinaus weist sie Konturen einer tief greifenden systemischen Krise vor. Der Misskredit, in den die demokratischen Institutionen geraten sind, entsteht aufgrund der geringen Übereinstimmung zwischen dem von den Bürgern abgegebenem Votum und den offiziellen wirtschaftlichen Richtlinien. Diese werden als unantastbar dargestellt, und entsprechen den Parametern des „Marktes“. Und trotz alledem, ist die Wirtschaft bei weitem nicht so solide wie versprochen.

Die Krise, die in jüngster Zeit über die PT und die Regierung Lula hereingebrochen ist, weist zwei Grundmerkmale auf: Sie zeichnet



João Sicsú

sich als eine strategische Niederlage für die gesamte brasilianische Linke ab, von ihren radikalsten Segmenten bis zu den moderatsten, und sie gewinnt Konturen einer tiefgreifenden institutionellen Krise. Folglich haben, neben dem Präsidenten der Republik und seiner Partei, die demokratischen Kreise der brasilianischen Gesellschaft die größten Verluste aus diesem jüngsten politischen Wirbel zu verzeichnen.

Diese Niederlage ist nicht so sehr auf die jüngsten Korruptionsanzeigen zurückzuführen, sondern vielmehr auf die Tatsache, dass sie die Unrealisierbarkeit der Vorstellung zutage bringen, die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung mit den vonseiten des Finanzkapitals und des „Marktes“ diktierten Regeln zur Verwaltung der öffentli-

chen Angelegenheiten in Einklang zu bringen.

Strategische Niederlagen sind solche, in denen eine bestimmte Taktik und eine bestimmte Strategie, von der Realität auf die Probe gestellt, versagen oder selbst, wie bei dem aktuellen Fall, einen Rückfall bedeuten. Ein Rückblick in die Geschichte zeigt, dass die brasilianische Linke mindestens zwei strategische Niederlagen während des 20. Jahrhunderts erlebte.

Die erste kam 1935 zustande, bei dem missglückten insurrektionellen Aufstand unter der Führung der Kommunistischen Partei Brasiliens (PCB) und der Anleitung der III. Internationalen. Dem lag eine falsche Einschätzung der Machtverhältnisse der sich gegenüberstehenden Kräfte, sowie der gesellschaftlichen Verwurzelung innerhalb der Regierung des Präsidenten Getúlio Vargas zugrunde. Ein Teil der Führung der PCB wurde getötet, ein anderer musste ein dramatisches Jahrzehnt im Kerker erleiden. Als die Kommunistische Partei 1945 wieder auftauchte, hatten sich die Umstände stark gewandelt, und die insurrektionelle Taktik wurde aufgegeben. An ihrer Stelle entschied man sich für einen demokratischen und reformistischen Weg, im Sinne einer Kräften-sammlung innerhalb der verschiedenen gesellschaftlichen Segmente.

Dieser Weg kannte viele Nuancen, bald breiter angelegte, bald sektiererischere. In der sogenannten Märzerklärung von 1958, vertrat die PCB folgende neue These: „Unter den gegenwärtigen Umständen unseres Landes, entspricht die kapitalistische Entwicklung den Interessen des Proletariats und des gesamten Volkes. [...] Die Revolution ist in Brasilien nicht eine sozialistische, sondern eine antiimperialistische und antifeudalistische, nationale und demokratische.“ Von da an versuchte die Linke, vertreten durch die PCB, Allianzen mit den nationalistischen Sektoren der Bourgeoisie aufzubauen, um gegen den Imperialismus anzutreten, und vermied heftigere Auseinandersetzungen.

Eine neue Niederlage kam 1964, mit dem Militärputsch. Kein bedeutender Sektor der brasilianischen Unternehmerschaft stellte sich denjenigen zur Seite, die Widerstand leisten wollten. Es ist durchaus möglich, dass es zu jener Zeit schwierig gewesen

wäre, den Putsch zu verhindern, in Anbetracht des externen und internen Szenarios eines akzentuierten Wachstums der Rechten. Doch sowohl die Taktik wie die Strategie der Anhänger der PCB erwies sich als ungangbar. Im Umfeld einer tiefgreifenden Niederlage, inmitten der Verhaftungen und Verfolgungen der folgenden Jahre, verständigte sich die brasilianische Linke nicht auf eine gemeinsame Erklärung der Ursachen und der Folgen dieser Ereignisse, und es kam zu Spaltungen.

Damals wurden zwei Taktiken erarbeitet. Die eine, offiziell von der PCB vertreten, sprach von einer erneuten Kräften-sammlung. Eine andere, die von einigen kleineren Gruppierungen gerechtfertigt wurde, die in ihrer Mehrzahl aus der Partei entsprungen waren, setzte sich für den Versuch eines Kampfes mit der Waffe ein. Die übermäßig bekannten Folgen der zweiten Option waren für alle verheerend.

Erst 16 Jahre nach dem Putsch zeigte die brasilianische Linke wieder ihre Fähigkeit, sich erneut zu vereinen, und zwar 1980, im Rahmen der stärksten sozialen Bewegung unserer Geschichte. Ein Großteil der brasilianischen Linken kam zu einer parteilichen Wiedervereinigung innerhalb der Arbeiterpartei PT.

Die zwei strategischen Niederlagen des 20. Jahrhunderts kamen vor allem auf militärischem Terrain zustande, und ihre Folgen waren Gefangenschaft, Folterung, Exil und Mord. In der Mehrzahl blieb die brasilianische Linke aufrecht nach dem Fall. Sie war besiegt worden, bewahrte aber einige Repräsentanz, bei vollständiger politischer und moralischer Autorität. Mit der Regierung Lula da Silva, entwickelte sich eine qualitativ andersartigen Niederlage. Sie kam anfänglich dadurch zustande, dass die Wirtschaftspolitik und der wirtschaftliche Diskurs der politischen Gegner übernommen wurden. Danach wurde sie geprägt durch die Enthüllung von Korruptionsaffären, Veruntreuung öffentlicher Mittel, Bildung von Gruppen mit suspekten Interessen und so weiter und so fort. Es war eine Niederlage über den Weg der Demoralisierung, und brachte ungeheure politische Kosten mit sich. Wie lange es zur Überwindung dieser komplizierten Situation

braucht, ist bis heute eine große Unbekannte.

Allerdings weist die derzeitige Krise auch positive Aspekte auf. Ihren Ursprung zu untersuchen, kann uns zeigen, was genau sich derzeit im Untergang befindet. Die Regierung Lula ist nicht ausschließlich eine von der Linken gewählte Regierung. Von der Linken gewählt, regiert sie wie die Rechte: Politisch konservativ und wirtschaftlich liberal. Sieht man von wenigen sekundären Details ab, sind die politische Praxis und die wirtschaftlichen Ziele exakt die gleichen wie die der Rechten, die das Land während der letzten Jahre regierte.

Aber was für eine Regierung ist dies eigentlich? Eine Untersuchung der sukzessiven Programme der PT, also der Partei, die den Kern der jetzigen Verwaltung bildet und ihre parlamentarische Basis leitet, führt uns nicht sehr weit. Und dies ist nicht nur so, weil die Verwaltung des Bundes wenig Ähnlichkeit mit den internen Debatten der PT vorweist, sondern weil das, was jetzt in Brasilien in die Praxis umgesetzt wurde, ein Abenteuer ist. Sein wichtigstes Merkmal war der Bruch mit dem Kurs, mit der Geschichte und mit der sozialen Basis der PT.

Dieses Abenteuer wird pragmatisch von der hegemonischen Gruppe der PT geführt, die mit der Unterstützung einer breiten Basis innerhalb und außerhalb der Partei rechnen konnte. Allerdings handelte es sich nicht um ein durch extreme Gesten oder Handlungen motiviertes Abenteuer, wie es diejenigen waren, in die einen Teil der brasilianischen Linken in der ersten Hälfte der siebziger Jahre stürzte. Es handelt sich um das genaue Gegenteil. Es ist ein „Abenteuer der Moderation“, weil es davon ausging, es sei möglich, mit den vorgefundenen Problemen weiter zu leben, ohne sie zu lösen. Ein solches Abenteuer zielt wesentlich darauf, „das Leben wie es ist“ zu *reproduzieren*, ohne auch nur minimale Veränderungen zu wagen. Ändern war nicht vonnöten, lediglich regieren tat Not.

Die Strategie der PT drehte sich seit 1994 um die Wahl Lulas zum Präsidenten der Republik. Dieses Ziel wurde 2002 erreicht. Jetzt ist die Wiederwahl 2006 das Ziel. Der einzige Ehrgeiz liegt darin, mit mehr sozialem Feingefühl als die PSDB (die Partei von

Fernando Henrique Cardoso, Lulas Vorgänger) zu regieren. Regieren mit einem effizienteren Programm, wie „Null Hunger“ oder „Familienstipendium“, ohne die Logik der orthodoxen makroökonomischen Politik zu ändern, in Verbindung mit fokussierten sozialpolitischen Maßnahmen.

Die Umstände des Wahlkampfes von 2002 stellten den damaligen PT-Kandidaten vor ein Dilemma. Das Panorama zum Ende des ersten Halbjahrs 2002 zeigte eine Erpressung der brasilianischen Wirtschaft durch die sogenannten Finanzmärkte, durch Inflation, Kapitalflucht und ein virtuelles Default von Seiten Brasiliens. Auf politischer Ebene kam es vonseiten der Gesellschaft zu einer Ablehnung derjenigen Politiker, die in den vorangegangenen acht Jahren das Land auf den Weg suspekter Privatisierungen geführt hatten, sowie einer beinahe Stagnation der Wirtschaft, einen Abbau der Arbeitnehmerrechte und einer Verringerung der Möglichkeiten für produktive unternehmerische Tätigkeiten.

Lula wurde mit 52 Millionen Stimmen zum Präsidenten Brasiliens gewählt und bekam dadurch eine politische Unterstützung wie kein anderer Politiker dieses Landes sie während der letzten 40 Jahre vorweisen konnte. Der ehemalige Gewerkschaftsführer der Metallarbeiter wurde gewählt, um die Dinge zu ändern, während einer Periode geringer Mobilisierung der Bevölkerung und starkem Druck im Sinne der Kontinuität der vorherrschenden Wirtschaftspolitik. Ambiguitäten zeigten sich schon während des Wahlkampfes. Selbst der „Brief an die Brasilianer“ zeugt von einer unheilbaren Dichotomie: Dem Volk wurden Veränderungen versprochen, dem Markt, Kontinuität.

Unter solchen Umständen wäre für eine Partei der Linken nur eine Politik des Bruchs mit den vorherigen Richtlinien sinnvoll. Denen, die diese Vorstellung ablehnen, muss gesagt werden, dass ein Bruch mit einer bestimmten allgemeinen Orientierung gemeint ist, d. h., mit einem bestimmten Endziel. Die Taktik, um einen solchen Bruch zu bewerkstelligen, müsste nicht notwendigerweise brüsk sein, auch nicht durch Erschütterungen und Schrecken gekennzeichnet. Ein solcher Bruch bedeutete 2002/03 (und bedeutet auch heute noch)

eine Richtungsänderung, die durchaus sanft durchgeführt werden könnte und auf eine Wende um 180 Grad orientiert. Allerdings wäre dafür die beste Taktik der Einsatz einer großen Flexibilität prozessualer Verhandlungen zwischen den wirtschaftlichen und politischen Akteuren, unter Bewahrung der Möglichkeit von Konfrontationen, wenn nötig. Dennoch ließe sich ein Bruch mit der bisherigen Politik durch die neue Regierung nicht ignorieren.

Es war eine historische Chance: Ein Präsident mit großem politischen Kapital, eine organisierte und gesellschaftlich verwurzelte Partei, und ein Großteil der Gesellschaft, die nach Veränderungen ruft. Hier wäre, mehr denn je, die taktische Flexibilität des Verhandels angebracht, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung einer antikonservativen und antiliberalen strategischen Strenge. Es war der Augenblick, in dem die Regierung hätte handeln sollen, um den Staat wieder aufzubauen und die Republik zu konsolidieren.

Allerdings ist das alles keinesfalls leicht. Ende 2002, nach dem Wahlsieg, beschreibt in einem Interview der derzeitige Vorsitzende der BNDES (die nationale Bank für wirtschaftliche und soziale Entwicklung) und ehemaliger Planungsminister, Guido Mantega, die Absichten der neuen Regierung mit folgenden Worten: „Wir suchen einen effizienteren, humaneren Kapitalismus. Keinen wilden Kapitalismus, mit Einkommenskonzentration.“ (Exame, 21.11.2002). Anscheinend wollte Mantega in Brasilien ein an die Sozialdemokratie angelehntes Projekt einführen, etwas Ähnliches wie das, was in Westeuropa nach Kriegsende zustande kam. Indessen gab es von Seiten der PT-Regierung keine deutliche Formulierung dieser Politik.

Da sich diese Regierung nie als sozialistisch bekannte, ist es durchaus möglich, in Anbetracht der Entwicklung der PT während der letzten Jahre, dass das gedachte Konzept ein sozialdemokratisch angehauchtes, reformistisches Projekt war, eine Art verschämter dritter Weg. Es muss aber wiederholt werden, dass dies nur eine Vermutung ist, da die Regierungsprogramme der PT nie kristallklar formuliert waren.

Man müsste eine zusammenfassende Wertung der Sozialdemokratie nach dem 2. Weltkrieg vornehmen. Hier geht es nicht darum, ihren Ursprung als Ableger der sozialistischen Bewegung von Ende des 19. Jahrhunderts zu untersuchen, sondern es geht um die Überprüfung der eigentlichen Bedeutung der real existierenden Sozialdemokratie.

Als Ergebnis des Zusammenbruchs der osteuropäischen Regime und der defensiven Stellung, zu der sich das, was sich die „kommunistische Bewegung“ nannte, gezwungen sah, wurde die Untersuchung der Krise der Sozialdemokratie vernachlässigt. Da die Parteien aus dieser Richtung nicht verschwunden sind – im Gegenteil, sie haben in der Zwischenzeit viele Wahlen in zahlreichen bedeutenden Ländern gewonnen –, wird über die tiefgreifenden Probleme dieser politischen Richtung nicht gesprochen. Die klassischen sozialdemokratischen Parteien, mit solider gewerkschaftlicher und gesellschaftlicher Basis – wie die Sozialistische Partei Frankreichs oder Spaniens, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die englische Labour Party, oder die italienische PDS (Nachfolgepartei der PCI) – stecken in theoretischen und politischen Krisen, oder erleben selbst ernsthafte Krisen bei verschiedenen Wahlgängen.

Was waren die Vorhaben der sozialdemokratischen Parteien, in der Zeit, in der sie über Kraft und Achtung verfügten? Zusammenfassend formuliert, ging es ihnen um eine Reform des Kapitalismus, ohne mit ihm zu brechen, durch Übernahme der arbeitsrechtlichen und sozialen Leistungen als permanente Kosten eines Systems einer egalitär orientierteren Gesellschaft. Anders gesagt, ging es ihnen darum, das Banner der Abschaffung des Privateigentums der Produktionsmittel gegen das Banner der Demokratie, des Zugangs zu Bildung, Gesundheit, Kultur, und Freizeit, auszuwechseln.

Eine solche Politik war nur während einer historischen Periode tragfähig, in der die Wirtschaft der USA im Verlauf der Krise von 1929 gleichsam zusammenbrach, eine Zeit in der Europa und ein Großteil Asiens durch zwei Weltkriege zerrissen wurden, und in der eine tiefgreifende soziale Revolution in

Russland zustande kam. Als es darum ging, die Ursachen der zyklischen Krisen des Kapitalismus zu bekämpfen, beobachtete man, dass es unmöglich sein würde, die Funktionsweise des Systems ausschließlich vom freien Spiel der Kräfte auf dem Markt abhängen zu lassen.

Wenn wir auf die Suche nach Beispielen entlang der Geschichte gehen, so werden wir beobachten, dass die einzigen einigermaßen erfolgreichen Versuche einer „Humanisierung“ des Kapitalismus durch die Anwendung einer vom englischen Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes inspirierten Politik (während der dreißiger Jahre) zustande kamen, sowie später und vor allem durch den Aufbau nach 1945 des sogenannten Wohlfahrtsstaates in einigen westeuropäischen Ländern. Um das System selbst zu retten, war es vonnöten, dass der Staat als mächtiger Planer und Stifter des Wirtschaftswachstums die Bühne betrat, wodurch die Praxis der liberalen Wirtschaftspolitik aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts über den Haufen geworfen wurde. Der Keynesianismus sah für den Kapitalismus keinen Ausweg über die Wege des *Laisser-faire*.

Es erwies sich als notwendig, eine anti-zyklische Politik zu planen mit Verweis auf den Keynesianismus. Es kam also zu einer „Humanisierung des Kapitalismus“ (die von vielen als zaghaft angesehen wurde), als es in vielen Ländern praktisch keine andere Optionen für das Überleben des Systems gab, und als es einer realen Bedrohung von Seiten der UdSSR, der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Welt und der Macht der Arbeiterbewegungen ausgesetzt war. Obwohl Sozialdemokratie und Keynesianismus zwei unterschiedliche Phänomene sind, gab es Konvergenzen zwischen ihnen, insbesondere nach dem 2. Weltkrieg. So wurde in den drei Jahrzehnten nach Kriegsende (1945-1975) eine „Humanisierung“ einiger Aspekte des Kapitalismus in einigen, vor allem westeuropäischen Ländern ermöglicht.

Als dieser Zyklus aufgrund verschiedener Ursachen zu Ende ging, verringerten sich die Überschüsse, nahm die Wucht der sozialen Bewegung ab, so dass in den meisten dieser Länder seither der Vor-

marsch einer restriktiven Wirtschaftspolitik beobachtet werden kann. Als es dazu kam, geriet der sozialdemokratische Versuch einer Reform des Kapitalismus in die Krise. Zusammenfassend: Der Kapitalismus „humanisierte“ sich unter einem Druck, der so stark war, dass er die eigene Existenz des Kapitalismus in Frage stellte. Der Kapitalismus „humanisierte“ sich aus Angst davor, nicht weiter als Kapitalismus existieren zu können.

Die klassische Sozialdemokratie ist also ein historisches Phänomen, das aufgrund bestimmter zeitgeschichtlicher Umstände erfolgreich war. Die heutigen sozialdemokratischen Parteien tragen nur noch das Etikett der „goldenen Jahre des Kapitalismus“. Sie setzen politische Maßnahmen einer steuerlichen und monetären Restriktion um, sowie Programme zur Privatisierung staatlicher Unternehmen und zur Begünstigung des Finanzkapitals. Ziele wie die Vollbeschäftigung, die Konsolidierung eines Sozialnetzes für die Arbeitnehmer und einer gerechteren Einkommen- und Vermögensverteilung, wurden hintan gesetzt.

Mit dem Bankrott sowohl des real existierenden Sozialismus, wie der Sozialdemokratie, kam es Ende der neunziger Jahre zu den Theorien der *progressive Governance* und des „dritten Weges“. Nach einem Entwurf des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton und des britischen Premiers Tony Blair, entstand der „dritte Weg“ als eine Art *aggiornamento* der Sozialdemokratie. Eine Art Neoliberalismus in humaner Gestalt.

Die PT näherte sich dieser Strömung im gleichen Jahrzehnt, und zwar über die Praxis der Verwaltung in den von ihr gestellten Gemeindereregierungen, durch den Einsatz einer vom buchhalterischem Gesichtspunkt geleiteten Steuerpolitik und einer fokussierten Sozialpolitik, die mit den Überresten des Haushalts finanziert wurde. Ferner wurden kosmetische Reformen angeregt und vage linke Diskurse vorgetragen. Während der neunziger Jahre hatte die PT in der Praxis die Ideen des Sozialismus schon verworfen, und, obwohl die Partei sich auch schon von der Konzeption der alten europäischen Sozialdemokratie entfernt hatte, wurden ihre allgemein gehaltenen

Diskurse weiterhin auf umgekehrte Weise, also im Sinne einer Annäherung interpretiert.

Möglichstfalls unabsichtlich, bewegte sich die PT in die Richtung des „dritten Weges“, zur gleichen Zeit, als sie sich der Sozialistischen Internationale annäherte, durch Sponsoring eines entleerten Treffens in São Paulo, im Jahr 2003. Und die Partei um Lula hatte bei ihrem Gang auf dem „dritten Weg“ einen Vorteil gegenüber anderer Parteien, wie die PSDB: Eine solide gesellschaftliche und gewerkschaftliche Basis, die ihr bei der Annäherung an die europäischen Parteien sehr behilflich war.

So führte der „Transformismus“ der PT in den letzten Jahren, die Partei dazu, die letzte der mit der Sozialdemokratie verwandten Parteien zu sein, die sich dem liberal-konservativen Kredo anpasste. Da es sich um eine verspätete Anpassung handelte, und da die Partei nie zuvor die in Jahrzehnten in Europa gereiften politischen Vorstellungen erprobt hatte, musste diese Angleichung zügig und intensiv bewerkstelligt werden. Zügigkeit und Intensität sollten Beweise für die Aufrichtigkeit der Konversion sein. In wenigen Monaten der Regierungsausübung vergaß man die noch vorhandene Befangenheit und begann man mit der Wiederholung der Schlagwörter einer Margaret Thatcher aus den achtziger Jahren: „Zeigt uns eine andere Alternative“. Ähnliche Worte wurden vom derzeitigen Finanzminister Antonio Palocci am Anfang seiner Amtszeit geäußert (*Folha de São Paulo*, 21.03.2003).

Diese Strategie scheiterte während der fast drei Jahre der Regierung Lulas. Im Bereich der Wirtschaft sind ihre Ergebnisse sehr begrenzt. Im Jahr 2003 war die Arbeitslosenquote 12,5%, im von den Anhängern dieser Regierung hoch gefeierten Jahr 2004 ging sie lediglich auf 11,48% zurück. Im Jahr 2005 erreicht sie, nach Angaben des Brasilianischen Instituts für Geographie und Statistik IBGE, weiterhin durchschnittlich zweistellige Zahlen. Wenn in der Wirtschaft die Ergebnisse so jämmerlich sind, so sind sie in der Politik erbärmlich. Das, was unterging, war jedoch nicht ein Programm der Linken, ein sozialisierendes oder nach altem Brauch sozialdemokratisches Programm, mit bolschewistischem oder gar keynesiani-

schem Einschlag. Es war der Gang vom Transformismus zum Liberalismus, der aufs schärfste kritisiert werden muss. Der Beitritt zu Ideen, Idealen und Praktiken, die vorher als gegnerisch angesehen worden waren, provozierte den Anfang der Krise und führte zu schweren Erschütterungen der brasilianischen Demokratie.

Obwohl die Unterscheidungen zwischen den verschiedenen Strömungen nicht unwichtig sind, muss bemerkt werden, dass die Mehrheit der Bevölkerung in dieser Situation den Untergang eines Projektes der Linken sieht. Das gleiche wird unermüdlich von der Rechten und von den Medien wiederholt. Es ist illusorisch daran zu glauben, dass die Ruinen der PT und der Regierung Lulas kurzfristig von weiter links stehenden Strömungen überwunden werden könnten. Diese ist, wie schon anfangs gesagt, eine die gesamte, sowohl die radikale wie die moderate Linke ansteckende Krise.

Ferner weist die derzeitige politische Krise bemerkenswerte Veränderungen in ihrer Eigenart auf. Es handelt sich nicht mehr um einen auf die Koalitionspartner beschränkten Korruptionsskandal, vielmehr dehnt sich dieser Skandal aus wie ein Ölfleck auf dem offenen Meer. Es ist eine systemische Krise, vielleicht sogar die schwerste seit dem Ende der Militärdiktatur vor zwanzig Jahren. Zwar rufen nicht viele Bürger, aber sie denken: *¡Que se vayan todos!*, wie die Argentinier am Ende der Regierung de la Rúa, alle sollen gehen, die Linken und die Rechten. Es genügt, dass sie Profipolitiker sind.

Was anfänglich eine Anzeige gegen einen Beamten der Post war, erreichte bald wichtige Führungskräfte der PT, Mitglieder der Bundesregierung und profilierte Parlamentarier aus den Parteien, welche die Regierung Lulas unterstützen, wie z. B. die PP, PTB, PMDB und PL.

Sobald die Untersuchungen eingeleitet wurden, erschienen als Nebendarsteller Unternehmer, Sekretärinnen, ehemalige Ehefrauen, Berater, politische Führungskräfte und die verschiedensten Bürokraten. Es kamen Bankdepots ohne erklärbaren Ursprung zutage, sowie Abhebungen ohne deutliche Identifizierung der Empfänger, getätigt von Parteien aus der Regierungsbasis, aber auch aus der Opposition wie der PFL oder

der PSDB. Bei Durchsicht dieser Beweise ist es allerdings angebracht die Spreu vom Weizen zu trennen, um Unschuldige nicht mit Schuldigen zu vermengen. Aber der Schlüssel zum Verständnis dieser vielarmigen Krake wurde von Präsident Lula, während eines in Paris durchgeführten Interviews geliefert: „Was die PT tat, vom Standpunkt der Wahlkämpfe, ist das, was in Brasilien systematische getan wird“.

Im Klartext heißt dies, dass dies die Sachlage ist, wenn es um die Finanzierung von Wahlkämpfen geht und um Abstimmungen im Kongress. Es gibt eine schwarze Kasse; es gibt vielleicht auch ein „Taschengeld“ für Parlamentarier, ein bezahlter Stimmenfang, wie es die erheblichen Abhebungen beweisen, die zeitlich mit wichtigen Abstimmungen im Parlament zusammenfallen. Im Grunde entlarvt die Krise lediglich die Kosten einer funktionierenden Demokratie à la Brasilien. Institutionen haben ihren Preis. Die Wahl einer Regierung oder eines Parlaments, oder die Durchsetzung politischer Entscheidungen im Parlament, sind in Brasilien sehr kostspielige Angelegenheiten. Besonders vom moralischen Standpunkt.

Ein Ende dieser schwarzen Kasse oder des „Taschengelds“ würde einen Angriff auf die Funktionsfähigkeit der in Brasilien real existierenden Demokratie bedeuten. Ein Skandal dieser Art bedeutet das Vorhandensein einer institutionellen Krise. Die Legitimität der Institutionen, sowie die der Abstimmungen, die auf ein solches *do ut des* aufgebaut wurden, ist in Frage gestellt.

Nach Meinung der Sponsoren einer solchen Institutionen, welche die Demokratie auf die *Pressure-Groups* beschränkt und letztendlich die Republik korrodiert, geht es der Wirtschaft dabei sehr gut. Die Profite der Banken steigen in die Stratosphäre, der Fluss des Finanzkapitals nach Brasilien ist sehr bedeutsam, die Inflation verhält sich weiterhin gezähmt – allerdings zum Preis von extrem hohen Zinssätzen – und die makroökonomischen Indikatoren sind positiv, im dem Sinne, dass sie die Kontinuität des Prozesses begünstigen. So wird das Wirtschaftsmodell gepanzert durch die vom „Kontinuismus“ begünstigten Teile der Gesellschaft.

Allerdings nährt diese Unverwundbarkeit der Wirtschaft auf paradoxe Weise die Diskreditierung der Institutionen. Wenn der Wille des Wählers, wie er 2002 zum Ausdruck kam, nutzlos ist um das, was eigentlich von Interesse ist, zu verändern, wozu dienen dann die 52 Millionen Stimmen, die einem Kandidaten gegeben wurde, der seine Predigt auf dem Konzept der Veränderungen aufbaute? Dabei ist es unwichtig, ob diese Veränderungen vage oder unbestimmt waren. Das Grundsätzliche lag darin, dass gegen die Regierung Fernando Henrique Cardoso gestimmt wurde. So kommt man zu dem Schluss, dass das „Taschengeld“, die schwarze Kasse, die Prahlereien und die Gelegenheitsversprechen, Teile einer Fassadendemokratie sind.

Selbst solche Institutionen wie der Kongress werden in einem solchen Szenario zu Fiktionen. Abgeordnete und Senatoren verbringen Monate mit der Debatte des Bundeshaushalts. Nachdem er bewilligt wird, können seine Richtlinien durch einen Entscheid der Zentralbank zunichte gemacht werden, durch Zinserhöhung, durch Verlangen nach einer noch engeren „fiskalischen Klemme“ oder eines höheren Primärüberschusses. Darüber hinaus kann das Finanzministerium Maßnahmen treffen, durch welche die Regierung der Pflicht enthoben wird, den Entscheidungen des Kongresses Folge zu leisten. In Brasilien wirkt der Haushalt lediglich ermächtigend, und nicht verpflichtend.

In der Praxis haben wir eine Spaltung zwischen Politik und Wirtschaft, mit naheliegenderem Schaden für die erste. Dieses Phänomen ist weder neu noch ausschließlich brasilianisch. Es wurde schon vor einiger Zeit vom slowenischen Philosophen Slavoj Žižek beobachtet: „Wir finden heutzutage eine Reihe von Produkten auf dem Markt, die ihrer bössartigen Eigenschaften entblößt wurden: Koffeinloser Kaffee, fettlose Sahne, alkoholfreies Bier... die Liste ist endlos. Was soll man zum virtuellen Sex sagen, zum Sex ohne Sex, zur Doktrin Colin Powells, zum Krieg ohne Gefallene (auf unserer Seite, klar), zum krieglosen Krieg, zu der modernen Umschreibung der Politik als Kunst der kompetenten Verwaltung, also als politiklose Politik“.

Die Suche nach einer politischen Sterilisierung scheint eine neue Modalität der Krise in Lateinamerika einzuweihen. Keines der grundsätzlichen Probleme der Mehrheit wird gelöst, die Lebensbedingungen verschlechtern sich, da dieses, auf Stagnation und Konzentration von Einkommen und Verteilung errichtete Wirtschaftsmodell, sich abgesondert von jeder menschlichen Leidenschaft reproduziert, obwohl es weit und breit angefochten wird, sowohl bei den Wahlgängen, wie auch in der Meinung großer Teile der Bevölkerung. Die Wirtschaft entfernt sich von dem politischen Raum, dem eigentlichen Raum der sozialen Auseinandersetzungen. Mit Ausnahme Venezuelas und Argentiniens, wo die Regierungen versuchen, dieses Wirtschaftsmodell in Frage zu stellen, ist das in Lateinamerika vorherrschende Panorama. So geschah es beim Sturz von Lucio Gutiérrez in Ecuador, so ist es bei der geringen Legitimität der Regierung Alejandro Toledo in Peru. Beide wurden im Schwung einschneidender politischer und wirtschaftlicher Beben gewählt, die durch den Verlust an Legitimität der jeweiligen liberalen Wirtschaftsmodelle verursacht worden waren.

Wir sollten uns erinnern. Toledo wurde im April 2001 gewählt, als Führer einer Partei die sich *Perú Posible* nannte, das mögliche Peru, inmitten des Trümmerstaubs der hinweggefegten Regierung Fujimori. Dieser überließ einen korrumpierten Staat und eine Wirtschaftslage, in der drei Viertel der Arbeitnehmer arbeitslos oder unterbeschäftigt waren. Mit seinen indianischen Zügen und einer schneidenden und feurigen Zunge, führte dieser Wirtschaftsfachmann der Weltbank eine Kampagne mit Beschuldigungen und Attacken gegen das vorherrschende Modell.

Gutiérrez, seinerseits, kam Ende 2002 an die Regierung Ecuadors, auf dem Rücken des Ruhmes, einen Aufstand der indianischen Bevölkerung angeführt zu haben, der zur Absetzung des Präsidenten Jamil Mahuad führte, der zuvor die Wirtschaft dollarisierte und das Land in eine Rezession führte. Gutiérrez ist eine Frucht dieser Krise.

Nachdem der Sturm vorbei und das Modell vertieft worden war, befindet sich *big Business* in beiden Ländern wieder wohlauf. Am

9. April verkündet der Internationale Währungsfonds in *World Economic Outlook*, dass beide Volkswirtschaften gesund seien. „In Ecuador wird das Wachstum von einer bedeutenden Zunahme der Erdölexporte angetrieben, und schafft somit ein günstiges Umfeld, damit die Regierung mit ihrer Reformagenda fortfährt“. Gutiérrez wurde elf Tage später abgesetzt, obwohl er davor eine jährliche Inflationsrate von nur 1,2% zur Schau stellen konnte. In der gleichen Veröffentlichung heißt es, dass „in Peru das Wachstum auch eindrucksvoll ist, und die Zentralbank Ende 2004 das vorgesehene Inflationsziel erreichte“.

Im Klartext: Das Finanzkapital hat es geschafft, Wirtschaft und Politik voneinander zu trennen, und seine spezifischen Interessen gegen soziale Turbulenzen und politischen Streitigkeiten zu panzern. Die Gewährleistung der Unantastbarkeit von Verträgen und Regelungen garantiert, *per definitionem*, die Verewigung des liberal-konservativen Modells. So sieht die erfolgreiche Praxis aus, welche das Wahlverfahren demoralisiert und der Entscheidungsmacht der Gesellschaft in wahlfreien Zeiten ein Veto auferlegt. Das Finanzsystem geht nicht zur Wahl, aber es erlässt Vetos, es verwandelt (kauft) Gewissen und „ernennt“ Wirtschafts- und Finanzminister, politische Berater und Präsidenten von Zentralbanken.

Diese ist die heutzutage auf dem Kontinent angewandte Formel, zwecks Vermeidung von wirtschaftlichen Veränderungen bei Regierungsübergängen. Somit werden Szenarios des virtuellen Bankrotts eines Landes vermieden, wie es 2002 der Fall in Brasilien war, als die Finanzmärkte, aufgeschreckt durch einen möglichen Wahlsieg der PT, eine gigantische Kapitalflucht veranlassten. Der Dollarkurs ging in schwindelerregende Höhen und das Land kam ins Schlittern.

Die PT übernahm eine alte Vorstellung der PSDB: Das Wirtschaftsmodell muss unverändert bleiben; bei Präsidentschaftswahlen streitet man sich nur um den Sachverstand, um das Land zu verwalten. Das Wirtschaftsmodell sei eine Orientierung des Staates, während Kompetenz und soziales Feingefühl Eigenschaften der Regierungen sind. Dieses, während vielen Jahren von der

brasilianischen Rechten gehegten Projekt der Pasteurisation der politischen und sozialen Auseinandersetzungen, unterhält die schwere, durch die Korruptionsskandale zustande gekommene institutionelle Krise. Und dieses Projekt wurde letztendlich am Anfang dieses 21. Jahrhunderts nur durch die Zustimmung derjenigen Gruppierung ermöglicht, die 25 Jahre zuvor als Gegenfigur der Macht der vorherrschenden liberalen Ideen auf die politische Bühne unseres Landes trat, die Arbeiterpartei PT. Hier steckt der große Schaden, der durch die Regierung Lula gegen die politische Bildung von Millionen Menschen angerichtet wird: Es handelt sich um die Aufhebung der Interessen- und Richtungsunterschiede in diesem Lande. Hier liegt der Kern der strategischen Niederlage der brasilianischen Linken: In der Zustimmung zu einer Reihe von bis vor kurzem vermeintlich als gegnerisch angesehenen Ideen und Praxen.

Eindeutig stützte sich die Regierung Lula bei der Ausarbeitung ihres wirtschaftspolitischen Modells auf die gleichen theoretischen Fundamente wie die Regierung seines Vorgängers, Fernando Henrique Cardoso. Sie musste es gar nicht ausarbeiten, nur kopieren. In den ersten Tagen und Monaten der neuen Regierung hatten nur wenige bemerkt, dass es keinerlei tiefgreifende Veränderung bei der Führung der Wirtschaft geben würde. Heute herrscht Konsens zu diesem Thema; ferner wird dieser „Kontinuumismus“ von der PT als eine „verantwortungsvolle Option“ geschätzt. In der Zeit, als diese Option übernommen wurde, kamen von Seiten der Regierung viele Thesen zutage, um sie zu rechtfertigen, alle reichhaltig mit Metaphern bestückt: „Wir wollen das Rad nicht wieder neu erfinden“, „keine Experimente“, „mit einem Ozeandampfer kann man keine 180-Grad-Wendung“ vollbringen, oder selbst „die Arznei ist bitter, aber notwendig“ — und viele, die noch an Illusionen glaubten, brauchten lange um zu bemerken, dass diese Arznei nie abgesetzt werden sollte. Jede alternative Richtlinie wäre „populistisch“ und zum Scheitern verurteilt.

Das von Cardoso und Lula befürwortete Wirtschaftsmodell steht auf einem Dreifuß: (a) Fluktuierender Wechselkurs und volle Mobilität des Kapitals (also, finanzielle Liberalisierung), (b) festgelegte Inflationszie-

le und Autonomie der Zentralbank, (c) festgelegte Ziele für den primären Haushaltsüberschuss. Es handelt sich um einen liberalen Dreifuß, mit einem klaren Ziel: Dazu beizutragen, dass eine Regierung an Glaubwürdigkeit gewinnt und an Ansehen vor dem einheimischen und dem internationalen Finanzmarkt.

Der liberale wirtschaftliche Dreifuß versucht also den Regierungen die Fähigkeit zu entziehen, durch Maßnahmen in den Bereichen der Währungs-, Wechsel- und Steuerpolitik in die Wirtschaft einzugreifen. Die Währungspolitik wird einer autonomen Zentralbank „überlassen“. Die Steuerpolitik wird entwertet, da die primären Überschussziele die Regierung daran hindern, öffentliche Mittel für Investitionen oder sozialen Programmen zur Verfügung zu stellen. Die finanzielle Liberalisierung, die eine unbegrenzte Anzahl von Transaktionen mit dem Ausland zulässt, schwächt die Wechselpolitik, indem die Reserven der Zentralbank immer zu gering sind, um der Finanzkraft der nationalen und internationalen Finanzmärkte zu widerstehen.

Darüber hinaus zeigen die Theorien, auf die sich das gegenwärtige Wirtschaftsmodell aufbaut, dass die volle Mobilität des Kapitals auch sehr hilfreich ist bei der Aufgabe, auch die Reaktionsfähigkeit einer Regierung im Einsatz von Steuer- und Währungspolitik zu schwächen — dies wird von den Ideologen des neueren liberalen Modells als ein Instrument zur Auferlegung von „Verantwortung“ verstanden. Um den Wortschatz des Marktes zu gebrauchen: „Wir untersagen alles, was uns unverantwortlich vorkommt“. Einerseits wird die Passivität der Regierung als eine Tugend angesehen; andererseits wird der Aktivismus als eine Bedrohung für den Abschluss von Geschäften verstanden, die immer als positiv angesehen werden, unabhängig jeglicher Wertung. Sollte die Regierung den primären Haushaltsüberschuss nicht erreichen, so würde dies als Zeichen gesehen werden, dass ihre Fähigkeit zur Begleichung ihrer Verschuldung abgenommen hat, was zu einer durchschlagenden Kapitalflucht führen würde, gefolgt von einer Währungskrise, wodurch die Regierung zu einem Rückzug gezwungen wäre. Sollte die Zentralbank, aufgrund eines Druckes von Seiten der Regierung oder der

Gesellschaft, die Zinssätze so weit herabsetzen, dass sie nicht mehr die Inflationsrate beinhalten und nicht weiter das Risiko belohnen, das durch die Übernahme von Schuldverschreibungen eines Schwellenlandes entsteht – auch dies würde zu einer durchschlagenden Kapitalflucht führen, gefolgt von einer Währungskrise, wodurch die Regierung ebenfalls zu einem Rückzug gezwungen wäre. Wie schon gesagt, die Lehre dieser liberalen Wirtschaftstheorie zu befolgen bedeutet für eine Regierung den Weg hin zu größerer Glaubwürdigkeit und höherem Ansehen. Kurz: Eine Regierung mit gefesselten Händen ist eine, die Glaubwürdigkeit und Ansehen genießt.

Es wird auch die Vorstellung verbreitet, dass das wirtschaftliche Endziel eines nachhaltigen Wachstums, mitsamt Preisstabilität und einer gerechteren Einkommensverteilung, von einem autonomen Handeln von Seiten des Staates absehen kann, sowie von einer Reaktion durch Einsatz von makroökonomischen Maßnahmen. Der Regierung würde es genügen, Glaubwürdigkeit und Ansehen zu sammeln, das heißt, Mechanismen aufzubauen, um jegliche Art von Bedrohung (insbesondere durch die Regierung selbst) des freien Spiels der Finanzgeschäfte zu neutralisieren. Man glaubt, dass der Markt, frei von den Eingriffen (oder den „Bedrohungen“) der Regierung, alleine imstande ist, eine wunderbare Chemie zu bewerkstelligen: Die reichlich zur Verfügung stehenden kurzfristigen Finanzmittel können in produktive Investitionen verwandelt werden (oder sie können solche anziehen), neue Arbeitsplätze schaffen und sozialen Wohlstand bringen. In anderen Worten, die für Investitionen notwendige Sparquote käme aus dem Ausland, um diese Investitionen zu finanzieren, sowie das Wirtschaftswachstum selbst und die soziale Entwicklung. Allerdings haben die Regierungen Cardoso und Lula, vom Gesichtspunkt der Finanzmärkte aus betrachtet, dieses Modell nur begrenzt umgesetzt und waren dadurch nicht berechtigt, dieses Paradies zu genießen.

Der primäre Haushaltsüberschuss galt als ungenügend. Er wurde lediglich während des zweiten Mandats Cardosos zu einem Regierungsziel. Während der Regierung Lula wurde er von 3,75% des Bruttonationalprodukts auf 4,25% erhöht. In der Praxis lag

er über 4,5%. Die Experten des Finanzmarkts wollen mehr: 6%, 7%, oder gar einen Überschuss in genügender Höhe, um das nominale Defizit auf Null zu bringen. Dies bedeutet also, dass trotz der immensen Opfer, die von der Regierung durch Beschneidung der öffentlichen Aufgaben geleistet werden, man noch weit entfernt von dem für die Finanzinteressen idealem Ziel ist.

Sollte der Vorschlag des Abgeordneten Antonio Delfim Netto, eines „nominalen Nulldefizits“, verwirklicht werden, so gäbe es weiterhin viel zu tun. Das unter dieser fiskalischen Justierung Ideale wäre eine Senkung der Steuerlast für Großunternehmen, da sie Arbeitsplätze schaffen und ausländische Ersparnisse in das Land bringen. Bei einer geringeren Steuereinnahme müssten weitere Ausgaben gekürzt werden, um den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Das Endziel einer liberalen Steuerpolitik ist jedoch nicht nur ein gleichgewichtiger Haushalt – etwas, das unter gewissen Umständen positiv gesehen werden könnte, sondern auch ein *niedriger* Haushalt. Somit wird eine Regierung, selbst wenn sie ein Defizit erzeugt, um auf eine widrige Konjunktur zu reagieren, immer über eine beschränkte Finanzkraft verfügen.

Während der Regierung Cardoso hatte die Zentralbank Angst, den Wechselkurs fluktuieren zu lassen. Sie versuchte den Kurs des Dollars zu beeinflussen, sei es durch den Verkauf von Reserven, durch das Angebot von an die Schwankungen des Wechselkurses gebundene Schuldverschreibungen oder durch Erhöhung der Leitzinsen, um fremdes Kapital anzuziehen oder Kapitalflucht zu vermeiden. Während der Regierung Lula, insbesondere in den letzten zwölf Monaten, kam man dem, was von den Finanzmärkten gewünscht wird, sehr nahe. Der Dollar fluktuiert freier, tendenziell meistens nach unten, wodurch finanzielle Investitionen in Brasilien aufgewertet werden. In diesem Bereich traf die Regierung Lula auch andere Maßnahmen, die das Lob der Finanzstrategen verdienen. Es wurde eine Reihe von Normen für den Devisenverkehr herausgebracht, um die Freiheit der Kapitalflüsse zu gewährleisten, dabei insgeheim Initiativen fördernd, um die Änderung der Gesetzgebung herbeizuführen, die derzeit die Expor-

teure noch dazu zwingt, die Dollareinnahmen im Inland einzuwechseln. Es geht um die Weiterführung der Exportförderungen, wobei die Exporteure ihre Einnahmen auf Konten im Ausland ruhen lassen könnten.

Die Regierung Cardoso hatte sich auch als unfähig erwiesen, größer angelegte institutionelle Reformen durchzusetzen (Reform des Rentenwesens oder der Konkursgesetzgebung usw.), die zur Ergänzung des makroökonomischen Modells vonnöten waren. Vom Gesichtspunkt des Marktes war es erforderlich, das Modell Cardosos zu vertiefen, also viel mehr zu tun, als das, was bisher getan worden war. Man meinte damit Kontinuität und Vertiefung, keinesfalls einen alternativen Plan, wie er von der Gesellschaft gewünscht wurde, die ihre Stimmen 2002 zugunsten von größeren Veränderungen abgab. Kurz, die Finanzmärkte schätzen die Regierung Cardoso als wohlmeinend ein, als sei sie auf dem guten Weg gewesen, aber eher ohnmächtig. Die Regierung Lula machte auch im Bereich der Reformen Fortschritte. Durch die Reform des Rentenwesens wurde versucht, durch Abbau der Rechte von Arbeitnehmern die Ausgaben zu reduzieren. Durch ein neues Konkursgesetz wurde der Zugang der Belegschaft eines in Konkurs gegangenen Unternehmens zum Vermögen der Konkursmasse eingeschränkt. Das Gesetz über die Autonomie der Zentralbank befand sich schon in einer fortgeschrittenen Entwicklungsphase im Finanzministerium, ebenso die politischen Vorgespräche im Senat zwecks Durchsetzung dieses Gesetzes. Allerdings dominierten die politische Krise und die konservativen Reformen die Tagesordnung des Parlaments.

Zusammenfassend: Der Prozess zur Gewinnung von Glaubwürdigkeit und Ansehen auf den internationalen Märkten ist grenzenlos. Die Märkte sind anspruchsvoll und unersättlich in Bezug auf die Verhaltensweise von Regierungen. Der von dem gegenwärtigen Wirtschaftsmodell vorgezeichnete Weg kennt also weder ein Zurück noch ein Ende. Er ist irreversibel und ewig! Schon 2003 bekräftigte der bekannte konservative Volkswirt Sebastian Edwards, dass diese Bahn lang und unendlich sei, „die beiden jetzigen Reformen – Renten und Steuer – sind lediglich der Anfang. Mit diesen beiden

kommt man dem Ziel dieses Prozesses keinesfalls näher“. (Interview, veröffentlicht in *Valor*, 2.6.2003.)

Es ist nun an der Zeit, einiges von dem bisher gesagten, zu kommentieren. Sobald das liberale Wirtschaftsmodell die erwarteten Ergebnisse bringt (z. B., wenn die Inflation nur durch Erhöhung der Zinssätze unter Kontrolle gebracht werden kann), kommt man unmittelbar zu dem Schluss, dass alles in Ordnung sei, und dass der richtige Weg eingeschlagen wurde. Wenn aber die erwarteten Ergebnisse nicht eintreten, dann liegt die Schuld meistens an externen (die terroristischen Attentate im September 2001, z. B.) oder internen Problemen bzw. (die Dürre im Jahre 2000, die zur Stromrationierung führte) Missständen. Oder es wird behauptet, das Modell sei unvollständig angewandt worden (die „strukturellen“ Reformen seien nicht durchgeführt worden). So oder so ist die Schlussfolgerung immer die gleiche: Das Modell muss erhalten bleiben (man wartet darauf, dass die Welt wieder „normal“ wird) und vertieft werden (über die Durchführung der konservativen Reformen). Wurden die Prämissen einmal akzeptiert, kann das Modell nicht mehr grundsätzlich verlassen werden.

Im Sprachgebrauch Poppers ist die Erfahrung mit der Anwendung des liberalen Wirtschaftsmodells nicht eine wissenschaftliche, da sie nicht der Widerlegung unterworfen ist, das heißt, die Prüfung durch die Realität vermag nicht das Modell zu verwerfen. Die Lösung des Experiments ist immer die gleiche: Es gilt, *das Modell zu vertiefen*, sei es, weil es die erwarteten Ergebnisse bringt, sei es, weil es die erwarteten Ergebnisse *noch* nicht bringt. Also kommt die Akzeptanz des Modells durch ein Glaubensbekenntnis zustande, durch eine rein ideologische Option. Ein solcher ideologischer Purismus erkennt durchaus, dass die Einschnitte in den Auslagen, die Reformen, die zu einem Abbau der rechtlichen Errungenschaften der Arbeitnehmer führen, sowie die überhöhten Zinssätze der Gegenwart ein zu hohes Opfer abverlangen. Aber dieser ideologische Purismus verkündet auch, dass je höher das Opfer heute, desto größer die Wonne im künftigen Paradies. Also, je reichlicher und nachhaltiger die Wachstumsraten, desto tugendhafter der begangenen

Weg. Diese *kurzfristige Periode* ist der Platz für die Läuterung der Seelen der Gerechten, bevor sie *langfristig* in die Seligkeit aufgenommen werden. Die grundsätzliche Vorstellung ist, dass der gesegnete Weg im Fegefeuer anfängt und im Himmel endet, wo die Seelen der Gerechten auf immer und ewig ruhen werden.

Die Wahl eines jeden wirtschaftspolitischen Plans wird aufgrund von Erwägungen der Kosten und Nutzen für die Regierung getroffen, und für die diversen Segmente der Gesellschaft. So wurden z. B. die Chancen der Wiederwahl des Präsidenten erwogen, die Schwierigkeiten beim Regieren (aufgrund des Drucks innerhalb und außerhalb des Kongresses), die politischen und sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit usw. Vielen Variablen wurden in die Waagschale gelegt. Diese Rechnung wurde von Präsident Lula im Jahr 2002 gemacht. Präsident Lula wusste welche Kosten und welchen Nutzen seine Option für den Weg durchs Fegefeuer ins Paradies bringen würde. Wenn diese Politik kontraktiv ist, mit einem Primärüberschuss von über 4,5% des Bruttosozialprodukts und extrem hohen Zinssätzen, so würde das Ergebnis notwendigerweise eine weiterhin hohe Arbeitslosigkeit sein, die Gewährung von sehr geringen Gehaltsaufbesserungen an die öffentlichen Bediensteten, die Begrenzung der sozialen Programmen und die drastische Verringerung der öffentlichen Investitionen. So wusste die Regierung, dass sie die politischen Kosten der Unzufriedenheit großer Teile ihrer historischen Anhängerschaft und ihrer politisch bewussteren Wähler treffen würde. Das, womit man bei diesem Kalkül nicht rechnen konnte, waren die Passiva der politischen Krise.

Der durch die Option für eine liberale Wirtschaftspolitik erbrachte Nutzen bestand in den lobenden Äußerungen der konservativen Meinungsbildner und des Internationalen Währungsfonds, sowie in der Anerkennung der „Kompetenz und Ernsthaftigkeit“ der Regierung von Seiten der internen und internationalen Finanzmärkte. Die Unterstützung durch diese Märkte ging über das bloße Lob hinaus. Sie reduzierten die Volatilität der Wechselkurse, sowie das sogenannte Länderrisiko. Die Regierung konnte aus ihrer Sicht beweisen, dass sie

keine Bedrohung für den freien Kapitalfluss bedeutet, dass sie das Finanzkapital mit adäquaten Erträgen belohnt und dass sie weiterhin Beweise ihrer Fähigkeit, den öffentlichen Schuldendienst zu zahlen, vorlegt.

Eine solche Kosten-Nutzen-Analyse wurde sicherlich von Präsident Lula vorgenommen. In Anbetracht ihrer Ergebnisse, optierte der Präsident zugunsten eines Zusatzprojekts, das sich als komplementär zu den Leistungen des Wirtschaftsteams unter Präsident Cardoso – der damalige Präsident der Zentralbank, Arminio Fraga, und der damalige Finanzminister, Pedro Malan – auswirken sollte. Die Option Lulas führte dazu, dass sich die Blicke der Regierung auf die Finanzmärkte wendeten. In der Praxis führte dies dazu, dass die Regierung die Höhe des sogenannten Länderrisikos und die Ziele der variablen Haushaltsüberschüsse als wichtiger empfand, als die Arbeitslosenrate.

Präsident Lula, sein Finanzminister Antonio Palocci und der Präsident der Zentralbank, Henrique Meirelles, begeistern sich an der Verringerung des Länderrisikos und des Dollarkurses, sagen aber nichts zu solchen Variablen wie Arbeitsplätzen und Einkommen. Das wichtigste historische Anliegen, das sich die PT auf die Fahne geschrieben hatte, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, ist vergessen. Die Rede des Präsidenten Lula bei einer Messe am 1. Mai 2003, vier Monate nach seiner Amtsübernahme, war erstaunlich. Er sprach die Arbeitnehmer an als seien sie Bankiers. Seine Ansprache veranschaulichte sehr deutlich seine Option zugunsten der finanziellen Aspekte der Wirtschaft: „Als wir die Wahlen gewannen, sagten einige Personen: Jetzt wird der Dollar auf fünf Reais steigen, das Länderrisiko Brasiliens wird zehntausend Punkte erreichen, die PT wird nicht imstande sein, die Wirtschaft unter Kontrolle zu halten. Wir haben eine Milliarde Dollar in Schuldverschreibungen zum Verkauf offeriert, und es kamen sechs Milliarden Dollar an Kaufangeboten. Das heißt, dass wir die Glaubwürdigkeit errungen haben, die wir erringen mussten.“ (Zitiert nach der Kolumne von Clóvis Rossi in der Zeitung *Folha de São Paulo*, 03.05.2003).

Es ist wichtig hervorzuheben, dass die moderne kapitalistische Welt durch wiederholte Finanz- und Währungskrisen gekennzeichnet ist, die aufgrund der großen Mobilität des Kapitals auch fern von ihren Ursprungsorten Auswirkungen haben. Dieses zeitgenössische Merkmal bedeutet in der Tat eine Bedrohung für die makroökonomische Stabilität Brasiliens. Es ist bedauernd, aber das derzeit in Brasilien praktizierte Wirtschaftsmodell liefert das Land solchen Schocks aus – wie es auch zahlreiche Experten behaupten, darunter der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz.

Der wirtschaftliche Erfolg der Regierung Lula (ein Synonym für die Wiederholung des von seinem Vorgänger aufgebauten Kontextes) hing also von der Laune der internen und internationalen Finanzmärkte ab. Da es nirgendwo auf dem Planeten in dieser Zeit zu nennenswerten Erschütterungen kam, hatte Lula großes Glück. Er war imstande ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 3% des Bruttosozialprodukts während der ersten drei Jahre seiner Amtszeit zu erreichen (glaubt man den optimistischeren Voraussagen, sollte das Wachstum im Jahr 2005 3,6% erreichen). Fernando Henrique Cardoso hatte auf das gleiche Modell gesetzt, aber die Realität war ihm nicht so hold, denn er hatte verschiedene Währungskrisen zu bewältigen. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum während seiner Amtszeit betrug 2,5% von 1995 bis 1998, und 2,1% von 1999 bis 2002. Diese Zahlen sind ein guter Indikator dessen, was das liberale Wirtschaftsmodell leisten kann: Für die brasilianische Realität unzufriedenstellende Wachstumsraten, sowohl in einem Szenario der internationalen Windstille (Regierung Lula) als auch in einem der Turbulenz (Regierung Cardoso).

Warum führte aber die politische Krise zu keiner Wirtschaftskrise? Ist die Wirtschaft in der Tat gepanzert? In Bezug auf die unmittelbaren politischen Streitigkeiten, ja. In Bezug auf die interne Festigkeit ihrer Fundamente, nein.

Die Krise entfernte aus dem Präsidialkabinett und aus den Ministerien die Widerstandskerne gegen den Kontinuum und gegen die Vertiefung des Wirtschaftsmodells der Ära Cardoso. Zugegebenermaßen

waren diese Kerne schwach, sowohl vom Standpunkt der Kenntnis alternativer Vorschläge wie von dem der Methoden, die sie einsetzten, um Politik zu machen.

Intern, also innerhalb der Regierung und der PT, waren die Kritiker des eingeschlagenen Weges nicht imstande, den wichtigsten Verteidiger des liberalen Modells in diesen Kreisen zu besiegen, den Minister Antonio Palocci. In der Öffentlichkeit widerstanden sie nicht den ersten Schlägen des ersten Verursachers dieser Krise, dem Abgeordneten Roberto Jefferson. Während der Chefminister der „Casa Civil“, José Dirceu, den politischen Boden unter den Füßen verlor, bis er zurücktreten musste, wurde Palocci von der Presse, von Präsident Lula und von den Finanzmärkten aufgewertet. Während das politische Team der Regierung kaputtging, stärkte sich das wirtschaftliche Team. Die politische Krise förderte die Homogenität und vergrößerte die Macht des wirtschaftlichen Teams.

Viele Beobachter waren erstaunt darüber, dass in Anbetracht der Krise die Börse nicht in die Tiefe und der Dollar nicht in die Höhe ging. Das wirtschaftliche Team führte dieses Ergebnis auf eine vermeintliche Konsolidierung der Fundamente der brasilianischen Wirtschaft zurück. Die Erklärung ist jedoch eine andere. Obwohl sie schwach waren und nur über undeutliche Überzeugungen verfügten, befanden sich die Befürworter eines Widerstands gegen den wirtschaftlichen Kontinuum in der *Casa Civil*, in einigen Segmenten der PT und in wenigen Ministerien (z. B. beim Minister der Städte, der vor Kurzem vom Präsidenten entlassen wurde). Dort waren die Gegner der höchsten Zinssätze der Welt, des erhöhten Primärüberschusses, der spekulativen finanziellen Freiheit und des Projektes der Autonomie der Zentralbank zu finden.

Die finanziellen Investoren begrüßten den Rücktritt José Dirceus, die vollständige Demoralisierung der PT und die Kabinettsreform, die eine Reihe von neuen, gezähmten und schwachen Ministern brachte, die keinesfalls imstande sein werden, Reformen zu fordern. Die Finanzkapitale fühlten sich (noch) sicherer um Zinsraten in Höhe von jährlich 19,75% zu genießen, bei gleichzeitiger Aufwertung der einheimischen Währung.

Das Kapital flüchtet nur, wenn es sich bedroht fühlt, sei es in seiner Rentabilität, sei es in seiner Liquidität. Also hat die Stunde der Flucht nicht geschlagen. Die Stunde, die geschlagen hat, ist die des spekulativen Kapitals: Hohe Liquidität plus hohe Rentabilität.

Sollte sich die Krise dem Präsidenten nähern, dürften die Märkte unsicher werden, denn Präsident Lula ist der Anker, der das Modell legitimiert. Er ist das Bindeglied zwischen Wirtschaft und Politik. Aus diesem Grunde wiederholt er immer wieder, unermüdlich: „An der Wirtschaftspolitik ändert sich nichts.“

Vor der mindesten Möglichkeit einer Kursänderung des Wirtschaftsmodells, durch welche die Rentabilität und/oder die Liquidität der spekulativen Finanzanlagen drastisch beeinträchtigt werden könnten, würde die Kapitalflucht einsetzen. Sie würde auch unter Vorwegnahme künftiger Ereignisse einsetzen, selbst wenn auch Monate bis zu ihrer Verwirklichung vergehen sollten, wie z. B. bei einem hypothetischen Impeachment des Präsidenten. Wer zuletzt aussteigt, verliert durch die Geldentwertung. Also behält derjenige, der zuerst flieht, seine Gewinne. Dies ist die individuelle Rationalität, die zur Währungskrise führt. Das Kapital bewegt sich nicht nach den Fakten, denn dies wäre die Logik der Anpassung. Die Logik des spekulativen Kapitals ist die der Vorwegnahme.

Hat die Flucht einmal begonnen, so gewinnt sie rasch an Autonomie. Das Kapital flieht, um der Geldentwertung zuvorzukommen, und diese kommt als Folge der Kapitalflucht. Diese Spirale zwischen Flucht und Entwertung drückt die Dynamik des Kollapses der Wechselkurse aus. Dementsprechend ist die brasilianische Wirtschaft einer neuen Krise ausgesetzt. Dies soll nicht bedeuten, dass sie sofort stattfinden wird; es bedeutet lediglich, dass es eine Wirtschaft ist, die von der Laune der Finanzkapitale kommandiert wird. Es gibt keine Verteidigungsmöglichkeiten: Es gibt keine Kontrolle über die Bewegungen des spekulativen Kapitals, die Reserven der Zentralbank sind ungenügend, die Zinssätze sind die höchsten der Welt und die nationale Währung ist überbewertet. Das Szenario ist aufgebaut. Die Verwundbarkeit

ist offenkundig. Die Tore sind weit geöffnet. Es fehlt nur noch, dass die Herde Amok läuft.

Da das Land in jüngster Zeit Milliarden Dollar an spekulativen Ressourcen aufgenommen hat, und da die brasilianischen Banken über Milliarden Reais verfügen, die sie frei und legal ins Ausland überweisen können, sobald sie dies als sinnvoll erkennen, ist das Land neuen Währungskrisen ausgesetzt, sowie einer drastischen Erhöhung des Länderrisikos und einem abrupten Börsensturz. Die brasilianische Wirtschaft ist weit davon entfernt, gegen spekulative Angriffe gewappnet zu sein. Sie erlebte keine Krisen während der Amtszeit Lulas weil das internationale wirtschaftliche Szenario eine ungewohnte Windstille zeigte.

Die Verletzbarkeit der brasilianischen Wirtschaft aufgrund externer Einwirkungen ist wegen der dem spekulativem Kapital eingeräumte Bewegungsfreiheit, so groß, dass die eventuelle Substitution von Führungskräften und die Neuorientierung der makroökonomischen Ausrichtung die Ausübung einer realen Demokratie, die unbedingte Transparenz und die Möglichkeit von Untersuchungen voraussetzt, unerreichbar wird und zu drastischen Krisen führen kann. Darin liegt das große Risiko des eingeschlagenen Weges: Soziale Forderungen vor den Kopf zu stoßen, zugunsten einer vermeintlichen Verlässlichkeit im Sinne der Märkte.

Zusammenfassung:

1. Die Krise, die derzeit von der Regierung Lula und von der PT erlebt wird, bedeutet eine strategische Niederlage für die gesamte brasilianische Linke und nimmt zunehmend die Konturen einer tiefgreifenden institutionellen Krise an.
2. Diese Krise der Linken kam dadurch zustande, dass ein liberales Wirtschaftsmodell übernommen und dass soziale Praktiken der Korruption angenommen wurden – obwohl Lula eine Möglichkeit einer „Humanisierung“ des brasilianischen Kapitalismus proklamiert hatte, ebenso wie die Einführung einer neuen politischen Praxis.

3. Die Strategie des liberal-konservativen „dritten Weges“ scheiterte während der fast drei Jahre der Regierung Lula. In der Wirtschaft waren ihre Ergebnisse sehr begrenzt, in der Politik erbärmlich.
4. Die politische Krise ist systemisch. Fast alle Parteien und legislativen Instanzen sind direkt von ihr betroffen, indirekt vielleicht sogar alle Politiker. Wir sind nahe an einer Situation des *¡Que se vayan todos!*.
5. Weder die politischen Krisen noch die Regierungsübergänge haben das liberale Wirtschaftsmodell erschüttert.
6. Das ist der große Erfolg des derzeitigen Wirtschaftsmodells: seine Verewigung. Obwohl es von der politischen Arena Brasiliens scheinbar entfernt wurde, ist es im Leben aller Bürger gegenwärtig, Tag für Tag, Stunde für Stunde. Diese Kunst des Verhüllens des wahren Charakters der Wirtschaft schädigt die Demokratie, demoralisiert die Wahlen, entpolitisiert den Bürger.
7. In Brasilien wurde eine solche Verbergung nur dadurch ermöglicht, dass sich die PT zur reinsten liberalen Orthodoxie bekehrte.
8. So kommt es dazu, dass die Regierung Lula intensiver und tiefgreifender das umsetzt, was in Brasilien schon während der zwei Mandate von Fernando Henrique Cardoso eingeführt worden war.
9. Obwohl das Wirtschaftsmodell politisch „gepanzert“ ist, gibt es keine wirkliche „Panzerung“ der Wirtschaft selbst. Es kann zu neuen Währungskrisen kommen, aus dem einfachen Grunde, dass es Mechanismen gibt, welche die legale Flucht von Milliarden Dollar aus dem Land ermöglichen.
10. Diese Flucht kann jederzeit einsetzen, sobald es dafür genügende interne oder externe Gründe geben sollte.

Die Frente Amplio in Uruguay



In der politischen Linken und speziell in derjenigen, die dem Marxismus in all seinen Strömungen verpflichtet ist, wurde während des gesamten 20. Jahrhunderts diskutiert, welcher Parteityp notwendig ist, um die Veränderung herbei zu führen.

Dabei waren grob gezeichnet zwei Hauptmodelle präsent: Das leninistische Modell, kurz gefasst Kaderpartei genannt und das Modell mit dem Namen Massenpartei. Die zentralen Unterschiede beider Projekte lagen möglicherweise in den strategischen Zielen der politischen Kräfte, die das eine oder das andere Modell verkörperten.

Im Fall der Kaderpartei ging man von der notwendigen Zerstörung des Staates durch die gewaltsame Übernahme der politischen Macht als unausweichlichem Schritt für den Aufbau einer neuen Ordnung aus. Dieses Schema wurde im Sinne seiner Ziele erfolgreich von all jenen politischen Kräften erprobt, die die Hauptrolle in siegreichen Revolutionen spielten.

Die Massenpartei hingegen war der Weg derjenigen Kräfte, die dem demokratischen

Kampf als der Vorgehensweise den Vorrang gaben, um sich schrittweise den Zielen der revolutionären Veränderung anzunähern. Auch dieses Modell wurde in verallgemeinerter Form von vielen Links- und Mitte-Links-Kräften benutzt, die in einigen Fällen zu Massenparteien sowohl im Hinblick auf die Wählerzustimmung als auch auf die eigene Mitgliedschaft wurden.

Im Licht der historischen Ereignisse des vergangenen Jahrhunderts lässt sich beobachten, dass beide Modelle an ungeheuren Fehlern krankten, die oft in Aufsehen erregenden Niederlagen mündeten.

Im Fall der Kaderparteien war ihre Effizienz beim politisch-militärischen Sieg über die konservativen Kräfte und die daraus folgende Möglichkeit der Machtübernahme offensichtlich. Das Drama dieser Strategie brach in dem Moment aus, in dem diese Parteien damit begannen, den Staat nach ihrer Vorstellung und Struktur neu zu entwerfen und damit all die schweren Gebrechen auslösten, für die diese Regime verantwortlich zeichneten.

Den Massenparteien war es beschieden, in die Nähe der Regierung zu kommen oder sie zu übernehmen. Von dieser Position aus - je nach Situation sehr unterschiedlich - versuchten oder erreichten sie Reformen innerhalb der vorgegebenen Ordnung. Das Ende des 20. Jahrhunderts markierte für fast alle von ihnen eine Art Abnutzung, was ihre Gestaltungsfähigkeit anging. In der Regel passten sie sich immer stärker den Zielen und dem Kurs des zeitgenössischen Kapitalismus an.

Von daher stellt diese Situation vor die große Herausforderung, die Eigenschaft der Parteien der Veränderung zu untersuchen, um entweder eines dieser Modelle zu bestätigen oder unmittelbar zu versuchen, ein Alternativmodell zu definieren.

Wir gehen davon aus, dass dies von den strategischen Zielen abhängt, denen sich die

jeweilige politische Kraft verpflichtet sieht. Erschwerend kommt hinzu, dass es angesichts der Gesamtheit der ökonomischen und politischen Probleme manches Mal zwar politische oder gesellschaftliche Akteure gibt, die von der Notwendigkeit tiefgreifender antikapitalistischer Veränderungen überzeugt sind, doch aufgrund der immer noch ungelösten Fragen bezüglich einer Veränderungsstrategie nicht gewusst wird, wie diese angegangen werden sollen.

Dies ist zu einem Gutteil dafür verantwortlich, die Vollendung des Sozialismus als die wirkliche zivilisatorische Alternative hoch zu halten, ohne aber unter den aktuellen Bedingungen zu begreifen, wie der Übergang dorthin geschehen kann. Dies bleibt ein wichtiges Problem, denn diese Schwierigkeit hat in der Gegenwart politische Akteure, die radikalen Veränderungen verpflichtet sind, dazu gebracht, diese nicht mehr zu verfolgen, weil sie nicht wissen, wie sie unter den aktuellen Bedingungen in diese Richtung gehen können. Auf der Gegenseite lassen sich ebenso politische Akteure beobachten, die sich in ihrer Ignoranz an die Definitionen der Vergangenheit klammern und sich damit von den meisten Menschen entfernen, die sie nicht akzeptieren. Sie enden damit, sich in kleinen, zunehmend sektiererischen Gruppen zusammenzufinden.

Mit dem Versuch zu beginnen, eine Partei neuen Typs aufzubauen, heißt, sich der eingetretenen sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Veränderungen bewusst zu sein. Die sogenannte Globalisierungsära ist im Wesentlichen das Modell kapitalistischer Akkumulation in der gegenwärtigen geschichtlichen Phase. Das heißt, abgesehen von all den auf dem Feld der Kultur und der weltweiten Integration offenbaren Transformationen handelt es sich vor allem um eine kapitalistisch geprägte Veränderung der Produktionsformen und der Verteilung des materiellen Reichtums.

Die Krise der siebziger Jahre, die zur Implosion des Sozialismus führte, löste kapitalistisch ausgedrückt als wesentliche Antwort eine Zentralisierung und Konzentration des Kapitals aus, aber mit den Merkmalen dieses neuen ökonomischen und gesellschaftlichen Szenario, das Globalisierung genannt wurde.

Für das soziale Gewebe haben diese Transformationen wichtige Änderungen eingeführt, unter denen die folgenden hervorstechen:

- Veränderung der Arbeitsbeziehungen als Folge der Abschaffung der großen fordistischen Produktionseinheiten. Dies führte zur Schwächung und Abschaffung der großen geeinten Arbeiterkollektive, die sich zudem im selben Produktionsprozess physisch nahe waren.
- Stattdessen ein weites und heterogenes Arbeitsfeld, aus zahlreichen neuen und alten Arbeitsformen zusammen gesetzt: Selbstständig, genossenschaftlich, Familienarbeit, Akkordarbeit, Saisonarbeit.
- In allen Gesellschaften, aber besonders in denen des abhängigen Kapitalismus ist es zur sozialen Marginalisierung gekommen, die für signifikative Gruppen die Endstation bedeutet, da ihre gesellschaftliche (Wieder-)Beteiligung nicht einmal für die Zukunft absehbar ist.
- Veränderungen in der Familienstruktur, die sich unter anderem im Partnerwechsel und dem Rollentausch bezüglich der traditionellen Kernfamilie ausdrücken.

Dieses neue gesellschaftliche Szenario hat zur Einführung der heute glücklicherweise auf dem Rückzug befindlichen Ideen der Post-Moderne und des Neo-Liberalismus mit ihrer individualistischen Prägung harter Wettbewerb, Abwesenheit kollektiver Projekte, eindeutig die Schicksalsergebenheit gegenüber der vorgefundenen Realität fördernd mit gewisser Kraft beitragen.

Korrelativ haben sich auch andere kulturelle Veränderungen ihren Weg in der Gesellschaft gebahnt, trotz der herrschenden Interessen haben fortschrittliche Ideen in breiten Gesellschaftsteilen Eingang gefunden. Das zunehmende Umweltbewusstsein, die Verteidigung der Menschenrechte, die Anerkennung von Geltung und Bedeutung der Frauenemanzipation sowie die Zustimmung zu den demokratischen Werten als der besten Form des Zusammenlebens, die Anerkennung der verschiedenen Kulturen und der notwendigen Koexistenz in Gleichheit und mit Respekt, die Ablehnung aller Formen von Gewalt, angefangen von der Staatsgewalt mit strafender Zielsetzung bis hin zur häuslichen Gewalt, sind nur einige

der neuen Wahrnehmungen und Werte, die allgemein auf dem Vormarsch sind.

Natürlich geschieht dies simultan zu bedauernden Rückschritten beim weltweiten und sogar innergesellschaftlichen Zusammenleben. Die politische und militärische Hegemonie der USA mit all ihren Kriegs- und Interventionsfolgen und die bis vor kurzem große und weit verbreitete Präsenz konservativer Ideologien sind ebenfalls Ausdruck des neuen Szenario.

Diese neuen existentiellen Koordinaten haben die Politikformen außerordentlich verändert. Einerseits befinden sich die traditionellen Vorgehensweisen in einer tiefen Krise, weil die meisten Menschen sie weder akzeptieren noch benutzen. Der politische Dialog ist in der Tat schwierig geworden. Passivität und das Fehlen junger Leute gehören teilweise zu diesem Kulturwandel.

In den vergangenen Jahren sind verschiedene Indikatoren bezüglich der zunehmenden Müdigkeit der Gesellschaftsmehrheiten aufgetaucht, was den konservativen Kräften eigenen Politikstil angeht, der, nachdrücklich auf die Massenmedien ausgerichtet, die Politik immer mehr zum Schauspiel macht.

Der Amtsantritt einer Reihe fortschrittlicher Regierungen in Lateinamerika, die Ablehnung der neuen Verfassung der Europäischen Union und der Aufstieg bestimmter politischer Kräfte der neuen Linken in einigen europäischen Ländern sind einige Beispiele für einen Bewusstseinszustand, der damit beginnt, die politischen und kulturellen Paradigmen der dominierenden Kräfte abzulehnen.

In dieser Situation sind die Parteien, weit davon entfernt, ihre Berechtigung verloren zu haben, heute mehr denn je unverzichtbar. Die Existenz eines Raumes, in dem die Gesamtgesellschaft gedacht wird und der angesichts der Entscheidung, sie zu verändern, sich als Akteur dieses Wandels konstituiert, ist unabdingbar. Die alten und neuen sozialen Bewegungen haben ihre Geltung nicht verloren, sie werden im Gegenteil sehr benötigt. Was allerdings völlig klar ist: Für die Bewerkstelligung des politischen Wandels der ganzen Gesellschaft sind sie weder eronnen noch ausgebildet geworden.

In Lateinamerika ist der wachsende politische Protagonismus bestimmter sozialer Indígena-Bewegungen zu beobachten, der nicht zu Trugschlüssen führen darf. Als solche werden sie nicht in der Lage sein, die tiefgreifenden Gesellschaftstransformationen zu entwerfen und durch zu führen. Was geschieht ist, dass einige dieser Bewegungen dabei sind, sich in Parteien neuen Typs zu wandeln, das heißt, ihre Eigenschaft zu verändern.

Diese Realität mit ihren sichtbaren Licht- und Schattenseiten ist diejenige, die die Berechtigung der Parteien sowie ihre notwendige Neuformung bekräftigt. Es handelt sich vielleicht um eine der gegenwärtig undurchsichtigsten Aufgaben. Zu den wenigen feststellbaren Dingen gehört die Nichtexistenz von Modellen. Die neuen Realitäten stellen je nach Besonderheiten und Geschichte der unterschiedlichen Gesellschaften sehr unterschiedliche Herausforderungen und Aufgaben.

Was die anfangs aufgezeigte dichotome Alternative zwischen Kaderpartei und Massenpartei anbelangt, so scheint die neue Realität nach Elementen beider Seiten zu verlangen. Bezüglich der Kaderpartei behält die Notwendigkeit eines stark verpflichteten Aktionsraums ihre Geltung. Ohne für eine Neuauflage der militärischen Disziplin und des extremen Gehorsams beim Modell in seiner klassischen Version eintreten zu wollen, bleiben Kontinuität und Enthusiasmus als zentrale Elemente einer Parteienpraxis gültig.

Vom anderen Modell kann die Bedeutung der Massenkommunikationsformen eingebracht werden, die eine Partei braucht, will sie von einem definierten politischen und kulturellen Standpunkt aus eine Gegenhegemonie auf gesamtgesellschaftlicher Ebene aufbauen.

In der Gegenwart ist es unabdingbar, angemessen mit den großen Mehrheiten zu kommunizieren, so schwer dies angesichts der konservativen Vorherrschaft bei der Handhabung der Massenmedien sein mag. Doch darüber hinaus ist es notwendig zu wissen, die Sprache der verschiedenen Medien zu entwickeln und die verschiedenen bestehenden Kommunikationsräume zu kombinieren.

Der politische Akteur in Uruguay, der alle fortschrittlichen Kräfte vereint, ist ein Bündnis. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Koalition, die sich im Laufe der Zeit zu einer geeinten politischen Kraft entwickelt hat, obwohl in ihrem Innern verschiedene Gruppen und politische Parteien mit Eigenleben koexistieren.

Dies ist eine sehr interessante Erfahrung gewesen, bei der vor allem anderen die gezeigte Fähigkeit hervor zu heben ist, die Einheit zwischen allen Fraktionen herzustellen und gleichzeitig in der Lage zu sein, neue Gruppen oder Parteien einzugliedern, die vom Rest des politischen Systems abrachen und die Reihen der Frente Amplio (Breites Bündnis) Uruguays immer mehr anwachsen ließen.

Ursprünglich, im Jahr 1970, gründete sich dieses Bündnis mit der gesamten in Uruguay existierenden traditionellen Linken (Sozialisten, Kommunisten, linke Christen, revolutionäre Nationalisten, und sogar Teile anarchistischer Gruppen), der Christdemokratie, Gruppen aus den traditionellen konservativen Parteien und unabhängigen Persönlichkeiten.

Mit diesem Merkmalen nimmt es an den Wahlen 1971 teil und erhält eine Minderheit des Stimmenanteils, der jedoch sehr viel höher ist, als es der jeweilige Wahlbeitrag hätte sein können, wären die Gruppierungen einzeln angetreten. Später, 1973, kommt es zum Staatsstreich. Mit der Diktatur hat das politische Leben ein Ende, jede Form politischer und sozialer Opposition wird systematisch unterdrückt. Unter diesen Bedingungen überlebt das Bündnis im Untergrund, im Gefängnis und im Exil. Mit der Rückkehr zum demokratischen Leben gewinnt seine Wahlbeteiligung an Bedeutung und es ist ein langsames aber stetiges Wachstum des Wahlanteils zu beobachten, das dem Bündnis 1990 den Sieg der Kommunalwahlen in der Hauptstadt Montevideo einbringt, wo die Mehrheit der Bevölkerung wohnt, und in 2004 mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen den Triumph der Nationalwahlen. Wenige Monate später, im Mai 2005, gewinnt das Bündnis zum vierten Mal in Folge Montevideo und außerdem sechs weitere Provinzen.

Wenn auch eine Kontinuität bei der Funktionsform dieser politischen Kraft nachgewiesen werden kann, die durch kollektive Führungsorgane und einen auf Konsens abzielenden besonders respektvollen Umgang mit Unterschieden gekennzeichnet ist, so war dieses Parteienszenarium zu einem großen Teil möglich wegen der Präsenz politischer Führer, deren persönlicher Beitrag entscheidend war. Die angemessene Reflexion ist vielleicht, dass diese besondere Entwicklungsform das Entstehen bedeutender Führungspersönlichkeiten möglich machte, die es ihrerseits verstanden, den Einheits- und Wachstumsprozess zu nähren.

Anders ist die Geschichte der Frente in der Beziehung zur Gesellschaft. So unterschiedlich wie die Veränderungen, die in der uruguayischen Gesellschaft vor sich gingen und die auf allgemeiner Ebene anfangs zusammengefasst wurden. Ursprünglich auf großen Rückhalt und Unterstützung in den sogenannten Basiskomitees zählend, die territorial auf Stadtviertelebene, aber auch funktional nach Arbeitsumfeldern strukturiert waren, und wo sich die politische Arbeit abspielte, gab es mit der Zeit eine Weiterentwicklung.

Mit dem Abgang der Diktatur in 1984 ist eine fortschreitende Schwächung der internen Struktur des Bündnisses zu bemerken, deren repräsentativster Ausdruck die Basiskomitees waren. Diese Schwächung zeigt sich im immer geringeren Interesse vor allem der jungen Leute an dieser Organisationsform. Paradoxerweise geschieht dies, während sich die Wählerzustimmung immer mehr zunimmt. In der Tat ist die wachsende Bedeutung der Frente Amplio zu beobachten, die Führungspersönlichkeiten werden in der Gesellschaft bekannt.

Es ergibt sich ein im Zusammenhang mit dem zunehmenden Schauspielcharakter der Politik erwähnter Effekt, der die Botschaft auf das Image der Hauptakteure ausrichtet. Im Fall der Frente Amplio war dies ein Vorteil, weil sie Führungskräfte mit starken kommunikativen Fähigkeiten und Charisma zu formen wusste. Dies ist der Fall des amtierenden Präsidenten der Republik, Dr. Tabaré Vazquez, Sohn eines Industriearbeiters, Onkologe, Professor an der Medizinischen Fakultät und sozialistischer Aktivist.

Bezüglich der Anfangsüberlegung über die wichtigsten im 20. Jahrhundert entwickelten Parteienmodelle weist das Bündnis eindeutig mehr Berührungspunkte mit dem Modell der Massenpartei auf, obwohl sich in seinem Innern mehrere Fraktionen und Parteien nach Gesichtspunkten des anderen Modells strukturieren.

Hervor zu heben ist, dass die Sorge um den Respekt vor dem und die Beibehaltung des internen demokratischen Lebens des Bündnisses immer präsent gewesen ist. Heute könnte dies vielleicht zu Schwierigkeiten führen, weil seine Struktur zu einem guten Teil dem Originalschema folgt, ohne dass es verstanden wurde, mögliche verbessernde Erneuerungen aufzunehmen.

Es ist eine der sich stellenden Hauptherausforderungen in der Gegenwart, alte und neue Formen der politischen Praxis und Ausformulierung der neuen sozialen Wirklichkeit so anzupassen, dass sie die Partizipation insbesondere der jungen Leute erreichen und dazu beitragen, das politische Leben als Lebensprojekt zu bereichern und zu erneuern.

Die Partei an der Regierung

Der Wahlsieg im November 2004 war die Zustimmung zu einem Regierungsprogramm, das ein alternatives Entwicklungsmodell für Uruguay anstrebt.

Angesichts des überzeugenden Nachweises für das Scheitern der neoliberalen Ideen, die mit der Diktatur selbst in den siebziger Jahren Einzug hielten und in den neunziger Jahren vertieft wurden, hatte die uruguayische Gesellschaft die Fähigkeit, die tödlichen Wirkungen dieser grausamen und ungerechten kapitalistischen Entwicklungsform zu verstehen. So öffneten sich schließlich die Wege für das Verständnis und die Akzeptanz eines Alternativpfades.

Das gesamte Programm ist in fünf Leitlinien zusammen gefasst:

Das integrierte Uruguay

Damit wird auf eine starke regionale Integration gesetzt, auf Ebene des MERCOSUR sowie ganz Südamerikas. Es wird davon ausgegangen, dass wir nicht nur wegen der einenden historischen Bande mit den

lateinamerikanischen Brüdern einen gemeinsamen, einheitlichen Weg fördern müssen, der uns vom Neokolonialismus im 19. Jahrhundert und vom Imperialismus im 20. Jahrhundert systematisch verweigert wurde. Ein isoliertes oder im Alleingang auf bilaterale Abkommen setzendes Uruguay hat, betrachtet man seine Ausdehnung als Land in der aktuellen Welt keine Perspektiven.

Das Ja zur Integration und zum MERCOSUR geschieht unter Betonung der Notwendigkeit, weit über Handelsabkommen hinaus zu gehen, die produktive Integration zwischen den Völkern der Region zu ermutigen, aber vor allem die soziale und kulturelle Integration.

Zusätzlich soll das Land im Weltkonzert neu positioniert werden, mit dem Beitritt zur G20, den Multilateralismus verteidigend, mit dem Beitritt zum Vertrag von Rom über Menschenrechte und ihre Verteidigung und der Bejahung von Allem, was eine demokratische Weltordnung ohne Hegemonien und eine zutiefst antimilitaristische Konfliktlösung impliziert.

In diesem Programmkapitel wird nachdrücklich auf die Verbundenheit mit den im Ausland lebenden Uruguayern eingegangen (etwa 12 Prozent der Bevölkerung). Sie sollen in das nationale Leben aus der Perspektive einer extraterritorialen Bürgerbeteiligung einbezogen werden. Nachdem die Realität der uruguayischen Auswanderung von den verschiedenen konservativen Regierungen jahrzehntelang absichtlich ignoriert wurde, beginnt eine dynamische Beziehung mit der Diaspora, in der es nicht nur um die ermöglichte Ausübung der politischen Rechte, sondern auch um eine vollständige Eingliederung ins nationale Leben in kultureller, ökonomischer oder handelsmäßiger Sicht geht.

Das soziale Uruguay

Eines der Hauptdramen in Lateinamerika ist die soziale Ungleichheit. Der Kapitalismus in dieser Region hat sich als absolut unfähig erwiesen, die Einkommensumverteilung zu fördern. Dies spiegelt sich auch in der uruguayischen Gesellschaft stark wieder.

Derzeit befindet sich ein Drittel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, 45 Pro-

zent der Kinder werden unter diesen Bedingungen geboren. Fast die Hälfte der Erwerbsbevölkerung hat Beschäftigungsprobleme (Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, fehlende Sozialversicherung, Saisonarbeit, usw.). Dies sind einige der Umstände, die das Erbe des in Uruguay in den vergangenen vierzig Jahren angewandten kapitalistischen Entwicklungsmodells bilden.

Die neue Regierung hat mit der Anwendung eines Sozialen Notstandsplan begonnen, um unmittelbar auf den Marginalisiertesten Gesellschaftsteil in extremer Armut einzuwirken. Korrelativ ist ein Gesundheitssystem erarbeitet worden, das das gegenwärtige Gesundheitswesen verbessern soll. Die Haushaltsmittel für Bildung wurden verdoppelt, die Mittel für sozialen Wohnungsbau mehr als verdoppelt. Und es wurde das Sozialversicherungssystem durch begonnene Verbesserungen in der Verwaltung sowie die Konsolidierung der Solidarversicherung als Kontrapunkt zu den privaten Sozialversicherungsfonds gestützt.

Gleichzeitig sind die Lohnsätze wieder einberufen worden. Das bedeutet die Rückkehr zur bindenden kollektiven Tarifverhandlung, vor 15 Jahren in Uruguay abgeschafft.

Das demokratische Uruguay

Ein weiteres Hauptanliegen im Regierungsprogramm ist die tief greifende Neudefinition der Beziehung Staat-Gesellschaft. Es geht darum, sich weg von einem Schema starrer repräsentativer Demokratie zu einem anderen Modell hin zu entwickeln, in dem die politische Repräsentation durch verschiedene Szenarien der Bürgerbeteiligung ergänzt wird.

Dafür ist zuerst mit einem Dezentralisierungsprozess im Innern der Kommunen begonnen worden, um die Regierung den konkreten Gemeinden näher zu bringen.

Auf Landesebene ist der Nationale Wirtschaftsrat als Beratungs- und Konsultationsorgan einberufen worden, in dem die gesamte Gesellschaft vertreten ist (Unternehmerkammern, Gewerkschaften, Genossenschaften, usw.). Gleichzeitig werden ähnliche Instanzen, aber zu bestimmten Fachfragen, einberufen: U. a. Bildung, Gesundheit, Menschenrechte, Kultur. Dort wird versucht, alle beteiligten Gremien und Einrichtungen zusammen zu bringen, um die grobe Richtung der anzugehenden Veränderungen zu diskutieren.

Ergänzend ist besonderer Nachdruck auf einen neuen Regierungsstil gelegt worden. Eine offene, respektvolle und transparente Regierungsausübung mit der ständigen Möglichkeit, dass der Bürger angehört wird. Zusätzlich wird auf die ständige Bereitschaft, sich den Problemen physisch anzunähern, abgezielt, in dem der vom Präsidenten der Republik geleitete Ministerrat in gewissen Abständen an konkreten Orten mit schwerwiegenden Problemen tagt. Die Menschen sollen so ihre nationalen Regierenden sehen und mit ihnen sprechen können.

Das produktive Uruguay

Nach Jahrzehnten des Neoliberalismus, in denen eines der zentralen Elemente die Abwesenheit des Staates war, um der unsichtbaren Hand des Marktes freien Lauf zu lassen, stellt sich der Staat seiner absoluten Verpflichtung gegenüber der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Daher wird dem Staat eine Vorreiterrolle bei öffentlichen Investitionen und der direkten oder indirekten Leitung einer Reihe volkswirtschaftlicher Prozesse in der Annahme zugeschrieben, dass die Marktlogik alleine nichts nützt.

Eine Entwicklungsstrategie im Dienste der gesellschaftlichen Mehrheiten verlangt nach Maßnahmen und Politiken, die mit privaten Akteuren und derer individuellen Gewinnperspektiven nicht verträglich sind.

Die Steuerreform ist eines der Hauptanliegen, durch die über die Steuerzahlung die Etablierung einer Einkommensumverteilung angestrebt wird. Der gewählte Weg ist der eines Übergangs von indirekten Steuern, die von der ganzen Gesellschaft in gleicher Weise gezahlt werden, zu den direkten Steuern auf das Einkommen der natürlichen Personen.

Es wird ebenso von strategischen Wirtschaftsbereichen ausgegangen, deren Leitung in Staatshänden bleiben muss. Darunter ragt alles hervor, was mit der Energieproduktion und der Bewahrung der natürlichen Reichtümer zu tun hat.

Die uruguayische Gesellschaft verstand es, in ihrer jüngsten Geschichte mit Hilfe der Mechanismen der direkten Demokratie (Plebizit und Referendum) ihre öffentlichen Unternehmen vor den Privatisierungsattacken der konservativen Regierungen zu verteidigen. So wichtige, von den großen transnationalen Interessen

immer stärker begehrten Ressourcen wie das Wasser wurden radikal geschützt.

Dies bedeutet keine Autarkiepolitik, die sich das Land von Ausdehnung und Handlungsspielraum her nicht leisten kann. Partnerschaften mit anderen Akteuren (öffentliche oder private) sind äußerst notwendig. Die Herausforderung besteht darin, niemals die Verfügungsgewalt über das Vermögen zu verlieren, noch die Regierungsorientierung mit einer Hypothek zu belasten. Gemeint sind anders gesagt Partnerschaften, die die Aktionen potenzieren, ohne dass dabei die Fähigkeit verloren geht, sie zu leiten.

Das Uruguay der Kultur, der Intelligenz und der Information

Unter kultureller Entwicklung wird nicht nur die als notwendig angesehene radikale Verbesserung des Bildungssystems verstanden. Nötig ist eine Kommunikationspolitik in den Medien und vor allem eine große landesweite Verständigung mit allen Kultureinrichtungen und -gremien im Rahmen der sogenannten Kulturversammlung.

Zusätzlich wird die Artikulation und Koordination aller Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen im wissenschaftlichen und technologischen Bereich angestrebt, um die Produktion zu steigern und zuallererst Strategien dafür zu vereinbaren. Nachdem die Wissens-erzeugung jahrelang missachtet wurde, weil sie als Aufgabe anderer (der entwickelten Länder) angesehen wurde, werden Wissenschaft und Technik jetzt als Basis für eine autonome und nachhaltige Entwicklung betrachtet.

Wie zu sehen ist, handelt es sich bei diesem Regierungsprogramm nicht gerade um ein sozialistisches Modell, nicht einmal mit der Richtung dort hin. Von der Akzeptanz des Marktes als Ressourcenverteiler ausgehend, wird ein anderes Entwicklungsmodell etabliert, das keinen grundsätzlichen Bruch mit dem Muster der kapitalistischen Akkumulation darstellt. Mit größerer konzeptioneller Genauigkeit könnte vielleicht behauptet werden, es handele sich um ein Neo-Entwicklungsmodell, um sich auf ein Konzept zu beziehen (Entwicklungstheorie), das gerade in Lateinamerika seine Prägung erfuhr.

Möglicherweise ist heute die zentrale Frage für die Linke in Uruguay sowie in anderen Län-

dern der lateinamerikanischen Region, wie zu noch tiefer greifenden Gesellschaftsveränderungen übergegangen werden kann, sollte dies Neo-Entwicklungsprogramm halbwegs erfolgreich sein.

Wie anfangs gesagt, gibt es keine Gründe, dem sozialistischen Horizont bei der Konzeption der menschlichen Entwicklung abzuschwören. Die kapitalistische Entwicklung hat ihre dramatischen Beschränkungen und ihre tödlichen Wirkungen für große Teile der Menschheit und der Natur reichlich bewiesen.

Nach den gescheiterten Erfahrungen des real existierenden Sozialismus steht heute seine Neudefinition bezüglich der Evolution der gegenwärtigen Gesellschaften auf der Tagesordnung.

Einer der Schlüssel, den sozialistischen Traum heute zu entwerfen, führt unserem Verständnis nach über die Vertiefung der politischen Demokratie und die Debatte und Reflexion über ein anderes Schicksal des zivilisatorischen Prozesses. Es gibt zahlreiche Beispiele, dass die Mehrheit der Menschen einer Gesellschaft überdrüssig ist, die ihnen zwar manchmal materielle Befriedigungen bietet, aber kein der menschlichen Beschaffenheit angemessenes Lebensprojekt. Die Spezies Mensch hat eine andere Form des Zusammenlebens verdient und dies ist zu einem guten Teil in den Gefühlen und Ansprüchen der jüngeren Generationen stark präsent.

Darum ist die Arbeit mit dem subjektiven Faktor der Menschen einer der zentralen Aspekte, die auf der Grundlage einer anderen politischen und moralischen Ausrichtung helfen können, eine neue Hegemonie auf zu bauen und mit ihr einen anderen Gesellschaftsentwurf.

Die Parteien der Linken können und müssen einer der Orte sein, an denen diese Themen zentral behandelt werden. Sie müssen in der Lage sein, sie in Vorschläge für eine politisch und gesellschaftlich transformierende Praxis zu übersetzen, die die Fähigkeit besitzt, sich auf die gesamte Gesellschaft auszubreiten.

Autorenverzeichnis

Wolfgang Albers

Mitglied der WASG und Linkspartei, Betriebsrat bei Vivantes

Joachim Bischoff

Ökonom. Mitglied der Redaktion Sozialismus. Autor zahlreicher Publikationen. Seine Themenschwerpunkte sind u. a. moderner Kapitalismus, Neoliberalismus, alternative Reformpolitik

Michael Brie

Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Leiter des Bereichs Politikanalyse der RLS. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Geschichte und Theorie des Demokratischen Sozialismus sowie Strategien linker Parteien und sozialer Bewegungen.

Christine Buchholz

Mitglied im Bundesvorstand der WASG, seit mehreren Jahren aktiv in der globalisierungskritischen Bewegung und bei der Vorbereitung der Europäischen Sozialforen und Gipfelproteste. Sie arbeitet mit im sozialistischen Netzwerk Linksruck.

Edeltraut Felfe

Prof. Dr. Jur. et phil. habil. Universität Greifswald bis 1992. Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Fraktion der Linkspartei Mecklenburg-Vorpommern im Landtag. Mitglied des marxistischen Forums

Wolfgang Friedrich

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion der Linkspartei im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Kommunalpolitiker, Mitglied des Landesvorstandes der Linkspartei in Mecklenburg-Vorpommern

Marko Ferst

Mitbegründer der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei und Mitwirkung im Koordinierungsrat.

Dieter Klein

Philosoph. Mitglied des Vorstands der Rosa Luxemburg Stiftung. Sekretär der Zukunftskommission der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Erwin Kischel

Vorsitzender der Kreistagsfraktion der Linkspartei in Bad Doberan. Einer der Sprecher der LAG Kommunalpolitik.

Klaus Lederer

Landesvorsitzender der Linkspartei Berlin, Mitglied des Abgeordnetenhauses. Mitglied der Linksfraktion des Berliner Abgeordnetenhauses.

Gilberto Maringoni

Journalist, Brasilien, Autor

Rolf Reißig

Unabhängiger Wissenschaftler, Berliner Institut für soziale Studien. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Transformation Ostdeutschlands, Wandel der bundesdeutschen Gesellschaft

Peter Ritter

Landesvorsitzender der Linkspartei Mecklenburg-Vorpommern. Mitglied der Linksfraktion des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern

Gilberto López y Rivas

Doktor der Anthropologie, Forscher in der Abteilung Ethnologie und Sozialanthropologie der Nationalbehörde für Anthropologie und Geschichte (INAH, Instituto Nacional de Antropología e Historia), Abgeordneter des Bundesparlamentes in der 54. und 57. Legislaturperiode, Bezirksbürgermeister der Regierung des Bundesdistriktes im Stadtbezirk Tlapan von 2000 - 2003.

João Sicsú

Ökonom, Brasilien

Dag Seierstad

Mitglied des Nationalrats der SV (Sozialistische Linkspartei) Norwegens

Birgit Schwebs

Stellvertretende Landesvorsitzende der Linkspartei Mecklenburg-Vorpommern, Mitglied der Landtagsfraktion der Linkspartei Mecklenburg-Vorpommern, Vorsitzende des Umweltausschusses des Landtages Mecklenburg-Vorpommern.